

Einstiegsreader:

Der fzs und die globalisierungskritische Bewegung

(„Das ist kein Humbug – das machen viele!“)

Inhalt

Geleitwort	3
I. Einführende Texte zu Grundlagen, Hintergrund und Kontext der GloKri-Bewegung	6
Hans-Dieter Krebs: Das dreifache Elend des Neoliberalismus	7
Frieder-Otto Wolf: Kritische Wissenschaft und globalisierungskritische Bewegung	27
Michael Hardt/Antonio Negri: Vorwort (aus: „Empire“)	35
Michael Hardt/Antonio Negri: What the Protesters in Genoa want	40
Leonardo Avritzer/Boaventura de Sousa Santos: Towards widening the democratic canon	42
Die “Charter of Principles” des World Social Forum	70
Das Selbstverständnis von ATTAC	73
Charter der Bildungsgruppe des Europäischen Sozialforums 2002, in Florenz	77
II. Der fzs und die GloKris – Aktuelles und Verbandshistorisches zur Verortung des fzs zum/im GloKri-Spektrum	78
Gründungserklärung des fzs	79
Das Manifest von Peoples’ Global Action	84
„Die nächste Stations des weltweiten Widerstands wird Prag!“	97
Von den Auswirkungen internationaler Bildungspolitik	99
EEF inhaltlich begleiten!	102
Streik – aber dann?	104
Es geht auch anders! Perspektiven für eine andere Politik	110
III. Widersprüche, Konfliktlinien und Kritik – Zu den Problemen im Umgang mit globalisierungskritischen Positionen und den zugehörigen Milieus	111
Europäisierung von Bildungspolitik	112
Forward (aus: „Spiel ohne Grenzen“)	118
„Antisemitismus gibt es nicht nur bei ATTAC“	120
Stellungnahme des AK Antifaschismus zum Problemkreis EEF etc.	123
Offener Brief an die Hochschulgruppe Demokratische Linke anlässlich der Wahl zum Studierendenparlament der Humboldt-Universität 2004	129
„Brechung der Zinsknechtschaft“ mit ATTAC?	131
Anhang	137
Glosse: Konsumterror – Sozialforum extrem	138

Zum Geleit

Liebe Leserin, lieber Leser,

In der vorliegenden Textsammlung soll ein er(n)ster Ansatz eingeleitet werden, einen Beitrag zu einer Perspektiven schaffenden Klärung des Verhältnis des fzs zur sogenannten „globalisierungskritischen (im folgenden hier zumeist abgekürzt als „GloKri“) Bewegung“ zu leisten. Auf der Mitgliederversammlung in Passau wurde beschlossen, zur kommenden MV ein Arbeitspapier zu erstellen, das die Grundlage des weiteren Verhaltens unseres Verbandes innerhalb dieses Spektrums und zu bestimmten Teilen des GloKri-Milieus bilden soll. Tatsächlich gibt es unterschiedliche, z.T. parallele und mitunter gegenläufige, Ansätze, wie der fzs zurzeit mit/in dem GloKri-Spektrum verfährt. Die Aktivitäten, die der fzs momentan im deutschen gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Spektrum verfolgt (was Diskussionen über eine noch offene mögliche Beteiligung an einem deutschen Sozialforum mit einschließt), verlaufen weitgehend unabhängig von Bestrebungen, im europäischen Rahmen gezielter und koordinierter zu agieren und dabei mit europäischen Partnernverbänden auch das ESF als eine Aktionsfläche zu begreifen, die sinnvoller als bisher für die Ziele der europäischen StudentInnenvertretungen genutzt werden kann – vor allem mit besserer inhaltlicher Vorbereitung (ESIB und einzelne westeuropäische nationale Studierendenverbände haben bisher Veranstaltungen auf Sozialforen angeboten oder mitgestaltet, der fzs war nur in Gestalt einer Delegation auf dem ESF 2003 in Paris zugegen) Dabei ist die Position des fzs in der/zur GloKri-Bewegung – beide haben sich im Lauf der Jahre in ihrem Selbstverständnis bzw. der politischen Prioritätensetzung gewandelt - unklar, weshalb zunächst die GloKri-Bewegung einer genaueren Charakterisierung bedarf Durch eine Analyse der Entwicklung dieser Bewegung in den letzten Jahren und das sich ändernde Verhältnis des fzs zu(Teilen de)r Bewegung und ihren Inhalten wird auch die Verortung des fzs zu/in diesem Spektrum klarer. Ein erster, globaler Versuch dazu soll in Form der hier versammelten Texte stattfinden, die grob in drei thematische Bereiche gegliedert sind.

Im ersten Teil befinden sich einführende Texte, die einer näheren Bestimmung dessen, was sich hinter dem GloKri-Terminus verbarg und verbirgt, dienen sollen. Der Text von Hans-Peter Krebs ist schon etwas älter, stellt aber den Versuch einer Charakterisierung der „deutschen Linken“ dar, wie sie sich Mitte der 90er Jahre, also zu Anfang der Entstehung der GloKri-Bewegung, darstellte. Frieder-Otto Wolf unternimmt in seinem Beitrag aus der Forum Wissenschaft 2/2004 den Versuch einer Einführung in Wesen und Hintergründe dieser Bewegung, wobei er auch Globalisierung in Unterscheidung von Globalität und Globalismus definiert (Da es hier schwerpunktmäßig nicht um das Phänomen der Globalisierung, sondern der GloKri-Bewegung geht., findet sich in diesem Buch keine Definition etwa von „Neoliberalismus“. Hierzu sei auf den Vorbereitungsreader zur 16. MV vom April 2000 verwiesen, der auf der fzs-Homepage digital zum Download bereit steht). Das Buch „Empire“, dessen Vorwort hier aufgenommen wurde, bildet einen wichtigen theoretischen Bezugspunkt der GloKri-Bewegung. Einer weiten Öffentlichkeit bekannt wurde sie zunächst vor allem durch die Proteste gegen das Ministertreffen der WTO in Seattle 1999, das Jahrestreffen von IWF und Weltbank in Prag 2000 und den G8-Gipfel in Genua 2001, wenn auch vor allem Meldungen über gewaltbereite Globalisierungsgegner die Presselandschaft prägten. Dagegen sprachen sich u.a. ebenfalls Michael Hardt und Antonio Negri aus – What the Protesters from Genoa want. Die sich als Reaktion auf die Gipfel in Seattle und Prag formierte und zum Hauptmanifestationspunkt der GloKri-Bewegung gewordene Sozialforen-Bewegung bezieht sich bei ihren kontinentalen (Europäische Sozialforen 2002 in Florenz, 2003 in Paris und 2004 in London) und nationalen Ablegern auf die gleichen Prinzipien, die

im Anschluss an das erste Weltsozialforum in Porto Alegre verabschiedet wurden und hier ebenfalls dokumentiert sind.

Einer der bekanntesten Vordenker der Sozialforen-Bewegung ist der portugiesische Soziologe Boaventura De Sousa Santos, dessen Essay „Towards widening the democratic canon“ (gemeinsam verfasst mit Leonardo Avritzer) mit aufgenommen wurde, der sich für mehr Einfluss für zivilgesellschaftliche Bewegungen ausspricht. Von De Sousa Santos gibt es eine Reihe weiterer in diesem Zusammenhang beachtenswerter Texte, die aus Platzgründen nicht in diesem Reader zu finden, aber unter <http://www.eurozine.com/biography/Santos.html> kostenlos abrufbar sind. Den Abschluss des ersten Teils bildet das 8-Thesen-Grundlagenpapier zum Selbstverständnis von ATTAC Deutschland, welche die größte Strömung der GloKris hierzulande wie in vielen weiteren europäischen Ländern darstellt.

Teil zwei soll einen Überblick über die bisherige Positionierung des fzs zum/im GloKri-Milieu geben. Der Text der Gründungserklärung des 1993 aus dem Fachhochschul-Dachverband fks hervorgegangenen Verbandes ist symptomatisch für die Essentials linker StudentInnenpolitik in den ausgehenden 90er Jahren. Das Manifest des globalisierungskritischen Netzwerks Peoples' Global Action war kompatibel genug mit den Ansprüchen und Forderungen des fzs, dass dieser das Manifest als Broschüre für den Materialversand herausgab. Fünf Jahre nach seiner Gründung fand sich der fzs als Protagonist in einem Bündnis derer, die zu den Protesten gegen das IWF-Treffen in Prag mobilisierten, wieder. Eine Reformdiskussion in den folgenden Monaten verschob allerdings den Anspruch, die Speerspitze der emanzipatorischen Linken zu sein, dahin, der verbindliche studentische Dachverband für alle StudentInnenschaften in Deutschland sein zu wollen und dies ernsthaft zu erreichen. Das letzte Heft, in dem Seite an Seite mit PGA – nebst Einführungstexten zu den „tute bianche“ und den Zapatistas - zu einer Gipfel-Gegendemonstration aufgerufen wurde, wurde vom fzs im Vorfeld des G8-Treffens in Genua vertrieben.

Betrachtet man die Verbandspositionen der letzten Monate, fällt allerdings auf, dass die Positionen des fzs sich globalisierungskritischen und gewerkschaftlichen Positionen angenähert haben, wobei er offenbar ein anderes – institutionalisierteres - Milieu im Blickfeld hat. Hinzu kommt, dass der überwiegende Teil des deutschen GloKri-Spektrum, vor allem unter dem ATTAC-Label sichtbar, sich inzwischen vor allem gegen Sozialabbau wendet und fast nur bei Antikriegsdemonstrationen den mit der Forderung, eine andere „Globalisierung“ erreichen zu wollen, seinen internationalen Charakter in den Vordergrund stellt. Dass sich der fzs an Protesten gegen den Rückzug der öffentlichen Hand bei Bildung und Sozialem beteiligt – wie auch Studentinnenbewegungen zuvor – liegt nahe und gibt Anlass, über die Perspektiven studentischer Forderungen im Bündnis mit Gewerkschaften und der GloKri-Bewegung (bzw. als Teil davon), nachzudenken, wie es im Text „Streik – aber dann?“ stattfindet. Schließlich zeugt der MV-Antrag, der im Zuge der Diskussion um eine Beteiligung am 1. European Education Forum 2003 entstand, von einer Verbandskontroverse um eine bestimmte Aktionsform einer bestimmten globalisierungskritischen Strömung. Das Papier „EEF inhaltlich begleiten“ spricht sich trotz einiger Skepsis für eine Beteiligung des fzs an selbigem aus – eine schwierige Gratwanderung zwischen inhaltlicher Profilwahrung und stark unterschiedlicher Meinungen der Mitglieder. Vergleiche hierzu das Diskussionspapier des Arbeitskreis Antifaschismus im dritten Teil dieses Readers, dessen Verfasser eine Beteiligung vollständig ablehnen. Das Papier wiederum wurde von keinem Verbandsmitglied verabschiedet, was zeigt, dass die Sichtweise keiner Mehrheitsmeinung der zum Zeitpunkt Aktiven entsprach.

Im dritten Teil finden sich dann weitere kritische Texte aus verschiedenen Blickwinkeln zu unterschiedlichen Aspekten der GloKri-Bewegung. Der Artikel von Stefan Bienefeld

beleuchtet die Schwachstellen der Analyse bildungspolitischer Prozesse durch große Teile der GloKri-Bewegung. „Forward“ ist das Vorwort des Tagungsbandes zum Kongress „Spiel ohne Grenzen – Zustand und Gegenstand der Antiglobalisierungsbewegung“, die vom fzs unterstützt wurde. Weitere Leseproben aus diesem Band sind im Netz unter <http://www.spiel-ohne-grenzen.org/leseproben.html> abrufbar. In einem Gespräch mit Jungle-World-Redakteurin Astrid Kraus erläutert Peter Bierl vom damaligen ATTAC-Koordinierungskreis die Probleme mit rechten und antisemitischen Positionen, die von Teilen des ATTAC-Spektrums vertreten werden. Welche das genau sind, wird im Folgenden deutlich. Zur Verbandsdebatte um eine Beteiligung am European Education Forum gab der AK Antifa die erwähnte Stellungnahme ab, die der EEF Vorbereitungsgruppe Anschlussmöglichkeiten für Rechtsextreme und eine Tendenz zu verschwörungstheoretischen Sichtweisen attestiert. Hier geht es unter anderem auch um das generelle Problem der GloKri-Offenheit nach rechts, was anhand des Falles Safet Babic, deutlich wird. Babic entwickelte sich in Trier bei Bildungsprotesten zum anerkannten Streikaktivisten, dessen verschwörerische Sichtweisen die dortige Juso-Hochschulgruppe nicht daran hinderte, ihm eine Kandidatur auf deren Liste anzubieten. Doch Babic war und ist NPD-Mitglied und seine Positionen, etwa zur EU oder dem internationalen Kapital, decken sich sowohl mit denen der NPD wie mit den Meinungen vieler (anderer) GlobalisierungskritikerInnen. Der offene Brief der HUmmel-Antifa (et al.) kündigt den EEF-MacherInnen wegen der Beteiligung der Gruppe www.geldreform.net - auch bekannt als „Initiative für natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) - jegliche Zusammenarbeit auf. Die INWO baut ideologisch auf den Lehren von Silvio Gesell auf, worüber der folgende Text eine Übersicht gibt. INWO/Geldreform.net waren nicht nur beim EEF präsent und personell in die Vorbereitung eingebunden, sondern gehören zum festen Bestandteil des deutschen ATTAC-Spektrums, wovon Artikel von Mitgliedern der Gruppe (v.a. ein Herr Theophil Wonneberger) in deutschlandweiten ATTAC-Publikationen, Auftritte von INWO/Geldreform.net bei einer Vielzahl von ATTAC-Gruppen im ganzen Land, sowie die Präsenz der Initiative auf dem „Perspektivenkongress“ (s.o.) zeugen. Schließlich noch eine Glosse zum kunterbunten Stelldichein der Sozialforen, die durch den Eindruck geprägt ist, dass dort inhaltliche Debatten leicht ins Hintertreffen geraten und oft fragwürdige Sonderpositionen vertreten werden.

Ich wünsche viel Spaß beim durcharbeiten und hoffen auf gute Beteiligung an den anstehenden Debatten.

Harald Pittel
fzs-Vorstand 2003/04

Fragen, Anregungen, Kritik?
harald.pittel@fzs-online.org

I.

Einführende Texte zu Grundlagen, Hintergrund und Kontext
der GloKri-Bewegung

Das dreifache Elend des Neoliberalismus [1]

"Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik. Anders argumentieren heißt das Abc des Marxismus vergessen."

- Lenin

Nach langen Jahren neoliberaler Dominanz hat die Arbeit der Zuspitzung mittlerweile die Sprachlosigkeit der Linken überwunden und die Rede vom "Politikwechsel" auf die Tagesordnung gesetzt. Diese vielleicht etwas eurozentristische Perspektive hatte Subcommandante Marcos mit den Aufständen in Chiapas der Welt verkündet und mit der Parole "für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus" auf den Punkt gebracht. Die frustrierten Linken in den Metropolen erhielten neuen Schwung. Mit diesem Übergang vom Status einer bewegungslosen Paralyse hin zu einer Rückbesinnung auf Projekte der Linken hat sich auch die Sicht auf das Phänomen Neoliberalismus verschoben. Kennzeichnete Schadensbegrenzung und Moralisieren die vergangenen 20 Jahre, so treten nun Überwindung und Reaktivierung in den Mittelpunkt. Standen zunächst die Reorganisation der Arbeit und der Abbau des Sozialstaats im Zentrum, also das soziale Elend des Neoliberalismus, so treten nun zwei andere Aspekte hervor: sein notwendiges Scheitern und die Re-Illusionierung der Linken.

1. Das soziale Elend als Folge des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft.
2. Das Elend des notwendigen Scheiterns des orthodoxen Neoliberalismus.
3. Das Elend der Re-Illusionierung der Linken.

Die sozialen Folgen des Neoliberalismus waren und sind weiterhin Gegenstand einer breiten Palette von Veröffentlichungen, so dass ich hier auf die beiden anderen Aspekte den Schwerpunkt legen möchte. Diese perspektivische Verschiebung geht auf skeptische Beobachtungen eines kritischen Gestus vieler Linker zurück, die allzu schnell in der Alltagssprache von einer Hegemonie des Neoliberalismus reden. Eine solche Formulierung setzt meines Erachtens einen einflusstheoretischen Begriff von Hegemonie voraus, legt sie doch die Vorstellung nahe, dass die Bevölkerung durch neoliberale think-tanks manipuliert wird. Anstatt dessen möchte ich hier mit Antonio Gramsci von einem materiellen Kern der Hegemonie ausgehen: "Die Tatsache der Hegemonie setzt zweifellos voraus, dass den Interessen und Tendenzen der Gruppierungen, über welche die Hegemonie ausgeübt werden soll, Rechnung getragen wird..., denn wenn die Hegemonie politisch-ethisch ist, dann kann sie nicht umhin, auch ökonomisch zu sein..." (GGH 1567)

Ich gehe im Folgenden von der These einer grundlegenden Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse nach dem Ende des "Goldenen Zeitalters" oder des Fordismus aus, die viel tiefer als angenommen greift und eher vergleichbar mit der Krise der 30er Jahre ist. Damals gab bzw. gibt es unterschiedliche und konkurrierende Lösungsoptionen: der sozialdemokratische New Deal, die totalitäre Lösung des Nationalsozialismus und der Weg des sowjetischen Staatskapitalismus. Aus der Retrospektive nennt Eric Hobsbawm dieses Jahrhundert vielleicht auch deshalb ein "kurzes", weil alle drei Lösungen am Beginn des 21. Jahrhunderts keine Zukunft mehr haben. Die genannte Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse nach der Krise des Fordismus, so meine Folgerung, entspräche somit auch der oft diagnostizierten Krise der Linken und erforderte deren entsprechende Transformation, einschließlich ihrer Theorien, ihrer Kulturen, ihrer Identitäten, vor allem aber auch der entsprechenden Praktiken der Kritik gesellschaftlicher Verhältnisse. Im Fokus steht also nicht

eine je nach Widerständigkeit größer oder geringer ausfallende gesellschaftliche Anpassungsleistung an die vermeintliche Sachzwanglogik ökonomischer Globalisierung, sondern der formationstheoretische Aspekt kapitalistischer Gesellschaften.

Meine Perspektive auf das dreifache Elend des Neoliberalismus kann in vier Thesen zusammengefasst werden:

1. These: Der Neoliberalismus ist eine vorübergehend dominante Ideologie kapitalistischer Restrukturierung, aber als hegemoniales Projekt ist er gescheitert, obwohl er weiterhin zu den Stabilitätsreserven kapitalistischer Vergesellschaftungspraxis zählt.

2. These: Gegen den Neoliberalismus zu sein, schließt nicht notwendig eine Gegnerschaft zum Kapitalismus ein. Auch aufgeklärte Eliten stehen dem Modell eines orthodoxen Neoliberalismus skeptisch gegenüber.

3. These: Das Scheitern einer neoliberalen Hegemonie spricht mangels einer ausgearbeiteten Alternative seitens der Herrschenden eher für eine historisch relativ offene Situation, die in den entwickelten kapitalistischen Ländern eine Mobilisierung von demokratischen und kapitalismuskritischen Kräften für ein progressives und alternatives sozialökologisches Entwicklungsmodell erfolgversprechend erscheinen läßt.

4. These: In der praktischen Frontstellung gegen die Spaltungslinien kapitalistischer Restrukturierungen können neue Erfahrungen gesammelt sowie theoretisch veraltete Traditionen überwunden werden, aus der eine theoretische und praktische Reformierung einer modernen Linken mit gesellschaftskritischer Kraft möglich wird.

Um diese Überlegungen zu entfalten, werde ich nun zunächst auf Probleme der Bewertung des Neoliberalismus durch die Linke eingehen und dieses anhand eines kurzen diskursanalytischen Streifzugs verdeutlichen. Im Rückgriff auf die marxischen Termini der sozialen Revolution und der ideologischen Formen wird es dann um eine Annäherung an das gehen, was kapitalistische Transformation heißt. Im weiteren geht es um Phänomene der Entmischung von Identitäten, die durch den Neoliberalismus auf den Weg gebracht wurden, aber gleichzeitig auch um die damit einhergehende Erosion von Repräsentationsmustern. Mit Hilfe von einigen Überlegungen von Lenin und Gramsci werden sodann einige hegemonietheoretische Überlegungen über den gegenwärtig herrschenden Block an der Macht und die organische Krise angestellt, die zu der These einer Reartikulation von Staatlichkeit führen. Abschließend wird es um linke Alternativen gehen, die das Dilemma einer fordistischen Linken zwischen Nostalgie und Neokautskyanismus überwinden kann.

Neoliberalismus - apokalyptisches Untier oder Papiertiger?

Dass der Neoliberalismus keine monolithische Weltauffassung hat, sondern theorieimmanent differenziert ist, bei den eigenen Verfechtern unterschiedliche Meinungen hervorbringt, ja gewisse kulturelle Züge besitzt und von vielen "normalen" Leuten positiv aufgenommen wird, dennoch seinen eigenen "Stallgeruch" erzeugt, verunsichert die Linken und führt zu unterschiedlichen Einschätzungen und Bewertungen. Die Linke schwankt zwischen einer Überhöhung mit fatalistischen Tendenzen einerseits und andererseits dem Vorwurf der Irrationalität, der eine entsprechende Ideologiekritik impliziert und deswegen den Neoliberalismus eher unterbewertet. So übernimmt Herbert Schui die von Chiapas ausgehende Polarität zwischen Menschheit und Neoliberalismus und stellt letzteren als Gegenaufklärung dar: "Der Neoliberalismus richtet sich entschieden gegen das

wohlfahrtsstaatliche Projekt des Keynesianismus als Fortsetzung der Aufklärung, gegen rationale und kollektive Gestaltung der sozialen Umwelt." (Schui 1997a). Der Liberale Keynes wird ganz nebenbei zum Aufklärer, in dessen Tradition sich der Marxist Schui stellt. Anders der intime Berater Anthony Giddens des Wahlsiegers der britischen "New Labour" Tony Blair, wofür ersterer auch prompt zum Nachfolger von Sir Ralf Dahrendorf wurde: "Beim Neoliberalismus... kommt es zu inneren Widersprüchen... [es gibt] keine zureichende eigene theoretische Begründung... [er verfolgt eine] pauschale Ausdehnung der Marktgesellschaft..." (Giddens 1997, 29) Er bekommt dabei Unterstützung von Ulrich Beck, der zum liberalen Flügel der Grünen gehört: "Mit Globalismus bezeichne ich die Auffassung, dass der Weltmarkt politisches Handeln verdrängt und ersetzt, d.h. die Ideologie der Weltmarktherrschaft, die Ideologie des Neoliberalismus." (Beck 1997, 26) Der vor allem an britischen Debatten geschulte Soziologe ist der Meinung, es breite sich ein "desorganisierter Kapitalismus" aus (ebd., 32). Der der kritischen Theorie verpflichtete Helmut Dubiel, der sich mit der Liberalen Marion Gräfin Dönhoff (vgl. Dönhoff 1997) in der Zielbestimmung einer "Zivilisierung des Kapitalismus" einig ist, spricht von der "...schizoide[n] Politik der Neoliberalen, die zum einen die Gesellschaft atomisieren und sie zum anderen durch die autoritäre Verpflichtung auf traditionelle Werte wieder zusammenfügen wollen..." (Dubiel 1997, 802). In der Tradition der katholischen Soziallehre fordert Professor Friedhelm Hengsbach SJ eine nun "demokratische Marktwirtschaft" (Hengsbach 1997), die die Lebensinteressen der Mehrheit der Weltbevölkerung in den Mittelpunkt stellt. Aber auch die einem "pluralen Marxismus" verpflichtete Zeitschrift *Das Argument* mobilisiert gegen eine "Globalisierung als Neoliberalismus" (Herv. HPK), was gewisse Assoziationen zu einem verschwörerischen Großangriff nahelegt, gegen den aufrechte Menschen angehen müßten. Helmut Schauer, früher SDS-Genosse und heute Funktionär der IGM, sieht im "Shareholder-Kapitalismus" ein "Kernstück des neoliberalen Umbaus", gegen den er einen "zivilen Ungehorsam" fordert (Schauer 1997, 55f). Schließlich wird auch bei den marxistischen Erneuerern der Zeitschrift *Z "Marx aktualisiert"*: Gegen den "Kapitalismus pur", der sich unter der "Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie" gegen einen "sozialstaatlich und keynesianisch gezähmten" Kapitalismus durchsetze, gelte es, eine "menschliche Emanzipation" zu stellen (Conert 136f; Herv.i.O.).

Dieser kurze und sicherlich selektive Überblick über den linken Diskurs gegen den Neoliberalismus soll keineswegs die These eines individuellen Opportunismus markieren. Vielmehr werden darin viele richtige Elemente befördert, er enthält aber auch irreführende Tendenzen. Dieser Doppelcharakter läßt sich analytisch unterscheiden in:

- eine zunehmende Brüchigkeit des Siegesgewißheit ausstrahlenden neoliberalen Projekts, die mit der Mobilisierung von humanistischen und aufgeklärten Intellektuellen und liberalen "Aktivbürgern" verbunden ist;
- eine liberale Einverleibung marxistischer Elemente der Kritik des Kapitalismus zur Generierung eines innerbürgerlichen Gegenprogramms zur "Zivilisierung" und Konsolidierung kapitalistischer Herrschaft.

Diese gegenläufige Doppelbewegung wird in der Erfurter Erklärung (vgl. Altvater u.a. 1997) deutlich, wo engagierte Intellektuelle gegen die "Zerstörung des sozialen Konsenses der Bundesrepublik" für "Verantwortung für die soziale Demokratie" werben und gerade deshalb von der PDS eine "demokratische Zuverlässigkeit" verlangen. [2] Am plastischsten wird diese Vorstellung jedoch in der Forderung der Gruppe von Lissabon (1997) nach einer neuen Elite, die "Konzepte des globalen Wettbewerbs, globale Führung, globale Effizienz und globales Denken verinnerlicht und in ihr Wertesystem integriert hat", sich aber gleichzeitig "menschlichen Faktoren, kultureller Verschiedenheit und Besonderheit widmen": "Es handelt

sich um die neoliberalen Sozialdemokraten" (42). Meine These ist nun, dass gerade die Gegnerschaft gegen den Neoliberalismus eine solche Amalgamierung von bürgerlicher Selbstkritik und linker Kapitalismuskritik befördert. Der Neoliberalismus wäre gewissermaßen die produktive Basis zur Herausbildung eines neuen hegemonialen Projektes des Kapitalismus des 21. Jahrhunderts. Deshalb muß zunächst der übergroß geredete Neoliberalismus dekonstruiert und auf seine wirkliche Größe gestutzt werden. Dazu ist der "Werkzeugkasten des Marxismus" bestens geeignet.

Soziale Revolution und ideologische Formen

Zunächst muß daran erinnert werden, was Kapitalismus heißt: "Die Bourgeoisie hat in der Geschichte eine höchst revolutionäre Rolle gespielt... [sie hat] durch ihre Exploitation des Weltmarktes die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet." Um diese Rolle zu spielen, ist die Bourgeoisie existentiell dazu gezwungen, "sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren" (Marx/Engels 1977, 464f). Dabei gibt es kontinuierlichere und mehr diskontinuierliche Phasen. "Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen... Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konfliktes bewusst werden und ihn ausfechten." (Marx 1978, 9)

Dieser Unterscheidung zwischen Umwälzung und der ihr entsprechenden ideologischen Formen folgend, ist der Neoliberalismus eine latente [3], aber in einer Situation des Umbruchs gewissermaßen spontan mobilisierbare Ideologie kapitalistischer Restrukturierung. Wir müssen also unterscheiden zwischen der neoliberalen Doktrin auf der einen und der Praxis oder Politik des Neoliberalismus auf der anderen Seite. Im ersten Fall wird der Neoliberalismus - nach den Worten eines seiner Popularisierer - in Gestalt der politischen Philosophie des politischen Liberalismus zum "wissenschaftlichen Unterbau der kapitalistischen Gesellschaft" (Lepage 1979, 11; Herv.i.O.). In diesem Sinne ist der Neoliberalismus eine Theorie, die "eindeutig und kompromisslos den Primat der Ökonomie vor allen anderen Entscheidungskriterien, Wünschen und Hoffnungen stellt." (Altwater 1981, 22) Davon ist die Form zu unterscheiden, in der diese Lehrmeinung zur Politik von herrschenden Eliten wird. [4] Sogesehen setzt neoliberale Politik bereits in der "spät-keynesianischen" Phase unter Helmut Schmidt ein (die dieser staatsmännisch und in Kantischer Verantwortungsethik von Thatcher und Reagan übernimmt) und ist seither in verschiedener Gestalt fester Bestandteil der neokonservativen Regierungsbündnis von neoliberal gewendeten Freidemokraten und einer modernisierten CDU/CSU. Dieses Muster dieses Übergangs vom keynesianisch unterfütterten, sozialdemokratischen Krisenmanagement hin zu einer mehr oder weniger offenen Politik der Austerität und Depression bei gleichzeitiger Mobilisierung von Exportaktivitäten gilt tendenziell für alle entwickelten Kapitalismen des Westens. Dennoch sind auch neoliberale Politikmuster nicht konstant und haben ihre Konjunktur: so mischen sich unter die anfänglichen Bemühungen, durch Kostensenkungen wettbewerbsfähiger (Reduzierung der sozialstaatlichen Leistungen) zu werden, im Laufe der 80er und 90er Jahre mehr und mehr Anstrengungen (Stärkung der Selektivität), die auf Produkt- und Prozessinnovationen zielen, um so in bestimmten Weltmarktsegmenten durch Marktbeherrschung Konkurrenten auszustechen. [5] Während die

frühere Politik eher Strategien und Praktiken eines allgemeinen downsizing implizieren, verfolgen spätere mehr ein selektives upgrading. Je nach Mischungsverhältnis verändern sich auch die Sozialstrukturen in den Blöcken und Ländern der Triade, was unterschiedliche Ausrichtungen der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zur Folge hat. Die damit einhergehende Globalisierung ist somit gerade keine Homogenisierung des Globus (wie das eine eher als lineare Kontinuität gedachte Internationalisierung des Kapitals impliziert), sondern die Generierung einer neuen internationalen Hierarchie (vgl. Lipietz 1996a, 1997, 1998). Man kann sogar sagen, dass die Tendenz einer Dualisierung der sozialstrukturellen und ökonomischen Verhältnisse in den jeweiligen Ländern und Blöcken die Folge ist - allerdings auch das in unterschiedlichem Ausmaß und auf differentielle Weise. In dieser Perspektive können die Folgen neoliberaler Politik treffend charakterisiert werden: "Die Beschäftigungsgarantie in der Mutterfirma hat als Kehrseite prekäre Beschäftigungsverhältnisse und fehlende soziale Sicherheit im Rest der Volkswirtschaft." (Gorz 1989, 97)

Der springende Punkt ist nun, dass trotz diesen verheerenden Eingriffe in die kapitalistischen Vergesellschaftungsgewohnheiten, die mit einer dramatischen Vervielfachung gesellschaftlicher Spaltungslinien verbunden sind, und trotz eines gnadenlosen Produktivismus und einer Kräfteverschiebung hin zu Besitzern von Geldvermögen, vom Produktivkapital zum Finanzkapital es nicht gelungen ist, ein kohärentes Akkumulationsregime mit einer entsprechenden sozialen und politischen Regulationsweise zu etablieren. Es ist daher korrekter, von einer Dominanz neoliberaler Politik zu sprechen. Die ideologische Form des Neoliberalismus hat politisch zwar eine soziale Revolution eingeleitet und dominiert, die den Kapitalismus modernisieren sollte, sie ist aber gleichzeitig als hegemoniales Projekt gescheitert.

Dafür sprechen etliche Phänomene aus der aktuellen Politik: vom Knistern in der Europäischen Währungsunion (unter deutscher Vorherrschaft) über die monetaristischen Flickschustereien in der Haushaltspolitik bis hin zur personellen Janusköpfigkeit in Parteieliten und Gewerkschaftsführung. [6] Auch auf internationaler Ebene läßt sich eher eine Hinwendung zu moderateren neoliberalen Politiken erkennen (Großbritannien, Frankreich, USA). Diese Widersprüche sollte man aber nicht als Irrationalität der Mächtigen denunzieren, wie das gerne in linken tageszeitungen gemacht wird, vielmehr sind sie Ausdruck realer Schwierigkeiten, ein kohärentes Entwicklungsmodell zu finden. [7] Der in letzter Zeit oft bemühte Diskurs um gesellschaftliche Blockaden und Verweigerungen einschließlich des herzoglich-präsidialen Rucks durch Land und Gesellschaft wäre dann eher ein verborgener Hilferuf der Herrschenden nach sozialen Innovationen für einen neuen gesellschaftlichen Konsens zur ungehinderten Fortschreibung kapitalistischer Verhältnisse. Wie wir gesehen haben, fühlen sich etliche Linke in ihrer "sozialen Verantwortung" auch angesprochen. Wir kommen darauf noch zurück.

Nicht nur auf der Oberfläche zeigen sich Risse im Gebälk der Kapital- und Politikfraktionen, es gibt auch fundiertere Argumente für eine Inkohärenz des neoliberalen Projektes. So sieht der Wirtschaftswissenschaftler und das Vorstandsmitglied der französischen Grünen, Alain Lipietz, vier Probleme des - wie er es nennt - liberalproduktivistischen Modells (vgl. Lipietz 1995, 91f):

- Eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft (Brasilianisierung);
- Keine Überwindung der Probleme des Taylorismus (relative Überakkumulation);
- Die Rückkehr von Konjunkturzyklen auf makroökonomischer Ebene (crashes);
- Internationale Instabilität aufgrund der Freihandelsideologie (beggar-thy-neighbour).

Diese Argumente aufgreifend verkehrt sich die Problematik auf bedeutsame Weise. Der Neoliberalismus ist nicht Teil der Lösung der Krise, sondern die politische Essenz des Problems selbst. Die Politik des Neoliberalismus ist eine Krisenpolitik, die aufkommt, wenn das Wachstum sich verlangsamt, die Kapitalrentabilität sich verschlechtert und soziale Kompromisse zusammenbrechen (vgl. dazu Peck/Tickell 1996). Zwar konnte die "neoliberale Konterrevolution" die Akkumulation selektiv wieder in Gang setzen, sie konnte jedoch kein kohärentes Akkumulationsregime (vgl. Krebs 1996) ausbilden, weil eine dazu passende und konsistente neoliberale Regulationsweise (Gewohnheiten, Normen und Institutionen) fehlt und absehbar auch weiterhin fehlen wird. In dieser Perspektive reflektiert der Neoliberalismus selbst tiefliegende Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise "auf der Höhe seiner Zeit". Es sind genau diese Widersprüche, die den Zweifel nähren, dass der Neoliberalismus ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum garantiert, die skizzierten Brüchigkeiten verweisen daher eher auf eine systemische Instabilität des Kapitalismus sowohl auf der Zeit- als auch auf der geographischen Ebene. [8] Die "produktive Verunsicherung" [9] ist gewissermaßen das schumpeterianische Nadelöhr kapitalistischer Restrukturierung, sie birgt aber gleichzeitig auch die Gefahr, bei der bloßen Desartikulation von Sphären der Ökonomie, der Politik, der Kultur, der Ideologie hängen zu bleiben.

Entmischung von Identitäten

Es bleibt die Frage, ob Neoliberalismus mehr als eine Ideologie ist. Wäre er "bloße" Ideologie, so läge die Überlegung nahe, seine Selbstverschleierung durch Ideologiekritik beseitigen und seinen wahren Gehalt offenlegen zu können. [10] Das aber wäre ein rationalistischer Kurzschluss. Denn man sollte zwischen "historisch organischen Ideologien" und "willkürlichen, rationalistischen, `gewollten´ Ideologien" unterscheiden, wobei nur die ersten "Menschenmassen organisieren, das Terrain bilden, auf dem sich Menschen bewegen..." (GGH 4, 876). Nun ist der Neoliberalismus ganz gewiss eine Ideologie, die "in der Materialität der sozialen Verhältnisse erfasst und einverleibt" ist, die es nicht zulässt, "in einer rationalistischen Tradition eine gebogene durch eine gerade Idee zu berichtigen" (Althusser 1977, 56). [11] Es ist gerade diese Materialität dieser sozialen Verhältnisse, in denen der Neoliberalismus seine Hauptwirkungen erzielt. Seine Massenwirksamkeit besteht darin, dass er über vielfältige Medien in den Alltagsverstand der Menschen eindringt, sich dort einschreibt und deren Verhaltensweisen transformiert, blockiert oder in eine bestimmte Richtung mobilisiert. Er generiert so Differenzen bei den Akteuren und reorganisiert unterschiedliche Geschwindigkeiten bei deren Reorientierung. Gerade in der Dezentralität und Differentialität neoliberaler Wirkungen liegt seine Stärke - wenn man so will in seinen ungleichen Effekten. Der Versuch, ihn lediglich an irgendwelchen "think-tanks" festmachen zu wollen, ist daher unzureichend. Die sozialstrukturellen Veränderungen und Erosion sozialer Milieus (vgl. dazu Vester u.a. 1993), die auch als "Individualisierung" gefeiert werden (vgl. Beck 1986) [12], sind in dieser Perspektive durchaus ernstzunehmen und verweisen auf eine Neuzusammensetzung der sozialen Basis eines postfordistischen Kapitalismus, der aller Voraussicht aus anderen Identitätstypen bestehen wird. Loyalität zum Unternehmen und gesteigerte Flexibilität im Kampf um Wettbewerbsvorteile, Integration durch konkrete Arbeit, [13] Abschied von einer sozialstaatlichen "Anspruchshaltung" und Hinwendung zu "mehr Selbständigkeit" und Eigenverantwortung, Weltoffenheit verkörpernd, weniger Sicherheitsdenken und Mut zum Risiko, alltagspraktische Stigmatisierung der Marginalisierten und Ausgeschlossenen, die wiederum eine "Kultur der Armut" ausbilden müssen [14] - das alles sind Hinweise darauf, dass sich der soziale Raum des Fordismus entmischt und neue Muster sozialer Selektivität ausbilden. [15] Dieser Umbau von Identitätsmustern und Lebensbiographien hat sich aber keineswegs zu aggregierten Verhaltensmustern sozialer Klassen verdichtet, vielmehr erodiert dieser Prozeß selbst das

politische System und dessen repräsentative Formen, führt dort zu noch mehr Klientelismus, Lobbyismus, Personalismus und Populismus, denen auch die "Aufrechtesten" sich nicht entziehen können: Alltagsrassismen bei der grünen Klientel bei opportunistischer Machtgeilheit an der Spitze, sozialdemokratische Liebschaften für die Rüstungsindustrie, Verteidigung des Sozialstaats durch CDU-Flügel. Diese verrohende Durchmischung der politischen Kultur stärkt wiederum Tendenzen, sich von "der" Politik zu verabschieden und - je nach materiellen Ressourcen - in den individuellen Konsumismus zu eskapieren. Auch der politische Raum der Gesellschaft imaginiert sich so zunehmend als ein reproduktives Auf-der-Stelle-Treten - mit drastischen sozialen Folgen ohne Ende.

Wir können das bisherige darin resümieren, dass neoliberale Politik seit den 70er Jahren dominiert, diese aber mittlerweile deutliche Risse zeigt und auf sozialem, politischen, ökonomischen und kulturellem Gebiet insgesamt keine Überwindung der fordistischen Krise bewirkt und keine tragfähige Hegemonie hervorgebracht hat. [16] Daraus darf aber nicht geschlossen werden, dass man es mit einem Papiertiger zu tun hat. Vielmehr sprechen viele Phänomene dafür, dass der Neoliberalismus als Ideologie sich in der Materialität der sozialen Verhältnisse eingeschrieben hat und zu einem mehr oder weniger festen Kern der alltäglichen Reproduktion des postfordistischen Individuums geworden ist.

Herrschender Machtblock und organische Krise

Gerade auf den letzten Aspekt möchte ich Wert legen, da sich dieser auf die Formierung linker Politik auswirkt. Meine Analyse führte bisher zu dem Punkt, dass eine tragfähige Hegemonie des Postfordismus fehlt, der Neoliberalismus gleichwohl auf ideologischem Gebiet hochgradig wirksam ist und bleibt. Wir werden daher nun einige hegemonietheoretische Aspekte untersuchen, die uns eine realistische Einschätzung von Chancen und Risiken linker Politik geben sollen.

Hintergrund der folgenden Überlegungen ist die theoriegeschichtlich und praktisch-politisch eminent folgenreiche Tatsache des Scheiterns der Revolution im Westen nach der Oktoberrevolution in Russland. Hatte Lenin die revolutionäre Situation durch das "Grundgesetz der Revolution" für Russland zutreffend beschrieben, nachdem die oben nicht mehr in der alten Weise können und die unten das Alte nicht mehr wollen (vgl. Lenin 1974, 71), stellte sich Gramsci zufolge die Lage im Westen anders dar. Dort bildet sich zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Regierten und Regierenden ein komplexes Beziehungsgefüge aus, das analytisch als eine Erweiterung des Staates begriffen werden muss. Staat kann nicht auf Zwang reduziert werden (Gewaltmonopol des Staates), sondern der Staatsbegriff muß erweitert werden. "In diesem Sinne könnte man sagen, dass Staat = politische Gesellschaft + Zivilgesellschaft, das heißt Hegemonie, gepanzert mit Zwang" (GGH 4, 783). Dem "eigentlichen" Staat als politischer Gesellschaft ist eine *società civile* [17] vorgelagert, die sowohl zum Schutz als auch als Regenerationsressource dient. Tritt nun ein "Zwiespalt zwischen Repräsentanten und Repräsentierten" auf, kommt es zur "Hegemoniekrise" oder zur "organischen Krise... mit gefährlichen unmittelbaren Situationen, weil die verschiedenen Bevölkerungsschichten nicht dieselbe Fähigkeit besitzen, sich rasch zu orientieren und sich mit derselben Schnelligkeit zu reorganisieren. Die traditionelle führende Klasse... wechselt Menschen und Programme aus und gewinnt die Kontrolle wieder..." (GGH 7, 1578), um sich so zu konsolidieren und einen neuen historischen Block zu bilden. Die Gefährlichkeit eines solchen "Transformismus" oder einer solchen "passiven Revolution" [18] liegt darin, dass in einer Phase des Umbruchs "das Alte stirbt und das Neue [...] noch nicht zur Welt kommen" (GGH 2, 354) kann.

Diese skizzenartige Rekonstruktion der Hegemonieproblematik bildet den theoretischen Hintergrund für die Annahme, dass wir uns in einer solchen Phase befinden. Die Dominanz neoliberaler Politik hat im Laufe der 70er Jahre den fordistischen Klassenkompromiss [19] aufgekündigt und damit der sozialdemokratisch orientierten Arbeiterbewegung, die sich über Gewerkschaften und SPD mit dem Fordismus arrangiert hatte (vgl. dazu auch Esser 1996), einen mehr oder minder schweren Schlag versetzt. Diese Desartikulation sozialdemokratischer Politik führte dort zu einer Fragmentierung, die zwischen Lähmung, Nostalgie, Machtgier, Anpassung und populistischer Verantwortungsbereitschaft mit neoliberalen Einsprengseln changiert. Auf der anderen Seite konnte der herrschende Block an der Macht systematisch einen konservativen Reformismus in Gang setzen, dem sich kaum noch jemand mangels ausgearbeiteter Alternative ernsthaft entgegenzustellen vermag. Dennoch, so die These, ist es nicht gelungen, eine tragfähige Hegemonie zu installieren, die sich auf ein kohärentes Akkumulationsregime mit einer praktikablen sozialen und politischen Regulationsweise stützt. Im Gegenteil scheinen die ideologisch-politischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte die politischen Eliten eher demoralisiert und ihre Potentiale verbraucht zu haben. Es liegt daher nahe, dass ein "Wechsel von Programm und Menschen" notwendig wird, der die Kräfteverhältnisse im Machtblock neu ordnet und über dieses ausgewechselte Führungspersonal einen neuerliche Organizität zur Zivilgesellschaft herstellt. Neue Führungsschichten sollen durch Kooptationen und Rekrutierungen dem herrschenden Block an der Macht einverleibt werden und so zur Konsolidierung des brüchig gewordenen Hegemonieprojekts des Neoliberalismus beitragen. Auf der Zeitachse betrachtet folgt einer Phase der selektiven Desartikulation von Staatspraktiken nun der Versuch einer Reartikulation von Staatshandeln. In räumlicher Hinsicht wird eine scheinbar anarchische territoriale Desintegration und Diffusion zu geographischen Netzwerken mit minutiös abgestuften, gleichwohl umkämpften Hierarchien kristallisiert. In qualitativer Hinsicht wird der entscheidungskompetente antizipative Fürsorgestaat in prozedurale Verhandlungssysteme der governance vervielfältigt, dezentralisiert, fragmentiert - bei gleichzeitiger Kontraktion auf die sogenannten Kernbereiche des Staates (Innen- und Sicherheitspolitik, Geldpolitik). Angeregt von Überlegungen von Bob Jessop [20] würde ich von einer Phase der Re-Etatisierung oder der Reartikulation von Staatlichkeit sprechen, die der staatlich induzierten Krisenpolitik des Neoliberalismus folgt.

Die Linke im Dilemma: zwischen Nostalgie und Neokautskyanismus

Weit davon entfernt, eine einigermaßen konsistente Alternative vorweisen zu können, ist die Linke selbst angesichts der neoliberalen Durchdringung der Gesellschaft demoralisiert, konnte die alten Flügelkämpfe der 70er Jahre nicht überwinden, vollzieht in weiten Teilen eine Annäherung an einen "guten" oder "wahren" Liberalismus und/oder hat sich in den gesellschaftlichen Nischen eingerichtet. Angesichts breiter neoliberaler Erfolge nostalgisch von einem "gezähmten Kapitalismus" zu reden, vergisst die Tatsache, dass der Fordismus eher die Ausnahme einer vorübergehenden Lösung kapitalistischer Widersprüche ist. [21] Weder der Kapitalismus vor dem ersten Weltkrieg noch der der Zwischenkriegszeit hatten so viel "Erfolg" wie der Fordismus, der selbst Resultat außerökonomischer Bedingungen war (Bretton Woods, Weltgeld US-Dollar, bedingte Souveränität und Teilung Deutschlands, Systemwettbewerb). Und vergessen wir nicht, dass das "Wirtschaftswunder" auf der ungebremsten Verhuzzung von Natur beruhte, die heute nicht mehr ohne weiteres durchzusetzen ist. Und noch eins, geben wir es ruhig zu, lange Zeit sprach alles dafür, dass die systemischen Widersprüche überwunden seien. Gezähmt war eher eine antikapitalistische Linke, die sich nach Jahren der neoliberalen Dominanz geschockt zeigt und einigermaßen romantisch verklärt an die Nachkriegsverhältnisse zurückerinnert, die so romantisch keineswegs waren. Ein Gutteil der politischen Dominanz des Neoliberalismus verdankt sich

in dieser Perspektive gerade der Tatsache, dass es nicht gelungen ist, in den letzten Jahrzehnten eine originäre und eigenständige Alternative zur "sozialen Marktwirtschaft" entwickeln. Diese theoretische und praktische Fragmentierung der Linken könnte aber gerade deshalb eine Basis bieten, "Menschen und Programme" in den herrschenden Block einzuverleiben - jedenfalls moderate Elemente davon. Es kann hier nicht die Aufgabe sein, bis ins Detail die unterschiedlichen Strömungen und Fraktionen der Linken zu analysieren. Dennoch erweist sich bereits eine grob schematisierte Synopse als nützlich, weil sich aus ihr in tentativer Absicht diejenigen gesellschaftlichen Praxisfelder ersehen lassen, die für das Projekt der Re-Artikulation von Staatlichkeit in Frage kommen: zum einen positiv durch ihre theoretische und thematische Innovativität (Intellektuelle, Umwelt- und Probleme einer neuen Sozialität) und zum anderen negativ durch Antietatismus (radikale Bewegungen) und Antiproduktivismus (politische Ökologie). Die folgende Tabelle soll diese Überlegung unter Weglassung aller Feindifferenzen verdeutlichen. [22]

Synopse der Linken (Deutschland 1997/1998)

Linke	Traditionen	Verdienste	Probleme	Tendenzen
akademische	Marxismus westlicher Marxismus Sozialdemokratie	ideologisch und historisch einflussreich	konjunkturell ungleichzeitig z.Z. wenig Organizität	Akademismus Feuilletonisierung Philologisierung
gewerkschaftliche	Chartismus Tradeunionismus	tief verwurzelt organisch	tradeunionistisch beschränkt	selektiver Korporatismus
etatistische	Kautskyanismus Zentrismus Marxismus- Leninismus	partizipatorisch organisatorisch- professionell	inkorporiert produktivistisch institutionalistisch	Verantwortungsethik
movimentistische	Volkstümmer Befreiungsbewegungen NSB	antietatistisch antisexistisch differentiell	populistisch moralistisch	Nischisierung
ökologische	Grüne politische Ökologie	antiproduktivistisch radikal	realistisch- integrativ fundamentalistisch	Liberalismus

Nimmt man die skizzierten zeitgenössischen Tendenzen der rechten Spalte, so ließe sich ein zu rekrutierendes Potential ausmachen, das aus reflektierten liberalen Intellektuellen und entsprechenden Praktiken besteht, die mit einer Rhetorik der Verantwortungsethik eine neue produktivistische soziale Basis in einen neuen, reduzierten Korporatismus einbindet, wobei sich die Bewegungslinke weitgehend in Selbstgenügsamkeit übt und die Grünen (die sich nur noch minimal an ihre einstige Radikalität erinnern) sich parallel für einen ökologisch-modernistischen Umbau der Gesellschaft anbieten. Es könnte so gelingen, um den neoliberalen Kern der Modernisierung eine Sozialität zu konstruieren, deren Trägerschaft bis tief in bestimmte Segmente der Gesellschaft hineinreichen und diese so staatsförmig-selektiv reorganisieren. "Wenn das Verhältnis zwischen Intellektuellen und Volk-Nation, zwischen Führenden und Geführten, zwischen Regierenden und Regierten durch einen organischen Zusammenhalt gegeben ist, in dem das Gefühl-Leidenschaft zum Verstehen und folglich zum Wissen wird (nicht mechanisch, sondern auf lebendige Weise), nur dann ist die Beziehung

eine der Repräsentanz und kommt es zum Austausch individueller Elemente zwischen Regierten und Regierenden, zwischen Geführten und Führenden, das heißt, es verwirklicht sich das gemeinsame Leben, das allein die soziale Kraft ist, es bildet sich der 'geschichtliche Block'." (GGH 6, 1490) Der Aspekt des Selektiven muß dabei betont werden, weil es sich um ein Herrschaftsprojekt handelt, in das konstitutiv Hierarchien eingeschrieben sind - und diese dürften im postfordistischen Kapitalismus eher zu- als abnehmen.

Wenn meine These richtig ist, geht es also um die Kompatibilität bestimmter "linker Diskurse" mit dem Projekt der Re-Etatisierung. Diese Überlegung muß nicht ausschließlich als "Andienung" der Linken verstanden werden, sie kann durchaus auch in einer konservativen Umarbeitung neoliberaler Orthodoxie bestehen. Insofern wäre die Formulierung "neoliberale Sozialdemokraten" der Gruppe von Lissabon durch den von "sozialdemokratischen Neoliberalen" zu komplettieren. [23] Wenn für Politik Kompromisse konstitutiv sind, so sind weniger die (horizontal gedachten) Extreme des politischen Spektrums von Bedeutung (etwa die Hardliner der FDP oder die "kommunistische Plattform" der PDS) als die für Realpolitik viel relevantere "innere" Kompatibilität dieses Spektrums. Insofern wären eher Verträglichkeiten zwischen moderat-neoliberalen und linksliberalen Komponenten bestehender Diskurse genauer zu lokalisieren. Dabei müßte sich das Interesse allerdings aus der Perspektive an Gesellschaftskritik orientierter Wissenschaft auf die vertikale Achse verschieben: nämlich auf die damit verbundene Praxis des ideologisch-politischen Unterordnens, des "wer wen". Dies kann hier nicht weiter präzisiert werden, wäre es doch mit einer umfangreichen und detaillierten Untersuchung verbunden. In Verlängerung meiner tentativen Synopse der Linken geht es hier eher darum, mögliche Politik-arenen zu bestimmen, auf denen solche "Berührungskämpfe" stattfinden könnte. Neben anderen Komponenten wie linkem Verfassungspatriotismus (Habermas) oder realpolitisch aussichtsreichen Einschätzungen zur Ökologieproblematik (Wuppertalsstudie) scheinen mir zwei dieser Diskurse besonders dafür geeignet, weil sie in einer entsprechenden theoretischen Ein- bzw. Umarbeitung ohne weiteres Bestandteil kapitalistischer Modernisierung sein können:

Arena Arbeitsgesellschaft: Hier reichen die Positionen der Linken von einer strukturkonservativen Dethematisierung jeglicher Krise, die in der Regel mit (Spekulationsgewinne abschöpfenden) Beschäftigungsprogrammen verbunden ist, über einen öffentlich finanzierten Beschäftigungssektor [24] und Überlegungen zur erweiterten Beteiligung von Arbeitnehmern in oder gar an Unternehmen bis hin zu Überlegungen einer produktivistischen Stärkung des Produktivkapitals (gegenüber dem "parasitären" Spekulations-Kapital) verbunden mit einer aggressiven "Vorneverteidigung" des Standorts Deutschland durch eine regionale Förderungspolitik von Wachstumskoalitionen. Dieses Spektrum ist mehr oder weniger mit einer (wenn auch praktisch selektiven) Reduzierung der Arbeitszeit kompatibel. Die Frage allerdings, inwieweit damit eine Vollbeschäftigung wiederhergestellt werden kann, wie selektiv eine solche sein wird, ob diese arbeitsutopische [25] Vorstellung angesichts einer derartig hohen und vor allem nicht beliebig zu steigernden Produktivitätsentwicklung nicht aufgegeben werden muß. Die Dimensionen werden deutlich in dem Wortspiel Befreiung durch Arbeit oder Befreiung der Arbeit oder Befreiung in der Arbeit? Auf diesem Terrain scheint mir vor allem eine Tendenz mit Risiken verbunden zu sein, die man treffend als Neo-Kautskyanismus bezeichnen kann, dessen Kernpunkt in der Vorstellung [26] liegt, man könne sich der "ökonomischen Entwicklung" nicht entgegensetzen, die sogar impliziert, man müsse sich an die Spitze des Innovationismus und des Produktivismus stellen.

Arena Partizipation: Mit dem ersten Punkt verbunden, dennoch relativ unabhängig davon, geht es hier um den Grad an Selektivität, an politischer, sozialer, kultureller Ungleichheit - keinesfalls jedoch um die völlige Abschaffung "des" Sozialstaats, wie dies die reine Lehre des Neoliberalismus vermuten läßt. Neben den eher politisch-juristischen Problemfeldern wie Asyl- und Ausländerrecht und den damit neu zu definierenden Staatsbürgerrechten im Rahmen eines neuen Europa interessieren hier Fragen der sozialen und wirtschaftlichen Demokratie. Auseinandersetzungen um diese Probleme stellen sich als von strikten fiskalischen Grenzziehungen determinierte dar: der berühmte "Sachzwang", der doch ein sozial konstruierter ist. Während die Konservativen mehr oder weniger offen dazu neigen, mit der Ressourcenknappheit die Zwangsläufigkeit von Unterschieden zu rechtfertigen, [27] führt die Gleichheitsnorm die Linken mehr oder weniger in das Dilemma, Ungleichheiten in der Einkommensverteilung nicht auf eine bloße, aber egalitäre Mangelverwaltung beschränken zu können [28] und durch eine über den Staat organisierte Umverteilung von "oben nach unten" nachbessern zu müssen - weil sie keinen unmittelbaren Zugriff auf die asymmetrischen Kräfte- und Aufteilungsverhältnisse hinsichtlich der Produktivitätsgewinne zwischen den Tarifpartnern haben. Bei knappen Haushaltskassen könnte es so als Teilerfolg erscheinen, wenigstens einen mit entsprechender keynesianisch unterlegten Steuerpolitik (quasi als Katalysator) geregelten selektiven Korporatismus (Arbeiteraristokratie) durchzusetzen, was im Rahmen eines Nullsummenspiels natürlich die Exklusion anderer Teile der Bevölkerung hieße. Die Perspektive, den zu verteilenden Kuchen selbst in Frage zu stellen, gerät angesichts des globalen Wettbewerbs außer Blick. Eine Strategie des beggar-thy-neighbour läßt sich auch zwischen sozialen Gruppen verfolgen, freilich erfolgreich nur für diejenigen mit der besseren Ausgangslage.

In beiden Fällen würde die bereits weitgehend aus den politischen Diskursen ausgeschlossene Ökologieproblematik noch weiter dethematisiert und die neoliberale Doppelbewegung gesellschaftlicher Inklusion/Exklusion verstärkt, die durch eine Stärkung repressiver Staatsapparate auch noch armiert werden müßte.

Aus einem solchen Negativszenario lassen sich auch einige Bestimmungen für eine alternative Politik der Linken - welcher Couleur auch immer - ziehen, die zum Schluß skizziert werden sollen.

Elemente einer Alternative

Zunächst ist festzuhalten, dass die Reartikulation von Staatlichkeit durchaus auch Chancen und Handlungsspielräume bietet, wie sie sich aus meiner Rekonstruktion der relativ offenen historischen Situation und der Ablehnung des Determinismus ergibt (These 3). Das Linke an einer Politik der Einmischung kann sich durchaus an der Gegnerschaft zum Neoliberalismus herauszubilden, muß sich aber einen gewissen Grad an Autonomie erarbeiten, um zu diesem eine politische Alternative zu entfalten - was schwer genug ist. Prinzipiell schließt das nicht die politische Arbeit in staatlichen Institutionen aus, das wäre unter Bedingungen der Massendemokratie "linksradikal" (vgl. Lenin 1971a). Gleichwohl haben die Reflexionen über den ideologischen Klassenkampf und die identitären Entmischungen gezeigt, dass heute eine politische Linke nicht ohne weiteres gegen neoliberale Politik antreten kann, ohne von den jeweiligen Staatsapparaten auf Dauer gesehen aufgesogen und einverleibt zu werden - was je nach theoretischer Provenienz möglicherweise konstitutiv für den kapitalistischen Staat ist, aber noch nichts über die Qualität von dessen Veränderung durch dieses Aufsaugen sagt. Jenseits der Frage nach der Form der Politik können inhaltliche Elemente einer linken Politik benannt werden: [29]

Erneuerung der sozial-industriellen Verhältnisse auf der Grundlage eines neuen Kompromisses, der die bewusste Einbindung der unmittelbaren Produzenten in den Kampf um Qualität und Produktivität ihrem Recht gegenüberstellt, über die Einführung neuer Technologien und Arbeitsmethoden zu entscheiden, in ihren Wohnregionen zu leben und zu arbeiten sowie über mehr freie Zeit zu verfügen; Festschreiben des gegenwärtigen Sozialisierungsgrades der Einkommen ebenso wie der sozialen Sicherungen, verbunden mit einer grundlegenden Form des Wohlfahrtsstaates, sowie der Entwicklung eines selbstverwalteten Sektors, in dem auf kommunaler Ebene Verträge über die Vorsorge in gesellschaftlich nützlichen Diensten abgeschlossen werden;

Internationale Beziehungen auf der Basis von Multilateralismus und internationalem Kreditgeld, Zurückweisung eines systemischen Freihandels, statt dessen Akzeptanz von neuen Spielregeln, die ein Maximum an sozialem Fortschritt in eigenständigen demokratischen Ländern ermöglichen; Bereitstellung von ausreichend gesellschaftlichen Ressourcen für die Beschäftigung mit ökologischen Fragen sowie nähere Bestimmung von nachhaltigen Entwicklungsmodellen unter Berücksichtigung der globalen ökologischen Krise.

Schon der utopische Eindruck, den solche Formulierungen hinterlassen, zeigt, wie schwer sich linke Politik unter den gegenwärtigen Bedingungen tut. Dieser Eindruck legt einen Gradualismus zwischen Maximum und Minimum nahe, der jedoch irreführend ist. Die kapitalistische Produktionsweise liegt nicht auf einer imaginierten geraden Linie zwischen Matriarchat und Kommunismus, schon gar nicht die auf dieser Produktionsweise basierenden Gesellschaftsformationen. Der Kapitalismus hat keine Geschichtsphilosophie studiert, die ihm sagt, wo es hingeht, sondern er ist "bloß" die widersprüchliche Organisation seiner eigenen Verlängerung. Sie kann gelingen, die Lösung seiner Widersprüche ist nicht vorherbestimmt und diese Lösungsmöglichkeiten bilden selbst eine gewisse Bandbreite - die Verlängerung kann aber auch scheitern. Für letzteres gibt es zwar im Moment wenig Anzeichen, wir können jedoch mit Marx getrost festhalten: "Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese." (Marx 1978c, 98)

Um in der derzeitigen Gemengelage nicht die Orientierung vollständig zu verlieren, muß zudem ein oft vernachlässigter Aspekt von Politik hervorgehoben werden: das Verhältnis von Strategie und Taktik. [30] Da Kompromiss ein wesentliches Element von Politik ist - insbesondere in nicht gerade revolutionären Zeiten -, bedarf es der permanenten Ausarbeitung von strategischen Zielen zur Orientierung der Taktiken. Es ist der Verdienst von Frederic Jameson (1996), auf die theoretische Bedeutung der Frage der Revolution für heutige Politik hingewiesen zu haben. S eine Frage, die in auch so liberalen Zeiten ihre Bedeutung verloren zu haben scheint. Oder um es mit Gramsci zu sagen: "Bei der Heranbildung der Führer ist die Voraussetzung wesentlich: will man, dass es immer Regierte und Regierende gibt, oder will man die Bedingungen schaffen, unter denen die Notwendigkeit der Existenz dieser Teilung verschwindet?" (GGH 7, 1714). Freilich darf die so verstandene Revolution nicht zur platonischen Idee verkommen, die uns das Diesseits besser ertragen läßt: "Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt." (Marx/Engels 1981, 35)

Literatur:

Althusser, Louis (1997): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie. Hamburg/Westberlin.

Altvater, Elmar (1981): Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution. In: Prokla. Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik. Nr. 44. Jg. 11. Nr. 3.

Altvater, Elmar (1994): Operationsfeld Weltmarkt. In: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. 24. Jg. Nr. 4.

Altvater, Elmar u.a. (1997): Erfurter Erklärung: Bis hierher und nicht weiter. Verantwortung für die soziale Demokratie. In: spw. Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 1/97. <http://www.koeln-online.de/spw/9701/erfurt.html>.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in einer andere Moderne. Frankfurt am Main.

Beck, Ulrich (1997): Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus - Antworten auf die Globalisierung. Frankfurt am Main.

Bischoff, Joachim (1993): Entwicklungstendenzen des Finanzkapitals. In: Sozialismus 12/93

Brenner, Neil (1997): The Production of new state spaces: cities, citizenship and the political geography of neo-liberalism. Berlin/Frankfurt am Main (MS).

Conert, Hansgeorg (1997): Zur Aktualität der Marx'schen Kapitalismuskritik. In: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung. Nr. 31.

Dahrendorf, Rolf (1997): Weltmarkt und Sozialökonomie. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. 51. Jg. Nr. 9/10. Kapitalismus als Schicksal? Zur Politik der Entgrenzung.

Demirovic, Alex (1987): Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung. Berlin.

Demirovic, Alex (1997): Nachhaltige Entwicklung, Transformation der Staatlichkeit und globale Zivilgesellschaft. In: Ders., Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie. Münster.

Dönhoff, Marion Gräfin (1997): Zivilisiert den Kapitalismus - Grenzen der Freiheit. Stuttgart.

Dubiel, Helmut (1997): Der utopische Realismus der Demokratie. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken. 51. Jg. Nr. 9/10. Kapitalismus als Schicksal? Zur Politik der Entgrenzung.

Esser, Josef (1996): Das Modell Deutschland in der neuen Weltordnung. Hagen.

Featherstone, Mike (1996): Global Culture. Nationalism, Globalization and Modernity. London.

Forrester, Viviane (1997): Der Terror der Ökonomie. Wien.

- Giddens, Anthony (1997): Jenseits von Links und Rechts. Frankfurt am Main.
- Gorz, André (1989): Kritik der ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft. Berlin.
- Gramsci, Antonio (1991ff): Gefängnishefte. Hamburg. [zit. als GGH]
- Gruppe von Lissabon (1997): Grenzen des Wettbewerbs. Die Globalisierung der Wirtschaft und die Zukunft der Menschheit. München.
- Habermas, Jürgen (1985): Die Krise des Wohlfahrtsstaats und die Erschöpfung utopischer Energien. In: Ders.: Die neue Unübersichtlichkeit. Frankfurt am Main.
- Hall, Stuart (1989): Ausgewählte Schriften. Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus. Hamburg.
- Hall, Stuart (1994): Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2. Hamburg.
- Hall, Stuart (1995): New Cultures for old. In: Massey, Doreen/Jess, Pete (eds.): A Place in the World? Places. Culture and Globalization. Oxford.
- Harvey, David (1993): The Condition of Postmodernity.. An Enquiry into the Origins of Cultural Change. London.
- Harvey, David (1997): Betreff Globalisierung. In: Sablowski, Thomas u.a. (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie. Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Hamburg.
- Hayek, Friedrich August (1968): Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren. Kiel.
- Heininger, Horst (1997): Zur Aktualität des staatsmonopolistischen Kapitalismus. In: In: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung. Nr. 31.
- Hengsbach, Friedhelm (1997): Alternative zum Kapitalismus. <http://www.bistum-wuerzburg.de/Medien/POW150197/hengs.html>
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin.
- Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1947): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. Amsterdam.
- Initiative Neue Soziale Politik (1997): Für eine neue europäische Gewerkschaftsdebatte. In: Bourdieu, Pierre u.a.: Perspektiven des Protestes. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat. Hamburg.
- Jameson, Frederic (1996): Fünf Thesen zum real existierenden Marxismus. In: Das Argument 214. Jg. 38. Nr. 2.

- Jessop, Bob (1997): Die Zukunft des Nationalstaates - Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen über Westeuropa. In: Sablowski, Thomas u.a. (Hg.): Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung. Hamburg.
- Krebs, Hans-Peter (1996): Fordismus: Entwicklung und Krise. In: Bruch, Michael/Krebs, Hans-Peter (Hg.): Unternehmen Globus. Münster.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1971a): Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke. Bd. 31.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1971b): Kommunismus. In: Werke. Bd. 31.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1975): Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. In: Werke Bd. 28.
- Lipietz, Alain (1991): Demokratie nach dem Fordismus. In: Das Argument 189. Jg. 33. Nr. 5.
- Lipietz, Alain (1995): Der Regulationsansatz, die Krise des Kapitalismus und ein alternativer Kompromiß für die 90er Jahre. In: Hitz, Hansruedi u.a. (Hg.): Capitales Fatales. Zürich.
- Lipietz, Alain (1996a): The New Core-Periphery Relations: the Contrasting Examples of Europe and America. In: Naastepad, C.W.M./Storm, S. (Hg.): The State and the Economic Process. Brookfield.
- Lipietz, Alain (1996b): Cultural Geography, Political Economy and Ecology. Contribution to the Aegean Seminar: Space, Inequality and Differences. From Radical to Cultural Formulations? Milos, August 26-30th 1996.
- Lipietz, Alain (1997): The post-Fordist world: labour relations, international hierarchy and global ecology. In: Review of International Political Economy. Vol. 4. Nr. 1.
- Lipietz, Alain (1998; i.Ersch.): Nach dem Ende des "Goldenen Zeitalters". Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften. Hgg. von Hans-Peter Krebs. Hamburg.
- Mao Tse-tung (1957): Alle Reaktionäre sind Papiertiger. In: MAW 5.
- Marx, Karl (1978a): Kritik der politischen Ökonomie. Vorwort. In: MEW 13.
- Marx, Karl (1978b): Einleitung. [Kritik der politischen Ökonomie]. In: MEW 13.
- Marx, Karl (1978c): Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850. In: MEW 7.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1977): Manifest der Kommunistischen Partei. In: MEW 4.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1981): Deutsche Ideologie. In: MEW 3.
- Miegel, Meinhard (1994): Vollbeschäftigung - eine sozialromantische Utopie? In: Alfred-Herhausen-Gesellschaft für Internationalen Dialog (Hg.): Arbeit der Zukunft - Zukunft der Arbeit. Stuttgart.

Miegel, Meinhard (1997): Arbeit in der globalen Gesellschaft. Gespräch mit Florian Rötzer. www.ix.de/tp/deutsch/inhalt/co/2012/2.html.

Miegel, Meinhard/Wahl, Stefanie (1993): Das Ende des Individualismus. Die Kultur des Westens zerstört sich selbst.

Overbeek, Henk/van der Pijl, Kees (1993): Restructuring Capital and Restructuring Hegemony. Neo-liberalism and the unmaking of the post-war order. In: Overbeek, Henk (Hg.): Restructuring Hegemony in the Global Political Economy. London.

Peck, Jamie/Tickell, Adam (1994): Searching for a New Institutional Fix: the After-Fordist Crisis and the Global-Local Disorder. In: Amin, Ash (Hg.): Post-Fordism. A Reader. Oxford.

Przeworski, Adam (1986): Capitalism and Social Democracy. Cambridge.

Revelli, Marco (1997): Vom "Fordismus" zum "Toyotismus". Das kapitalistische Wirtschafts- und Sozialmodell im Übergang. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/97.

Rifkin, Jeremy (1997): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft. Frankfurt am Main.

Rödel, Ulrich u.a. (1989): Die demokratische Frage. Frankfurt am Main.

Röttger, Bernd (1997): Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes. Münster.

Rufin, Jean-Christophe (1996): Die neuen Barbaren. Der Nord-Süd-Konflikt nach dem Ende des Kalten Krieges. München.

Saul, John R. (1997): Der Markt frißt seine Kinder. Wider die Ökonomisierung der Gesellschaft. Frankfurt am Main.

Schauer, Helmut (1997): Protest und Verwirrung. In: Bourdieu, Pierre u.a.: Perspektiven des Protestes. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat. Hamburg.

Schui, Herbert (1996): Neoliberalismus - Der Versuch, die Konzentration von Einkommen und Vermögen zu legitimieren. In: Schui, Herbert/Spoo, Eckart (Hg.): Geld ist genug da. Reichtum in Deutschland. Heilbronn.

Schui, Herbert (1997a): Neoliberalismus: politische und theoretische Grundlagen. In: spw. Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft. Nr.96/1997. <http://www.koeln-online.de/spw/9704/neoliberal.html>

Schui, Herbert (1997b): Neoliberalismus: Das moderne Projekt der Gegenaufklärung. In: Z. Zeitschrift für marxistische Erneuerung. Nr. 31.

Schui, Herbert u.a. (1997): Wollt ihr den totalen Markt? Der Neoliberalismus und die extreme Rechte. München.

Vester, Michael u.a. (Hg.) (1993): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Wandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung. Köln.

Wright, Erik Olin (1997): *Interrogating Inequality. Essays on Class Analysis, Socialism and Marxism*. London.

Fußnoten

[1] Schriftliche, leicht veränderte Version eines Vortrages zur Tagung "Ungleichheit als Projekt: Globalisierung - Standort - Neoliberalismus" in Marburg am 28./29. November in Marburg. Die Neufassung dient als Grundlage für einen Vortrag auf der Jahrestagung des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen am 15./16. Mai 1998 in Wien. Diese Organisation gibt die Zeitschrift "Kurswechsel" heraus.

[2] Dieser Diskurs kann aber auch in zahlreichen Veröffentlichungen der letzten Zeit verfolgt werden: Forrester 1997, Saul 1997, Martin/Schumann 1996, denen allen ein radikaldemokratischer Gestus eigen ist.

[3] Latent, weil sie geradezu zum Kernbestand wirtschaftswissenschaftlicher Doktrinarität gehört und daher über eine Instanz verfügt, weit über die Disziplin hinaus zur herrschenden Kultur beizutragen, ohne dass dies in der Regel expliziert wird und gerne als "ökonomische Irrationalität" verniedlicht wird.

[4] Es wäre sträflich zu meinen, der das Primat der Ökonomie postulierende Neoliberalismus würde auf Politik und Staat verzichten. Neoliberale Politik ist vielmehr in hohem Maße etatistisch.

[5] Diese beiden Seiten sind kein Gegensatz, sondern ergänzen sich. Ein staatlich induzierte Austeritäts- und Deregulierungspolitik befördert unternehmerische Innovationen (gezielte Subventionen, Grundlagenforschung, Marktliberalisierung etc.) und läßt sich mit dem pushen bestimmter High-tech-Sektororen sehr gut verbinden.

[6] Die jüngste "Wende" des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Wolfgang Schäuble hin zu einem Kompromiß in der Steuerreform mit den Sozialdemokraten zeigt nur die machiavellistische Weitsichtigkeit des bis vor kurzem noch nationalistisch daherkommenden Konservativen S was nur bedeutet, dass Schäuble seine national-konservativen Vorstellungen aus machttaktischen Gründen nach ordnet. Die entsprechende Bereitschaft hat mittlerweile Gerhard Schröder bekundet. Für die Gewerkschaften ließen sich ähnliche Beispiele finden.

[7] "Die herrschenden Gedanken sind weiter nichts als der ideelle Ausdruck der herrschenden materiellen Verhältnisse, die in Gedanken gefaßten herrschenden materiellen Verhältnisse." (Marx/Engels 1981, 46)

[8] Vgl. dazu Überlegungen zur "space-time-compression" bei Harvey (1996), die sich auf Henri Lefebvre stützende Auffassung des Staates als einer Form der Territorialisierung (vgl. Brenner 1997) oder die Herausbildung des räumlichen Musters eines "Leopardenfells" (vgl. Lipietz 1995), wo verödete Regionen unmittelbar neben Wachstumszentren liegen.

[9] Diese treffende Formulierung habe ich einem Vortrag von Horst Kern (SOFI/Göttingen) in Frankfurt 1995 entnommen, zu dem ein "Rhein-Main-Forum" des gewerkschaftlichen Modernisierungsflügels geladen hatte. Kern kritisierte Blockierungen in den industriellen Beziehungen, d.h. verwendete den Begriff normativ.

[10] Das impliziert eine Politik der Aufklärung, die sich in einer Sisyphusarbeit am Mythos abarbeitet. Wie die Dialektik der Aufklärung gezeigt hat, setzt Aufklärung den Mythos nicht nur voraus, sondern ist selbst ein Mythos, "sie ist totalitär" (Horkheimer/Adorno 1947, 16ff).

[11] "Wenn ein Stab in der falschen Richtung gebogen ist, sagte Lenin, muß man, um ihn aufzurichten, d.h. damit er wieder gerade wird und es bleibt, ihn zunächst in der entgegengesetzten Richtung biegen, um also mit der Kraft des Handgelenks eine dauerhafte Gegen-Biegung geben. Diese einfache Formulierung scheint mir eine ganze Theorie von der Wirksamkeit des Wahren zu enthalten, die tief in der marxistischen Theorie verankert ist." (Ebd.)

[12] Der Mensch wird bei Marx als "ein Tier, das nur in der Gesellschaft sich vereinzeln kann", aufgefasst (1978b, 615).

[13] Vgl. dazu Revelli, der plausibel machen kann, daß die Dominanz konkreter Arbeit einer individuellen Integration entspricht, die parallel dazu die Artikulation von Klasse und "abstrakter Arbeit" destruiert. Vgl. auch Röttger 1997, 174ff.

[14] Einen interessanten Aspekt der Globalisierung entwickelt Jean-Christophe Rufin (1996), der in Analogie zur Endphase des Römischen Reiches von den "neuen Barbaren" spricht (der "Süden"), die von den produktivistischen Wachstumsmetropolen abgehängt werden und so zu einem "Armutsregime" des bloßen Umverteils gezwungen werden, d.h. Drogenhandel, Korruption, informelle Ökonomie etc. Mit Forrester (1997) und Altvater (1994) läßt sich eine solche "Kultur der Armut" nicht nur in der Dritten Welt finden, sondern diese ist zum festen Bestandteil der metropolitanen Kapitalismen - insbesondere in den Städten - geworden.

[15] Vgl. Martin/Schumann 1996, die etwas populistisch von einer "20:80 Gesellschaft" sprechen.

[16] Theoretisches Kriterium dafür ist ein Reproduktionsschema, das einen Kapitalkreislauf gewährleistet. Ein solches ist gegenwärtig nicht zu erkennen, da das Kapital territorial diffundiert und seine für seine Existenz notwendigen Metamorphosen nicht stabil halten kann. Es wäre allerdings zu einfach, diese Probleme auf eine "Nachfragerücke" reduzieren zu wollen. Denn über diese hinaus gibt es Probleme der Produktivitätsentwicklung, der Veränderung von Wettbewerbsmustern und der Generierung von Wissensformen, vor allem aber ein sozial stabiler und ausreichend differenzierter Gesamtarbeiter, der sich zu sozialen Klassen mit routinisierten Verhaltensmustern aggregieren kann.

[17] Diese Konzeption von "Zivilgesellschaft" unterscheidet sich fundamental von der, die ein aufgeklärter Liberalismus seit den späten 80er Jahren befördert (vgl. Dubiel 1997). Will der erste auf deren eminente Wirkmächtigkeit hinweisen und die Notwendigkeit einer diese veränderten Bedingungen berücksichtigenden Politik der Linken betonen, ist letzterer normativ davon überzeugt, daß der Kapitalismus dem Druck wachsender "Zivilisierung" weicht und durch einen von der Konservativen Hannah Arendt entliehenen Politikbegriff mit einem neuen Demokratietyp mit leerem Stuhl der Macht überwunden wird (vgl. Rödel u.a. 1989).

[18] Unter "trasformismo" versteht Gramsci u.a. die Einverleibung von Personen und Gruppierungen in den herrschenden Block (vgl. etwa GGH 5, 966). Mit "rivoluzione passiva" bezieht sich Gramsci ausdrücklich auf die von Marx im Vorwort zur Kritik der

politischen Ökonomie (MEW 13, 7ff) aufgestellten Grundsätze, wonach erstens eine Gesellschaftsformation erst dann verschwindet, wenn die Produktivkräfte keine Vorwärtsbewegung mehr finden und zweitens daß eine Gesellschaft sich keine Aufgaben stellt, für deren Lösung nicht bereits die notwendigen Bedingungen vorhanden sind (vgl. GGH 7, 1734). Eine Perspektive, die unmittelbar in die hegemonietheoretische Problematik führt. Wie Przeworski (1986) in spieltheoretischer Methodik plausibel machen kann, kann die Geschichte der Sozialdemokratie selbst als erfolgreiche sukzessive Einarbeitung in den Staat verstanden werden, gewissermaßen von der Gegnerschaft zur Lohnarbeit zum Wahlkampfeslogan "Arbeit, Arbeit, Arbeit".

[19] Er bestand weniger in einer "keynesianischen Globalsteuerung" als in einem bestimmten Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital. Die Arbeiterschaft ordnete sich dem Taylorismus unter und akzeptierte damit die Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln. Im Gegenzug wurde sie an den Produktivitätszuwächsen in Form von Kaufkraftzuwächsen beteiligt. Die Lohnarbeiterschaft wurde so unmittelbarer Bestandteil des Kapitalkreislaufs und wurde auf politischer Ebene auch in Form von korporativen Arrangements Teil staatlicher Aushandlungssysteme, weshalb man auch vom "sozialdemokratischen Staat" (Buci-Glucksmann/Therborn 1984) reden kann. Die Verwendung des Begriffs "fordistisch-keynesianischer Staat" (Harvey 1993) ist dagegen eher irreführend, greift eine solche Politik explizit doch erst nach den ersten Krisenphänomenen und verstand sich dann auch mehr als eine "Konjunkturpolitik".

[20] Vgl. Jessop 1997; insbesondere 67ff). Er steht in der theoretischen Tradition von Nicos Poulantzas, der den Staat als ein polyzentrisches strategisches Feld und als eine Verdichtung von Kräfteverhältnissen begreift. Vgl. dazu auch Demirovič 1987, 83.

[21] Wie der französische Regulationsansatz zeigen kann, wurden im Fordismus keineswegs die kapitalistischen Widersprüche "gelöst", vielmehr wurden ihnen mithilfe eines historisch noch nie dagewesenen Produktivismus (dank des Taylorismus) eine vorübergehend stabile Bewegungsform verliehen. Relativ stabile Phasen der kapitalistischen Produktionsweise können also als eine spezifische und vorübergehende Bewegungsförmigkeit von Widersprüchen bestimmt werden.

[22] Diese Tabelle soll niemanden diffamieren, sondern im Gegenteil verdeutlichen, wie ein herrschender Block seine Krise überwindet. Kompatibilitäten zu diesen Bemühungen ergeben sich im wesentlichen durch Erfordernisse, den Machtblock zusammenzuhalten. Sie setzen allerdings auch eine gewisse Bereitschaft voraus, sich dieser Konsolidierung "anzudienen", wobei es weniger auf die Intentionalität ankommt, sondern eher auf die faktische Entfaltung von innovativen Potentialen. Es kommt mir auf eine eher hypothetische Kompatibilität an, deren beiden Seiten sicherlich genauer zu bestimmen notwendig wäre.

[23] In diesem Sinne lassen sich zukunftsorientierte "Kommissionen" wie die von Kurt Biedenkopf und Gerhard Schröder beobachten, die im wesentlichen auf ernstzunehmenden, weil querliegenden Ideen und Vorschlägen von Meinhard Miegel und seinem "Institut für Wirtschaft und Gesellschaft" in Bonn beruhen (vgl. Miegel/Wahl 1993; Miegel 1997). Es dürfte - in der Verlängerung meiner bisherigen Argumentation - klar geworden sein, daß die weitgehende Ignoranz der Linken in der BRD gegenüber einer solchen "zivilgesellschaftlichen Avantgarde" verheerende Folgen hat.

[24] Hier dominiert vor allem ökonomistisch das Finanzierungsproblem, weniger die Notwendigkeit, gegen das Problem der Stigmatisierung der Betroffenen (Stichwort

"Zwangsarbeit") die Idee einer Selbstverwaltung dieses Sektors zu stellen (vgl. Lipietz 1991).

[25] Dazu hat Gorz (vgl. 1989) das nötige gesagt, was in der bundesrepublikanischen Linken ebenfalls weitgehend ignoriert wurde und wird. Vgl. dazu aus konservativer Perspektive Miegel 1994, 37ff und das vergleichsweise populistische Buch von Rifkin (1997).

[26] Der Bezug auf Kautsky ergibt sich aus dessen historischem Determinismus, der mit einem sozialen Evolutionismus (Darwinismus) gepaart ist. In Anlehnung an die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus bestünde die "Hinterlist" dieser Strategie darin, sich mithilfe einer Beschleunigung der Kapitalakkumulation sozusagen von hinten durch die Brust des Kapitalismus in dessen Auge vorzuarbeiten, um sich die Sicht auf den Sozialismus zu ermöglichen (vgl. dazu Bischoff 1993, dem es - ungeachtet seiner Mitgliedschaft in der PDS - um eine "Politik der Schaffung neuer Anlagemöglichkeiten im realwirtschaftlichen Bereich" (41) geht. Diese sich durch die ganze Geschichte der Arbeiterbewegung ziehende Strömung wurde schon in ihren Anfängen bekämpft: "Kautsky entnimmt dem Marxismus das, was für die Liberalen, für die Bourgeoisie annehmbar ist (...), und streicht, verschweigt und vertuscht vom Marxismus all das, was für die Bourgeoisie unannehmbar ist (...)." (Lenin 1975, 241). Man sollte dabei jedoch nicht verschweigen, daß auch Lenin dem Produktivismus huldigte.

[27] So entspricht z.B. das Modell einer "Drei-Säulen-Rente" - also das splitting in "normale", betriebliche und "eigenfinanzierte" Rente - nichts anderem als der faktischen Festschreibung von Unterschieden zwischen sozialen Klassen von lebenslang prekär Beschäftigten, längerfristig abgesicherten lohnabhängig Beschäftigten und Beamten sowie "besserverdienenden" Freiberuflern und Managern - von den Ausgeschlossenen am unteren Rand der Gesellschaft ist dort kaum mehr Rede mehr, es sei denn als Sicherheitsrisiko. Die sozialstrukturellen Trends werden auch bei Lipietz (1996, 707f) deutlich, der von einer "Sanduhrgesellschaft" spricht, also einer polarisierten Gesellschaft, die eine breite Ober- und Unterschicht besitzt, aber nur durch eine schmale Mittelschicht verbunden ist.

[28] Das Modell Oskar Lafontaines, die vorhandene Arbeit innerhalb einer Klasse umzuverteilen, erscheint zwar gerecht, ist aber doch gut sozialdemokratisch, läßt es doch die fundamentalen Rahmenbedingungen unverändert, ganz im Gegenteil zum "Modell Schweden", wo die Strategie des solidarischen Lohnes dazu dient, gegenüber den Arbeitgebern eine bessere Verhandlungsposition zu bekommen.

[29] Ich stütze mich dabei auf den Schlußteil von Lipietz 1995, der allerdings nur für die entwickelten kapitalistischen Länder formuliert ist.

[30] "Für den Kampf gegen die Feinde haben wir uns im Verlauf einer langen Zeit folgende Auffassung erarbeitet: Strategisch müssen wir alle Feinde geringschätzen, taktisch aber müssen wir sie ernstnehmen. Das heißt, im ganzen genommen müssen wir sie geringschätzen, in jeder konkreten Frage aber müssen wir sie ernstnehmen. Wenn wir die Feinde nicht im ganzen genommen geringschätzen, so werden wir in opportunistische Fehler verfallen... Wenn wir aber die Feinde in konkreten Fragen nicht ernstnehmen, verfallen wir in die Fehler des Abenteurertums." (Mao Tse-tung 1957, 587f.)

Im Netz auf den Seiten der „Roten Ruhr Uni“ Bochum unter http://www.rote-ruhr-uni.org/texte/krebs_elend_des_neoliberalismus.shtml.

Kritische Wissenschaft und globalisierungskritische Bewegung

Herausforderungen, Aufgaben, Ansätze Der Begriff der kritischen Wissenschaft ist kein Pleonasmus, sondern kennzeichnet eine zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Das lässt sich am einfachsten verdeutlichen, indem der historische Weg nachgezeichnet wird, der vom Begriff der Kritik zu dem der kritischen Wissenschaft geführt hat. Dieser Begriff eröffnet uns auch einen neuen Zugang zu der im letzten Heft von Forum Wissenschaft (1/2004) geführten Globalisierungsdebatte: Welche Grundlagen und Impulse liefern kapitalistische Globalisierung und globalisierungskritische Bewegungen einer sich erneuernden kritischen Wissenschaft? Wir dokumentieren Frieder Otto Wolfs Beitrag auf der diesjährigen Mitgliederversammlung des BdWi.

Noch vor der Herausbildung der modernen empirischen (Naturwissenschaften durch die Verbindung von theoretischen Schultraditionen mit praktischen, technischen Werkstättenenerfahrungen hatten die humanistischen Gelehrten als Philologen den Begriff der Kritik neu erfunden. Diesen haben dann, parallel zum Durchbruch der experimentellen Wissenschaften, die Frühaufklärer des 17. Jahrhunderts von dem philologischen Feld auf alle Bereiche von Politik und Kultur ausgeweitet.

Das 18. und 19. Jahrhundert hat diesen Begriff der Kritik noch einmal radikalisiert und generalisiert. Vor allem in Kants Kritiken und in dem auf sie antwortenden klassischen deutschen Idealismus (der bis in den und feuerbachianischen Materialismus hinein wirkt) geht es um nichts Geringeres als um die Fähigkeit der menschlichen Vernunft, Aufklärung, d.h. den Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit, verlässlich und verbindlich zu leisten - in den Wissenschaften, in der öffentlichen und privaten Lebenspraxis (und damit in allen Gestalten des Politischen), aber auch im ästhetischen Umgang mit dem gegebenen und dem produzierten Schönen. Aber ohne wirkliche Rückbindung an den Produktionsprozess der empirischen Wissenschaften.

Karl Marx hatte den spekulativen, sich in sich selbst zurückspiegelnden Zirkel gesehen, in den sich die „Kritik der kritischen Kritik“ seiner eigenen Generation verstrickt hatte und eine „positive Wissenschaft“ postuliert, mit der die Philosophie ihr selbständiges Existenzmedium verlieren würde. In seiner Arbeit am unvollendet gebliebenen Projekt einer Kritik der politischen Ökonomie hat er diesen Zirkel grundsätzlich durchbrochen, indem er „wirkliche Wissenschaft“ und „praktisch-kritische Tätigkeit“ miteinander unauflöslich zu verknüpfen suchte. Angesichts der sich ausbreitenden Hegemonie eines empiristischen Positivismus in Wissenschaften und Öffentlichkeit, der alle tiefer greifenden Fragen ein für alle Mal affirmativ erledigen wollte, sah sich dann schon Engels dazu veranlasst, für die eigenen Bemühungen die das positivistische Selbstmissverständnis der wissenschaftlichen Arbeit kritisierende Kennzeichnung als „denkende Wissenschaft“ zu verwenden und die Frage nach der Rolle der Philosophie wieder aufzugreifen.

Im 20. Jahrhundert müssen wir einerseits die Zerstörungsgeschichte des stalinistischen Leninismus zur Kenntnis nehmen, in dem Philosophie (= Diamat), Wissenschaft (= Histomat plus Naturdialektik) und Praxis (Sozialismus/Kommunismus) auseinandergelegt und auf eine derart machtfungible Weise neu zusammengesetzt worden sind, dass der offizielle Marxismus-Leninismus dadurch immer tiefer in die Krise getrieben und letztlich als intellektuelle Instanz ruiniert wurde.

Andererseits sollten wir aber auch den oft unterschätzten Prozess zur Kenntnis nehmen, in dem sich die herrschenden Ideologien sowohl auf den Feldern von Philosophie, Historie und gesellschaftlichen bzw. historischen Wissenschaften wissenschaftsförmig etabliert und artikuliert und dabei zugleich auch immer wieder von neuem Impulse aus Widerstand und Kritik aufgenommen haben. Damit sind die akademischen Verhältnisse selbst zum Kampfplatz der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und zum Reproduktionsraum gesellschaftlichen Wissens in seinen vielfältigen Facetten geworden.

Von Kritik zur kritischen Wissenschaft

Zwei groß angelegte Versuche sind im 20. Jahrhundert nicht zufällig innerhalb dieser akademischen Welt im weitesten Sinne unternommen worden, das im doppelten Niedergang der kautskyanischen wie der stalinistischen Linien des offiziellen Marxismus zerrüttete Verhältnis von emanzipativen Praktiken und Theorieentwicklung auf eine Art neu zu fassen, die ihren wechselseitigen Zusammenhang Ernst nimmt, ohne den machtopportunen Reduktionismen der offiziellen Marxismen oder auch des wissenschaftlichen Mainstreams zu erliegen. Ich rede von der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule (vgl. Wiggershaus 1984, Demirovic 1999), die bis auf die Nacht des 20. Jahrhunderts zurückgeht, als nach dem Sieg des Faschismus in Deutschland und der endgültigen Durchsetzung des Stalinismus in der Sowjetunion jeder Gedanke an eine reale historische Alternative verloren schien: Kritische Theorie trat in ihr als eine neue Verbindung von Philosophie und Sozialforschung gegen die "traditionelle Theorie" an und reproduzierte auf diese Weise die emanzipativen Kämpfe im intellektuellen Prozess der akademischen Disziplinen. Und ich rede von der Althusser-Schule (vgl. Wolf 1994), die in der Aufbruchzeit der 1960er Jahre den Versuch unternahm, die marxistische Theorie in Gestalt einer neuen Praxis der Philosophie neu zu erfinden, um die tödliche Krise des Marxismus zu überwinden - auf dem Umweg über die akademische Öffentlichkeit bis in die kommunistische Weltbewegung hinein. Gewöhnlich werden beide genannten Ansätze eher in ihren Gegensätzen wahrgenommen und rezipiert, gerade in Deutschland. Mir kommt es hier aber auf ihren gemeinsamen Einsatz und die vielfältigen Berührungspunkte zwischen beiden an, welche sich vor allem daraus ergeben, dass ihr gemeinsames Ungedachtes die tiefgreifenden Umwälzungen waren, die sich in den letzten zwei Dritteln des 20. Jahrhunderts in den Zusammenhängen von wissenschaftlichen Untersuchungen und politischen Auseinandersetzungen ergeben haben.

Wenn heute die Frage nach kritischer Wissenschaft gestellt wird, geht es um mehr und um anderes als in der Epoche der Konstituierung außerakademischer Oppositionswissenschaften im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert; auch um mehr als eine Radikalisierung und Universalisierung der Reflexionsversuche der 1930er und 1960er Jahre: Es geht um nicht weniger als um die Konstituierung wirklicher „radikaler Wissenschaft“ (vgl. die angelsächsischen Traditionen grenzübergreifend in Gang gekommen. Wir sollten uns nicht von Unvertrauten Begrifflichkeiten und Bezugspunkten abhalten lassen, die darin liegenden Herausforderungen an eine wirklich kritische Wissenschaft anzunehmen.

Globalisierungskritik als Impuls

Heute sind wir zwar noch weit entfernt davon, uns erneut in der Illusion wiegen zu können, eine historische Alternative zum gesellschaftspolitischen Status quo läge bereits fertig vor und wäre nur noch zu verwirklichen, wie dies die offiziellen Marxismen des 20. Jahrhunderts suggeriert haben. Die praktische Kritik der herrschenden Verhältnisse ist aber durchaus weltweit entfaltet. Die globalisierungskritischen Bewegungen, wie sie sich im jährlichen

Weltsozialforum in Porto Alegre und Mumbai eine erste Gestalt gegeben hat, stehen dabei im Zentrum.

Es gibt zwei unterschiedliche Dynamiken, die für die Entwicklung dieser globalisierungskritischen Bewegungen bestimmend geworden sind (vgl. Wolf 2001 u. 2003). Schon in den 1980er Jahren entfaltete sich ein Oppositionsbündnis aus den konvergierenden ökologischen, feministischen und indigenistischen Kritiken an den "Entwicklungs"-Projekten der Weltbank; andererseits entwickelte sich Kritik an der durch die Aktionen der G4-G7 veränderten Rolle des IWF in der Weltfinanzarchitektur, die bis auf die historische Entscheidung für den privaten Finanzsektor als Kanal für die produktive Anwendung der Petro- und Metrodollars in den 1970er Jahren zurückging. Schon in den Aktionen zur Tagung von IWF und Weltbank in Westberlin 1988 flössen die von beiden Punkten ausgehenden politischen Ansätze in einer breiteren Kritik am Agieren der führenden Regierungen des Nordens in der inzwischen durch diese Politiken ausgelösten Schuldenkrise der zerfallenden „Dritten Welt“. Dies wurde in den 1990er Jahren zu einer umfassenderen Kritik an der unter neoliberalen Vorzeichen vorangetriebenen „Globalisierung“.

Die komplexen Bündniskonstellationen, in denen diese - sich selbst global organisierenden - globalisierungskritischen Bewegungen in den 1990er Jahren angetreten sind und auch spektakulär wirksam wurden (mit einem breiten globalen Solidarisierungsnetzwerk für die Rebellion der „Neozapatisten“ in Chiapas, der vorläufigen Verhinderung des in der OECD geplanten MAI, sowie mit dem Scheitern der geplanten WTO-Tagung von Seattle 1999) lassen sich grob nach ihren Motiven und nach ihrer Herkunft gliedern. Kleinbäuerinnen und Slumbewohnerinnen des Südens haben in den 1990er Jahren damit begonnen, ihre zunächst lokalen Proteste und Widerstandsaktionen zunehmend globaler zu vernetzen. Angesichts der galoppierenden Verelendung, vor die sie die neoliberale Globalisierungspolitik stellt, stellen Protest, Widerstand und Selbstorganisation ihre einzige Überlebenschance dar. Für sie ist der Washington Consensus, in dem sich die herrschende Politik verfestigt hat, ein direkter Angriff auf ihre Überlebensinteressen. Umgekehrt haben gerade Jugendliche und Frauen aus den führenden Industrieländern zunehmend begriffen, dass und wie die gegenwärtige Politik ihrer Länder sie ihrer Zukunftsperspektiven und der Möglichkeiten beraubt, überhaupt noch selbstbestimmte Lebensentwürfe zu entwickeln oder zu verwirklichen. Ungefähr seit Seattle (1999) zeichnet sich auch die Möglichkeit von Bündnissen mit Gewerkschaftsbewegungen ab, die begreifen mussten, dass die historischen Klassenkompromisse der Epoche des Fordismus »von oben« radikal aufgekündigt sind.

Noch viel stärker als in vergangenen Epochen gilt in diesen Bündnissen, in denen die Kritik an der neoliberalen Form der kapitalistischen Globalisierung im Zentrum steht, dass die Solidarisierung nicht auf unmittelbaren praktischen Erfahrungen, sondern auf theoretisch vermittelten Einsichten beruht. Derartige Einsichten werden bisher vor allem aus der praktischen Umsetzung der vielfältigen Projekte und Programme gewonnen, aus denen sich der komplexe Prozess der transnationalen Politik zusammensetzt. Zu diesem Erkenntnisprozess gehört auch die permanente kritische Aneignung der vielfältigen Errungenschaften, die auch eine technokratisch und pragmatistisch verkürzte Politik auf der Basis wissenschaftlicher Expertise beständig realisiert (vgl. die empirischen Untersuchungen der mode2-Theoretikerinnen, Gibbons u.a. 1994 u. Nowotny u.a. 2001, sowie Krysmanski 2002 u. Wolf 2002a). Daher die bedeutende Rolle von Expertinnen und Wissensgemeinschaften (scientific communities) in der Entwicklung dieser Bündnisnetzwerke - und daher auch die wichtige Funktion, die das "Überlaufen" bisheriger "systemimmanenter Expertinnen" auf kritischere Positionen immer wieder von neuem übernimmt.

Die Frage nach den strukturellen ungelösten Problemen und blinden Flecken dieser neuen globalen Akteurskonstellation, insbesondere nach den Möglichkeiten der wirklich zeitgenössischen Erneuerung einer kritischen Wissenschaft, die eine neue Alternative zu formulieren imstande ist – ohne die Fähigkeit zu verlieren, die gegenwärtig das Feld beherrschenden "ExpertInnenkritik" aufzunehmen und zu reartikulieren, tritt inzwischen deutlich hervor. Das sieht man schon daran, dass vermehrt überstürzte Versuche auftreten, diese Frage gleichsam im Schnellschuss zu beantworten, wie dies exemplarisch bei Negri und Hardt geschehen ist - deren Empire-Buch daher ebenso zu recht als internationaler Bestseller aufgenommen wie in der von ihm ausgelösten Debatte überwiegend theoretisch scharf kritisiert worden ist.

Globalisierung, Globalität, Globalismus

Worum geht es in der Globalisierungsdebatte? Was hat sich nach 1989 in der Welt durchgesetzt? Und was ist eigentlich in den Jahren von 1985 bis 1989 wirklich geschehen? Nach 1989 hat sich also gemäß einer bestimmten Lesart "die Globalisierung" durchgesetzt. Vorstellungen einer "Globalität" im Sinne von Austauschbeziehungen und Machtverhältnissen, die die gesamte von Menschen bewohnte Welt umfassen, lassen sich dennoch bis in die Alte Geschichte zurück verfolgen - bereits die Griechen nutzten hierfür den Begriff der Ökumene. Allerdings lassen sich bestimmte Formen globaler Verhältnisse benennen, mit denen die Globalisierung jeweils eine neue historische Phase eingeleitet hat: In der Form etwa, dass die politische Globalität nach dem Ende des Kalten-Kriegs-Systems, an dem das UN-System seit 1948/49 gescheitert war, erneut außerhalb des UN-Systems als eine monopolare Konstellation von Hegemonie rekonfiguriert wurde. Das strategische zweite Scheitern des UN-Systems wird etwa in der Hilflosigkeit der UN-Mission in Jugoslawien greifbar. Erst als die USA mit der NATO die politischen Interventionen »des Westens« militärisch unterfüttern, beginnt diese Politik ihre Ziele zu erreichen. Das wird zu einem neuen Modell internationaler Politik, welches die USA schließlich mit der von ihnen gegen den Irak geführten »Koalition der Willigen« auf das Äußerste radikalisiert haben.

Zugleich und in engem Zusammenhang damit ist es dem US-Finanzzentrum der Wallstreet gelungen, die Struktur der ökonomischen Globalität auf lange Sicht zu verändern: Unter der Führung des Finanzkapitals der USA als "safe haven" aller weltweit nach Anlagemöglichkeiten suchenden Kapitalien wird die Option einer öffentlichen Vermittlung und Regulierung der Petro- und Metrodollars ausgeschlagen und es kommt zu einem ökonomischen Bedeutungsgewinn der internationalisierten, auf die NYSE bezogenen Finanzmärkte, die wir prägnant - im Gegensatz zu Keynes Postulat der »Euthanasie der Rentiers« geradezu als eine spektakuläre "Wiederauferstehung der Rentiers" begreifen können. Mit dieser Deregulierung der internationalen Finanzmärkte festigt die Wall Street ihre globale Hegemonie, und der Nationalstaat USA übernimmt entscheidende Funktionen im internationalen Management globaler finanzieller Krisen.

Diese Umwälzung der hegemonialen Strukturen in den global entfesselten - weitgehend virtuellen - Finanzströmen wird von zwei eng miteinander verbundenen Neuentwicklungen in die Sphäre der produktiven Prozesse übersetzt: Zum einen durch eine Ablösung der "Management-philosophie" der technokratischen Megalomanie, die sich seit den 1950er Jahren dem olympischen Motto weiter, schneller, höher! verschrieben hatte, durch eine "neue Philosophie" der differenzierten und genauen finanziellen Analyseverfahren im Zeichen von shareholder value, welche auch im Kleinen und Nahen nach ungenutzten Rentabilitätspolstern zu suchen bereit war. Zum anderen erlernte die Produktionsplanung und das interne Fertigungs management neue flexible Organisationsmodelle, durch die sich die Potenziale der

neuen Informationsverarbeitungs- und Kommunikationstechnologien in ein richtiggehendes global sourcing umsetzen ließen.

Für die wissenschaftliche Arbeit in Forschung, Beratung und Bildung bedeutete diese Umstellung nicht nur, dass auch in der institutionalisierten Wissenschaft nach Möglichkeiten gesucht wurde, rentable Anlagesphären für die Kapitalverwertung zu erschließen und das unverzichtbare "Humankapital" so umfassend und schnell wie irgend möglich zu verwerten - es bedeutete zugleich, dass die mit der einzelwissenschaftlichen Zersplitterung als solcher, vor allem aber auch mit dem ideologisch überformten Zuschnitt der gesellschaftlichen und historischen Wissenschaften (den Lukacs schon 1954 kritisiert hatte, vgl. a. Wolf 1984, sowie Wallerstein 1995 u. Wallerstein u.a. 1996) Strukturen einer institutionalisierten Inkompetenz für strategische Fragen zum akuten Problem wurden. Die Lösung wird verstärkt durch neue Formen der Interdisziplinarität unter Wissenschaftlerinnen bzw. der Transdisziplinarität unter Einbezug zentraler Vertreterinnen der gesellschaftlichen Praxis in Angriff genommen. (vgl. Gibbons u.a. 1994).

In dieser Situation wurde immer wieder mit Erfolg die Ideologie des Globalismus bemüht - treffend mit der Kurzformel TINA plus gekennzeichnet: Während Margaret Thatchers ursprünglicher Slogan TINA ("there is no alternative") auf einer eher schlichten Sozialphilosophie beruhte, welche ganz unmittelbar und offen ideologisch argumentierte - „there is no such thing as society, only individuals and their families“ – kann die Tina plus-Ideologie des Globalismus sich auf wissenschaftliche Daten und Analysen stützen: Auf den faktischen Prozess der seit den 1970er Jahren ins Rollen gekommenen „Globalisierung“ ließ sich ausgezeichnet ökonomisch aufbauen – es war „nur noch“ hinzuzufügen, dass derartige Entwicklungen grenzenlos fortgesetzt werden könnten und dass es zu ihnen keine Alternative gäbe. So funktionierte Extrapolation (auch in der Gestalt der inzwischen möglich gewordenen Computermodelle des Weltgeschehens) selber als eindrucksvolle Suggestion von Zukunftsorientierung und Alternativlosigkeit gäbe.

"Starke" und "schwache" Alternativen

Dieser falsche Schein verschwindet, wenn wir diese Projektionen von Globalisierung wieder in den wirklichen historischen Prozess einbetten, der sie hervorgebracht hat: Wenn "Globalisierung" das kennzeichnete, was sich seit 1989 weltweit durchgesetzt hat, dann hat dies seinen Ursprung in dem historischen Prozess, durch den in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre die bis dahin konfigurierten Ansätze zu alternativen Entwicklungslinien ausgeschaltet worden waren: die Linie einer eigenständigen Entwicklung der postkolonialen Massen von Bäuerinnen und Bauern, von Landarbeiterinnen der Plantagenwirtschaft und von den ausdifferenzierten Gestalten urbaner abhängiger Arbeit, wie sie in nationalen Befreiungsbewegungen und in der Kooperation der Blockfreien historisch vorübergehend Gestalt angenommen hatte, die Linie des Staatssozialismus, wie sie mit der chinesischen Kulturrevolution und den guevaristischen Guerillabewegungen in Lateinamerika, welche jedenfalls weltweit die Linke beeindruckt haben, und dann wohl ernsthafter mit dem Prager Frühling und der Perestrojka in der Sowjetunion noch einmal zum historischen Leben erwacht schien, und die Linie einer weltweit aufgekommenen Neuen Linken, welche sich aus den Jugendrevolten gegen den Fordismus gespeist hatte. Mit diesen historischen Niederlagen der spezifischen Alternativen des westlichen Fordismus, die gerade den radikaleren Teilen der Linken zu konstatieren schwer fiel, wurde Thatchers Losung zu einer historischen Wahrheit: Die postfordistische Globalisierung war die siegreiche Alternative geworden, die alle Alternativen zum Fordismus jedenfalls zunächst hinter sich gelassen hatte.

Andererseits war eben dieser Prozess der Globalisierung von Anfang an kein Träger eines neuen Entwicklungsmodells nach dem Beispiel des Fordismus. Sofern diese spezifische Form von globaler Politik und Ökonomie überhaupt mit Versprechungen von Wunscherfüllung und Problemlösung verbunden waren, hatten sie eine paradoxe Struktur: Sie lösten einige Probleme, indem sie neue schufen und erfüllten Wünsche auf eine Art, welche es die Wünschenden nachträglich bereuen ließ, jemals derartige Wünsche gehegt zu haben. Die Globalisierung war daher auch von vornherein von einer Vielfalt von Forderungen und Widerständen begleitet, welche sich schon bald zu etwas gebündelten haben, was wir - in Anlehnung an die Terminologie Gianni Vattimos - als „*schwache Alternative*“ bezeichnen können: Hierher gehören sicherlich die begrenzte Reaktivierung des UN-Systems im Prozess der *Erdgipfel* der 1990er Jahre, für die das allgemein diplomatisch anerkannte und entsprechend umkämpfte Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ zum diskursiven Kristallisationskern geworden ist. Eine derartige „schwache Alternative“ zeichnet sich auch in den zunehmenden Einsprüchen gegen die Deregulierungswut neoliberaler Politikerinnen ab, wie sie inzwischen im Namen einer *good regulation* auch von aktiven Teilnehmerinnen der *global business regulation*, selbst aus der *banking community*, erhoben werden. Schließlich gehört zu den „schwachen Alternativen“ auch die zunehmende Bildung und Stabilisierung fester Gruppen - neben und gegen die Gruppe der USA mit ihren Partnerregierungen (G4-G7/8) - in internationalen Aushandlungsarenen, beispielsweise die AOSIS-Gruppe der Inselstaaten in den Verhandlungsrunden zur Weltklimapolitik oder die Gruppe 77, in deren Rahmen sich China, Indien, Südafrika und Brasilien in Cancún den zwischen den USA und der EU möglichen Kompromissen entgegen gestellt haben.

Eine mögliche Brücke zu weitergehenden Bewegungsansätzen - aber auch ein mächtiger Transmissionsriemen zu deren Domestizierung - stellt die mit allen bisher genannten »schwachen Alternativen« verknüpfte „NGOisierung“ der transnationalen Politik dar, wie sie die inzwischen etwa in der vor allem auf *advocacy*-NGOs und *project implementing*-NGOs aus dem Norden und z.T. auch *specialist*-NGOs aus dem Süden eingestellte Partizipationspolitik der Weltbank exemplifiziert.

Gegenüber diesen schwachen Alternativen ist die Haltung vieler linker Gruppen und Individuen bisher durchaus zu Recht ambivalent: Sie sehen einerseits deutlich, dass diese Ansätze als Alternativen weit hinter der Reichweite der vergangenen "starken Alternativen" zum Fordismus zurückbleiben und insofern voraussichtlich nicht ausreichen werden, um auch nur die von ihnen selbst angesprochenen Probleme zu überwinden. Andererseits haben viele linke Gruppen auch durchaus erkannt, dass die alten Alternativen eben die historischen Alternativen zum westlichen Fordismus gewesen sind, und mit diesem längst der Vergangenheit angehören.

Daher kann weder eine Haltung den Herausforderungen der Gegenwart gerecht werden, die darauf zielt, dass in ihnen "wirkliche Bewegung" stattfindet, noch die verbreitete Neigung, vor allem zu sehen und zu sagen, dass und warum das "so" nicht funktionieren kann, was in diesen "schwachen Alternativen" verfolgt wird, um diese deswegen politisch abzuschreiben oder zu denunzieren. Die reine "Bewegungs"-Alternative steht schon deswegen nicht wirklich zur Verfügung, weil "im Realen" auch die radikaleren sozialen Bewegungen immer schon vielfältig mit diesen "schwachen Alternativen" befasst und oft auch verknüpft sind.

Selbstmarginalisierung oder historische Chance?

Es gibt ein verbreitetes resignatives Gefühl angesichts des liberalkonservativen Rollbacks, der mit dem an Hochschulen und Forschungsinstituten besonders im ehemaligen Westdeutschland

und Westberlin sich gegenwärtig vollziehenden Generationenwechsels, Gestalt anzunehmen scheint. Derartige historische Niederlagen sollten nicht beschönigt werden.

Aber es ist nicht weniger dringend, die Chancen zu ergreifen, die darin liegen, die eigenen Anteile aufzuarbeiten, die zu dieser Niederlage geführt haben: Wo ist das Vorstoßen kritischer Untersuchungen in die akademischen Institutionen mit Anpassung erkaufte worden und wie haben die Zwänge von Akademisierung und Disziplinierung das eigene Denken deformiert? Und umgekehrt sind auch Mechanismen offen zu legen, durch die kritische Diskurse sich immer wieder selbst um Hegemoniegewinne bringen oder selbst zu marginalisieren geneigt sind. Wieso neigen wir etwa dazu, die eigenen Netzwerke der wissenschaftlichen Produktion schon dann für „außerakademisch“ zu halten, wenn sie nirgends innerdisziplinär hegemonial sind? Sollten wir nicht eher darüber nachdenken, wie wir durch Zugang zu Forschungsförderung und Reproduktion wissenschaftlichen Nachwuchses (Stipendien, Promotionen, Habilitationen) auch aus disziplinären Randpositionen heraus unsere eigenen Netzwerke durchaus akademisch reproduzieren können?

Können wir uns nicht auch auf neue Gestalten eines direkter vergesellschaftlichten Raums wissenschaftlicher Kommunikation stützen, wie sie in *open-source*- und *public domain*-Projekten greifbar werden? Und nicht zuletzt auch auf die große „Nachfrage“ nach einer kritischen Wissenschaft zum Selbermachen, wie sie unter den Jüngeren besteht, die sich in den globalisierungskritischen Bewegungen aktivieren?

In einer historischen Situation, in der die erweiterte Reproduktion des gesellschaftlichen Wissens überall an Bedeutung zunimmt, steigt auch die Bedeutung der Orte der institutionalisierten Reproduktion dieses Wissens als Arena gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Sicherlich wird zugleich versucht, durch einen immer energischeren politischen Zugriff diese Arenen sowohl unter Kontrolle zu halten, als auch als Räume der Kapitalverwertung zu erschließen - insbesondere, indem die Reproduktionsformen dieses Wissens neu organisiert werden (Drittmittelabhängigkeit der Forschung, erneute Hierarchisierung der Studiermöglichkeiten). Aber die dieser Entwicklung zugrunde liegende Relativierung der traditionellen Grenzen zwischen Forschung und Anwendung bzw. zwischen Reflexion und Beratung bringen auch neue Herausforderungen für eine engere Verbindung zwischen Theorie und Praxis, sowie zwischen wissenschaftlichen Untersuchungen und technischen bzw. organisatorischen Maßnahmen.

Kritische Wissenschaft steht heute vor vielen Gelegenheiten. Die in den 1990er Jahren entfalteten globalisierungskritischen Bewegungen haben ihr neue Impulse gegeben. Zugleich haben Wissenschaftlerinnen in weltweiten theoretischen Debatten darum gerungen, zu begreifen, was in dem „langen Abschwung“ seit 1973 und in der Nixon-Thatcher-Reagan-Bifurkation geschehen ist - und wie heute die Wünsche und Kämpfe unserer Zeit neu zu artikulieren sind. Daher kann kritische Wissenschaft diese Gelegenheiten heute ergreifen, ohne sich gleich im toten Holz der theoretischen Traditionen früherer Emanzipationsbewegungen zu verstricken, ohne sich aber deswegen in den „ewigen Frühling der Amnesie“ stürzen zu müssen. Es liegt an uns, nicht der subalternen Ideologie der Selbstmarginalisierung zu erliegen, sondern die in der heutigen historischen Situation liegenden Chancen zu ergreifen.

Literatur

A. Demirovic: Von der Kritischen Theorie zur Frankfurter Schule, Frankfurt a. M. 1999

M. Gibbons, C. Limoges, H. Nowotny, S. Schwartzmann, P. Scott, M. Trow: The New Production of Knowledge: The Dynamics of Science and Research in Contemporary Societies, London 1994

Krysmanski, Hans Jürgen: Populär Science: Medien, Wissenschaft, Macht in der Postmoderne, Münster 2002

Klüver, J./Wolf, F.O.(Hrsg.): Wissenschaftskritik und sozialistische Praxis. Konsequenzen aus der Studentenbewegung, Stuttgart-Bad Cannstatt 1972

H. Novotny, Peter Scott, Michael Gibbons: Re-thinking Science: Knowledge and the Public in an Age of Uncertainty, Cambridge, Mass. 2001

J. Taubes/F.O. Wolf: Wissenschaftsbegriff und Reform, in: Protokoll des Kongresses "Wissenschaft und Demokratie", Köln 1973, 125-129

G. Vattimo: Il pensiero debole, Milano 1983

R. Wiggershaus: Die Frankfurter Schule, München 1984

F. O. Wolf: Wissenschaftsklassifikation, wissenschaftlicher Fortschritt und ideologische Reaktion, in: Natur und Geschichte. 10. Dt. Kongress für Philosophie, Kiel, 8.-12.10.1972, hg. von K. Hübner u. A. Menne, Hamburg 1973, 459-469

Ders.: Althusser-Schule, Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 1, Hamburg 1994

Ders.: Bedingungen und Folgen des Einflusses von Bewegungen der Zivilgesellschaft auf die internationalen Finanzinstitutionen. Gutachten für die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages Globalisierung der Weltwirtschaft - Herausforderungen und Antworten, Berlin 2001 (auf einer von Attac herausgegebenen CD-ROM)

Ders.: Wissen und Wissenschaft als Gegenstand und Grundlage von Politik - Gutachten für die Heinrich-Böll-Stiftung zur gegenwärtigen Problematik einer Governance of Science (abgeschlossen Juni 2002a, einzusehen unter: www.wissensgesellschaft.org/themen/governance/gutachtenwolf.pdf)

Ders.: Radikale Philosophie. Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit, Münster 2002b

Ders.: Ein neuer Akteurstyp in der neuen Zeit? Zivilgesellschaftliche Netzwerke, Globalisierung, Europäisierung und Demokratisierungschancen, in: Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, Deutscher Bundestag (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement im Internationalen Vergleich, Opladen 2003b, 147-195

Aus: Forum Wissenschaft 2/2004

Michael Hardt
Antonio Negri

Vorwort

Every tool is a weapon if you hold it right.

Ani DiFranco (My IQ, 1993)

Die Menschen kämpfen und unterliegen, und die Sache, für die sie kämpfen, setzt sich trotz ihrer Niederlage durch; und wenn das Ziel erreicht ist, erweist sich, dass es nicht das ist, was sie eigentlich meinten, und dass andere Menschen zu kämpfen haben für das, was sie meinten, doch unter anderem Namen.

William Morris

Das Empire materialisiert sich unmittelbar vor unseren Augen. Über mehrere Jahrzehnte hinweg, in deren Verlauf Kolonialregimes gestürzt wurden, und schließlich unvermittelt, als die sowjetischen Grenzen des kapitalistischen Weltmarkts endgültig zusammenbrachen, waren wir Zeugen einer unaufhaltsamen und unumkehrbaren Globalisierung des ökonomischen und kulturellen Austauschs. Mit dem globalen Markt und mit globalen Produktionsabläufen entstand eine globale Ordnung, eine neue Logik und Struktur der Herrschaft - kurz, eine neue Form der Souveränität. Das Empire ist das politische Subjekt, das diesen globalen Austausch tatsächlich reguliert, die souveräne Macht, welche die Welt regiert.

Viele behaupten, die Globalisierung der kapitalistischen Produktion und Zirkulation würde bedeuten, dass sich die ökonomischen Verhältnisse gegenüber der politischen Kontrolle stärker verselbstständigen und politische Souveränität folglich im Niedergang begriffen sei. Manche feiern diese neue Ära als die Befreiung der kapitalistischen Ökonomie von den Beschränkungen und Verzerrungen, die ihr die Politik aufgezwungen habe; andere beklagen, dass dadurch die institutionellen Kanäle verstopft würden, die es Arbeitern und Bürgern erlaubten, auf die kalte Logik des kapitalistischen Profits Einfluss zu nehmen oder ihr gar die Stirn zu bieten. Es trifft natürlich zu, dass mit den Globalisierungsprozessen die Souveränität der Nationalstaaten zwar weiter bestehen bleibt, doch Stück für Stück zerfällt. Die Grundfaktoren von Produktion und Zirkulation - Geld, Technologie, Menschen und Güter - überqueren zunehmend mühelos nationale Grenzen; es steht von daher immer weniger in der Macht eines Nationalstaats, diese Ströme zu lenken und seine Autorität gegenüber der Ökonomie durchzusetzen. Selbst die führenden Nationalstaaten sollte man sich nicht mehr als höchste und souveräne Autoritäten vorstellen, und zwar weder innerhalb und noch weniger außerhalb der eigenen Grenzen. *Der Niedergang der Souveränität von Nationalstaaten bedeutet jedoch nicht, dass Souveränität als solche im Niedergang begriffen wäre.* [1] Weiterhin beherrschen in den gegenwärtigen Veränderungen allenthalben politische Kontrolle, Staatsfunktionen und Lenkungsmechanismen den Bereich wirtschaftlicher wie gesellschaftlicher Produktion und Zirkulation. Unsere grundlegende Hypothese ist deshalb, dass Souveränität eine neue Form angenommen hat, sie eine Reihe nationaler und supranationaler Organismen verbindet die eine einzige Herrschaftslogik eint. Diese neue globale Form der Souveränität ist es, was wir Empire nennen.

Der Niedergang der Souveränität von Nationalstaaten und ihre zunehmende Unfähigkeit, den ökonomischen und kulturellen Austausch zu lenken, kündigen tatsächlich als eines der ersten Symptome das entstehende Empire an. Die nationalstaatliche Souveränität war für die Formen des Imperialismus, wie sie die europäischen Mächte die ganze Moderne hindurch ausbildeten, der Eckpfeiler. Unter "Empire" verstehen wir jedoch etwas vollkommen anderes als

"Imperialismus". Für den europäischen Kolonialismus ebenso wie für die ökonomische Expansion waren die durch das moderne System von Nationalstaaten geschaffenen Grenzen grundlegend: Die Territorialgrenzen der Nation umschlossen ein Zentrum der Macht, das die Ströme der Produktion und Zirkulation systematisch kanalisierte oder blockierte, abwechselnd förderte oder unterband und so über fremde Territorien Herrschaft ausübte. Imperialismus dehnte eigentlich die Souveränität europäischer Nationalstaaten über deren eigene Grenzen hinaus aus. Schließlich konnte man so beinahe alle Landstriche der Welt aufteilen und die gesamte Weltkarte in die Farben Europas tauchen: rot für britische Gebiete, blau für französische, grün für portugiesische und so weiter. Ganz gleich, wo moderne Souveränität Wurzeln schlug, sie schuf einen Leviathan. Der umschlang die Sphäre der Gesellschaft und setzte eine Hierarchie territorialer Grenzziehungen durch, um über die Reinheit der eigenen Identität zu wachen und dabei alles andere auszuschließen.

Der Übergang zum Empire taucht aus der Dämmerung der modernen Souveränität auf. Im Gegensatz zum Imperialismus etabliert das Empire kein territoriales Zentrum der Macht, noch beruht es auf von vornherein festgelegten Grenzziehungen und Schranken. Es ist *dezentriert* und *deterritorialisierend*, ein Herrschaftsapparat, der Schritt für Schritt den globalen Raum in seiner Gesamtheit aufnimmt, ihn seinem offenen und sich weitenden Horizont einverleibt. Das Empire arrangiert und organisiert hybride Identitäten, flexible Hierarchien und eine Vielzahl von Austauschverhältnissen durch abgestimmte Netzwerke des Kommandos. Die unterschiedlichen Nationalfarben der imperialistischen Landkarte fließen zusammen und münden in den weltumspannenden Regenbogen des Empire.

Die Veränderungen in der imperialistischen Geografie des Planeten lassen ebenso wie die Verwirklichung des Weltmarkts innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise einen Übergang erkennen. Unverkennbar wurde die räumliche Aufteilung dreier Welten (einer Ersten, Zweiten und Dritten) kräftig durcheinander geworfen. Wir finden fortwährend die Erste Welt in der Dritten wieder, die Dritte in der Ersten, die Zweite hingegen fast nirgendwo. Das Kapital scheint einer geglätteten Welt gegenüber zu stehen - oder vielmehr einer Welt, die neue und komplexe Ordnungen aus Differenzierung und Homogenisierung, aus Deterritorialisierung und Reterritorialisierung bestimmen. Die Entwicklung der Verläufe und Grenzen dieser neuen weltweiten Ströme sind von Veränderungen der vorherrschenden Produktionsprozesse begleitet. In deren Folge wurde die führende Rolle industrieller Fabrikarbeit erschüttert, kommunikative, kooperative und affektive Arbeit rückte statt dessen an erste Stelle. Durch die Postmodernisierung der globalen Ökonomie wird der Reichtum mehr und mehr durch das geschaffen, was wir biopolitische Produktion nennen, durch die Produktion des gesellschaftlichen Lebens selbst. Darin überschneiden sich die Sphären des Ökonomischen, des Politischen und des Kulturellen zunehmend und schließen einander ein.

Viele siedeln die letzte Entscheidungsgewalt, die über die Globalisierungsprozesse und die neue Weltordnung herrscht, in den USA an. Befürworter einer solchen Vorstellung loben die Vereinigten Staaten als Weltführung und alleinige Supermacht, ihre Gegner bezichtigen sie der imperialistischen Unterdrückung. Doch beruhen diese Sichtweisen auf der Annahme, die USA seien einfach in die Haut einer Weltmacht geschlüpft, wie sie von den Nationen Europas eben abgeworfen wurde. Wenn Britannien das 19. Jahrhundert prägte, dann Amerika das 20.; oder besser, war die Moderne europäisch, so ist die Postmoderne amerikanisch. Die vernichtendste Anklage, die Kritiker deshalb erheben können, ist, dass die USA die Methoden des alten europäischen Imperialismus wiederholen. Die Anhänger feiern die Weltführung der Vereinigten Staaten hingegen als effizienter und wohlwollender; sie machten richtig, was die Europäer falsch gemacht hätten. Mit unserer grundlegenden Hypothese, wonach eine neue, imperiale Form der Souveränität entstanden ist, widersprechen wir gleichwohl beiden

Sichtweisen. *Die Vereinigten Staaten bilden nicht das Zentrum eines imperialistischen Projekts, und tatsächlich ist dazu heute kein Nationalstaat in der Lage.* Der Imperialismus ist vorbei. Keine Nation kann in dem Sinne die Weltführung beanspruchen, wie die modernen europäischen Nationen das taten.

Die USA nehmen allerdings im Empire eine privilegierte Position ein, doch leitet sich dieses Privileg nicht aus ihren Ähnlichkeiten zu den alten europäischen imperialistischen Mächten ab, sondern aus den Unterschieden. Diese Unterschiede sind am klarsten erkennbar, wenn man sich auf die im eigentlichen Sinn imperialen (und nicht imperialistischen) Grundlagen der US-Verfassung konzentriert. „Verfassung“ meint sowohl die *formale Konstitution*, also den geschriebenen Verfassungstext zusammen mit den verschiedenen Zusatzartikeln und Rechtsbestimmungen, als auch die *materielle Konstitution*, die fortwährende Entstehung und Neuzusammensetzung sozialer Kräfte. Thomas Jefferson, die Autoren des *Federalist* und andere geistige Gründerväter der Vereinigten Staaten waren vom imperialen Vorbild der Antike inspiriert; sie glaubten daran, auf der anderen Seite des Atlantik ein neues Imperium mit offenen und sich ausdehnenden Grenzen schaffen zu können, in dem Macht vollständig in einem Geflecht von Strukturen verteilt sein würde. Diese imperiale Vorstellung überlebte und reifte in der Verfassungsgeschichte der Vereinigten Staaten. Heute zeigt sie sich im globalen Maßstab, in vollständig verwirklichter Form.

Wir sollten unterstreichen, dass wir »Empire« hier nicht als eine *Metapher* ansehen, an der zu zeigen wäre, welche Übereinstimmungen es zwischen der heutigen Weltordnung und den Imperien oder Reichen Roms, Chinas, der beiden Amerika und so weiter gibt; Empire ist vielmehr ein *Begriff*, der nach einem theoretischen Zugang verlangt. [2] Den Begriff Empire charakterisiert maßgeblich das Fehlen von Grenzziehungen: Die Herrschaft des Empire kennt keine Schranken. Zuerst setzt der Begriff des Empire ein Regime voraus, das den Raum in seiner Totalität vollständig umfasst, oder anders, das wirklich über die gesamte "zivilisierte" Welt herrscht. Keine territorialen Grenzziehungen beschränken seine Herrschaft. Zum zweiten stellt sich im Begriff Empire kein historisches Regime dar, das aus Eroberungen hervorgegangen ist, sondern vielmehr eine Ordnung, die Geschichte vollständig suspendiert und dadurch die bestehende Lage der Dinge für die Ewigkeit festschreibt. Aus der Perspektive des Empire ist alles so, wie es immer sein wird und wie es immer schon sein sollte. Das Empire stellt, mit anderen Worten, seine Herrschaft nicht als vergängliches Moment im Verlauf der Geschichte dar, sondern als Regime ohne zeitliche Begrenzung und in diesem Sinn außerhalb oder am Ende der Geschichte. Zum dritten bearbeitet die Herrschaft des Empire alle Register der sozialen Ordnung, es dringt ein in die Tiefen der gesellschaftlichen Welt. Das Empire organisiert nicht nur Territorium und Bevölkerung, sondern schafft genau die Welt, in der es lebt. Es lenkt nicht nur menschliche Interaktion, sondern versucht außerdem direkt über die menschliche Natur zu herrschen. Das gesellschaftliche Leben in seiner Gesamtheit wird zum Gegenstand der Herrschaft. Das Empire stellt so die paradigmatische Form von Biomacht dar. Und schließlich bleibt, obwohl das Empire in der Praxis ein fortwährendes Blutbad ist, der Begriff Empire immer mit Frieden verknüpft - einem ewigen und allumfassenden Frieden außerhalb der Geschichte.

Das Empire, dem wir uns gegenübersehen, verrückt über ungeheure Unterdrückungs- und Zerstörungspotenziale; doch sollte diese Tatsache keineswegs Nostalgie für ältere Formen der Herrschaft wecken. Der Übergang zum Empire und die damit verbundenen Globalisierungsprozesse bieten neue Möglichkeiten der Befreiung. Globalisierung ist selbstverständlich nicht ein Ding für sich, und die vielgestaltigen Prozesse, die wir als Globalisierung identifizieren, sind weder einheitlich noch eindeutig. Die politische Herausforderung, so unsere Behauptung, besteht nicht einfach darin, gegen diese Prozesse

Widerstand zu leisten, sondern sie umzugestalten und in Richtung auf andere Ziele zu lenken. Im schöpferischen Vermögen der *Multitude*, der Menge, die das Empire trägt, liegt gleichermaßen die Fähigkeit, ein Gegen-Empire aufzubauen, den weltweiten Strömen und Austauschverhältnissen eine andere politische Gestalt zu geben. Die Kämpfe gegen das Empire, Angriff und Subversion ebenso wie der Aufbau einer wirklichen Alternative werden sich auf dem imperialen Terrain selbst abspielen - tatsächlich haben diese neuen Kämpfe bereits begonnen. In diesen und zahlreichen weiteren Kämpfen wird die Menge neue Formen der Demokratie und eine neue konstituierende Macht entwickeln, die uns eines Tages durch und über das Empire hinaus bringen wird.

In unserer Untersuchung des Übergangs vom Imperialismus zum Empire folgen wir einer Genealogie, zunächst europäisch und dann euro-amerikanisch. Dies geschieht nicht, weil wir der Meinung sind, neue Vorstellungen oder geschichtliche Innovationen hätten ausschließlich oder hauptsächlich von diesen Gegenden der Erde ihren Ausgang genommen, sondern einfach, weil die begrifflichen und praktischen Instrumente, die das heutige Empire mit Leben erfüllen, sich vor allem entlang dieses geografischen Pfads entwickelten - parallel, wie wir zeigen werden, zur Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise. [3] Die Genealogie des Empire ist in diesem Sinne eurozentrisch, ihre gegenwärtigen Machtzentren sind hingegen an keine geografische Region gebunden. Herrschaftslogiken, die in gewissem Sinne aus Europa oder den Vereinigten Staaten stammen, begründen und stützen heutzutage Herrschaftspraktiken auf der ganzen Welt. Auch die Kräfte, die das Empire in Frage stellen und weltweit eine gesellschaftliche Alternative entwerfen, sind, und das ist noch wichtiger, nicht auf irgendeine Art geografisch beschränkt. Die Geografie dieser Gegenmächte, die neue Kartografie, wartet noch auf ihre Darstellung - oder vielmehr, sie stellt sich heute dar in den Widerständen, Kämpfen und im Begehren der Menge.

Beim Schreiben dieses Buchs haben wir einen möglichst breit angelegten interdisziplinären Ansatz verfolgt. [4] Unsere Darstellung soll gleichermaßen philosophische und historische, kulturelle und ökonomische, politische und anthropologische Themen verbinden. Zum einen verlangt der Untersuchungsgegenstand diese breit angelegte Interdisziplinarität, da im Empire Grenzziehungen, die vielleicht früher einmal strenge disziplinäre Methoden gerechtfertigt haben mögen, zunehmend obsolet werden. In der imperialen Welt brauchen, um ein Beispiel zu geben, Wirtschaftswissenschaftler grundlegende Kenntnisse der Kulturproduktion, um die Ökonomie zu verstehen, und ebenso brauchen Kulturwissenschaftler grundlegende Kenntnisse ökonomischer Prozesse, um die Kultur zu verstehen. Dies gehört zu den Voraussetzungen unseres Vorhabens. Darüber hinaus hoffen wir, mit diesem Buch einen allgemeinen theoretischen Rahmen und eine begriffliche Werkzeugkiste bereitgestellt zu haben, um im Empire und gegen es zu denken und zu handeln. [5]

Wie die meisten dicken Bücher kann man dieses hier auf verschiedene Art und Weise lesen: von vorn nach hinten oder von hinten nach vorn, in Abschnitten, kreuz und quer oder indem man Hinweisen folgt. Teil I führt allgemein in die Problematik des Empire ein. Der Hauptteil des Buchs erzählt, in den Teilen II und III, die Geschichte des Übergangs von der Moderne zur Postmoderne beziehungsweise vom Imperialismus zum Empire. Teil II schildert dabei den Übergang von der frühen Moderne bis zur Gegenwart in erster Linie aus der Perspektive der Ideen- und Kulturgeschichte. Der rote Faden, der diesen Teil durchzieht, ist die Genealogie des Souveränitätsbegriffs. Teil III schildert denselben Übergang vom Standpunkt der Produktion aus, letztere verstanden im weitesten Sinne, von der ökonomischen Produktion bis zur Produktion von Subjektivität. Diese Schilderung umfasst eine kürzere Zeitspanne und konzentriert sich im wesentlichen auf die Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise seit dem späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Die Untergliederungen

von Teil II und III entsprechen einander: die jeweiligen ersten Abschnitte behandeln die Moderne, die imperialistische Epoche; die mittleren Abschnitte beschäftigen sich mit den Mechanismen des Übergangs; die Schlussabschnitte analysieren unsere postmoderne, imperiale Welt.

Wir haben das Buch so aufgebaut, um zu betonen, wie wichtig es ist, aus dem Reich der Ideen in das der Produktion überzuwechseln. Das Intermezzo zwischen Teil II und III dient als Scharnier, das beide Perspektiven miteinander verbindet. Wir verfolgen mit diesem Wechsel der Perspektive ein ähnliches Ziel wie Marx im *Kapital*, wenn er uns einlädt, die geräuschvolle Sphäre der Zirkulation zu verlassen und in die verborgene Stätte der Produktion hinabzusteigen. Im Reich der Produktion treten die sozialen Ungleichheiten offen zutage; von dort hebt im übrigen der Widerstand gegen die Macht des Empire am wirkungsvollsten an und dort werden Alternativen dazu sichtbar. Im Teil IV versuchen wir dann diese Alternativen, die heute über das Empire hinausweisen, zu bestimmen. Dieses Buch haben wir nach dem Krieg am Persischen Golf begonnen und vor dem Kosovokrieg fertig gestellt. Die Leserinnen und Leser mögen unsere Darstellung daher zwischen diesen beiden, in der Entwicklung des Empire bezeichnenden Ereignissen situieren.

Anmerkungen

[1] Über den Niedergang der Souveränität von Nationalstaaten und die Wandlung der Souveränität im gegenwärtigen globalen System vgl. Sassen (1996).

[2] Zum Begriff Empire vgl. Duverger (1980). Duverger unterscheidet die historischen Beispiele entlang zweier Grundmodelle: das römische Imperium auf der einen Seite und die chinesischen, arabischen, mittelamerikanischen und weiteren Reiche auf der anderen. IN unserer Untersuchung interessiert vor allem die „römische“ Seite, denn um dieses Modell drehte sich die euro-amerikanische Tradition, in der die gegenwärtige Weltordnung gründet.

[3] „Die Moderne ist ein Phänomen Europas, nicht als *unabhängiges* System, sondern Europas als Zentrum.“ (Dussel 1998, 4)

[4] Zwei interdisziplinäre Texte standen uns, während wir dieses Buch schrieben, als Modell vor Augen: *Das Kapital* von Marx (1867) und *Tausend Plateaus* von Gilles Deleuze und Félix Guattari (1992).

[5] Wenn es darum geht, der Analyse und Kritik des Empire den Boden zu bereiten, steht unsere Arbeit gewiss nicht allein. Obwohl sie den Ausdruck „Empire“ nicht verwenden, gehen die Arbeiten zahlreicher Autorinnen und Autoren in diese Richtung, darunter die von Fredric Jameson, David Harvey, Arjun Appadurai, Gayatri Spivak, Edward Said, Giovanni Arrighi und Arif Dirlik, um nur die bekanntesten zu nennen.

Aus: Michael Hardt/Antonio Negri: *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt/Main: Campus, 2002.

Originalausgabe : *Empire*. Cambridge/Massachusetts : Harvard University Press, 2000.

Eine englischsprachige Volltextausgabe befindet sich im Netz unter:
<http://www.sozialistische-klassiker.org/Negri/negri04.pdf>

Michael Hardt
Antonio Negri

What the Protesters in Genoa Want

(Aus: New York Times, 20.7.2001)

Genoa, that Renaissance city known for both openness and shrewd political sophistication, is in crisis this weekend. It should have thrown its gates wide for the celebration of this summit of the world's most powerful leaders. But instead Genoa has been transformed into a medieval fortress of barricades with high-tech controls. The ruling ideology about the present form of globalization is that there is no alternative. And strangely, this restricts both the rulers and the ruled.

Leaders of the Group of Eight have no choice but to attempt a show of political sophistication. They try to appear charitable and transparent in their goals. They promise to aid the world's poor and they genuflect to Pope John Paul II and his interests. But the real agenda is to renegotiate relations among the powerful, on issues such as the construction of missile defense systems.

The leaders, however, seem detached somehow from the transformations around them, as though they are following the stage directions from a dated play. We can see the photo already, though it has not yet been taken: President George W. Bush as an unlikely king, bolstered by lesser monarchs. This is not quite an image of the future. It resembles more an archival photo, pre-1914, of superannuated royal potentates.

Those demonstrating against the summit in Genoa, however, are not distracted by these old-fashioned symbols of power. They know that a fundamentally new global system is being formed. It can no longer be understood in terms of British, French, Russian or even American imperialism.

The many protests that have led up to Genoa were based on the recognition that no national power is in control of the present global order. Consequently protests must be directed at international and supranational organizations, such as the G-8, the World Trade Organization, the World Bank and the International Monetary Fund. The movements are not anti-American, as they often appear, but aimed at a different, larger power structure.

If it is not national but supranational powers that rule today's globalization, however, we must recognize that this new order has no democratic institutional mechanisms for representation, as nation-states do: no elections, no public forum for debate.

The rulers are effectively blind and deaf to the ruled. The protesters take to the streets because this is the form of expression available to them. The lack of other venues and social mechanisms is not their creation.

Antiglobalization is not an adequate characterization of the protesters in Genoa (or Göteborg, Quebec, Prague, or Seattle). The globalization debate will remain hopelessly confused, in fact, unless we insist on qualifying the term globalization. The protesters are indeed united against the present form of capitalist globalization, but the vast majority of them are not against globalizing currents and forces as such; they are not isolationist, separatist or even nationalist.

The protests themselves have become global movements and one of their clearest objectives is for the democratization of globalizing processes. It should not be called an antiglobalization movement. It is pro-globalization, or rather an alternative globalization movement — one that seeks to eliminate inequalities between rich and poor and between the powerful and the powerless, and to expand the possibilities of self-determination.

If we understand one thing from the multitude of voices in Genoa this weekend, it should be that a different and better future is possible. When one recognizes the tremendous power of the international and supranational forces that support our present form of globalization, one could conclude that resistance is futile.

But those in the streets today are foolish enough to believe that alternatives are possible — that "inevitability" should not be the last word in politics. A new species of political activist has been born with a spirit that is reminiscent of the paradoxical idealism of the 1960's — the realistic course of action today is to demand what is seemingly impossible, that is, something new.

Protest movements are an integral part of a democratic society and, for this reason alone, we should all thank those in the streets in Genoa, whether we agree with them or not. Protest movements, however, do not provide a practical blueprint for how to solve problems, and we should not expect that of them. They seek rather to transform the public agenda by creating political desires for a better future.

We see seeds of that future already in the sea of faces that stretches from the streets of Seattle to those of Genoa. One of the most remarkable characteristics of these movements is their diversity: trade unionists together with ecologists together with priests and communists. We are beginning to see emerge a multitude that is not defined by any single identity, but can discover commonality in its multiplicity. These movements are what link Genoa this weekend most clearly to the openness — toward new kinds of exchange and new ideas — of its Renaissance past.

Weitere Texte von Negri/Hardt und Empire-Besprechungen unter
<http://www.rosaluxemburgstiftung.de/Einzel/empire/index.htm>.

Towards widening the democratic canon

What are the historic roots, social preconditions, and future chances for the participatory democracy movements of the recent years? In this text, an introduction to a book containing case studies of recent democratic movements in Brazil, Columbia, Mozambique, Portugal and India, Boaventura de Sousa Santos and Leonardo Avritzer aim to shed light on the future developments of democratic nation states in the 21st century.

Participatory democracy, they argue, can act as social emancipatory movements, since they work for more social alternatives than the ones imposed by the states and economic conditions. Moreover, they serve to redefine more inclusive social identities, as well as acting as truly transnational democratic units.

Yet if the purpose of such participatory democracy movements is the reinvention of social emancipation, can they really bridge the gap between governmental and financial constraints, economic imperatives and the dynamics of grassroots activism? And in what ways are participatory social movements susceptible to misconduct and corruption?

Introduction

When recently asked what had been the most important event of the 20th century, Amartya Sen immediately replied: the emergence of democracy (1999: 3). With a more pessimistic view of the 20th century, Immanuel Wallerstein also recently questioned how democracy had changed from a revolutionary aspiration in the 19th century to a universally adopted, though empty, slogan in the 20th century (2001: 1). What these two positions have in common, despite significant differences, is the assumption that democracy has played a central role in politics during the 20th century. Whether it continues to do so in the century we have now entered remains to be seen.

The 20th century was, in fact, one of intense dispute about the question of democracy. This dispute, which took place at the end of both world wars and throughout the period of the cold war, involved two main debates. In the first half of the century, the debate was centred on whether democracy was desirable (Weber, 1919; Schmitt, 1926; Kelsen, 1929; Michels, 1949; Schumpeter, 1942).(1) If, on the one hand, this debate was resolved in favour of the desirability of democracy as a form of government, on the other, the proposal which became hegemonic at the end of the two world wars implied a restriction of broad forms of participation and sovereignty in favour of a consensus on electoral processes to form governments (Schumpeter, 1942). This was the hegemonic form of democratic practice in the post-war period, particularly in countries that became democratic after the second wave of democratization.

A second debate permeated the discussion on democracy in the post-World War II period. This debate was about the structural conditions of democracy (Moore, 1966; O'Donnell, 1973; Przeworski, 1985) and also about the compatibility of democracy and capitalism (Wood, 1996).(2) Barrington Moore generated this debate in the 1960s by presenting a typology according to which countries with or without democratic leanings could be identified. For Moore, there was a set of structural characteristics that explained the low democratic density in the second half of the 20th century: the role of the state in the process of modernization and its relation with the agrarian classes; the relation between the agrarian and urban sectors and the level of rupture provoked by the peasants in the course of the modernization process

(Moore, 1996). Moore's objective was to explain why most countries were not and could not become democratic without a change in existing conditions.

Meanwhile, a second issue was linked with the debate about the structural requirements of democracy—the issue of the redistributive virtualities of democracy. The debate about this issue stemmed from the assumption that as certain countries won the battle for democracy, along with the form of government they began to enjoy a certain distributive propensity characterized by the arrival of social democracy to power (Przeworski, 1985). There would be, therefore, a tension between capitalism and democracy, which, once resolved in favour of democracy, would place limits on property and imply distributive gains for underprivileged social sectors. Marxists, in their turn, understood that this solution demanded a total reformulation of democracy, given that in capitalist societies it was not possible to democratize the fundamental relation between capital and labour on which material production was based. As a result of this, in the scope of this debate, alternative models to liberal democracy were discussed: participatory democracy, popular democracy in the countries of Eastern Europe, developmental democracy in countries which had recently gained independence.

The discussion on democracy in the last decade of the 20th century changed the terms of the post-war debate. The extension of the hegemonic liberal model to the south of Europe, still in the 1970s, and later to Latin America and Eastern Europe (O'Donnell and Schmitter, 1986) made Moore's and Przeworski's analyses outdated. The perspectives on democracy in the second half of the 20th century, with their discussions of the structural impediments of democracy, seem somewhat irrelevant, given that dozens of countries have begun the process of democratization. There are enormous differences both in the role played by the rural classes and in the processes of urbanization in these countries. Amartya Sen is among those who celebrate the loss of credibility of the idea of structural conditions when he states that the question is not whether a given country is prepared for democracy, but rather to begin from the assumption that any country prepares itself through democracy (1994: 4). Furthermore, with the dismantling of the Welfare State and with the reduction of social policies in the 1980s, the analyses of the irreversible distributive effects of democracy by authors such as Przeworski or Lipset seemed to be unconfirmed. Thus, the discussion about the structural meaning of democracy was reopened, particularly for the so-called developing countries or countries of the South.

As the debate on the structural meaning of democracy changed its terms, a second question also surfaced: the problem of the form of democracy and its variations. This question received its most influential answer in the elitist solution proposed by Joseph Schumpeter, according to whom the general question of constructing democracy should be seen from the perspective of the problems faced in the construction of democracy in Europe during the period between the wars. What might be referred to as the hegemonic conception of democracy is based on this response. The main elements of this conception of democracy are the much emphasized contradiction between mobilization and institutionalization (Huntington, 1968; Germani, 1971); the valorization of political apathy (Downs, 1956), an idea stressed by Schumpeter, for whom common citizens possessed neither ability nor interest in politics, other than to choose leaders to make decisions for them (1942: 269); the concentration of the debate on democracy on the electoral designs of democracies (Lijphart, 1984); the treatment of pluralism as a form of sectarian incorporation and dispute between elites (Dahl, 1956; 1971); and the minimalist solution to the problem of participation via the discussion of scales and complexity (Bobbio, 1986; Dahl, 1991). None of these elements, which can be seen as constituting elements of the hegemonic conception of democracy, can adequately address the problem of the quality of

democracy that resurfaced with the so-called "the third wave of democratization." The more the classic formula of low intensity democracy is insisted upon, the less the paradox of the extension of democracy having brought with it an enormous degradation of democratic practices can be explained. Moreover, the global expansion of liberal democracy coincided with a serious crisis in the core countries where it had been most consolidated, a crisis which became known as the crisis of double pathology: the pathology of participation, especially in view of the dramatic increase in levels of abstention; and the pathology of representation-the fact that citizens feel themselves less and less represented by those they have elected. At the same time, the end of the cold war and the intensification of the processes of globalization implied a re-evaluation of the problem of the homogeneity of democratic practice.

The variation in democratic practice is viewed with great interest in the current debate on democracy, changing the very adjectives used in the political debate of the cold war period-popular democracies versus liberal democracies. At the same time, and paradoxically, the process of globalization (Santos, 2002) has given rise to a new emphasis on local democracy and on the variations of the democratic form within the national state, allowing the recovery of participatory traditions in countries such as Brazil, India, Mozambique and South Africa, just to mention the countries studied in this project. We may, therefore, point to a triple crisis of traditional democratic explanation. There is, in the first place, a crisis of the structural framework of the explanation of democratic possibility (Moore, 1966); in the second place, a crisis in the homogenizing explanation about the form of democracy which emerged as a result of the debates during the period between the wars (Schumpeter, 1942); and in the third place, a new tendency to examine local democracy and the possibility of variation within national states based on the recuperation of participatory traditions that had been suppressed in the process of constructing homogenous national identities (Anderson, 1991).

In this introduction, we intend to move one step beyond and show that the democratic debate throughout the 20th century got stuck on two complementary forms of hegemony:(3) a first form of hegemony based on the assumption that the solution of the European debate of the period between the wars would have meant the abandonment of the role of social mobilization and collective action in the construction of democracy (Huntington, 1969); and a second form of hegemony which assumed that an elitist solution to the debate on democracy, with the consequent over-valorization of the role of the mechanisms of representation, could have become hegemonic without linking these mechanisms to societal mechanisms of participation (Manin, 1997). In both cases, the hegemonic form of democracy (the elitist representative democracy) proposes to extend to the rest of the world the model of liberal representative democracy that prevails in the societies of the northern hemisphere, ignoring the experiments and discussions coming from the countries of the southern hemisphere in the debate on democracy. Starting from a reconstruction of the debate on democracy in the second half of the 20th century, we aim to propose a counterhegemonic course for the debate on democracy, redeeming what was implied in the debate of that period.

The hegemonic conception of democracy in the second half of the 20th century

The debate on democracy in the first half of the 20th century was marked by the confrontation between two conceptions of the world and their relation with the process of western modernization. On one hand, the conception that C.B. Macpherson baptized as "liberal democracy" (Macpherson, 1966), and on the other a Marxist conception of democracy that took self-determination in the world of labour as the centre of the process of the exercise of sovereignty on the part of citizens understood as individual producers (Pateman, 1970). From this confrontation stemmed the hegemonic conceptions within democratic theory that

came to prevail in the second half of the 20th century. These conceptions are related to the answer given to three questions: that of the relation between procedure and form; that of the role of bureaucracy in democratic life; and the inevitability of representation in large-scale democracies. Let us examine each of the answers to these questions in detail.

The question of democracy as form and not content was the response given by the hegemonic democratic theory to the critique made by Marxist theory (Marx, 1871; Lenin, 1917). Hans Kelsen formulated this question in neo-Kantian terms, still in the first half of the 20th century. According to him, the main point was to criticize the idea that democracy could correspond to a precise set of values and a single form of political organization:

Whoever considers absolute truth and absolute values inaccessible to human knowledge must consider possible not only their own opinion but also the opinion of others. Thus, relativism is the conception of the world assumed by the idea of democracy (...) Democracy offers each political conviction the same possibility to express itself and to seek the will of men through free competition. Thus, the dialectic procedure adopted by the popular assembly or parliament in the creation of norms, a procedure which develops through speeches and replies, came to be known as democratic. (Kelsen, 1929: 105-6)

In its initial formulation, Kelsian proceduralism sought to articulate moral relativism with methods for the solution of disagreements, methods that included parliament, as well as more direct forms of expression (Kelsen, 1929: 142). This moral relativism implied the reduction of the problem of legitimacy to the problem of legality, a reduction that Kelsen took from an incorrect reading of Weber. In the period between the wars and immediately after, Joseph Schumpeter and Norberto Bobbio transformed the proceduralist element of the Kelsian doctrine of democracy into a form of democratic elitism.

Schumpeter begins his reflection with the same element that would generate Bobbio's political reflection: the questioning of the idea of a strong popular sovereignty associated with a content of society proposed by Marxist doctrine. In his classic book *Capitalism, Socialism and Democracy*, Schumpeter criticizes this element by posing the question of whether it is possible for the people to govern. His reply is clear and involves a development of the procedural argument. According to him, we cannot think of popular sovereignty as a rational positioning on a given question by the population as a whole or by each individual. Therefore, the procedural element of democracy is no longer the way in which the process of decision-making refers to popular sovereignty, but precisely the opposite: "a political method, that is, a certain type of institutional arrangement to arrive at political and administrative decisions" (Schumpeter, 1942: 242). In this way, Schumpeter turns the procedural concern with the rules of decision-making into a method for the constitution of governments. The motive for excluding participation from this process is not a part of the procedural argument, but rather of a theory of mass society that Schumpeter smuggles into the procedural discussion.(4)

Norberto Bobbio takes the next step in transforming proceduralism into rules for the formation of the representative government. For him, democracy is constituted by a set of rules for the constitution of majorities, among which it is worth emphasizing the principle of one person one vote and the absence of economic, social, religious and ethnic distinctions among the electorate (Bobbio, 1979). Thus, it is important to recognize that the first route of affirmation of the hegemonic conception of democracy in the post-war period leads from the valorization of pluralism to the reduction of sovereignty, and then from a broad discussion on the rules of the democratic game to the identification of democracy with the rules of the

electoral process. At no time in the route that goes from Kelsen to Schumpeter to Bobbio is it clear why proceduralism does not admit enlarged forms of democracy.⁽⁵⁾ On the contrary, the reduction of proceduralism to a process of elections of elites appears to be an ad hoc postulate of the hegemonic theory of democracy. This postulate cannot provide a convincing answer to two major questions: the question of knowing whether elections exhaust the procedures of authorization on the part of citizens and the question of knowing whether the procedures of representation exhaust the question of the representation of difference. We will return to these two issues later when we discuss the new forms of participatory proceduralism which have emerged in the countries of the South.

A second discussion was central in the consolidation of the hegemonic conception of democracy: the way in which bureaucracy and its indispensability were brought to the centre of democratic theory. This discussion also refers to the period between the wars and to the debate between liberalism and Marxist theory. Max Weber began this line of questioning of the classical theory of democracy by positing, within the debate on democracy at the beginning of the century, the inevitability of the loss of control over the process of political and economic decision-making by citizens and its growing control by forms of bureaucratic organization. The main reason why Rousseau's conception of participatory management did not prevail was the emergence of complex forms of state administration, which led to the consolidation of specialized bureaucracies in most of the arenas managed by the modern state. For Weber, "the separation of the worker from the material means of production, destruction, administration, academic research and finance in general is the common base of the modern State, in its political, cultural and military spheres" (Weber, 1978, II: 1394). Weber's position, which is in direct dialogue with the formulations of Marx in *The Civil War in France*, is an attempt to show that the rise of bureaucracy does not derive from the class organization of capitalist society, nor is it a phenomenon restricted to the sphere of material production. For Weber, bureaucracy is linked to the rise and development of the modern state, and the separation of workers and the means of production constitutes a general and wide-ranging phenomenon that involves not only workers, but also the military, scientific researchers and all individuals engaged in complex activities in the economy and the state. Weber, however, did not intend to associate sociological realism with political desirability. On the contrary, for him the phenomenon of complexity posed problems to the functioning of democracy insofar as it created a tension between growing sovereignty (the control of governments by the governed) and decreasing sovereignty (the control of the governed by bureaucracy). It is from here that stems Weber's pessimism in the face of the double emergence of the "iron cage" of the "administered world" and of the danger of emotional actions which might instigate new charismatic powers.

Throughout the second half of the 20th century, the discussion about complexity and the inevitability of bureaucracy became more intense as the functions of the state also increased with the institution of the welfare state in European countries (Esping-Anderson, 1990; Shonfield, 1984). With the growth of state functions linked to social welfare, the discussion about the desirability of the growth of bureaucracy changed in tone and acquired a positive connotation (the exception being the work of Michel Foucault). In the field of democratic theory, Norberto Bobbio was, once again, the author who synthesized the change of perspective in relation to the Weberian mistrust of the increase of the capacity of control of bureaucracy over the modern individual. For Bobbio,

As societies moved from a household economy to a market economy, from a market economy to a protected, regulated and planned economy, political problems which require technical skills increased. Technical problems demand, in

turn, experts, specialists (...) Technocracy and democracy are antithetical: if the protagonist of industrial society is the specialist, it is impossible that it could be the common citizen. (Bobbio, 1986: 33-34)

In other words, Bobbio radicalizes the Weberian argument by stating that the citizen, by opting for mass consumer society and the welfare state, knows that he is giving up control over political and economic activities in favour of private and public bureaucracies. However, one question does not seem to be resolved by the theorists who defend the substitution of the mechanisms of the exercise of sovereignty by citizens for the increase of bureaucratic control over politics: the scepticism about the capability of bureaucratic forms of management to deal with creativity and to absorb the information involved in public management (Domingues, 1997; Fung, 2002). The bureaucratic forms described by Weber and Bobbio are monocratic in the way they manage administrative personnel and in the way they advocate a homogenizing solution for each problem confronted in each jurisdiction. That is to say, the traditional conception of bureaucratic management advocates a homogeneous solution for each problem, at each level of administrative management within an administrative jurisdiction. However, administrative problems require increasingly plural solutions, in which the coordination of distinct groups and different solutions occur within the same jurisdiction (Sabel, 1997). Thus, the knowledge held by social actors becomes a central element not appropriable by bureaucracies for the solution of management problems. At the same time, it becomes increasingly clear that centralized bureaucracies are not able to aggregate or deal with all the information required for the carrying out of complex policies in social, environmental and cultural areas (Sabel et al, 1999). This is the reason for the reinsertion of the so-called "participatory arrangements" in the debate on democracy.

The third element of the hegemonic conception of democracy is the idea that representation constitutes the only possible solution to the problem of authorization in large-scale democracies. Among the authors of the post-war period, it was Robert Dahl who defended this position most emphatically:

the smaller the democratic unit, the greater the potential for citizen participation, and the lesser the need for citizens to delegate government decisions to their representatives. The larger the unit, the greater is the capacity to deal with problems that are relevant for citizens, and the greater the need for citizens to delegate decisions to their representatives. (Dahl, 1998: 110)

The justification for representation by the hegemonic theory of democracy rests on the question of authorization. Two main pillars support the argument of authorization: the first is related to the problem of the consensus of the representatives and came up, within classical democratic theory, in opposition to the forms of rotation in the decision-making process that characterizes direct democracy (Manin, 1997). According to this conception, the direct administration of the ancient city-states or Italian republics involved a lack of authorization, which was substituted by the idea of equal rights to occupy political decision-making posts. As the idea of consensus emerged within the debates on a rational theory of politics, the apportioning peculiar to the republican forms of decision-making no longer made sense and was substituted by the idea of consensus(6), that is, by some rational mechanism of authorization.

The second form of justification of the question of representation leads to Stuart Mill and the question of the ability of the forms of representation to express the distribution of opinions at the level of society. For Mill, the assembly constitutes a miniature of the electorate, and every

representative assembly is capable of expressing the dominant tendencies of the electorate. Such an approach led the hegemonic conception of democracy to focus on the role of electoral systems in the representation of the electorate (Lipjart, 1984). By linking the problem of representation exclusively to the problem of scales, the hegemonic conception of democracy ignores the fact that representation involves at least three dimensions: authorization, identity and accountability (the last of these was introduced into the debate on democracy very recently). If it is true that authorization via representation facilitates the exercise of democracy on a large scale, as Dahl argues, it is also true that representation makes the solution of the other two questions difficult: that of accountability and that of the representation of multiple identities. Representation through the method of decision-making by the majority does not guarantee that minority identities will be adequately represented in parliament. By diluting accountability in a process of re-presentation of the representative within a block of questions, representation also complicates the disaggregation of the process of accountability (Arato, 2000; Przeworski et al., 1999: 32). Thus, we arrive at a third limit of the hegemonic theory of democracy: the difficulty of representing specific agendas and identities. We will return to this point in the final part of this introduction.

We can see, therefore, that the hegemonic theory of democracy, at the moment at which the debate on democracy is reopened with the end of the cold war and the widening of the process of globalization, finds itself facing a set of unresolved questions that lead to the debate between representative democracy and participatory democracy. These are particularly pointed questions in those countries in which a greater ethnic diversity exists; among those groups that find it more difficult to have their rights recognized (Benhabib, 1996; Young, 2000); and in countries in which the question of the diversity of interests collides with the particularism of economic elites (Bóron, 1994). In the following section, we will seek to recover what we refer to as a "non-hegemonic conception of democracy," and attempt to show how the problems mentioned in this section can be articulated from a different point of view.

Non-hegemonic conceptions of democracy in the second half of the 20th century

The post-war period did not only witness the formation and consolidation of democratic elitism, but also the emergence of a set of alternative conceptions that might be referred to as counterhegemonic. The majority of these conceptions did not break with Kelsian proceduralism. They maintained the procedural response to the problem of democracy, linking procedure with a way of life and perceiving democracy as a way of perfecting human relations. According to this conception, which can be found in the work of authors such as Lefort, Castoriadis and Habermas, in the northern countries, (Lefort, 1986; Castoriadis, 1986; Habermas, 1984; Habermas, 1995) and Lechner, Nun and Bóron in the southern countries (Lechner, 1988; Bóron, 1994; Nun, 2000), democracy is an organizing grammar of society and of the relation between the state and society:

democracy reveals itself to be, in this way, historic society par excellence, the society that by its form gathers and preserves indetermination, in marked contrast to totalitarianism which, constructing itself under the sign of the creation of the new man, in reality acts against this indetermination. (Lefort, 1986: 31)

We can see, therefore, that the concern at the origin of non-hegemonic conceptions of democracy is the same that is at the origin of the hegemonic conception, but receives a different response. It has to do with the negation of substantive conceptions of reason and the homogenizing forms of organization of society, recognizing human plurality. Nonetheless, the recognition of human plurality comes about not only from the suspension of the idea of the

common good, as Schumpeter, Downs and Bobbio propose, but also from two distinct criteria: the emphasis on the creation of a new social and cultural grammar and the understanding of social innovation articulated with institutional innovation, that is, with the search for a new democratic institutionality. We will go on to develop both these aspects next.

The problem of democracy in non-hegemonic conceptions is closely linked to the recognition that democracy does not constitute a mere accident or a simple work of institutional engineering. Democracy is a new historic grammar. Thus, the issue is not, as in Barrington Moore, that of thinking through the structural determinations for the constitution of this new grammar. Rather, it is that of understanding that democracy is a socio-historical form, and that such forms are not determined by any kind of natural laws. Exploring this vein, Castoriadis provides us with elements to think through the critique of the hegemonic conception of democracy: "Some think today that democracy or rational investigation are self-evident, thus naively projecting the exceptional situation of their own society on to the whole of history" (Castoriadis, 1986: 274). Democracy, in this sense, always implies a break with established traditions, and, therefore, the attempt to institute new determinations, new norms and new laws. This is the indetermination produced by the democratic grammar, rather than only the indetermination of not knowing who will be the new holder of a position of power.⁽⁷⁾ Thinking about democracy as a positive rupture in the trajectory of a society implies approaching the cultural elements of this society. Once again, a space is opened to discuss proceduralism and its societal dimensions. Within counterhegemonic theories, Jürgen Habermas was the author who opened the discussion on proceduralism as a societal practice and not as a method of constituting governments. Habermas expanded proceduralism, reintroducing the societal dimension originally emphasized by Kelsen, by proposing two elements in the contemporary debate on democracy: in the first place, a condition of publicness capable of generating a societal grammar. For Habermas, the public sphere constitutes a place in which individuals—women, blacks, workers, racial minorities—can problematize in public⁽⁸⁾ a condition of inequality in the private sphere. The public actions of individuals allow them to question their exclusion from political arrangements through a principle of societal deliberation that Habermas refers to as principle D: "Only those action-norms are valid which count on the assent of all the individuals that participate in a rational discourse" (Habermas, 1995). Postulating a principle of wide deliberation, Habermas reintroduces societal and participatory proceduralism into the discussion on democracy, introducing a new element in the route that leads from Kelsen to Schumpeter and Bobbio. According to this conception, proceduralism has its origin in the plurality of the ways of life in contemporary societies. Politics, in order to be plural, must count on the assent of these actors in rational processes of discussion and deliberation. Therefore, democratic proceduralism cannot be, as Bobbio supposes, a method of authorizing governments. It must be, as Joshua Cohen shows us, a form of collective exercise of political power based on a free process of presentation of reasons among equals (Cohen, 1997: 412). In this way, the recuperation of an argumentative discourse (Santos, 2000), associated with the basic fact of pluralism and the different experiences, is part of the reconnection of proceduralism and participation. Thus, the procedures of aggregation that characterize representative democracy are seen to be patently insufficient, and the experiments of participatory proceduralism of the southern countries appear in evidence, such as participatory budgeting in Brazil or the experiment of the Panchayats in India.

There is still an extremely important issue to be discussed, which is the role of social movements in the institutionalization of cultural diversity. This issue, which was already anticipated in the critique of hegemonic theory by Lefort and Castoriadis, appeared more clearly in the debate on democracy from the theory of social movements. Starting with

Williams (1981), for whom culture constitutes a dimension of all institutions-economic, social and political-various authors within the field of the theory of social movements began to bring up the fact that politics involves a dispute about a complex of cultural significations. This discussion led to a widening of the field of politics in which there occurred a dispute on the re-signification of practices (Alvarez, Dagnino and Escobar, 1998). Social movements would be inserted into movements for the widening of politics, for the transformation of dominant practices, for the expansion of citizenship and for the insertion of social actors excluded from politics. The literature on the re-signification of democratic practices had a particularly strong impact on democratic discussion in Latin America, where it was associated with the transformation of societal grammar. Lechner states, in relation to the current processes of democratization, that

In Latin America, the current revalorization of the formal procedures and institutions of democracy cannot be supported by established habits and recognized norms. It is not a question of restoring regulative norms, but of creating norms which constitute political activity: the transition demands the elaboration of a new grammar. (Lechner, 1988: 32)

Thus, in the case of various countries of the South, redemocratization did not involve facing the challenge of the structural limits of democracy, as the discussion on democracy in the 1960s supposed. By inserting new actors into the political stage, what democratization did was to instigate a dispute on the meaning of democracy and on the constitution of a new social grammar. Giving rise to this type of dispute, the extension of democracy that began in southern Europe in the 1970s and in Latin America in the 1980s brought up again, in the agenda of the discussion on democracy, the three questions discussed above.

In the first place, it posed again the question of the relation between procedure and societal participation. Due to the strong participation of social movements in the processes of democratization in the countries of the South, especially in Latin America (Escobar and Alvarez, 1992; Alvarez, Dagnino and Escobar, 1998; Doimo, 1995; Jelin and Herschberg, 1996; Avritzer, 2002), the problem of the constitution of a social grammar capable of changing gender, race and ethnic relations, as well as the private appropriation of public resources, placed in the order of the day the problem of the need of a new social grammar and a new form of relation between the state and society. This grammar implied the introduction of experimentalism in the very sphere of the state transforming the state into an absolutely new social movement (Santos, 1998: 59-74).

In the second place, the accent on social participation also led to a redefinition of the appropriateness of the non-participatory and bureaucratic solution at the local level, posing once again the problem of scale within the debate on democracy. The success of most of the participatory experiments in the recently democratized countries of the South is related to the ability of the social actors to transfer practices and information from the social level to the administrative level. At the same time, the institutional innovations that appear to be successful in countries of the South are related to what Castoriadis calls the establishment of a new eidos, i.e. a new political order based on the creativity of social actors.

In the third place, there is the problem of the relation between representation and cultural and social diversity. As the number of actors involved in politics grows, and the ethnic and cultural diversity of social actors and the interests involved in political arrangements increase, Stuart Mill's argument on representation becomes less convincing. The most socially vulnerable groups, the less favoured social sectors, and ethnic minorities are not able to have

their interests represented in the political system with the same ease as the majority or more economically prosperous sectors. Forms of relativizing representation (Young, 200) or of articulating representative democracy and participatory democracy (Santos, 1998) seem to offer more hope for the defence of subaltern interests and identities. For these reasons, participatory democracy is considered in this research project to be one of the five great social and political fields where, at the beginning of the new century, social emancipation is being reinvented. In the next section we will present a synthesis of the case studies of this project.

Participatory democracy in the South in the 21st century

The reinvention of participatory democracy in the countries of the South is intimately related to the recent processes of democratization that those countries underwent. We are dealing, therefore, with countries that, according to the hegemonic logic of the post-World War II period, were not part of the so-called democratic field. Despite the fact that World War II ended with the defeat of fascism, that system of government prevailed in the south of Europe until the 1970s, namely in Portugal where it lasted for 48 years. Until 1975, Mozambique lived under the colonial yoke, and South Africa, until the end of the 1980s, under an apartheid regime. Brazil and Colombia were, even though very ambiguously, for some time within the democratic field: Brazil alternating between authoritarian and democratic periods until 1985, and Colombia living in a democracy truncated by successive states of emergency and civil war since the 1960s. The exception is India, the only one of the countries studied that remained democratic throughout the whole period, only interrupted by the declaration of a state of emergency in 1977. Even so, it was only with the so-called "third wave of democratization" that participatory experiments like that of Kerala became possible.

All the countries included in this project have undergone processes of transition or democratic expansion from the 1970s. Portugal was one of the countries in which the so-called third wave of democratization began. Brazil and South Africa were reached by this wave in the 1980s and 1990s, the same happening in Mozambique, after having gone through a revolutionary and socialist stage in the first decade after independence. Colombia took a different route. It did not have an authoritarian military regime, unlike what happened in most Latin American countries, and it made, at the beginning of the 1990s, a great effort of social negotiation, which resulted in a new Constitution and a law of citizen participation. Among the countries of the South, India may be considered the one with the greatest democratic continuity, although some of the important processes of participatory democracy in the country are linked to decentralization and differentiated traditions of participation at a local level, which have been recently recuperated.

In all cases, along with the expansion of democracy or its restoration, there was also a process of redefining its cultural meaning or established social grammar. Thus, all the cases of participatory democracy studied began with an attempt to dispute the meaning of certain political practices, with an attempt to expand the social grammar and incorporate new actors and new issues into politics. In the case of Portugal, Arriscado and Serra show how, during the revolutionary crisis the country underwent after the collapse of the authoritarian regime, the SAAL redefined the idea of rights to housing and living conditions, creating the so-called "right to place." During the Brazilian process of democratization and the constitution of community actors, there emerged in a similar way the idea of "the right to have rights" (Sader, 1988; Dagnino, 1994) as part of the redefinition of new social actors. The same redefinition is detectable in many of the cases referred to in this volume: in the case of the march of the cocaleros (coca farmers and pickers) in Colombia, Ramirez shows that the struggle against the fumigation of the coca crops expresses an attempt on the part of the peasants in the Amazon

region to demand, in a context of external violence, the recognition of an alternative identity to the one constructed by the state. Considered as drug traffickers and guerrilla sympathizers by the state, these peasants demand to be recognized as independent social actors and citizens of the country and of Putumayo, identifying their condition of citizens with a voluntary policy of coca eradication being negotiated with the Colombian government. Clemencia Ramirez shows how this movement implied associating citizenship with a definition of belonging. By demanding this recognition, the movement sought "to achieve a representation vis-à-vis the State as a differentiated group with its own voice to decide jointly on policies concerning the welfare of the inhabitants of Putumayo." Also relating to Colombia, Uribe's study shows how the inhabitants of San José de Apartadó, by creating the status of a "community of peace," demand the legitimacy of a self-representation alternative to that conferred on them by both the state and violent actors (guerrilla and paramilitary). In her turn, Osório shows the different negotiation strategies of Mozambican women with a view to their insertion into the male-dominated political game. In the context of a post-colonial state which seeks to define externally an identity of the "modern" woman, there emerges the social construction of a female identity leading to "a differentiated appropriation of the ends of political action," even when men and women are part of the same political organizations. The same concept of identity can be seen in the cases of India and South Africa. D.L. Sheth shows how the hegemony of the model of liberal democracy in India did not prevent the emergence of social movements energized by participatory ideals and principles of social solidarity interpreted in the light of a Gandhian concept of self-government (swaraj). Buhlungu shows the strength of the new forms of solidarity and identity that emerged at the end of the 1980s and beginning of the 1990s stemming from the anti-apartheid struggle in South Africa, in which two strong collective actors played important parts: the civic movement and the labour union movement.

Thus, it is possible to demonstrate that, apart from many differences between the various political processes analyzed, there is something which unites them, a common trait which is related to the counterhegemonic theory of democracy: the actors who established the experiments in participatory democracy put in question an identity that had been externally attributed to them by the colonial state, or by an authoritarian and discriminatory state. Claiming rights to housing (Portugal), rights to locally distributed public goods (Brazil), rights to participate and demand the recognition of difference (Colombia, India, South Africa and Mozambique) implies questioning a social and state grammar of exclusion and proposing a more inclusive alternative.

What is at stake in these processes is the constitution of a participatory and inclusive ideal as part of projects of liberation from colonialism (in India, South Africa and Mozambique) or of democratization (Portugal, Brazil and Colombia). India had an independence movement that was highly influenced by the philosophy and practice of Ghandi, which included the affirmation of an autonomous project for the country. As Sheth states, such a liberation movement, in its Gandhian dimensions, as well as its socialist and communist dimensions, implied a broad project of incorporation of the Indian masses—a movement which came together in a Constitution that was understood not only as a document of political organization, but also as "an agenda for the social and political transformation of an independent India." This agenda emphatically included the idea of the participation and political inclusion of poor and marginalized tribal castes. Buhlungu shows us a similar agenda in the case of South Africa, given that the struggle against apartheid was inspired by a participatory ideal which simultaneously postulated the equality of citizens and the recognition of difference. For Buhlungu, "every struggle, as well as the vision of freedom or liberation that inspires it, always contains a promise of a decentralized or participatory kind of democracy which is inclusive rather than exclusive." In the case of Mozambique, the

institutionalization of liberal democracy occurred in the aftermath of a revolutionary experiment dominated by the ideals of participation, although, in practice, often curtailed by revolutionary authoritarianism and sexist domination. Thus, a common trait in post-colonial movements is the importance of participatory democracy. It is important because, as Castoriadis states, it creates an imaginary post-colonial normativity in which democracy, as a project of social inclusion and cultural innovation, is put forward as an attempt to institute a new democratic sovereignty.

Likewise, the recent processes of democratization also incorporate the element of the institution of participation. In the case of Brazil, during the process of democratization, community movements in various regions of the country, and particularly in the city of Porto Alegre, claimed the right to participate in decision-making at the local level:

Participating means directly influencing and controlling decisions [...] If the country is at a new stage, it is possible and necessary that the community movement advances and has a direct influence, presenting proposals discussed and defined by the movement on the [public] budget. (UAMPA, 1986; Silva, 2001: 122)

This participatory drive came to bear fruit, among others, in the participatory budgeting experiments analyzed by Santos and by Avritzer. In the case of Portugal, the revolutionary crisis created a sui generis political situation that Santos (1990), taking as a reference point the situation in Russia in the period immediately prior to the October Revolution, characterized as a "duality of impotence," a situation of state paralysis brought about by a void, caused as much by bourgeois power as workers' power. It was in this void that the experiments in popular participation flourished, independent or even hostile to the state in some cases, or negotiating with the state in other cases, such as that of the SAAL experiment analysed by Arriscado and Serra. In the case of Colombia, the negotiation that led to the Constitution of 1991 generated a broad process of participation that led to greater political involvement and visibility of certain social actors. Among them, the indigenous movement that had been fighting for its recognition for some time must be emphasized. Uprimny and Villegas analyze the way this recognition was achieved at the level of the Constitutional Court, and in the third volume of this collection the indigenous issue will be dealt with in more detail.

The vulnerabilities and ambiguities of participation

In the previous section we sought to show that the processes of liberation and the processes of democratization seem to share a common element: the perception of the possibility of innovation understood as the wide participation of different types of social actors in decision-making. In general, these processes imply the inclusion of issues up until then ignored by the political system, the redefinition of identities and affiliations and the increase in participation, namely at the local level.

These processes tend to be the object of intense political debate. As we have seen, capitalist societies, especially in the core countries, consolidated a hegemonic conception of democracy (that of liberal democracy) with which they sought to stabilize the controlled tension between democracy and capitalism. This stabilization occurred in two ways: by giving priority to the accumulation of capital over social redistribution;⁽⁹⁾ and by restricting participation by citizens, as much individual as collective, with the aim of not "overloading" the democratic regime with social demands that could put in danger the priority of accumulation over

redistribution. The fear of "democratic overload" presided over the transformations that, from the beginning of the 1980s, occurred in hegemonic democratic theory and practice in the core countries, being then exported to the semiperiphery and periphery of the world system. The idea of "democratic overload" had been formulated in 1975 in a report of the Trilateral Commission prepared by Crozier, Huntington and Watanuki (1975). They argued that the overload was caused by the political inclusion of social groups excluded in the past, and by the "excessive" demands made by these groups on democracy. Thus, we can understand why at the moment when, via decolonization or democratization, the problem of the extension of democracy to the countries of the South was raised for the first time, the hegemonic conception of democracy theorized the question of the new grammar of social inclusion as an excess of demands. In the light of this, it is easy to conclude that the processes of democratic intensification that we have been discussing tend to be strongly contested by exclusionary elites or "metropolitan elites," as Sheth refers to them. Because they go against hegemonic interests and conceptions, these processes are often fought head on or adulterated by co-optation or integration. In this resides the vulnerability and ambiguity of participation, present in a number of the cases analyzed in this volume.

The institutional fragility of participation is very clear in the case of Portugal, since the participatory movement concerning housing was questioned as soon as the short period of the revolutionary crisis was over. According to Arriscado and Serra, "over the years, the 'official' memory of the Revolution has sought to erase all the episodes which, in some way, pointed towards the possibility of an alternative way of organizing society or of involving citizens in the political process."

In the case of South Africa, Buhlungu shows how, as the democratic, post-apartheid regime was institutionalized, the state, the political system and the ANC itself, which had activated the whole social movement in the 1980s, came to discourage and even demobilize popular participation, which had been so important in the toppling of apartheid, under the pretext that representative democracy, now established, guaranteed the adequate representation of the various social interests.

The vulnerability of participation to adulteration, whether by co-optation by over-included social groups, or by integration in institutional contexts that erase its democratic potential, as well as its potential for transforming power relations, is well illustrated in several cases analyzed here. In Portugal, the forms in which citizens can participate in urban or territorial planning analyzed by Isabel Guerra reveal to what extent participation can be turned into a process of social control organized from the top down, where hegemonic interests and actors find a new way of prevailing over subordinated interests and actors with less political or organizational capital. To prevent this danger, Guerra proposes the integration of these forms of participation into broader processes of social negotiation in which the different interests are adequately represented, a proposal that she entitles "from a managerial democracy to a project democracy."

The Colombian cases presented here equally illustrate the vulnerability and ambiguity of participation. Uprimny and Villegas show how the 1991 Constitution incorporated excluded and oppressed forces such as representatives of demobilized guerrilla groups, indigenous peoples and religious minorities, thus diminishing the influence of the liberal and conservative parties, which, up until then, had dominated the political stage in Colombia:

In this pluralistic framework, the diagnosis of many of the delegates [to the Constituent Assembly] was that exclusion, the lack of participation, and weakness in protecting human

rights were the basic causes of the Colombian crisis. This explains some of the ideological orientations of the 1991 Constitution: the broadening of participation mechanisms, the imposition of the duties of promoting social justice and equality upon the state, and the incorporation of a meaningful bill of rights, as well as new judicial mechanisms for their protection.

However, the authors show how a contradiction pervaded, from the beginning, the attempt to create a new institutional order, as both the government and the opposition assumed positions that worked against the pacification of the political arena and the expansion of participation and rights. The study of Uprimny and Villegas concentrates specifically on the Constitutional Court created in 1992. For the authors, the case of the Colombian Constitutional Court shows how, in a situation of the demobilization of citizens, the demand for equality and justice can shift from the political field to the judicial field:

Colombians' disenchantment with politics has led certain sectors to demand answers from the judiciary to problems that, in principle, should be debated and resolved by means of citizens' participation in the political sphere. This phenomenon is not exclusive to Colombia (Santos et al, 1995), but in this country the weakness of the mechanisms for political representation runs deep, a fact that has enabled the Court to assume a more prominent role.

Thus, in the case of Colombia, we have a double dimension. On the one hand, as the authors point out, Colombia has a tradition of weak social movements. On the other hand, many of the actors that dominated the Constituent Assembly became weak in the following years. Thus, Colombia appears as a case of the vulnerability of participation, revealing the ambiguous impact of a strong judiciary on social movements.

The vulnerability of participation in a scenario of conflict between social grammars is addressed by Maria Teresa Uribe, in a dramatic text in which she demonstrates the contradiction between participation, pacification of political space, and civil war. She focuses on the case of the community of peace of San José de Apartadó, whose inhabitants decided to adopt "a strategy of unarmed civil resistance against the war in order to defend their right to remain on their lands and in their homes, signing a public pact of non-collaboration with any armed actors, including the Colombian State." Situated in a banana-growing area of Colombia, a sanctuary for guerrillas in the country, San José de Apartadó has a strategic geographical position in the Colombian conflict. The pact called *Comunidade de Paz* (Community of Peace) was announced in May 1997 with the help of the local diocese, the Intercongregational Commission for Justice and Peace and various NGOs. The strong international support to the declaration of the *Comunidade de Paz* obliged the paramilitaries to respect its neutrality.⁽¹⁰⁾ Nonetheless, at the end of two years, the fragile balance of power came apart. After the first incursion of paramilitaries in April 1999, there followed various incursions of the guerrilla forces. Until 2000, 83 people were killed in San José de Apartadó. Thus, the case of Colombia reveals the interdependence of the deepening of democracy and the need for the constitution of a new social grammar based on pacification, which implies political negotiations beyond a local scale.

Although to a lesser extent, this same complexity of participation can be detected in Mozambique in the case study analyzed by Osório. Thus, according to the author, women's occupation of political space can be as much a contribution to the challenge of male domination as a consolidation of it. The case of Mozambique demonstrates that, in situations in which democracy does not involve a renegotiation of a more pluralist grammar, expressed by the increase in female participation, the social grammar itself comes into conflict with the

working mechanisms of the political model. The author identifies three strategies adopted by women in relation to political participation: the adaptation to existing hierarchies and, therefore, to male superiority; the adoption of the masculine model as universal, using the weapon of formal equality to further women's power; and the vindication of an alternative model capable of subverting the dichotomies on which male power is based. Osório's analysis leads to a reflection on the vulnerabilities of democracy. For her,

the exercise of democracy, in the context of globally legitimated systems, fails to satisfy the demands of new groups, as is the case of women (...) [This case implies] the need for a more plural and transversal action in the different spaces of production of the political.

Thus, the author shows that, even in situations where the increase of participation exists, this increase, to become emancipatory, needs to be adjusted to the attempt to recreate political forms. The complex question of the ambiguity of participation is exemplarily treated by Paoli in her discussion of the case of Brazil, a country in which there are as many positive as negative experiments in participation for us to reflect on. Paoli emphasizes the continuity of practices of participation in the period between the process of democratization and the present. According to her,

The practices of participatory deliberation in Brazil have been, from the beginning, linked to the political visibility of the new social movements and the redefinition of the practices of the labour movement in the 1970s and 1980s. They were understood through a renewed theory of social conflict that pointed to forms of popular participation and various struggles for autonomous representation in the process of distribution of public goods and the formulation of public policies.

However, the case analyzed by her-the social activism of entrepreneurs against social exclusion-shows how the ideal of the participation of civil society can be co-opted by hegemonic sectors with the aim of controlling the dismantling of public policies, taking advantage of the situation in order to accomplish an operation of "social marketing." As she states,

We can see, on the one hand, the innovative potential that responsible entrepreneurial mobilization can have in overcoming poverty and providing opportunities for the poor. On the other hand, it is clear that this mobilization turns a blind eye to policies that deepen social exclusion and politically disorient Brazilian society itself, apart from advantageously occupying, in terms of its particular interests, the very space that it opens as civil action for a public.

Paoli shows specifically, in the case of the Foundations of Entrepreneurial Philanthropy (Fundações de Filantropia Empresarial) in Brazil, the attempt to appropriate a discourse around the notion of the public. While the social effects of their policies should be emphasized, these foundations tend to reduce the idea of the public to two categories: that of consumers and that of employees of the enterprise itself. The author shows, in this way, the dangers of the appropriation of the discourse of participatory democracy for proposals that do not imply much more than their reduction to mercantile categories.(11)

We can now systematize some of the characteristics of the cases in which participation does not manage to come into being at the end of a process of decolonization or democratization. There are at least four different cases we can think of: in the first place, the Portuguese case,

in which the forms of participation were disqualified at the end of a process of dispute for the hegemony of democratic form, a process in which the conservative forces managed to impose their model. We can think of Colombia as a second case, in which the forms of participation did not lose their legitimacy, but could not be established as an alternative model due to the reaction of conservative sectors. The case of Mozambique seems to be different. On the one hand, it is true that the practices of participation in Mozambique did not lose their legitimacy either. Here the need is for a pluralization of the political grammar itself, so that the plurality of society may be assimilated by democracy. And finally, we have the case of Brazil, in which the forms of participation can be part of a process of co-optation, as appears to be the case of the notion of the public used by entrepreneurial philanthropic associations, although they represent a fundamental innovation capable of generating counterhegemonic models of democracy as we will go on to show in the next section.

The potentialities of participation

In the light of the cases studied, Brazil and India are the cases in which the potentialities of participatory democracy are most clearly manifested. In his text on participatory budgeting, Leonardo Avritzer shows the way in which the Brazilian Constituent Assembly increased the influence of various social actors in political institutions as a result of new participatory arrangements.

Article 14 of the 1988 Constitution guaranteed "popular initiative" in legislative processes. Article 29, on the organization of cities, required the participation of popular association representatives in the process of city planning. Other articles establish the participation of civic associations in the implementation of health and social welfare policies.

Thus, the Constitution was able to incorporate new cultural elements, which had emerged at the level of society, into the emerging institutionality, opening up space for the practice of participatory democracy.

Santos and Avritzer show how, among the various forms of participation that emerged in post-authoritarian Brazil, participatory budgeting acquired particular pre-eminence. The authors show how, in the case of Brazil, the motivation for participation is part of a common inheritance of the process of democratization that led democratic social actors, especially those from the community movement, to debate the meaning of the term participation. In the case of the city of Porto Alegre, this debate was linked to the opening of actual areas of participation by political society, in particular by the Workers' Party. This led to the emergence of effective forms of combination of elements of participatory and representative democracy, through the intention of the administrations of the Workers' Party to articulate the representative mandate with effective forms of deliberation at the local level.

Participatory budgeting emerges from this intention, which, according to Santos, is manifested in three of its main characteristics: (1) participation is open to all citizens without any special status whatsoever being attributed to any organization, including community organizations; (2) the combination of direct and representative democracy creates an institutional dynamic that attributes to the participants themselves the definition of the internal rules; and (3) the allocation of the resources for investments is based on the combination of general and technical criteria, that is, the decisions and rules established by the participants are made compatible with the technical and legal demands of governmental action, also respecting financial limits.⁽¹²⁾ According to Avritzer, these general principles are translated into three forms of participatory institutionality. In the first place, there are regional

assemblies in which the participation is individual, open to all members of the community, and the rules of deliberation and decision-making are defined by the participants themselves. In the second place, there is a distributive principle capable of rectifying pre-existent inequalities in relation to the distribution of public goods. In the case of participatory budgeting in Porto Alegre and also in Belo Horizonte, this distributive principle is manifested in the so-called "tables of needs," whose elaboration precedes the process of deliberation itself. In the third place, there is a mechanism for dovetailing the process of participation and deliberation with the public administration, a process that involves, in the case of Porto Alegre, the functioning of a council that can deliberate on the budget and negotiate priorities with the local mayoralty.

We have, therefore, in the case of Brazil, a successful first form of combination of elements of representative democracy and participatory democracy. This combination occurs on three levels: on the local level, citizens participate in a process of negotiation and deliberation on priorities concerning the distribution of public goods. This process expresses an aspect that has already been emphasized in this text-the need for democracy to be articulated with a new social grammar. In the case of participatory budgeting (PB), this grammar has two elements: the fair distribution of public goods and the democratic negotiation of the access to these goods among the social actors themselves. The regional assemblies, the lists of prior access to public goods and the PB Council express this dimension that we designate above as participatory proceduralism, a process of expanded participation involving a broad public debate on the rules of participation, deliberation and distribution.

Participatory budgeting shows some of the potential of the expansion of participatory democracy. In the case of Porto Alegre, the participation of the population has increased practically every year, while in Belo Horizonte, apart from a little more variation, there has also been an increase. It is equally important to underline that participatory budgeting in Brazil has grown significantly. Between 1997 and 2000 there were 140 municipal administrations that adopted participatory budgeting, the vast majority (127) in cities of up to 500,000 inhabitants. In about half of the cases (71), these administrations were linked to the Workers' Party (PT) (Grazia, 2001). The extension of participatory budgeting to all the regions of Brazil, in addition to other political proposals, shows the potential of the extension of successful experiments in participatory democracy.

In the case of India, the potential of participatory democracy is equally visible. Sheth discusses how the political and participatory actions that were organized from the beginning of the 1960s "existed as fragments of the earlier political and social movements-movements which had their origins in the Freedom movement [...] They worked in small, stagnant spaces available to them on the periphery of electoral and party politics. But within three decades of Independence new social and political spaces opened up for them." Nonetheless, Sheth equally emphasizes that these forms of participatory democracy, because they do not follow the model of liberal democracy, are considered by metropolitan elites and the middle classes to be suspect and vehicles of negative anti-development and anti-national values. It is because of this that the combination of initiatives in participatory democracy with representative democracy only occurs in specific political contexts, as, for example, in Kerala-the case studied by Heller and Isaac.

The democratic challenge in India is extremely complex because, in addition to differences of class, sex, ethnicity, religion and region, differences of caste must also be taken into consideration. This is then a challenge in the field of the so-called democratization of democracy. The caste system was reproduced within the Indian political system, and inserted

hierarchical relationships and profound material inequalities into it (Heller, 2000). Sheth shows how the very project of constructing a shared democracy for all castes and all social groups, establishing a symbolic reference common to the whole population of the country, became gradually subordinated to the particularist agenda of political society.

Two main forms of democratization of the Indian political system can be pointed to at present. The first is a form of local democracy based on the rupture with a grammar of exclusion at the level of society itself. This is the form that democratization has assumed in the province of Kerala. Here, in contrast to other parts of India, the associational infrastructure does not reproduce the dominant pattern of religious organizations and castes that reproduce a culture of inequality.

Kerala has the highest levels of trade-union membership in the country, and in contrast with the national pattern, the unions also reach workers in the informal sector (...) Kerala also possesses a wide range of women's, students' and youth organizations, sponsored by all the parties (...) Just the mass associations linked to the CPM-affiliated to the Communist Party of India-have more than 4.7 million members. (Heller, 2000)

We have here, therefore, a first case of a rupture with the restricted forms of democracy at the local level, a rupture that, in the case of Kerala, occurs in the first place at the level of civil society, through the constitution of an associational grammar, and is extended to political society through the system of the Panchayats. This system was introduced by the Left Democratic Front in 1996 through the launching of the so-called "People's Campaign for Decentralized Planning." This campaign, now in its fifth year, has achieved a high degree of devolution of decision-making powers to the Panchayats. "All 1,214 local governments in Kerala-municipalities and the three rural tiers of district, block and grama panchayats (the all-India term for village councils)-have been given new functions and powers of decision-making, and have been granted discretionary budgeting authority over 40% of the state's developmental expenditures" (Heller and Isaac, 2002). The transfer of decision-making to the local level implied a process of qualitative change in participation and deliberation, involving assemblies in rural areas (grama sabha) in which more than 2 million people took part, and development seminars (for assessment of the resources and problems of the area and formulation of a local development strategy) attended by more than 300,000 delegates, in addition to task forces involving 100,000 volunteers (Heller and Isaac, 2002). We can, therefore, perceive an enormous process of participation unleashed by the transfer of the process of deliberation on the budget to the local level.

A second form of expansion of Indian democracy also related to the mobilization of the population at a local level is discussed by Sheth. It involves local movements which organize public hearings and popular courts with the aim of creating political and social constraints for local governments and thus force them to act in a more honest and efficient way. Sheth describes one of the most significant moments of these movements when, in December of 1994-95, several public hearings (Jan Sunvai) were held in various states which were attended by journalists. These hearings culminated in a 40-day sit-in (dharna) which compelled the government to make its accounts public through the Panchayat Raj.

As much in India as in Brazil, the most significant experiments of change in the form of democracy have originated in social movements that question practices of exclusion through actions that generate new norms and new forms of control of the government by the citizens.

We can point to some similarities and differences between the two cases. In the first place, the experiments in Porto Alegre and Kerala emerged from a process of social renovation. In the case of Porto Alegre, as Avritzer points out, the experiment derived from a proposal of budgetary participation formulated in the 1980s by UAMPA (the Union of Neighbourhood Associations of Porto Alegre), and in the case of Kerala, as Heller and Isaac point out, from experiments in participation at the local level conducted by civil society organizations, in particular by Kerala Sastra Sahitya Parishad (Heller and Isaac, 2002). In the second place, in both cases, a political party had to take the political decision of giving up decision-making prerogatives in favour of forms of participation. In Porto Alegre, the Workers' Party fulfilled this role, and in Kerala it was the Communist Party of India. In the third place, the proposal of participation involved the elaboration of complex rules of participation in both cases, as Santos shows in the case of Porto Alegre, and Heller and Isaac in the case of Kerala. It is important to underline that these rules-which, in the case of Porto Alegre, predetermine the distributive character of the PB and establish incentives to participation for the poor population⁽¹³⁾ and, in the case of Kerala, make public the criteria for beneficiary eligibility and prioritization⁽¹⁴⁾ -will be fundamental to the success of the form of participation. The two cases that we can deem successful present two extremely important characteristics: first, they stem from changes in societal practices introduced by the social actors themselves; second, they recover local democratic traditions at first ignored by the hegemonic forms of representative democracy in these countries. Porto Alegre, in the case of Brazil, and Kerala, in the case of India, express an attempt to extend democracy based on potentials of the local culture itself.

We can also point out some important contrasts between the two cases. In the first place, despite the importance of the Workers' Party in the experiment in participatory budgeting, the party has limited control of the process, and only a small percentage of participants in the PB are affiliated to it. The control of the Communist Party of India over the process seems to be greater, which makes it dependent on an unstable political coalition in a state with a strong Islamic minority. In the second place, there is an important difference in the form of transference of prerogatives on the budget: the PB in Porto Alegre and in Belo Horizonte decentralizes and democratizes only the process of deliberation, and leaves in the hands of the mayorality the process of the administrative implementation of the decisions. In this case, the control of the public administration is made by the PB Council in Porto Alegre and by COMFORÇAS in Belo Horizonte (Avritzer, 2002), thus creating a mechanism of administrative control which is relatively invulnerable to processes of corruption, given the excess of public mechanisms and forms of control. In the case of India, the resources are transferred to the committees themselves, which leads to accusations of corruption, as Heller and Isaac point out. Finally, everything seems to indicate that, in the case of Brazil, the PB provides electoral advantages to those who practice it, such that other parties want to implement it, while the continuity of the Indian experiment was put in question by the electoral defeat of the Left Front last year.

Thus, the cases referred to here present contemporary democratic practice with not only the inconclusiveness of the debate between representation and participation, but also the need for a new formulation concerning the combination of these different forms of democracy.

Conclusion

There are more questions raised than answers given in the studies included in this volume. In this, they remain faithful to the central objective of the project "Reinventing Social Emancipation" in the context of which they were carried out. This project sought to draw new

horizons for social emancipation, starting from practices that occur in specific contexts to provide answers to concrete problems. Therefore, it is not possible to draw from them universal solutions which would be valid in every context. At best, such practices are driven by wide aspirations of emancipation which they seek to realize in a partial and limited way.

Between the realization and the aspiration is the imagination of the possible beyond what exists. This imagination is composed of questions that constitute the shape of emancipatory horizons. These are not, then, just any questions, but questions that result from the excess of aspirations in relation to the realization of concrete practices. In the specific case of the theme of the project discussed in this volume - participatory democracy - the horizons are questions that address the possibility of broadening the democratic canon. Through this broadening, the hegemonic canon of liberal democracy is contested in its pretension to universality and exclusivity, thus giving credibility to counterhegemonic democratic concepts and practices. In what follows, we will pose some questions and provide answers related to some of these issues.

1. The loss of demodiversity. The comparison between the studies and debates on democracy in the 1960s and in the last decade leads us easily to the conclusion that, on the global level, demodiversity has been reduced in the last thirty years. By demodiversity we mean the peaceful or conflictive coexistence of different democratic models and practices. In the 1960s, if, on the one hand, the hegemonic model of democracy, liberal democracy, seemed destined to be confined, as democratic practice, to a small corner of the world, on the other hand, outside western Europe and North America, there existed other political practices that claimed democratic status and did so in the light of autonomous criteria, distinct from those which sustained liberal democracy. In the meantime, as these alternative political practices lost strength and credibility, liberal democracy gradually established itself as the sole and universal model, and its consecration was consummated by the World Bank and the International Monetary Fund by transforming it into a political condition for the granting of loans and financial aid.

What this implies, from our point of view, is a loss of demodiversity. The negativity of this loss resides in two factors. The first has to do with the justification of democracy. If, as we believe, democracy has an intrinsic value and not a mere instrumental utility, this value can in no way be assumed as universal. It is inscribed in a specific cultural context, that of western modernity, and this context, because it coexists with others in a world that now is recognized as multicultural, can in no way claim the universality of its values. We know today that if this claim refuses to give the reasons that sustain it and to dialogue with others that eventually contest it, it will only be imposed by the force of circumstances that are alien to it and that, as such, transform it into an imperial claim. And this imperial temptation is all the more noticeable when the overwhelming power of neoliberal globalization and of the institutions that, in its name, impose the adoption of liberal democracy on a global level is more pronounced. It makes no sense to postulate the universality of the values that sustain democracy on the basis that there is nothing in other cultures that opposes them, as Amartya Sen does (1999). Such a convergence cannot be postulated as a starting point. It has to be, if anything at all, the point of arrival of an intercultural dialogue in which other cultures can present, not only that which they are not opposed to, but, above all, that which they propose autonomously.

We support such a cultural dialogue and believe it enriches all who participate in it. The convergences that result almost always in forms of cultural hybridization have to be achieved in the practice of argumentation and in the argumentation of practice. Regarding the practices

analyzed in this volume, we can see this hybridization surface especially in the case studies on India, but it is present in one way or another in the case studies on Mozambique, Brazil, South Africa and Colombia.

The loss of demodiversity is negative because of a second factor, which, although autonomous in relation to the first, is related to it. It has to do with the distinction between democracy as an ideal and democracy as a practice. This distinction is central to the hegemonic model of democracy and was introduced into the debate to justify the low democratic intensity of established political regimes when compared with the revolutionary democratic ideals of the late 18th century and mid-19th century. The universal imposition of the liberal model exacerbated this distinction to such an extent that actually existing democracy is frequently so far from the democratic ideal that it does not seem to be more than a caricature of it. Indeed, this distance is sometimes greater in core countries than in peripheral countries, although the opposite might appear to be the case. It is this distance that leads Wallerstein to respond to the question of what to think of democracy as it has been realized with a reply that Ghandi gave when asked what he thought of western civilization: "it would be a good idea" (2001: 10).

This volume describes and analyzes democratic practices and aspirations which, in the different countries integrated in this project, seek to have the democratic aspiration taken seriously, refusing to accept as democratic practices that are a caricature of democracy, and above all refusing to accept as a fatality the low democratic intensity to which the hegemonic model subjected the participation of citizens in political life. In a very distinct manner, these practices seek to intensify and deepen democracy, whether by asserting the legitimacy of participatory democracy, or by exerting pressure on institutions of representative democracy in order to make them more inclusive, or even by seeking denser forms of complementarity between participatory democracy and representative democracy.

2. The local and the global. We have emphasized the idea that the hegemonic model of democracy has been hostile to the active participation of citizens in political life and, when it has accepted it, has confined it to a local level. This is the well-known question of scales. Later in this conclusion we will return to the issue, showing the counterhegemonic answer to this question, based on which it is possible to construct dense complementarities between participatory democracy and representative democracy and, therefore, between local scales and national scales.

At this moment, we would like to refer to the possible transnational articulations between different local experiments in participatory democracy or between those local experiments and transnational movements and organizations interested in the promotion of participatory democracy. Counterhegemonic globalization is based on these articulations, which allow the creation of the counterhegemonic local, the local which is the other side of the counterhegemonic global. These articulations give credibility to and strengthen local practices by the simple fact of transforming them into links of wider networks and movements with a greater power for transformation. In addition, such articulations make possible reciprocal and continuous learning, which we believe is essential for the success of democratic practices that are energized by the possibility of high-intensity democracy. Because we chose in this project to analyze local experiments in the deepening of democracy, the articulation between the local and the global emerges in these conclusions as a question to which we cannot give an immediate answer, but which we deem fundamental to answer in the future. Even so, some of the cases suggest, at least implicitly, this articulation. In the case of the community of peace of San José de Apartadó, this articulation is explicit. Uribe shows the importance of the

network of transnational solidarity in making visible, on a national and international level, the struggle for peace in this Colombian community. In the case of participatory budgeting, we know that similar experiments have been appearing in a number of Brazilian cities and in other countries of Latin America, that the most recent experiments have benefited from previous ones, and that there are even networks of cities, namely in the context of the Mercosur, whose aim is to discuss the different experiments and models of participatory democracy, their limits and their potentialities. The strength of counterhegemonic globalization as regards the widening and deepening of democracy largely depends on the widening and deepening of national, regional, continental or global networks of local practices.

3. The dangers of perversion and co-optation. We have seen how the 19th century revolutionary aspirations of democratic participation were gradually reduced to forms of low-intensity democracy in the course of the 20th century. In this process, the objectives of social inclusion and the recognition of differences became perverted and were converted into their opposite. The practices of participatory democracy are in no way immune to the danger of perversion and adulteration. These practices, which seek to expand the political canon and, by doing so, expand the public space and the social debates and demands which constitute it, may also be co-opted by hegemonic interests and actors with the aim of legitimizing social exclusion and the repression of difference. The texts by Paoli and Guerra refer to this danger.

But perversion can occur in many different ways: by the bureaucratization of participation, by the reintroduction of clientelism in new guises, by sectarian instrumentalization, by the exclusion of subordinate interests through the silencing or manipulation of participatory institutions. These dangers can only be prevented by constant learning and self-reflection, from which incentives to new ways of deepening democracy can be drawn. In the field of participatory democracy, more than any other, democracy is an unlimited principle, and the tasks of democratization can only be sustained when they themselves are defined by increasingly demanding democratic processes.

4. Participatory democracy and representative democracy. This is perhaps the question to which the studies collected in this volume provide the most answers, and for that reason we dedicate the most space to it. The solution given by the hegemonic theory of democracy to the problem of the relation between representative democracy and participatory democracy—the solution of scales—is not adequate because it leaves untouched the problem of social grammars, and offers a simplistic answer, which is exclusively geographic, to the problem of the combination of participation and representation.

The experiments studied in this project offer an alternative answer to the democratic problem. They show that the ability to deal with cultural and administrative complexity is not increased with an increase in scale. They also show, above all, that there is a process of cultural pluralization and recognition of new identities⁽¹⁵⁾ which leads, as a consequence, to profound redefinitions of democratic practice, and these redefinitions are beyond the aggregative process specific to representative democracy.

In our opinion, there are two possible forms of combination of participatory democracy and representative democracy: coexistence and complementarity. The first implies the coexistence, on various levels, of the different forms of proceduralism, administrative organization and variation in institutional design. Representative democracy at the national level (exclusive power as regards the constitution of governments; the acceptance of a vertical bureaucratic form as the sole form of public administration) coexists with participatory

democracy at the local level, accentuating certain participatory characteristics which already exist in some democracies in core countries (Mansbridge, 1990).

The second form of combination, which we refer to as complementarity, implies a more profound articulation between representative democracy and participatory democracy. It presupposes the recognition by the government that participatory proceduralism, the public forms of monitoring governments and the processes of public deliberation can substitute part of the process of representation and deliberation as conceived of in the hegemonic model of democracy. Contrary to what this model seeks to achieve, the objective is to associate with the process of strengthening local democracy forms of cultural renovation related to a new political institutionality which reintroduces the questions of cultural plurality and the necessity of social inclusion into the democratic agenda. As much in the case of Brazil as in the case of India, the participatory arrangements enable the articulation between argumentation and distributive justice and the transfer of prerogatives from the national level to the local level, and from political society to the participatory arrangements themselves. Representative democracy is summoned to integrate proposals of cultural recognition and social inclusion into the political-electoral debate.

The concept of complementarity is different from that of coexistence because, as we have seen in the cases of Brazil and India, it implies a decision by political society to expand participation at the local level through the transfer and/or devolution of decision-making prerogatives at first held by governments. Thus, both in the case of participatory budgeting in Brazil and the Panchayats in India, regional assemblies or the decision by councillors stem from the option taken by political society to articulate participation and representation.

It seems obvious that the first form of articulation between participatory democracy and representative democracy (coexistence) prevails in the core countries, while the second (complementarity) begins to emerge in semiperipheral and peripheral countries. If such is the case, it is possible to conclude that the deepening of democracy does not necessarily occur as a result of the same characteristics present in the core countries where democracy was first introduced and consolidated. The characteristics that enabled democratic originality may not be necessarily the same characteristics that enable its expanded and deepened reproduction. For this reason, the problem of cultural innovation and institutional experimentalism becomes even more urgent. If such a perspective is correct, the new democracies must change themselves into absolutely new social movements, in the sense that the state must change itself into a space of distributive and cultural experimentation. It is in the originality of the new forms of institutional experimentation that the emancipatory potentials still present in contemporary societies may be found. In order to be realized, these potentials need to be related to a society that accepts the renegotiation of the rules of its sociability, believing that social greatness resides in the ability to invent and not imitate.

Theses to strengthen participatory democracy

We will conclude this introduction with three theses that seek to strengthen participatory democracy.

1st thesis: The strengthening of demodiversity. This thesis implies the recognition that there is no reason for democracy to assume a single form. On the contrary, multiculturalism and the recent experiments in participation point in the direction of widened public deliberation and an increase in participation. The first important element of participatory democracy would be

the deepening of the cases in which the political system gives up decision-making prerogatives in favour of participatory models.

2nd thesis. The strengthening of the counterhegemonic articulation between the local and the global. New democratic experiments need the support of transnational democratic actors in the cases in which democracy is weak, as became clear in the case of Colombia. At the same time, alternative, successful experiments such as that of Porto Alegre and the Panchayats in India need to be expanded in order to offer alternatives to the hegemonic model. Therefore, the counterhegemonic shift from the local to the global level is fundamental for the strengthening of participatory democracy.

3rd thesis. The widening of democratic experimentalism. The above text shows that the successful new experiments sprang from new social grammars in which the format of participation was acquired experimentally. It is necessary for the cultural, racial and distributive pluralization of democracy that experiments are multiplied in all these directions.

Bibliography

- Alvarez, S.; Dagnino, E; Escobar, A. (1998), *Cultures of Politics, Politics of Cultures: Re-visioning Latin American Social Movements*. Boulder: Westview Press.
- Anderson (1991), *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London; Nova Iorque: Verso.
- Arato, Andrew (2000), "Accountability and Civil Society," Peruzzotti and Smulovitz (eds.), *Societal Accountability*. Buenos Aires.
- Avritzer, L. (1996), *A Moralidade da Democracia*. São Paulo: Perspectiva .
- Avritzer, L. (2002a), *Democracy and the Public Space in Latin America*. Princeton: Princeton University Press.
- Benhabib, S. (1996), "Toward a Deliberative Model of Democratic Legitimacy," S. Benhabib (ed.), *Democracy and Difference*. Princeton, Princeton University Press, 67-94.
- Bobbio, N. (1979), *Marxismo e Estado*. Rio de Janeiro: Graal. Bobbio, N. (1986), *O Futuro da Democracia*. São Paulo: Paz e Terra.
- Bóron, A. (1994), *Estado, capitalismo e democracia na América Latina*. São Paulo: Paz e Terra.
- Castoriadis, C. (1986), *As Encruzilhadas do Labirinto*. São Paulo: Paz e Terra.
- Cohen, J. (1997), "Procedure and Substance in Deliberative Democracy," *Deliberative Democracy*. Cambridge: MIT Press.
- Crozier, M.; Huntington, S.; Watanuki, J. (1975), *The Crisis of Democracy: Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission*. New York: New York University Press.
- Dagnino, E. (1994), *Os movimentos sociais e a emergência de uma nova noção de cidadania. Os anos 90: política e sociedade no Brasil*. São Paulo: Brasiliense.
- Dahl, R. (1998), *On Democracy*. New Haven: Yale University Press.
- Dahl, R. A. (1956), *A Preface to Democratic Theory*. Chicago: University of Chicago Press.
- Dahl, R. A. (1971), *Polyarchy: Participation and Opposition*. New Haven: Yale University Press.
- Dahl, R. A. (1991), *Democracy and its Critics*. New Haven: Yale University Press.
- Doimo, A. M. (1995), *A Vez e a Voz do Popular*. Rio de Janeiro: Relume Dumara.
- Domingues, J. M. (1997). *Criatividade social, subjetividade coletiva e a modernidade brasileira contemporânea*. Rio de Janeiro: Contra-capas.
- Downs, A. (1956), *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper.

- Escobar, A.; Alvarez, S. (1992), *The Making of Social Movements in Latin America: Identity, Strategy, and Democracy*. Boulder: Westview Press.
- Esping-Anderson, C. (1990), *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Princeton: Princeton University Press.
- Fung, A.; Wright, E. (eds.) (2002), *Deepening Democracy*. London: Verso Press (forthcoming).
- Fraser, N. (1995), *Justice Interruptus*. London: Routledge.
- Germani, G. (1971), *Política y sociedad en una época de transición; de la sociedad tradicional a la sociedad de masas*. Buenos Aires: Paidós.
- Gramsci, A. (1973), *Letters from Prison*. New York: Harper & Row.
- Grazia de Grazia (2001), *Experiências de Orçamento Participativo no Brasil, gestão municipal 1997/2000*. Rio de Janeiro.
- Habermas, J. (1984), *The Theory of Communicative Action*. Boston: Beacon Press.
- Habermas, J. (1992), *Further Reflections on the Public Sphere*. Habermas and the Public Sphere. Cambridge: MIT Press.
- Habermas, J. (1995), *Between Facts and Norms*. Cambridge: MIT Press.
- Heller, P. (2000), "Degrees of Democracy: Some Comparative Lessons from India," *World Politics*, 52(4).
- Huntington, S. P.; Harvard University. Center for International Affairs (1968), *Political Order in Changing Societies*. New Haven: Yale University Press.
- Isaac, T.; Heller, P. (2002), "Decentralization, Democracy and Development: People's Campaign for Decentralized Planning in Kerala," A. Fung and E. Wright (eds.), *Deepening Democracy*. London: Verso Press.
- Jelin, E.; Hershberg, E. (1996), *Constructing Democracy: Human Rights, Citizenship, and Society in Latin America*. Boulder: Westview Press.
- Kelsen, H. (1929), "Essência e Valor da Democracia," H. Kelsen, *A Democracia*. São Paulo: Martins Fontes.
- Lechner, N. (1988), *Los Patios Interiores de la Democracia*. Mexico: Fondo de Cultura Economica.
- Lefort, C. (1986), *Pensando o Político*. São Paulo: Paz e Terra.
- Lenin, V. (1917), *O Estado e a Revolução*.
- Lijphart, A. (1984), *Democracies. Patterns of Majoritarian and Consensus Government in Twenty-One Countries*. New Haven: Yale University Press. Macpherson, C. B.; Canadian Broadcasting Corporation (1966), *The Real World of Democracy*. New York; Oxford: Oxford University Press.
- Manin, B. (1997), *The Principles of Representative Government*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Mansbridge, J. J. (1990), *Beyond Self-Interest*. Chicago: University of Chicago Press.
- Marramao, Giacomo (1995), *Poder e secularização: as categorias do tempo*. São Paulo: Unesp.
- Marx, Karl [1871] (1976). *Preface and Introduction to a Contribution to The Critique of Political Economy*. Pekin: Foreign Language Press.
- Melucci, A. (1996), *Challenging Codes: Collective Action in the Information Age*. Cambridge; New York: Cambridge University Press.
- Michels, R. (1949), *Political Parties*. Glencoe: Free Press.
- Moore, B. (1966), *Social Origins of Dictatorship and Democracy: Lord and Peasant in the Making of the Modern World*. Boston: Beacon Press.
- Nun, J. (2000), *Democracia:gobierno del pueblo o gobierno de los politicos?* Buenos Aires: Fondo de Cultura.
- O'Donnell, G. A. (1973), *Modernization and Bureaucratic-Authoritarianism: Studies in South American Politics*. Berkeley: Institute of International Studies University of California.

- O'Donnell; Schmitter, et al. (1986), *Transitions from Authoritarian Rule: Prospects for Democracy*. Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Pateman, C. (1970), *Participation and Democratic Theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Przeworski, A. (1984), "Amas a Incerteza e Serás Democrático," *Novos Estudos Cebrap*, 9, 36-46.
- Przeworski, A. (1985), *Capitalism and Social Democracy*. Cambridge; New York: Cambridge University Press.
- Przeworski, A.; Stokes, S. et al. (1999). *Democracy, Accountability and Representation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sabel et al. (1999), "After Backyard Environmentalism," *The New Democracy Forum*. www.polisci-mit.edu
- Sabel; Zeitlin, et al. (1997), *World of Possibilities: Flexibility and Mass Production in Western Industrialization*. Paris; Cambridge; New York: Maison des sciences de l'homme; Cambridge University Press.
- Sader, E. (1988), *Quando novos personagens entraram em cena*. São Paulo: Paz e Terra.
- Santos, Boaventura de Sousa (1990) *Estado e Sociedade em Portugal (1974-1988)*, Porto, Afrontamento.
- Santos, Boaventura de Sousa (1995), *Toward a New Common Sense: Law, Science and Politics in the Paradigmatic Transition*. New York: Routledge.
- Santos, Boaventura de Sousa (1998), *Reinventar a democracia*. Lisbon: Gradiva.
- Santos, Boaventura de Sousa (2000), *Crítica da Razão Indolente*. São Paulo: Cortez.
- Schmitt, C. (1926), *The Crisis of Parliamentary Democracy*. Cambridge: MIT Press.
- Schumpeter, J. A. (1942), *Capitalism, Socialism, and Democracy*. New York; London: Harper & Brothers.
- Sen, Amartya (1999), "Democracy as a Universal Value," *Journal of Democracy*, 10(3), 3-17.
- Shonfield, A. (1969), *Modern Capitalism: The Changing Balance of Public and Private Power*. London; New York: Oxford U.P.
- Shonfield, A.; Shonfield, Z. (1984), *In Defence of the Mixed Economy*. Oxford [Oxfordshire]; New York: Oxford University Press.
- Silva, M. K. (2001), *Construção da Participação Popular*. Departamento de Sociologia. Porto Alegre: UFRGS.
- Uampa (1986), *A participação popular na administração municipal*. Porto Alegre.
- Wallerstein, Immanuel (2001), "Democracy, Capitalism and Transformation," Lecture presented at Documenta 11. Vienna, March 16.
- Weber, Max [1919] (1978), *Economy and Society*. Berkeley: University of California Press.
- Williams, R. (1981), *Culture*. Glasgow: Fontana.
- Wood, E. M. (1996), *Democracy Against Capitalism*. Cambridge, UK: Cambridge University Press.
- Young, I. M. (2000), *Inclusion and Democracy*. Oxford: Oxford University Press.

Notes

- 1) This debate began in the 19th century. Up until then, it was generally assumed that democracy was dangerous, and, thus, undesirable. Its danger lay in attributing power of government to those most ill-equipped to exercise it: the great mass of the population, who were illiterate, ignorant and socially and politically inferior (Williams, 1976: 82; Macpherson, 1972).
- 2) Like almost every debate about democracy, this one was anticipated by Rousseau, when he stated in *The Social Contract* that a society could only be democratic when there was no one

so poor as to be compelled to sell themselves, and no one so rich as to be able to buy someone.

3) We understand the concept of "hegemony" to be the economic, political, moral and intellectual ability to establish a dominant direction in the form of approaching a given question, in this case the question of democracy. We also understand that every hegemonic process produces a counterhegemonic process in which economic, political and moral alternatives are developed. In the case of the current debate on democracy, this implies a hegemonic and counterhegemonic conception of democracy. For the concept of hegemony see Gramsci (1973).

4) The Schumpeterian doctrine of democracy adopts wholesale the argument of the manipulation of individuals in mass societies. For Schumpeter, individuals in politics yield to irrational and extra-rational impulses and behave in an almost infantile manner when making decisions (Schumpeter, 1942: 257). He never sought to differentiate between large-scale mass mobilizations and forms of collective action, which makes his argument about the manipulation of the masses in politics extremely fragile. For a critique, see Melucci (1996) and Avritzer (1996). The vulnerability of the Schumpeterian argument did not stop it from being widely used by the hegemonic conceptions of democracy.

5) Bobbio analyzes, in a different way from Schumpeter, the reasons why the participation of individuals in politics became undesirable. For him, the central element that discourages participation is the increase in the social complexity of contemporary democracies (Bobbio, 1986). The argument of complexity as well as its limitations will be discussed later.

6) It is possible, nonetheless, to see that the explanation of the question of consensus by the hegemonic theory of democracy leaves much to be desired (Manin, 1997). For hegemonic theory, the problem of consensus becomes relevant only in the act of constituting governments. However, the act of constituting governments is an act of aggregating majorities, and rarely leads to consensus in relation to the identity and accountability of the governing body. Thus, if the explanation for abandoning the system of rotation of administrative positions seems to be correct, it by no means leads to the recognition of the superiority of the forms of representation in relation to the forms of participation. It only points to the necessity of a different basis for participation-in this case, consensus in relation to the rules of participation.

7) Among the authors of the hegemonic field, Adam Przeworski was the one who most emphasized the problem of the indetermination of results in democracy. For him, "democracy is a process of submitting all interests to the competition of institutionalised uncertainty" (Przeworski, 1984: 37). However, for Przeworski, institutionalised uncertainty is the uncertainty of whoever occupies positions of power in a situation of democratization and whether this result can be turned around or not. The concept of democracy with which we are working here implies a higher level of indetermination in as far as it involves the possibility of inventing a new democratic grammar.

8) The position of Habermas, however, tends to focus on a proposal of democracy for certain social groups and countries of the North. Criticized for the limitations of his concept of the public sphere (Fraser, 1995; Santos, 1995; Avritzer, 2002), Habermas seems to have only made an effort to integrate social actors from northern countries (see Habermas, 1992).

9) For some authors, this priority is inscribed in the very matrix of the paradigm of western modernity, with its emphasis on the idea of progress based on infinite economic growth. It is because of this that it occurred, although in distinct ways, as much in capitalist societies, as in the socialist societies of Eastern Europe (Marramao, 1995).

10) On this question, see also Sader, in the present volume of this collection.

11) On this question, see also Sader, 2002.

12) On this question, see also Sader, 2002.

13) See Santos in the present volume of this collection

14) See Heller and Isaac in the present volume of this collection

15) The theme of identities and the principle of the recognition of difference are treated in detail in the third volume of this collection.

Published 2003-11-03

Original in English

Translation by John Havelda

Contribution by Revista Crítica de Ciências Sociais

© Boaventura de Sousa Santos, Leonardo Avritzer

© Eurozine

Weitere Texte von Boaventura de Sousa Santos unter
<http://www.eurozine.com/biography/Santos.html>

Die “Charter of Principles” des World Social Forum

Der Ausschuss der brasilianischen Organisationen, der das erste Weltsozialforum, konzipierte und organisierte, das vom 25. bis 30. Januar 2001 in Pôrto Alegre/Brasilien stattfand, erachtet es für notwendig und legitim, nachdem er die Ergebnisse dieses Forums und die Erwartungen, die es weckte, ausgewertet hat, eine Charta von Prinzipien aufzustellen, um die kontinuierliche Weiterführung dieser Initiative zu gewährleisten. Während die in dieser Charter enthaltenen Grundregeln, die - von allen zu respektieren, die an diesem Prozess teilnehmen und Neuaufgaben des Weltsozialforums organisieren möchten - eine Verdichtung der Entscheidungen sind, die über der Durchführung des Pôrto Alegre Forums walteten und seinen Erfolg sicherstellten, dehnen sie die Reichweite jener Entscheidungen aus und definieren Orientierungen, die sich aus ihrer Logik ergeben.

Das Weltsozialforum ist ein offener Treffpunkt für reflektierendes Denken, demokratische Debatte von Ideen, Formulierung von Anträgen, freien Austausch von Erfahrungen und das Verbinden für wirkungsvolle Tätigkeit, durch und von Gruppen und Bewegungen der Zivilgesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und Herrschaft der Welt durch das Kapital und jeder möglichen Form des Imperialismus widersetzen, und sich im Aufbauen einer planetarischen Gesellschaft engagieren, die auf fruchtbare Verhältnisse innerhalb der Menschheit und zwischen dieser und der Erde engagieren.

Das Weltsozialforum in Pôrto Alegre war ein örtlich und zeitlich begrenztes Ereignis. Ab sofort, aus der in Pôrto Alegre proklamierten Gewissheit: „Eine andere Welt ist möglich!“ wird das Weltsozialforum ein permanenter Prozess des Suchens und des Aufbaus von Alternativen sein, der nicht auf die Ereignisse reduziert werden kann, die ihn unterstützen. Das Weltsozialforum ist ein Weltprozess. Alle Versammlungen und Konferenzen, die als Teil dieses Prozesses abgehalten werden, haben eine internationale Dimension.

Die auf dem Weltsozialforum vorgeschlagenen Alternativen stehen in Opposition zu einem Prozess der Globalisierung, der befohlen wird von den großen multinationalen Konzernen und von den Regierungen und internationalen Institutionen, die den Interessen jener Konzerne zu Diensten sind, unter der Mittäterschaft nationaler Regierungen. Diese Alternativen sind so gestaltet, dass eine Globalisierung in Solidarität als vorherrschendes neues Stadium in der Weltgeschichte sicher gestellt wird. Dieses wird die allgemeinen Menschenrechte respektieren, die Rechte aller Bürger - Männer und Frauen - aller Nationen, die Umwelt, und sie wird gestützt sein auf demokratische, internationale Systeme und Institutionen im Dienste sozialer Gerechtigkeit, Gleichheit und der Selbstbestimmung der Völker.

Das Weltsozialforum bringt Organisationen und Bewegungen der Zivilgesellschaft aus allen Ländern in der Welt nur zusammen und verbindet sie, aber beabsichtigt nicht, eine Institution zu sein, welche die Weltzivilgesellschaft repräsentiert.

Die Treffen des Weltsozialforums beraten nicht im Namen des Weltsozialforums als einer Institution. Folglich wird niemand im Namen irgendwelcher der einzelnen Veranstaltungen des Forums autorisiert, Positionen auszudrücken, die behaupten, die aller seiner Teilnehmer zu sein. Die Teilnehmer des Forums werden nicht ersucht, Beschlüsse als Institution zu treffen, weder durch Wahl noch durch Zuruf, über Erklärungen oder Anträge für Aktionen, die alle oder die Mehrheit binden würden, die Vorschläge als etablierende Positionen des Forums als Institution anzunehmen. Folglich stellt es weder einen Ort der Macht dar, über den von den Teilnehmern auf dessen Treffen zu diskutieren wäre, noch beabsichtigt es, die einzige

Option für die Wechselbeziehungen und Aktivitäten der Organisationen und Bewegungen, die an ihr teilnehmen, festzusetzen.

Nichtsdestotrotz muss Organisationen oder Gruppen von Organisationen, die an den Treffen des Forums teilnehmen, das Recht zugesichert werden, während solcher Treffen, Erklärungen oder Aktionen zu beratschlagen, über die sie, einzeln oder in der Koordination mit anderen Teilnehmern, beschließen können. Das Weltsozialforum beabsichtigt, solche Beschlüsse mit den ihm zur Verfügung stehenden Verteilungsmitteln weiter zu verbreiten, ohne sie zu lenken, zu hierarchisieren, zu kritisieren oder einzuschränken, sondern als Ergebnisse der Organisationen oder der Gruppen von Organisationen, welche die Beschlüsse getroffen haben.

Das Weltsozialforum ist ein pluraler, breit gefächelter, nicht-konfessioneller, nichtstaatlicher und nicht-parteiischer Zusammenhang, der auf dezentralisierter Art und Weise die Organisationen und Bewegungen verknüpft, die durch konkrete Aktionen von der lokalen bis zur internationalen Ebene dabei mitwirken, eine andere Welt aufzubauen.

Das Weltsozialforum wird immer ein Forum sein, das offen ist für Pluralismus, Vielfältigkeit der Aktionen und Arten des Engagements der Organisationen und der Bewegungen, die sich entscheiden, an ihm teilzunehmen, sowie für Vielfalt der Geschlechter, der Ethnien, der Kulturen, der Generationen und der physischen Kapazitäten, vorausgesetzt sie halten sich an die Prinzipien dieser Charta. Weder Repräsentanten von Parteien noch militärische Organisationen können am Forum teilnehmen. Regierungsmitglieder und Staatsbeamte, die die Verpflichtungen dieser Charter annehmen, können als Einzelpersonlichkeiten eingeladen werden.

Das Weltsozialforum widersetzt sich allen totalitären und reduktionistischen Ansichten der Wirtschaft, der Entwicklung und der Geschichte, und dem Einsatz von Gewalttätigkeit als Mittel der Sozialsteuerung durch den Staat. Es unterstützt Respekt für die Menschenrechte, die Praxis echter Demokratie, partizipatorische Demokratie, friedliche Beziehungen in Gleichheit und Solidarität zwischen Menschen, Ethnien, Geschlechtern und Völkern, und verurteilt alle Formen von Herrschaft und jede Unterdrückung eines Menschen durch einen anderen.

Als ein Diskussionsforum ist das Weltsozialforum eine Bewegung von Ideen, die zur Reflexion auffordern, und der transparenten Zirkulation der Ergebnisse dieser Reflexion, über die Mechanismen und Instrumente der Herrschaft durch Kapital, über die Mittel und Aktionen dieser Herrschaft zu widerstehen und sie zu überwinden, und über die vorgeschlagenen Alternativen zur Lösung des Problems des Ausschlusses und der sozialen Ungleichheit, das der Prozess der kapitalistischen Globalisierung mit seinen rassistischen, sexistischen und Umwelt zerstörenden Dimensionen international und innerhalb von Ländern schafft. Als ein Rahmen für den Austausch von Erfahrungen ermutigt das Weltsozialforum das Verständnis und die gegenseitige Anerkennung unter seinen teilnehmenden Organisationen und Bewegungen, und legt speziellen Wert auf den Austausch unter ihnen, besonders über alles das, was die Gesellschaft aufbaut, um die wirtschaftlichen und die politischen Aktivitäten dahin zu konzentrieren, dass sie den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden und die Natur respektieren, sowohl innerhalb der gegenwärtigen als auch für zukünftige Generationen.

Als ein Zusammenhang von Wechselbeziehungen versucht das Weltsozialforum nationale und internationale Verbindungen unter Organisationen und Bewegungen der Gesellschaft zu

verstärken und neue zu schaffen, welche - sowohl im öffentlichen wie im privaten Bereich - die Fähigkeiten zum gewaltfreien sozialen Widerstand gegen den Prozess der Entmenschlichung, den die Welt zur Zeit durchläuft, zu erhöhen und gegen die vom Staat ausgeübte Gewalt, und welche die humanen Maßnahmen verstärken, die durch die Aktionen dieser Organisationen und Bewegungen ergriffen werden.

Das Weltsozialforum ist ein Prozess, der seine Teilnehmerorganisationen und -bewegungen anregt, ihre Tätigkeiten in die Zusammenhänge von lokalen bis nationalen Ebenen hinein zustellen, und aktive Teilnahme im internationalen Kontext zu suchen, als Anliegen einer planetarischen Staatsbürgerschaft, und in die globale Agenda ihre Veränderung hervorbringenden Praktiken, mit denen sie experimentieren, eine neue Welt in Solidarität aufzubauen, einzubringen.

GENEHMIGT UND ANGENOMMEN IN SÃO-PAULO AM 9. APRIL 2001 DURCH DIE DAS ORGANISATIONSKOMITEE DES WELTSOZIALFORUMS BILDENDEN ORGANISATIONEN, GENEHMIGT MIT ÄNDERUNGEN DURCH DEN INTERNATIONALEN RAT DES WELTSOZIALFORUMS AM 10. JUNI 2001.

Mehr über die Sozialforenbewegung unter www.weltsozialforum.org und unter www.fse-esf.org

Neben dem Europäischen Sozialforum (www.fse-esf.org) und nationalen Ablegern versteht sich auch das European Education Forum im Geiste dieser Prinzipien (Siehe unter www.eef2003.org).

Das Selbstverständnis von ATTAC

8 Thesen

Mit dem Aufstieg von ATTAC zu einem wichtigen Akteur im Rahmen der globalisierungskritischen Bewegung sind auch sehr unterschiedliche Erwartungen an das Projekt verknüpft. Einige betrachten ATTAC als außerparlamentarische Sammlungsbewegung, andere wiederum bezeichnen ATTAC als NGO¹, manche gehen bis zu der Vorstellung, dass ATTAC zu den nächsten Bundestagswahlen antreten sollte, und in den Medien war die Rede vom „Dachverband der Globalisierungskritiker“. Was also ist eigentlich ATTAC? Was unterscheidet ATTAC von Parteien, Verbänden, NGOs und sozialen Bewegungen?

Mit den vorliegenden Thesen wollen wir zu einer Diskussion über das Selbstverständnis von ATTAC beitragen, die angesichts des raschen Wachstums für die weitere Entwicklung von grundlegender Bedeutung ist. Ein klarer Blick dafür, was ATTAC ausmacht, wo die Chancen und Grenzen des Projekts liegen, ist nützlich, damit es nicht zu falschen Erwartungen, zu Unterschätzung oder Überschätzung kommt – mit entsprechend negativen Konsequenzen.

1. Weltanschaulicher Pluralismus

Wer bei ATTAC mitmacht, kann christliche oder andere religiöse Motive haben, Atheist, Humanist, Marxist sein oder anderen Philosophien anhängen. ATTAC hat keine verbindliche theoretische, weltanschauliche, religiöse oder ideologische Basis. und braucht eine solche nicht. Vielfalt ist eine Stärke. Dies heißt allerdings nicht völlige Beliebigkeit. Für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien gibt es keinen Platz.

Der Grundkonsens von ATTAC lautet:

- ATTAC lehnt die gegenwärtige Form der Globalisierung, die neoliberal dominiert und primär an den Gewinninteressen der Vermögenden und Konzerne orientiert ist, ab: Die Welt ist keine Ware.
- ATTAC wirft die Frage nach wirtschaftliche Macht und gerechter Verteilung auf.
- ATTAC setzt sich für die Globalisierung von sozialer Gerechtigkeit, politischen, wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechten, für Demokratie und umweltgerechtes Handeln ein.

In diesem Korridor emanzipatorischen Politikverständnisses haben unterschiedliche Vorstellungen über Wege und Instrumente wie dieser Konsens in praktische Politik umgesetzt werden kann, Platz. Das reicht von jenen, die sich für einzelne Aspekte der ATTAC-Programmatik (z.B. Entschuldung der Entwicklungsländer oder Einführung der Tobin-Tax) engagieren wollen, über jene, die für eine demokratische Regulierung und Zivilisierung der Globalisierung und einen radikalen Reformismus eintreten, bis hin zu jenen, die der Auffassung sind, dass das bestehende Wirtschaftssystem als solches in Frage zu stellen ist. Der Respekt dieses Pluralismus ist unabdingbare Geschäftsgrundlage von ATTAC. Die Erarbeitung konkreter Politik und praktischer Maßnahmen werden aus der Vielfalt heraus und in solidarischer Auseinandersetzung unterschiedlicher Meinungen entwickelt.

2. Thematische Schwerpunkte

Am Anfang der ATTAC-Geschichte stand die Ein-Punkt-Orientierung auf die Besteuerung von Devisentransfers, die auch den Namen ATTAC abgab. Das ist nicht mehr aktuell. Inzwischen sind viele Fragen der ökonomischen Globalisierung Gegenstand von ATTAC Initiativen: Regulierung der Finanzmärkte, des Welthandels, der ökonomischen Nord-Süd-Beziehungen u.a. Es können durchaus auch weitere Themen dazu kommen, sei es dadurch, dass bestehende Organisationen oder Netzwerke Mitglied bei ATTAC werden und dabei ihr Potential einbringen, sei es dass aus der Mitgliedschaft heraus neue Themen aufgegriffen werden. Allerdings sollte ATTAC sich nicht jedem beliebigen Thema zuwenden. Zum einen endet ein thematischer Supermarkt schnell in Wirkungslosigkeit, zum anderen gibt es in vielen Bereichen Organisationen, die wichtige Themen schon lange und erfolgreich bearbeiten. Es wäre falsch, amnesty, Pro Asyl oder Greenpeace Konkurrenz machen zu wollen. Eine gewisse Konzentration auf die ökonomischen, international wirksamen Dimensionen der Globalisierung ist unerlässlich. Bei Verknüpfungen von Fragen ökonomischer Globalisierung mit innenpolitischen oder nicht-ökonomischen Problemen, die durch die politische Entwicklung unabhängig von uns auf die Tagesordnung kommen – z.B. gegenwärtig das Thema Krieg und Frieden sowie demokratische Rechte – wird ATTAC sich gewöhnlich darauf beschränken, die Perspektive ökonomischer Globalisierung einzubringen. Auch innerhalb des Rahmens ökonomischer Globalisierungsfragen muss ATTAC Schwerpunkte bilden. Denn politische Durchschlagskraft hängt auch von der Fähigkeit ab, Positionen in einer einfachen und hegemoniefähigen Botschaft zuzuspitzen, wie dies z.B. im Falle der Tobin Tax gelungen ist. Diese Schwerpunkte können sich je nach politischer Lage verändern. Bei allen Themen steht für ATTAC die Entwicklung von Alternativen im Vordergrund.

3. Wer macht mit bei ATTAC?

In seiner Startphase war ATTAC Deutschland zunächst als herkömmliches NGO-Netzwerk angelegt. Es zeigte sich bald, dass das Projekt nur dann sein Potential voll entfalten kann, wenn es darüber hinaus auch die Möglichkeit für individuelles Engagement und vor allem für lokale Gruppen eröffnet.

Damit entsteht eine Struktur von sehr ungleichen Mitgliedern mit Konsequenzen für die internen Strukturen und Entscheidungsprozesse. Deshalb kommt es darauf an, die Mitgliedschaft von Einzelpersonen, lokale Gruppen und kollektiven Mitgliedern wie Gewerkschaften, Verbände und NGOs so auszubalancieren, dass die jeweiligen Stärken aller Typen von Mitgliedern genutzt werden können.

4. Internationalismus

Für uns ist klar, dass in Zeiten der Globalisierung ein globalisierungskritisches Projekt wie ATTAC nur als internationales Projekt Sinn macht. Zwar ist Internationalismus keine Erfindung unserer Tage, aber es gibt gerade als Resultat der Globalisierung heute Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit und Solidarität – vorneweg das Internet – die früheren internationalistischen Kräften nicht zur Verfügung standen. ATTAC versucht diese maximal zu nutzen.

Dabei versucht die internationale ATTAC-Bewegung, die Fehler früherer Konzeptionen von Internationalismus zu vermeiden. Eine Zentrale gibt es nicht, insofern unterscheidet sich ATTAC auch von internationalen Verbandsstrukturen wie Greenpeace. Jede nationale ATTAC Organisation ist eigenständig und für sich selbst verantwortlich. Die Beziehungen der einzelnen nationalen ATTAC untereinander funktionieren netzwerkförmig.

Auf dem Hintergrund der historischen Erfahrungen mit den diversesten Experimenten von „Internationale“ geht es um nicht weniger als die Schaffung einer Form von internationaler Zusammenarbeit, die sich durch Gleichberechtigung und Dezentralität bei gleichzeitiger kollektiver Handlungsfähigkeit auszeichnet.

5. Basis- und Bewegungsorientierung

In den 90er Jahren wurden vor allem professionelle NGOs als die Träger kritischer und oppositioneller Positionen gegenüber der neoliberalen Globalisierung wahrgenommen. Seit Seattle zeichnet sich ab, dass sich Kritik und Alternativen nun auch in Form einer neuen sozialen Bewegung niederschlagen. Soziale Bewegungen verfügen über ein großes Potential, gesellschaftliche Veränderung anzustoßen und - im günstigsten Fall - auch durchzusetzen. Ihr politisches Gewicht ist bedeutend größer als das von einzelnen Organisationen. ATTAC als Teil dieser Bewegung zieht den wichtigsten Teil seines Potentials aus dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger an der Basis. Es ist ein Hauptinteresse von ATTAC, die neue soziale Bewegung nach besten Möglichkeiten zu fördern und zu stärken.

Gerade auf Grund ihres Charakters als Bewegung ist sozialen Bewegungen aber auch eine gewisse Instabilität immanent. So schnell wie sie entstehen, können sich auch wieder verfallen.

ATTAC trägt selbst stark Züge einer Bewegung. Durch seine Zusammensetzung enthält es aber auch Strukturen - Gewerkschaften, Verbände, NGOs – die festere und auf dauerhafte Stabilität ausgelegte Organisationsstrukturen aufweisen. Von daher wäre es kurzsichtig, die Bewegungsorientierung zu verabsolutieren und die institutionell verfestigten Strukturen gegen die Bewegungselemente auszuspielen. ATTAC sollte Synergieeffekte zwischen beiden organisieren.

6. ATTAC in der globalisierungskritischen Bewegung

ATTAC ist ein wichtiger Bestandteil der neuen, globalisierungskritischen Bewegung, ist aber nicht identisch mit ihr. Diese Bewegung ist weitaus breiter, differenzierter und vielfältiger als ATTAC und es gibt in ihr andere sehr gewichtige Akteure.

ATTAC erhebt keinen Alleinvertretungs- oder Führungsanspruch und ist auch keine Dachorganisation.

ATTAC strebt eine Kooperation mit anderen Akteuren an. Ziel ist ein gesellschaftliches Bündnis als Gegenmacht zu den Kräften der globalen Märkte und deren politischen Organe. ATTAC will und wird andere Organisationen nicht verdrängen oder ersetzen, sondern bemüht sich um ein komplementäres Verhältnis zu ihnen. ATTAC ist zu Zusammenarbeit bereit, wobei die Skala von punktuellen Kooperation bis zu strategischen Bündnissen reichen kann. Angesichts der Kriegsgefahr nach den Terroranschlägen in New York und Washington kommt dieser Ansatz schneller als gedacht in den Praxistest. ATTAC reiht sich in die Friedensbewegung ein und versucht dabei die Friedensfrage mit den strukturellen Problemen der Globalisierung zu verknüpfen.

Gegenüber politischen Parteien wahrt ATTAC seine Eigenständigkeit und weist Versuche parteipolitischer Instrumentalisierung oder der Kooptation durch staatliche und zwischenstaatliche Institutionen zurück. Bewusst schließen wir die Mitgliedschaft von Bundes- und Landesverbänden politischer Parteien in ATTAC aus. Dies bedeutet nicht, dogmatische Berührungspunkte gegenüber Parteien und staatlichen Institutionen zu pflegen. Eine differenzierte Bezugnahme auf sie – nicht zu verwechseln mit Anschlussfähigkeit – kann dazu beitragen, die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten emanzipatorischer Entwicklungen zu verschieben.

7. Pluralität von Aktionsformen und Instrumenten

Die Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse macht eine Vielfalt von politischen Aktionsformen und Instrumenten notwendig. ATTAC muss Aufklären und Wissen vermitteln und politischen Druck entfalten. Expertise, Aufklärung und Aktion sind daher die wesentlichen Elemente der Arbeitsweise von ATTAC. Von der Publikation über Workshops, Konferenzen, professioneller Öffentlichkeitsarbeit bis zur Politikbeeinflussung im offiziellen politischen System, der phantasievollen Performance, Demonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams, bedient sich ATTAC je nach Umständen dieser Instrumente, ohne eines zu verabsolutieren. Gesellschaftliche Veränderungen können nur demokratisch, d.h. durch die Teilnahme vieler Menschen erreicht werden. An diesem demokratischen Imperativ orientieren sich auch die Aktionsformen von ATTAC. Aktionsformen, die diesem Ziel widersprechen, lehnen wir ab. Daraus ergibt sich, dass die Aktionsformen friedlich sind. ATTAC legt Wert darauf, dass auch in seiner Außenwirkung die politische und inhaltliche Breite des gesamten Projekts sichtbar wird.

8. Ein innovativer Organisationstyp

Die Kombination all dieser Elemente macht den spezifischen Charakter von ATTAC aus. Insofern ist ATTAC ein innovatives Projekt, das nicht ohne weiteres in die Kategorien Netzwerk, Verbandsinternationale, NGO oder Bewegung passt. Es enthält Schnittstellen zu allen und versucht vor allem die Vorzüge der einzelnen Organisationstypen miteinander zu verknüpfen und deren Nachteile zu vermeiden: die Flexibilität und Offenheit von Netzwerkstrukturen, ohne deren Unverbindlichkeit, mit dem machtpolitische Gewicht von sozialen Bewegungen ohne deren Instabilität, und der Kompetenz, Stabilität und Verbindlichkeit von NGOs und Verbänden ohne deren Abhängigkeiten und Bürokratisierungstendenzen. Die konstitutiven Merkmale dieses Organisationstyps sind:

- a. ATTAC ist ein Ort, wo politische Lern- und Erfahrungsprozesse ermöglicht werden,
- b. in dem unterschiedliche Strömungen emanzipatorischer Politik miteinander diskutieren und
- c. zu gemeinsamer Handlungs- und Aktionsfähigkeit zusammenfinden.

Wenn ATTAC es versteht, diese Elemente der jeweiligen Situation angemessen zu kombinieren, könnte eine dynamische Stabilität entstehen, die dem Projekt eine erfolgreiche politische Zukunft sichert. Wie man diesen Organisationstypus dann nennt, ist zunächst zweitrangig. Sicher werden Organisationssoziologen sich über kurz oder lang dazu etwas einfallen lassen. In der Zwischenzeit begnügen wir uns mit: ATTAC ist ATTAC.

Oktober 2001

[1] NGO = Nongovernmental Organisation, Nichtregierungsorganisation, auch NRO. Hier sind nicht alle Nichtregierungsorganisationen im Wortsinne gemeint, sondern die progressiven, industriefernen NGOs.

Homepage von ATTAC Deutschland:
www.attac.de

Charter der Bildungsgruppe des Europäischen Sozialforums ESF, Florenz 2002

Richtlinien für unsere Aktionen und den Aufbau eines Europas der Bildung:

1. Bildung ist ein Recht, keine Ware. Bildung ist ein öffentliches Gut, frei und unabhängig. Wir sehen es als Aufgabe des Staates ihre Finanzierung zu gewährleisten.
2. Der Bildungsauftrag lautet ArbeiterInnen, BürgerInnen und Menschen zu bilden und zu qualifizieren. Die Ziele der Bildung dürfen nicht durch wirtschaftliche Rentabilität und Profit geleitet werden. Bildung hat auch die Aufgabe sozialen Wandel zu fördern.
3. Forschung und Wissen müssen sich in allen Bereichen frei entwickeln können und auf gesellschaftliche Bedürfnisse eingehen.
4. Bildung muss allen Bevölkerungsgruppen zugänglich sein. Die Demokratisierung der Bildungssysteme in ganz Europa ist eine Notwendigkeit. Die Anhebung des Bildungsniveau muss ein zentrales Ziel sein.
5. Gegen die Logik der Deregulierung und der wirtschaftlichen Verwertbarkeit. Bildungsgrade müssen in ganz Europa anerkannt werden.
6. Lebenslanges lernen ist ein Recht aller ArbeiterInnen und BürgerInnen.

Diese Richtlinien erfordern, die Bildung in das Zentrum einer europäischen Konstruktion für eine soziale Globalisierung zu stellen. Beim nächsten ESF muss Bildung eine bedeutende Stellung einnehmen. Wir werden an Kampagnen für ein anderes Europa teilhaben. Wir werden gemeinsame Kampagnen auf europäischer Ebene entwickeln und unterstützen, um unsere Vision eines Europas der Bildung zu verwirklichen.

Die wichtigsten Inhalte dieser Kampagne sind:

Freie Bildung für Alle
Demokratisierung der Bildungssysteme
Gegen eine Ökonomisierung von Bildung
Gegen GATS!

Aus diesen Gründen rufen wir zu einem europaweiten Aktionstag aller Bildungseinrichtungen am 13. März gegen GATS und für öffentliche Bildung auf. Wir müssen auch auf das Treffen der BildungsministerInnen zur europäischen Bildungsintegration in Berlin 2003 vorbereitet sein.

Im Netz auf den Seiten der Österreichischen HochschülerInnenschaft (ÖH):
<http://oeh.ac.at/oeh/politik/108351296615/108351321772/108351510722>

II.

Der fzs und die GloKris – Aktuelles und Verbandshistorisches
zur Verortung des fzs zum/im GloKri-Spektrum

Gründungserklärung des fzs (von 1993)

Interessenvertretung von StudentInnen in dieser Gesellschaft

Die Bedingungen von Hochschulbildung und -forschung in der Bundesrepublik Deutschland werden nicht von StudentInnen bestimmt. Die Ausstattung der Hochschulen, die Inhalte von Lehre und Forschung, die bestehenden Lehr- und Lernformen, die formellen Prüfungsbedingungen und vieles mehr tritt den StudentInnen an den Hochschulen als eine mächtige herrschende Realität gegenüber. Viele haben den Eindruck, daß diese Realität durch sie nicht veränderbar ist, sondern daß sie ihr Leben während des Studiums bestimmt.

Die unzureichende soziale Absicherung der StudentInnen, die Unterdrückung von Frauen und der zunehmende Rassismus an den Hochschulen verschärfen diese Situation.

In der Gesellschaft der Bundesrepublik gehören die meisten StudentInnen zu dem Teil der Menschen, die ihren Lebensraum nicht selbst gestalten können, die keine politische und wirtschaftliche Macht ausüben, sondern zur Anpassung an bestehende Verhältnisse gezwungen werden sollen. Sie sind nicht Herrschende, sondern in ihrem gesamten Lebensraum weitgehend Beherrschte so wie die Mehrheit der Menschen, die in der Bundesrepublik leben.

Die herrschende Hochschulpolitik in der Bundesrepublik trägt dieser Situation Rechnung. Zwangsmaßnahmen zur Verkürzung der realen Studienzeiten und zur Verstärkung des individuellen Anpassungsdrucks gehörten immer schon zu den Instrumentarien dieser Beherrschung. Heute, in einer Zeit, in der die Bildung ebenso wie die Arbeit der Menschen möglichst umfassend zur Stärkung des "Standorts Deutschland" vereinnahmt werden soll, werden solche Maßnahmen besonders forciert.

Hochschulen sind sowohl Teil als auch Spiegelbild der Gesellschaft. Insofern ist jede unmittelbar hochschulpolitische Frage nicht unabhängig von ihren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu denken. Deshalb müssen Studentinnen zu allen politischen Fragen Stellung nehmen.

Studentische Politik darf sich deshalb nicht auf die isolierte Interessenvertretung einer sozialen Gruppe beschränken. Gerade StudentInnen müssen diese gesellschaftlichen Zusammenhänge deutlich machen und nicht gegen, sondern mit anderen Beherrschten für Veränderungen kämpfen.

Umgekehrt ist eine studentische Interessenvertretung auch ein wichtiger Beitrag für diesen Kampf in der gesamten Gesellschaft, wenn sie sich nicht elitär gegen andere gesellschaftliche Gruppen abgrenzt, sondern studentische Interessenvertretung als einen Teil sozialer Opposition versteht, die konkret im Bereich der Hochschulen ansetzt. In diesem Sinne darf studentische Interessenvertretung auch nicht an den Landesgrenzen halt machen, sondern muß auch eine internationale Dimension haben.

In diesem Sinne wollen wir die Entfaltung und Durchsetzung studentischer Interessen überregional unterstützen und zusammenfassen. Dabei wollen wir mit den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, sowie allen, die sich für einen ökologischen und demokratischen Umbruch einsetzen, zusammenarbeiten.

Der neue Dachverband von StudentInnenschaften

In der Bundesrepublik gab es seit dem Zusammenbruch der vds keinen Verband mehr, in dem die an den Hochschulen politisch aktiven Studentinnen sich miteinander auseinandersetzen, ihre Aktivitäten koordinieren und gemeinsame Strategien entwickeln konnten, wobei auch die vds diesen Anspruch nicht mehr erfüllte.

Seit drei Jahren gab es daher nur in Teilbereichen Zusammenschlüsse von StudentInnenschaften. So gab es zum Beispiel die Treffen und Konferenzen der ASten einzelner Bundesländer, den Dachverband von StudentInnenschaften an Fachhochschulen (FKS) und den Zusammenschluß von Uni-ASten im BAS. Zeitweise gab es den Zusammenschluß von StudentInnenräten in Ostdeutschland in der KdS. Es gibt Bundestagungen von Fachschaftsräten, Frauen und einzelnen Arbeitsbereichen wie Soziales oder Ökologie.

Mit der Zusammenarbeit der StudentInnenschaften in Bezug auf den studentischen Bildungsgipfel im Juni 1993 haben wir eine neue Basis der gemeinsamen Diskussion, des Streits, der Koordination von Aktivitäten und der Vertretung gemeinsamer Positionen gefunden.

In den vergangenen Jahren und ganz besonders in der Arbeit am studentischen Bildungsgipfel ist aber auch deutlich geworden, daß die Zusammenarbeit einer strukturierenden gemeinsamen Organisationsform bedarf.

Deshalb haben die unterzeichnenden StudentInnenschaften beschlossen, mit der Gründung eines neuen Dachverbands von StudentInnenschaften einen ersten Schritt zu einer Bündelung der Kräfte, die eine bundesweite Zusammenarbeit in dieser Form wollen, zu tun.

Dabei baut der neue Dachverband auf der bisherigen Arbeit der StudentInnenschaften auf. Insbesondere die Positionen, die im Arbeitskreis Bildungsgipfel, in der Freien Konferenz der StudentInnenschaften an Fachhochschulen (FKS), im Büro von ASten, USten und StudentInnenräten (BAS) und im Netzwerk für Frauen- und Lesbenpolitik entwickelt wurden, sind auch Grundlage der Arbeit des neuen Dachverbands.

An dieser Gründung sind ostdeutsche StudentInnenschaften noch nicht beteiligt. Wir streben allerdings eine gleichberechtigte Zusammenarbeit an.

Sowohl mit den Bundesfachschaftentagungen, mit dem Netzwerk für Frauen- und Lesbenpolitik als auch mit dem BundessozialreferentInnen-treffen und vergleichbaren Zusammenschlüssen wünschen wir uns eine enge Zusammenarbeit.

Der neue Dachverband soll ein Forum der Diskussion, der Koordination von Aktivitäten und der Vertretung studentischer Interessen in Deutschland unter anderem in folgenden Bereichen sein:

Für eine neue Hochschulpolitik

Die Anforderungen an jede Form von Bildung gehen weit über den reinen Erwerb von Wissen hinaus. Um gesellschaftliche Prozesse beurteilen und selbstbestimmt demokratische Entscheidungen kompetent treffen zu können, muß die Fähigkeit zum kritischen Denken gefördert werden. Bildung ist notwendig, damit soziales und ökologisches Verhalten im

notwendigen Ausmaß erlernt wird. Außerdem ist Bildung ein wichtiger Aspekt für die Entwicklung der Persönlichkeit.

In diesem Sinne sind Hochschulen für uns kein Standortfaktor, sondern bieten eine Chance, allen Menschen mehr Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen. Nicht der ökonomische Standort, sondern die Emanzipation und die Qualifizierung der Menschen im Sinne einer gesellschaftlichen Problemlösungskompetenz muß im Mittelpunkt der Hochschulbildung stehen. Dabei müssen sich Formen und Inhalte von Forschung und Lehre an den heutigen gesellschaftlichen Problemen, wie dem der Zuspitzung der 2/3-Gesellschaft, dem der Vernichtung der Umwelt, dem der Ausweitung von Herrschaftsverhältnissen und anderen orientieren.

Die Inhalte von Forschung und Lehre müssen sich deshalb an antirassistischen, antisexistischen, ökologischen und sozialen Grundsätzen orientieren. Hochschule und Wissenschaft müssen es sich zur Aufgabe machen, sich an den Überlebensfragen der Menschheit statt an der bloßen ökonomischen Verwertbarkeit ihrer Ergebnisse zu orientieren.

Dazu muß auch die Hochschule selbst demokratisch organisiert sein, was unter anderem bedeutet, daß bis zu ihrer Überwindung die 'Statusgruppen' der StudentInnen, MitarbeiterInnen und DozentInnen gleichberechtigt sein müssen, was auch ausschließt, daß Entscheidungen, die die StudentInnen betreffen, gegen ihren erklärten Willen getroffen werden.

Dazu muß die an der Hochschule betriebene Wissenschaft in allen Bereichen also der Wissensproduktion, -vermittlung, -anwendung, usw. kritisch betrachtet werden.

Dazu brauchen wir eine grundlegend andere Hochschulpolitik und dazu haben wir bereits weitgehende Grundlagen erarbeitet.

Für soziale Gerechtigkeit

Für StudentInnen muß es wie für alle Menschen die sie brauchen eine soziale Grundsicherung geben. Alle Menschen haben ein Recht auf Wohnraum. Studierenden Eltern muß ein Studieren mit Kind ermöglicht werden. StudentInnen müssen daher entsprechende Forderungen gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Gruppen formulieren.

Um die so erarbeiteten Positionen wirkungsvoll durchsetzen zu können, kommt es darauf an, daß der Dachverband im Bündnis mit den gesellschaftlichen Kräften, die dafür in Frage kommen, gemeinsame Interessenvertretungskämpfe organisiert. Im Bereich der Sozialpolitik kommt hierbei den Gewerkschaften eine besondere Bedeutung zu.

In diesem Sinne muß sich die Ausbildungsförderung, der Wohnungsbau und die soziale Absicherung in der Bundesrepublik im Ganzen verändern. Die sozialen Lebensbedingungen müssen die Emanzipation der Menschen ermöglichen.

Für weitergehende gesellschaftliche Einflußnahme der StudentInnenschaften
Die Entfaltung studentischer Interessen in Hochschule und Gesellschaft kann für uns nicht nur sogenannte 'hochschulpolitische' und 'soziale' Fragen umfassen.

Wir treten ein für eine Emanzipation aller Menschen, unabhängig von ihrer Hautfarbe, Staatsangehörigkeit, Religion, Geschlecht, sexueller Orientierung, politischer Überzeugung

und sozialer Stellung. Darum wenden wir uns gegen jede Form von Diskriminierung und Verfolgung in der Gesellschaft und somit auch in der Hochschule.

Deshalb wenden wir uns unter anderem gegen ein diskriminierendes AusländerInnenrecht, gegen die faktische Abschaffung des Asylrechts, gegen Abschottungspolitik und andere Tendenzen staatlicher und nicht-staatlicher Diskriminierung und Verfolgung.

Dagegen wollen wir antifaschistische und antirassistische Strategien und Handlungsansätze entwickeln. Hierbei kommt der Auseinandersetzung mit diesen und der Analyse der gesellschaftlichen Hintergründe in Lehre und Forschung an den Hochschulen besondere Bedeutung zu.

Für feministische Politik

Wie wenig Gestaltungsmacht von Frauen auch nur in Ansätzen durchgesetzt worden ist, zeigt sich auf allen Ebenen der Gesellschaft, in der strukturelle Gewalt gegen Frauen bis heute zum Alltag gehört und akzeptiert wird.

Frauenmacht muß gestärkt werden, um gesellschaftliche, patriarchalische Machtstrukturen aufzubrechen. In diesem Sinne brauchen wir Frauenförderung und Quotierung ebenso wie wirksame Aktivitäten gegen Sexismus in der Gesellschaft und damit auch an der Hochschule. Frauenförderung ist ein Teil der Hochschulpolitik (!) und verfolgt zielgerichtet die Aufhebung jeglicher Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts in Wort, Schrift, in Handlungs- und Entscheidungspraktiken.

Patriarchalische Machtstrukturen finden sich auch in studentischen Strukturen wider. Diese Machtstrukturen (auch im Dachverband) können nur aufgebrochen werden, wenn u.a. Frauenförderung und Quotierung als Teil feministischer Politik auch in unseren eigenen Strukturen festgeschrieben werden. Feministische Politik an den Hochschulen stellt einen Impuls für die gesamte Gesellschaft dar. Sie läßt sich nicht reduzieren auf Frauenförderung und Quotierung. Feministische Positionen müssen in allen gesellschaftlichen Bereichen verankert werden. Diese gesellschaftsverändernde Politik muß Grundlage der Arbeit aller Menschen im Dachverband sein. Es bleibt jedoch strategische Aufgabe, in Zusammenarbeit mit der gesamten Frauenbewegung auch über die Hochschulen hinausgehend die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Frauen zu verändern.

Die Arbeit des Dachverbands soll dabei an die im AK Bildungsgipfel, in der FKS und im Netzwerk für Frauen- und Lesbenpolitik entwickelten Ansätzen anknüpfen.

Für internationalistische Politik

Die Bildungspolitik hat die nationalen Grenzen längst überschritten. Fast weltweit geht es an den Hochschulen wie im gesamten Bildungsbereich nicht um Chancengleichheit und Emanzipation, sondern um Anpassung, Selektion und Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft.

Die BRD ist als eine der "führenden Industrienationen" maßgeblich beteiligt an der systematischen Unterentwicklung der sog. 3. Welt. Der im weltweiten Maßstab große Reichtum in diesem Land basiert direkt auf der Armut von vier Fünfteln der Weltbevölkerung: Ein extrem ungerechter Weltmarkt zugunsten der entwickelten kapitalistischen Staaten und die u.a. mit deutschen Waffen angeheizten Kriege zwingen weltweit Millionen Menschen zur Flucht vor Armut, Hunger, Umweltzerstörung und Krieg.

Internationalistische Arbeit meint vor diesem Hintergrund nicht die Einrichtung von europäischen Austauschbörsen zur besseren Verwertbarkeit für den EG-Binnenmarkt. Sie beinhaltet vielmehr eine kritische Auseinandersetzung mit globalen und europaweiten Entwicklungen im Hochschulbereich, Kommunikation und Austausch mit den StudentInnenenschaften in den entsprechenden Ländern.

Sie bedeutet außerdem den Kampf gegen die weltweite Abhängigkeit und Ausbeutung der "3. Welt" gegen die Festung Europa. Dazu gehören u.a.:

die praktische internationale, kritische Solidarität mit emanzipatorischen Befreiungsbewegungen, die Kommunikation und PartnerInnenenschaft mit entsprechenden StudentInnenenschaften und die Forderung, daß alle Menschen, die in die BRD flüchten müssen, hier ein uneingeschränktes Bleiberecht bekommen.

Der Dachverband soll in diesem Bereich an die bereits von FKS und anderen begonnenen Projekte der internationalen Zusammenarbeit anknüpfen. In diesem Sinn führt der fzs die Mitgliedschaft der FKS in der IUS fort.

Für ökologische Politik

Die Hochschulen sollten Träger der Umgestaltung der fortgeschrittenen Industriegesellschaft sein. Lehre und Forschung müssen dabei jedoch in gesellschaftlicher Verantwortung gesehen werden und dürfen nicht unter dem Deckmantel der Wertfreiheit zu ökologischen Belastungen der Gesellschaft führen.

Daraus folgt, daß den Hochschulen eine besondere Verantwortung beim ökologischen Umbau der Gesellschaft zufällt, wozu auch eine Unterstützung der ökologischen Bewegung gehört. Diese wird zur Zeit nicht wahrgenommen, vielmehr orientieren sich die Hochschulen in Forschung und Lehre vor allem an ökonomischen Verwertungsinteressen.

Gleichzeitig stellen die Hochschulen mit den im Wissenschaftsbetrieb studierenden und arbeitenden Menschen einen Großbetrieb dar, der direkt die Umwelt beeinflusst. Gleichwohl ist die Erkenntnis dieser Tatsache nicht weit verbreitet. Umweltbeauftragte, Umweltbilanzen und -berichte oder ökologische Konzepte zur Umgestaltung der Hochschulen sind kaum vorhanden.

Ziel des fzs ist es daher, in Zusammenarbeit mit bereits existierenden Zusammenschlüssen und insbesondere mit dem Bundesverband Studentischer Ökologearbeit, eine ökologische Politik in der Gesellschaft und an der Hochschule durchzusetzen.

Diese Gründungserklärung ersetzt kein Programm und kein Grundsatzpapier des neuen Verbands. Auf bestehende Positionsbestimmungen haben wir verwiesen. Viele einzelne Forderungen werden erst in diesen Zusammenhängen konkretisiert. An diese bereits entwickelten Positionen wollen wir anknüpfen.

Wir wollen künftig für gemeinsame Ziele auch gemeinsam eintreten. Das schließt Widersprüche in unseren Einschätzungen und Forderungen nicht aus. Wir wollen nicht um jeden Preis in jeder Frage Einigkeit vortäuschen. Wir denken vielmehr, daß unsere Vielfalt auch unsere Stärke ist.

In diesem Sinne gründen wir den freien Zusammenschluß von studentInnenenschaften (fzs).

Das Manifest von Peoples' Global Action

Teil I

Wir leben in einer Zeit, in der das Kapital mit Hilfe internationaler Organisationen wie der Welthandelsorganisation (WTO - World Trade Organisation), dem Internationalen Währungsfonds (IMF - International Monetary Fund), der Weltbank (WB - World Bank) und anderen die Politik so gestaltet, daß es seine weltweite Macht über das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben festigen und noch weiter ausbauen kann.

Das Kapital hat schon immer auf globaler Ebene operiert - sein grenzenloses Streben nach Expansion und Profit kennt keine Grenzen. Vom Sklavenhandel vor einigen Jahrhunderten bis hin zur imperialistischen Kolonisation von Bevölkerungen, Ländern und Kulturen auf der ganzen Welt hat sich die Akkumulation des Kapitals weltweit vom Blut und von den Tränen vieler Menschen genährt. Diese Zerstörung und dieses Elend konnten lediglich durch Widerstand von unten in Schranken gehalten werden.

Heute setzt das Kapital eine neue Strategie ein, um seine Macht zu behaupten und den Widerstand der Menschen zu brechen. Der Name dieser Strategie lautet "wirtschaftliche Globalisierung" und besteht aus der Abschaffung territorialer Handelsschranken und Beschränkungen des freien Kapitalflusses.

Die Auswirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung ziehen sich weltweit durch die Strukturen von Gesellschaften und Gemeinschaften und fügen so die Menschen in ein gigantisches System ein, das allein auf Profit und die Kontrolle über Mensch und Natur abzielt. Begriffe wie "Globalisierung", "Liberalisierung" und "Deregulierung" verschleiern lediglich die immer größer werdenden Ungleichheiten bezüglich der Lebensbedingungen von Eliten und der großen Masse, die sowohl in privilegierten als auch in "peripheren" Ländern zu beobachten sind.

Das jüngste und vielleicht auch das wichtigste Phänomen des gesamten Globalisierungsprozesses ist das verstärkte Auftreten von Handelsabkommen als Schlüsselinstrumente für Akkumulation und Macht. Die WTO ist die bei weitem wichtigste Institution hinsichtlich der Ausarbeitung und Umsetzung dieser Abkommen. Sie ist zum Lieblingsmittel des Kapitals zwecks Durchsetzung seiner Herrschaft über die Weltwirtschaft avanciert. Die Uruguay-Runde hat das Ausmaß des multilateralen Handelssystems (d.h. die Abkommen unter der Ägide der WTO) derart ausgeweitet, daß es sich nicht mehr ausschließlich auf den Warenhandel beschränkt. Die WTO-Abkommen betreffen jetzt auch den Handel mit Agrarprodukten, Dienstleistungen, Rechten an geistigem Eigentum und Investitionsmaßnahmen. Diese Expansion hat bedeutende Konsequenzen für wirtschaftliche und nicht-wirtschaftliche Angelegenheiten. So wird beispielsweise das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS - General Agreement on Trade in Services) weitreichende Auswirkungen auf Kulturen in aller Welt haben. Ähnlich werden sich auch das Abkommen über den Handel mit Rechten an geistigem Eigentum (TRIPs - Trade Related Intellectual Property Rights) und unilaterale Zwänge - insbesondere auf Länder mit einer reichen Artenvielfalt - auswirken: Sie zwingen diese Länder, eine neue Gesetzgebung zu verabschieden, die Eigentumsrechte über Lebensformen stellt, was verheerende Folgen für die Artenvielfalt und die Sicherung der Nahrungsgrundlage dieser Länder haben wird. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß das multilaterale Handelssystem, wie es die WTO verkörpert, immense Auswirkungen auf die Gestaltung der nationalstaatlichen Wirtschafts-

und Sozialpolitik und folglich auch auf das Ausmaß und die Beschaffenheit von Entwicklungsoptionen hat.

Handelsabkommen nehmen auch auf regionaler Ebene stark zu. Das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA (North American Free Trade Agreement) ist der Prototyp regionaler rechtsverbindlicher Abkommen, die sowohl privilegierte als auch unterprivilegierte Länder einbeziehen; dieses Modell soll auf den gesamten amerikanischen Kontinent ausgedehnt werden. APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) ist ein weiteres Modell, das beide Arten von Ländern vereint, und es wird zunehmend dazu genutzt, die Aufnahme neuer Abkommen in das Rahmenwerk der WTO zu erzwingen. Die Maastrichter Verträge sind natürlich das anschaulichste Beispiel für rechtsverbindliche Abkommen zwischen ausschließlich privilegierten Ländern. Diverse regionale Handelsabkommen zwischen unterprivilegierten Ländern wie beispielsweise ASEAN (Association of Southeast Asian Nations), SADC (Southern African Development Corporation), SAFTA (South Asian Free Trade Agreement) und MERCOSUR (Southern Common Market) sind ebenfalls unterzeichnet worden. All diesen regionalen Abkommen und Zusammenschlüssen liegt die Verschiebung von Entscheidungsmacht von der nationalstaatlichen Ebene hin zu regionalen Institutionen zugrunde, die noch weiter von den Menschen entfernt und noch undemokratischer als Nationalstaaten sind.

Als ob dies noch nicht genug wäre, wird gerade ein neuer Vertrag, das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI - Multilateral Agreement on Investments) von den privilegierten Ländern vorangetrieben, um die Rechte ausländischer Investoren weit über ihre derzeitige Position hinausgehend auszuweiten sowie um die Rechte und die Entscheidungsbefugnisse von Regierungen bezüglich des Eintritts, der Niederlassung und der Geschäfte ausländischer Unternehmen und Investoren zu beschneiden. Das MAI stellt auch den derzeit wichtigsten Versuch dar, die Globalisierung und "wirtschaftliche Liberalisierung" auszudehnen - es würde die Macht und das legitime souveräne Recht der Menschen, ihre eigene Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik zu bestimmen, gänzlich abschaffen.

All diese Institutionen und Abkommen verfolgen eine gemeinsame Zielstellung: Mobilität für den freien Fluß von Gütern, Dienstleistungen und Kapital; verstärkte Herrschaft des Kapitals über Mensch und Natur; Verlagerung der Macht hin zu weit entfernten und undemokratischen Institutionen; Verbauen der Möglichkeit, auf gemeinschaftlichen Prinzipien basierende und autarke Ökonomien zu entwickeln; Einschränkung der Freiheit der Menschen, eine Gesellschaft zu schaffen, die auf menschlichen Werten basiert.

Wirtschaftliche Globalisierung, Macht und "race to the bottom"

Die wirtschaftliche Globalisierung hat neue Formen der Akkumulation von Macht und Reichtum hervorgebracht. Diese Akkumulation vollzieht sich weltweit mit zunehmender Geschwindigkeit und wird von Konzernen und Investoren bestimmt. Während das Kapital sich in der ganzen Welt durchsetzt, liegt die Verantwortlichkeit für die Verteilungspolitik weiterhin in Händen der Regierungen, die nicht in der Lage und auch nicht gewillt sind, gegen die Interessen des Kapitals zu handeln.

Diese Asymmetrie ruft eine zunehmende Machtumverteilung in der ganzen Welt hervor, wobei die sogenannte "Macht der Konzerne" gestärkt wird. In dieser eigenartigen politischen Konstellation bestimmt das weltweite Kapital mit Hilfe äußerst einflußreicher Lobbygruppen und Interessenverbände wie dem "World Economic Forum" (Weltwirtschaftsforum) überall auf der Welt die Wirtschafts- und Sozialpolitik. Diese Lobbygruppen der Konzerne geben den

Regierungen in Form von Empfehlungen Anweisungen, welche die Regierungen wiederum befolgen. Nur wenige weigern sich, den "Ratschlägen" dieser Lobbygruppen Folge zu leisten, denn dann kann es passieren, daß ihre Währungen durch Spekulation angegriffen werden und Investoren abwandern. Der Einfluß der Konzernlobby wird durch regionale und multilaterale Abkommen verstärkt, mit deren Hilfe überall auf der Welt massiv eine neoliberale Politik verfolgt und umgesetzt wird.

Diese neoliberale Politik ruft weltweit soziale Spannungen hervor, wie sie schon auf nationalstaatlicher Ebene im Anfangsstadium der Industrialisierung zu beobachten waren: während die Anzahl der Milliardäre wächst, gibt es weltweit immer mehr Menschen, die feststellen müssen, daß dieses System ihnen keinen Platz in der Produktion und keinen Zugang zum Konsum gewährt. Die daraus resultierende Verzweiflung in Verbindung mit dem freien Fluß von Kapitalströmen bietet Konzernen die bestmöglichen Rahmenbedingungen dafür, ArbeiterInnen und Regierungen gegeneinander auszuspielen. Die Folge davon ist ein "race to the bottom" hinsichtlich sozialer und ökologischer Standards sowie die Abschaffung politischer Umverteilungsmaßnahmen (z.B. progressive Besteuerung, soziale Absicherung, Arbeitszeitverkürzung). So entsteht ein Teufelskreis, in dem sich die "effektive Nachfrage" zunehmend in den Händen einer Elite konzentriert, während immer mehr Menschen nicht einmal mehr ihre Grundbedürfnisse befriedigen können.

Dieser Prozeß der weltweiten Akkumulation und des sozialen Ausschlusses kommt einem weltweiten Angriff auf die elementarsten Menschenrechte gleich, dessen Auswirkungen bereits heute erkennbar sind: Verelendung, Hunger, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, ein sich verschlechternder Gesundheitszustand, Vertreibung, Landlosigkeit, Analphabetismus, verschärfte Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern, ein immenses Wachstum des "informellen" Sektors und der Schattenwirtschaft (insbesondere Drogenherstellung und -handel), die Zerstörung des Gemeinschaftslebens, Kürzungen im sozialen Bereich und die Beschneidung von ArbeitnehmerInnenrechten, zunehmende Gewalt auf allen Gesellschaftsebenen, Umweltzerstörung, Rassismus und Intoleranz anderen Ethnien und Religionen gegenüber, massive Migrationsbewegungen (aus wirtschaftlichen, politischen und ökologischen Gründen), stärkere militärische Macht und Repressionen etc.

Ausbeutung, Arbeitskraft und Existenzgrundlage

Die Globalisierung des Kapitals beraubt die ArbeiterInnen in beachtlichem Maße ihrer Fähigkeit, auf nationalstaatlicher Ebene gegen das Kapital anzugehen oder mit ihm in Verhandlung zu treten. Die Mehrzahl der konventionellen Gewerkschaften (insbesondere in den privilegierten Ländern) haben mittlerweile ihre Niederlage gegen die Weltwirtschaft hingenommen und geben freiwillig die von Generationen von ArbeiterInnen hart erkämpften Errungenschaften wieder auf. In Erfüllung der vom Kapital aufgestellten Bedingungen haben sie Solidarität gegen "internationale Wettbewerbsfähigkeit" und ArbeitnehmerInnenrechte gegen die "Flexibilisierung des Arbeitsmarktes" eingetauscht. Nun treten sie dafür ein, daß eine "Sozial"klausele in das multilaterale Handelssystem aufgenommen wird. Dadurch würde den privilegierten Ländern ein Werkzeug für einen selektiven, einseitigen und neokolonialistischen Protektionismus an die Hand gegeben, was wiederum zu wachsender Armut führen würde, anstatt sie an ihren Wurzeln zu bekämpfen.

Rechte Gruppierungen in den privilegierten Ländern machen oft "Sozialdumping" aus den unterprivilegierten Ländern für den Anstieg der Arbeitslosigkeit und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verantwortlich. Sie behaupten, die Menschen aus dem Süden würden mit Hilfe von billiger Arbeitskraft, schwacher oder gar nicht vorhandener Arbeits- und

Umweltschutzbestimmungen sowie niedriger Steuersätze das Kapital aus dem Norden entführen und durch ihre Exporte die Hersteller aus dem Norden auf dem Weltmarkt verdrängen. Es ist zwar richtig, daß zu einem gewissen Grad - besonders in bestimmten Wirtschaftszweigen wie beispielsweise der Textil- oder Mikroelektronikproduktion - eine Standortverlagerung in die unterprivilegierten Länder stattfindet. Allerdings können die Frauen im Teenager-Alter, die in den "sweatshops" der Konzerne unbezahlte Überstunden leisten, zu Hungerlöhnen arbeiten und ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, wohl kaum für den von freien Güter- und Kapitalströmen angerichteten verheerenden sozialen Schaden verantwortlich gemacht werden. Außerdem findet Standortverlagerung in erster Linie zwischen den reichen Ländern selbst statt; nur ein geringer Teil der ausländischen Investitionen fließt in unterprivilegierte Länder - ein Teil der Investitionen fließt sogar von ehemals als "unterentwickelt" bezeichneten Ländern in den Norden. Die Androhung, den Standort in ein anderes reiches Land zu verlagern (die bei weitem häufigste Art der Standortverlagerung), ist zur Einschüchterung und Erpressung der ArbeiterInnen genauso wirkungsvoll wie die Androhung, den Standort in ein unterprivilegiertes Land zu verlagern. Schließlich liegt der Hauptgrund für den Anstieg der Arbeitslosigkeit in den privilegierten Ländern in der Einführung von "Rationalisierungs"technologien, auf die die Menschen aus den unterprivilegierten Ländern natürlich überhaupt keinen Einfluß haben. Kurz gesagt: Die Verantwortung für wachsende Ausbeutung liegt einzig und allein beim Kapital.

Viele "Entwicklungs"befürworterInnen begrüßen die freien Kapitalströme von privilegierten in unterprivilegierte Länder als einen positiven Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen armer Menschen, weil davon ausgegangen wird, ausländische Investitionen würden Arbeitsplätze und eine Existenzgrundlage schaffen. Sie übersehen dabei jedoch, daß es in der Natur der Sache liegt, daß ausländische Investitionen nur sehr begrenzt positive Auswirkungen haben können, da transnationale Konzerne ihr Geld nur solange in einem unterprivilegierten Land lassen, wie die Politik dieses Landes es ihnen erlaubt, das Elend und die Verzweiflung der dortigen Bevölkerung auszunutzen. Die internationalen Finanzmärkte bestrafen Länder, die es wagen, eine Politik zu verfolgen, die letztendlich zu verbesserten Lebensbedingungen führen könnte, äußerst hart - wie beispielsweise das abrupte Ende der 1981 von Mitterand verabschiedeten zaghaften Umverteilungsmaßnahmen gezeigt hat. Auch die mexikanische Krise im Jahre 1994 und erst kürzlich aufgetretene Krisen in Südostasien sind - auch wenn sie von den Medien als Folgen technischer Mißwirtschaft dargestellt werden - gute Beispiele für den Einfluß der Konzerne auf die Wirtschaft, der zudem sowohl in unterprivilegierten als auch in privilegierten Ländern tagtäglich steigt und dabei alle Aspekte der Wirtschafts- und Sozialpolitik bestimmt.

Diejenigen, die an die positiven sozialen Auswirkungen des "freien" Marktes glauben, vergessen auch, daß der Einfluß des Kapitals nicht bei der Schaffung von ausbeuterischen Arbeitsplätzen aufhört. Ein Großteil der ausländischen Direktinvestitionen (laut UN sind es zwei Drittel) sowohl in privilegierten als auch in unterprivilegierten Ländern wird getätigt, indem transnationale Konzerne Staatsbetriebe übernehmen, was in den meisten Fällen zu Arbeitsplatzvernichtung führt. Ein weiterer Punkt ist der, daß transnationale Konzerne selten nur finanziell agieren, sondern auch mit ihren Produkten zahlreiche lokale Unternehmen und Landwirtschaftsbetriebe entweder vom Markt verdrängen oder zwingen, unter noch unmenschlicheren Bedingungen zu produzieren. Zu guter letzt führen die Investitionen der Konzerne größtenteils zu umweltschädigender Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, wodurch wiederum verschiedenste Gemeinschaften - indigene Bevölkerungen, Bäuerinnen und Bauern, ethnische Gruppen - unwiederbringlich ihrer Existenzgrundlage beraubt werden.

Wir lehnen die Idee, "Frei"handel könne Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen, genauso ab wie die Annahme, er könne zur Armutbekämpfung beitragen. Aber wir lehnen auch den Ruf der Rechten nach einem stärkeren nationalen Kapitalismus und natürlich auch die faschistische Alternative eines autoritären Staates, der in ihren Augen eine zentrale Kontrolle über die Konzerne ausüben soll, aufs entschiedenste ab. Unser Kampf zielt auf die Wiedererlangung der Kontrolle über die sich derzeit in den Händen sowohl des transnationalen als auch des nationalstaatlichen Kapitals befindlichen Produktionsmittel ab, um eine freie, nachhaltige und von der Gesellschaft kontrollierte Existenzgrundlage zu schaffen, die auf Solidarität und den Bedürfnissen der Menschen basiert - und nicht auf Ausbeutung und Gier.

Geschlechtsspezifische Unterdrückung

Globalisierung und eine neoliberale Politik bauen auf bestehenden Ungleichheiten auf und verstärken sie zugleich; dazu gehören auch die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Das geschlechtsspezifische Machtsystem in der globalisierten Wirtschaft fördert - wie die meisten traditionellen Systeme - die Ausbeutung von Frauen als Arbeitskräfte, als für den Zusammenhalt der Familie Zuständige und als Sexobjekte.

Frauen sind dafür verantwortlich, Kinder zu bekommen, und sie tragen die Verantwortung für die Erziehung, Ernährung, Kleidung und Disziplinierung junger Menschen, um sie auf ihren Eintritt in den internationalen Arbeitsmarkt vorzubereiten. Frauen werden als billige und gehorsame Arbeitskräfte in sehr ausbeuterischen Beschäftigungszweigen benutzt - die "maquilas" in der Textil- und in der Mikroelektronikindustrie sind ein anschauliches Beispiel dafür. Viele Frauen, die von durch Globalisierung erzeugter Armut aus ihren Ländern vertrieben werden, suchen - oft als illegale Einwanderinnen - Arbeit im Ausland, wo sie schlimme Arbeitsbedingungen und ungeschützte Arbeitsverhältnisse erwarten. Der weltweite Handel mit Frauenkörpern ist zu einem wichtigen Bestandteil des Welthandels geworden und macht auch vor zehnjährigen Kindern nicht Halt. Sie werden von der Weltwirtschaft auf unterschiedlichste Weise ausgebeutet und als Ware gehandelt.

Es wird von Frauen erwartet, daß sie nur im Haushalt aktiv sind. Obwohl das noch nie der Fall war, wird diese Erwartungshaltung seit langem dazu benutzt, Frauen eine aktive Rolle in allen öffentlichen Angelegenheiten abzusprechen. Das Wirtschaftssystem bedient sich dieser Geschlechterrollen auch, um Frauen als Verursacherinnen vieler sozialer und ökologischer Probleme hinzustellen. So wird beispielsweise Frauen, die zu viele Kinder bekommen (und nicht die Tatsache, daß die reichen Länder zu viele Ressourcen verbrauchen), die Schuld für die weltweite Umweltzerstörung in die Schuhe geschoben; und die Tatsache, daß Frauenlöhne niedriger sind, da ihr Einkommen nur als Zuverdienst für die Haushaltskasse betrachtet wird, wird herangezogen, um Frauen für die Arbeitslosigkeit und das sinkende Lohnniveau von Männern verantwortlich zu machen. Niemand weist darauf hin, daß die Schuld für die soziale und ökologische Krise beim Kapital zu suchen ist. Stattdessen müssen Frauen als Sündenböcke für genau die Misere herhalten, die sie in Wirklichkeit unterdrückt. Dadurch wird der körperlichen Gewalt, die Frauen in aller Welt tagtäglich erleiden, zusätzlich eine ideologische Stigmatisierung hinzugefügt.

Dem Patriarchat und dem Geschlechtersystem liegt ganz klar das Konzept von der Natürlichkeit und der Ausschließlichkeit von Heterosexualität zugrunde. Die meisten Gesellschaftssysteme und -strukturen stehen jeder anderen Art von Sexualität sehr ablehnend gegenüber, und diese Beschneidung der individuellen Freiheit wird dazu genutzt, patriarchale Geschlechterrollen aufrechtzuerhalten.

Die Beseitigung des Patriarchats sowie aller anderen Arten von Diskriminierung setzt eine eindeutige Haltung gegen den Weltmarkt voraus. Genauso wichtig ist es, daß alle, die gegen das Kapital kämpfen, auch die Ausbeutung und Marginalisierung von Frauen verstehen und dagegen angehen sowie an dem Kampf gegen Homophobie teilnehmen. Wir müssen neue Kulturen entwickeln, die eine echte Alternative zu diesen alten und neuen Unterdrückungsmechanismen darstellen.

Der Überlebenskampf indigener Völker

Indigene Völker und Länder haben eine lange Geschichte des Widerstandes gegen die vom Kapitalismus verursachte Zerstörung ihres Lebensraums. Heute stehen sie dem neoliberalen Globalisierungsprojekt als ein Instrument des transnationalen Kapitals zu ihrer Neokolonialisierung und Vernichtung gegenüber. Transnationale Konzerne dringen gewaltsam in die letzten Schlupfwinkel indigener Völker ein, zerstören dabei ihre Gebiete, Lebensräume und Ressourcen - ja, ihre gesamte Lebensweise - und oft schrecken sie sogar vor Völkermord nicht zurück. Die Nationalstaaten erlauben und fördern sogar diese Menschenrechtsverletzungen - ungeachtet ihrer Verpflichtung, die Rechte indigener Völker anzuerkennen und zu respektieren, die sie schließlich mit der Unterzeichnung diverser Erklärungen, Abkommen und Konventionen eingegangen sind.

Außerdem stehlen Konzerne altes Wissen und lassen es sich zu ihrem eigenen Vorteil, d.h. zur Gewinnsteigerung und Profitmaximierung, patentieren. Dies bedeutet, daß indigene Völker und der Rest der Menschheit in Zukunft für den Zugang zu diesem Wissen, das so in eine Handelsware umgewandelt wird, bezahlen werden müssen. Darüber hinaus lassen sich Pharmakonzerne und die US-Regierung unter den Auspizien des "Human Genome Diversity Programme" die indigene Bevölkerung selbst patentieren. Wir sind gegen die Patentierung aller Lebensformen und gegen das Kontrollmonopol der Konzerne über Samen, Medizin, traditionelles Wissen und menschliche Gene.

Die Kämpfe indigener Völker zur Verteidigung ihres Landes (einschließlich der unterirdischen Schichten) führen zu mehr Repressionen gegen sie sowie zur Militarisierung ihrer Gebiete. Dadurch sind sie gezwungen, entweder ihr Leben oder ihre Freiheit zu opfern. Dieser Kampf wird solange geführt werden, bis den indigenen Völkern überall auf der Welt ihr Recht auf Gebietsautonomie zugestanden wird.

Unterdrückung ethnischer Gruppen

Auf dem amerikanischen Kontinent leiden die "black communities", Gemeinschaften Schwarzer afrikanischen Ursprungs, seit Jahrhunderten unter brutaler und unmenschlicher Ausbeutung sowie unter physischer Vernichtung. Ihre Arbeitskraft wurde sowohl in Amerika als auch in Europa als eines der wichtigsten Instrumente zur Akkumulation des Kapitals eingesetzt. Angesichts dieser Unterdrückung haben die Afro-AmerikanerInnen Organisationsstrukturen und Widerstandsformen entwickelt, die auf ihre Gemeinschaften zugeschnitten sind. Zur Zeit haben die "black communities" sehr stark unter den Folgen von "Entwicklungs"großprojekten in ihren Gebieten zu leiden sowie unter der Invasion ihres Landes durch Großgrundbesitzer, was zu Vertreibung, Verelendung und kultureller Entfremdung, oft gar zu Repressionen und Tod führt.

Andere Menschen wie beispielsweise die Roma und Sinti, die KurdInnen oder die BewohnerInnen der Sahara leiden unter einer ganz ähnlichen Situation. All diese Völker

werden von Nationalstaaten, die ihre Identität und ihre Autonomie unterdrücken und sie dazu bringen wollen, sich in eine homogene Gemeinschaft einzugliedern, dazu gezwungen, sich ihr Recht auf ein menschenwürdiges Leben erkämpfen zu müssen. Viele dieser Gruppen werden von den Herrschenden als eine Bedrohung angesehen, da sie ihr Recht auf kulturelle Vielfalt und Autonomie zurückverlangen und ausüben.

Anschlag auf Natur und Landwirtschaft

Land, Wasser, Wald, Tierwelt, Wasserlebewesen und mineralische Rohstoffe sind keine Waren, sondern die Quelle unseres Lebens. Seit Jahrzehnten verdoppeln und verdreifachen die Kräfte, die aus der Finanzwirtschaft und dem Markt hervorgegangen sind, ihre Profite und verstärken ihre Einflußnahme auf Politik und Wirtschaft, indem sie diese Ressourcen auf Kosten des Lebens und der Existenzgrundlage vieler Menschen in aller Welt einfach rauben. Seit Jahrzehnten ermöglichen Weltbank, IMF und jetzt auch die WTO in einer Allianz mit den Nationalregierungen und mit Konzernen Feldzüge zur Beschlagnahmung der Umwelt. Das Ergebnis davon sind Umweltzerstörung, tragische und nicht zu bewältigende soziale Vertreibungen sowie das Auswischen kultureller und biologischer Vielfalt, von der ein Großteil unwiederbringlich verlorengeht, ohne daß diejenigen, die davon abhängig sind, Schadenersatzansprüche geltend machen könnten.

Das vom nationalen und globalen Kapital geschaffene Gefälle innerhalb der Länder und zwischen den Ländern ist in dem Maße größer geworden, wie die Reichen die natürlichen Ressourcen von Gemeinschaften, Bäuerinnen und Bauern, LandarbeiterInnen, FischerInnen, Stämmen und indigenen Völkern, Frauen und sozial Benachteiligten einfach verschwinden lassen. Dadurch wird auf diesen unterdrückten und geknechteten Menschen noch mehr herumgetrampelt als ohnehin schon. Die durch Handels- und Investitionsabkommen auferlegte zentralisierte Kontrolle über die natürlichen Ressourcen läßt keinen Spielraum für Nachhaltigkeit zwischen den und innerhalb der Generationen. Sie dient einzig und allein dem von den Kräften, die diese Abkommen ausgearbeitet und ratifiziert haben, verfolgten Ziel: der Akkumulation von Reichtum und Macht.

Umweltschädliche und kapitalintensive Technologien spielen seit jeher eine wichtige Rolle bei den von Konzernen auf Natur und Landwirtschaft verübten Anschlägen. Sie haben überall dort, wo sie eingesetzt werden, verheerende Schäden an Mensch und Umwelt angerichtet sowie Elend und Hunger verursacht anstatt zu bekämpfen. Heute wird die moderne Biotechnologie vorangetrieben, die zusammen mit Patenten auf Leben eine der schlagkräftigsten und zugleich gefährlichsten Waffen der Konzerne zur Übernahme der Herrschaft über die Nahrungssysteme überall auf der Welt darstellt. Gegen Gentechnologie und Patente auf Leben muß massiv Widerstand geleistet werden, denn ihre potentiellen Auswirkungen auf Gesellschaft und Umwelt sind so weitreichend wie nie zuvor in der gesamten Geschichte der Menschheit.

Indem die Unterprivilegierten einen Kampf gegen das weltweite Paradigma des Kapitals führen, arbeiten sie auf die Wiedererlangung ihres natürlichen Erbes und den Wiederaufbau integrierter, egalitärer Gemeinschaften hin. Wir träumen von einer dezentralen Wirtschafts- und Regierungsform, der das Recht von Gemeinschaften auf natürliche Ressourcen und das Recht, ihre eigene Entwicklung zu planen, zugrunde liegen, wobei Gleichberechtigung und Unabhängigkeit die zentralen Grundwerte darstellen müssen. Anstelle von verzerrten Prioritäten, die uns durch die weltweite Planung des Verkehrswesens, der Infrastruktur, der Energieversorgung und energieintensiver Technologien auferlegt werden, behaupten sie ihr Recht auf ein Leben, das die Befriedigung der Grundbedürfnisse eines jeden Menschen

garantiert und der Gier einer auf Konsum fixierten Minderheit Einhalt gebietet. Wir respektieren traditionelles Wissen und traditionelle Kulturen, die mit Werten wie Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit im Einklang stehen, und sind fest entschlossen, kreative Wege zu entwickeln, um unsere natürlichen Ressourcen sinnvoll und sparsam zu nutzen sowie gerecht zu verteilen.

Kultur

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Globalisierung, der auch immer wieder bei der WTO und anderen Institutionen Berücksichtigung findet, ist die Kommerzialisierung von Kultur und ihre Umwandlung in eine Handelsware sowie die Beschlagnahme ihrer Vielfalt mit dem Ziel, sie für sich einzunehmen und in den kapitalistischen Akkumulationsprozeß zu integrieren. Dieser Prozeß der Homogenisierung durch die Medien trägt nicht nur zum Zusammenbruch kultureller und sozialer Netzwerke in lokalen Gemeinschaften bei, sondern zerstört auch das Wesen und die Bedeutung von Kultur insgesamt.

Kulturelle Vielfalt als Ausdruck menschlicher Kreativität und menschlichen Potentials ist nicht nur ein unermesslicher Wert an sich, sie stellt auch ein grundlegendes Hilfsmittel für Widerstand und Unabhängigkeit dar. Folglich ist die seit der Kolonialzeit stattfindende kulturelle Homogenisierung als eines der wichtigsten zentralen Kontrollinstrumente zu betrachten. In der Vergangenheit wurde die Zerstörung kultureller Vielfalt hauptsächlich von der Kirche und durch das Aufzwingen der Kolonialsprachen vollzogen. Heute sind die Massenmedien und die Konsumkultur der Konzerne die Hauptverantwortlichen für die Umwandlung von Kultur in eine Ware und die Homogenisierung kultureller Vielfalt. Dieser Prozeß hat zum einen einen großen Verlust für das Erbe der Menschheit zur Folge; zum anderen wird dadurch eine alarmierende Abhängigkeit vom kapitalistischen Massenkonsum geschaffen - eine Abhängigkeit, die sehr viel tiefer sitzt und sehr viel schwieriger auszumerzen ist als wirtschaftliche oder politische Abhängigkeit.

Die Kontrolle über unsere Kultur muß aus den Händen der Konzerne entrissen und von den Gemeinschaften zurückgefordert werden. Unabhängigkeit und Freiheit kann es nur auf der Grundlage einer lebendigen kulturellen Vielfalt geben, die es den Menschen ermöglicht, jeden einzelnen Aspekt ihres Lebens selbständig zu bestimmen. Wir treten für die kulturelle Befreiung in allen Lebensbereichen ein - vom "Futter" bis hin zu Filmen, von der Musik bis zu den Medien. Mit unseren direkten Aktionen werden wir zur allmählichen Abschaffung der Konzernkultur und zur Schaffung von Räumen für wahre Kreativität beitragen.

Wissen und Technologie

Wissen und Technologie sind nicht neutral oder wertfrei; ein wichtiges Fundament der Herrschaft des Kapitals ist die Kontrolle und die Macht über Wissen und Technologie. Die westliche Naturwissenschaft und Technologie haben zwar wichtige Beiträge zur Entwicklung der Menschheit geleistet, aber durch ihre Dominanz sind auch sehr unterschiedliche und sehr wertvolle Wissens- und Technologiesysteme, die auf jahrhundertelange Erfahrungen zurückgehen, einfach zunichte gemacht worden.

Die westliche Naturwissenschaft zeichnet sich durch das Hervorbringen vereinfachter Relativitätsmodelle zu Experimentierzwecken aus. Diese reduktionistische Wissenschaftsmethode ist folglich nur sehr begrenzt in der Lage, nützliches Wissen über so komplexe und chaotische Systeme wie die Landwirtschaft zu produzieren. Traditionelle Wissenssysteme und Methoden der Wissensentwicklung sind hierfür weitaus effektiver, da sie

auf direkte, seit Generation stattfindende Beobachtung von und Interaktion mit komplexen Systemen zurückgehen. Daher kann es kapitalintensiven, auf Naturwissenschaft basierenden Technologien gar nicht gelingen, ihre Ziele in komplexen Systemen zu erreichen, und oftmals richten sie ein heilloses Durcheinander in diesen Systemen an, wie die sogenannten "green revolution technologies", die moderne Dammtechnologie und viele andere Beispiele zeigen.

Trotz ihrer vielen Nachteile wird kapitalintensiven Technologien den traditionellen, arbeitsintensiven Technologien gegenüber systematisch der Vorrang gegeben. Diese ideologische Diskriminierung führt zu Arbeitslosigkeit, Verschuldung und, was wohl das gravierendste Resultat ist, zum Verlust von jahrhundertealtem Wissen und jahrhundertealten Technologien von unschätzbarem Wert. Traditionelles Wissen, das oft in den Händen von Frauen lag, wurde bis von kurzem noch von westlichen, zumeist männlichen Wissenschaftlern als "Aberglaube" oder "Hexerei" abgetan; durch ihren "Rationalismus" und ihre "Modernisierung" wird seit Jahrhunderten versucht, es unwiederbringlich zu zerstören. Allerdings haben Pharmakonzerne und die Agrarindustrie vor einiger Zeit den Wert und das Potential traditionellen Wissens für ihre Zwecke entdeckt und stehlen es nun, lassen es sich patentieren und verwandeln es in eine Ware, um Gewinne zu erzielen und Profit zu machen.

Kapitalintensive Technologien werden entwickelt, vorangetrieben, vermarktet, kommerzialisiert und im Dienste der kapitalistischen Globalisierung eingesetzt. Da die Nutzung von Technologien einen wesentlichen Einfluß auf das gesellschaftliche und individuelle Leben ausübt, sollten die Menschen sie frei wählen können, freien Zugang zu ihnen und die Kontrolle über sie haben. Nur solche Technologien, deren Einsatz von der lokalen Bevölkerung bestimmt und kontrolliert werden kann, sollten als gerechtfertigt erachtet werden. Auch die Kontrolle über die Entwicklungs- und Herstellungsverfahren von Technologien, ihre Verbreitung und ihr Ausmaß sowie ihre Endgültigkeit sollten von menschlichen Prinzipien wie Solidarität, Kooperation und einem gesunden Menschenverstand inspiriert sein. Die heute der Herstellung von Technologien zugrunde liegenden Prinzipien sind genau das Gegenteil davon: Profit, Konkurrenz und die beabsichtigte Herstellung von schnell veraltenden Produkten. Ermächtigung ("empowerment") setzt zwingend die Kontrolle der Menschen über die Nutzung und Herstellung von Technologien voraus.

Jugend, Erziehung und Bildung

Die Inhalte des gegenwärtigen Bildungswesens werden zunehmend von den Anforderungen der Konzerne diktiert. Die Interessen und Bedürfnisse der wirtschaftlichen Globalisierung führen zu einer zunehmenden Umwandlung von Bildung in eine Ware. Die Kürzungen öffentlicher Gelder, die in das Bildungswesen fließen, fördern die Eröffnung privater Schulen und Hochschulen, während die Arbeitsbedingungen der Angestellten im öffentlichen Sektor durch Sparmaßnahmen und Strukturelle Anpassungsprogramme (SAPs - Structural Adjustment Programmes) ausgehöhlt werden. Lernen wird zunehmend zu einem Prozeß, der gesellschaftliche Ungleichheiten und Benachteiligungen intensiviert. Weiten Teilen der Gesellschaft wird selbst der Zugang zum öffentlichen Bildungswesen - insbesondere zu den Hochschulen - verwehrt. Die Wissensaneignung im Bereich der Geisteswissenschaften (Geschichte, Philosophie etc.) wird nicht gerade ermutigt, genauso wenig wie die Entwicklung der Fähigkeit zum kritischen Denken - zugunsten einer Bildung, die den Interessen des Globalisierungsprozesses mit seinem Konkurrenzdenken untergeordnet ist. Studierende verbringen immer mehr Zeit damit, zu lernen, wie sie miteinander konkurrieren, als damit, ihr persönliches Wachstum, das Erlernen von Kritikfähigkeit sowie ihr Potential zur Veränderung der Gesellschaft zu fördern.

Um Erziehung und Bildung als Instrument für gesellschaftliche Veränderungen einzusetzen, bedarf es im gesamten Erziehungs- und Bildungswesen WissenschaftlerInnen, die keine Konfrontation scheuen, sowie kritischer ErzieherInnen und LehrerInnen. Eine auf gemeinschaftlichen Werten aufbauende Erziehung und Bildung kann Lernprozesse innerhalb sozialer Bewegungen initiieren; das Recht auf Information ist eine unabdingliche Voraussetzung für die Arbeit sozialer Bewegungen. Begrenzter und ungleicher Zugang zu Spracherwerb, insbesondere von Frauen, behindert die aktive Beteiligung an politischen Aktivitäten mit anderen Menschen. Die Schaffung dieser Instrumente ist eine Möglichkeit, menschlichen Werten mehr Bedeutung zu verleihen und sie wieder zu erlernen. Offizielle Erziehung und Bildung werden allerdings zunehmend als ein kommerzialisiertes Mittel zugunsten des Marktes eingesetzt. Dies geschieht durch Investitionen, die Konzerne im Bereich der Forschung tätigen, und durch die Förderung von Wissen, das auf die in der Marktwirtschaft benötigten Fähigkeiten ausgerichtet ist. Der Beeinflussung der Menschen durch die Massenmedien sollte ein Ende gesetzt werden, und wir müssen für unser Recht eintreten, unser eigenes Wissen und unsere eigene Kultur hervorzubringen.

Jedoch betrifft die Umwandlung von Erziehung und Bildung in eine Ware viele Kinder auf der Welt gar nicht, da sie als Sexobjekte und ausgebeutete Arbeitskräfte selbst als Ware behandelt werden und ein unmenschliches Maß an Gewalt erfahren. Die wirtschaftliche Globalisierung ist die Wurzel des täglichen Albtraums einer steigenden Anzahl ausgebeuteter Kinder - ihr Schicksal ist die schlimmste Konsequenz des vom Weltmarkt erzeugten Elends.

Militarisierung

Die Globalisierung verschärft komplexe und sich ausweitende Krisen, die überall Spannungen und Konflikte hervorrufen. Die Notwendigkeit, das immer größer werdende Chaos in den Griff zu bekommen, wirkt sich nur verstärkend auf Militarisierung und Repressionen (mehr Polizei, Verhaftungen, Gefängnisse, Inhaftierte) in unseren Gesellschaften aus. Militärische Institutionen wie beispielsweise die von den USA dominierte NATO, die die anderen Mächte des Nordens vereint, zählen zu den Hauptinstrumenten zur Aufrechterhaltung dieser ungerechten Weltordnung. In vielen Ländern besteht Kriegsdienstpflicht, die junge Menschen mit der Absicht indoktriniert, den Militarismus zu legitimieren. Auch die Massenmedien und die Konzernkultur glorifizieren das Militär und preisen den Einsatz von Gewalt. Hinter den Fassaden demokratischer Strukturen schreitet auch die Militarisierung des Nationalstaates voran, der sich in vielen Ländern zur Durchsetzung der Interessen des Kapitals gesichtsloser paramilitärischer Truppen bedient.

Gleichzeitig wird der militärisch-industrielle Komplex, eine der wichtigsten Säulen des Weltwirtschaftssystems, zunehmend von riesigen privaten Konzernen kontrolliert. Die WTO überläßt Verteidigungsangelegenheiten zwar offiziell den Staaten, aber auch der militärische Bereich kann sich dem Streben nach privaten Profiten nicht entziehen.

Wir fordern die Abschaffung von Atomwaffen und allen anderen Massenvernichtungswaffen. Der Weltgerichtshof in Den Hague erklärte kürzlich, daß Atomwaffen internationales Recht verletzen, und forderte alle Länder, die im Besitz von Atomwaffen sind, auf, deren Abschaffung zuzustimmen. Das bedeutet, daß die Strategie der NATO, die auf einem möglichen Einsatz von Atomwaffen beruht, einem Verbrechen gegen die Menschheit gleichkommt.

Migration und Diskriminierung

Das neoliberale Regime stellt die Rahmenbedingungen für freie Kapitalströme zur Verfügung, während es den Menschen ihr Recht, sich frei zu bewegen, abspricht. Rechtliche Migrationsschranken werden permanent verschärft, während gleichzeitig durch die massive Vernichtung der Existenzgrundlage sowie durch die Konzentration von Wohlstand in den privilegierten Ländern Millionen Menschen entwurzelt werden und gezwungen werden, weit weg von ihrer Heimat Arbeit zu suchen. MigrantInnen finden sich dadurch in einer immer prekärer werdenden und oftmals illegalen Situation wieder und werden so noch leichter zur Zielscheibe für ihre Ausbeuter. Sie werden zu Sündenböcken gemacht, und rechte PolitikerInnen ermutigen die lokale Bevölkerung, ihren Frust an ihnen auszulassen. Solidarität mit MigrantInnen ist heutzutage wichtiger denn je. Es gibt keine illegalen Menschen, sondern nur unmenschliche Gesetze!

Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, das Kastensystem und religiöser Fanatismus werden dazu genutzt, uns auseinander zu dividieren - dagegen müssen wir auf breiter Front Widerstand leisten! Wir feiern die Vielfalt unserer Kulturen und Gemeinschaften, und stellen keine über die andere, sondern sehen alle als gleichwertig an.

* * *

Die WTO, der IMF, die Weltbank und andere Institutionen, die Globalisierung und Liberalisierung vorantreiben, wollen uns glauben machen, der weltweite Konkurrenzkampf habe positive Auswirkungen. Ihre Abkommen und ihre Politik stellen jedoch eine direkte Verletzung grundlegender Menschenrechte (u.a. BürgerInnenrechte, politische, wirtschaftliche und soziale Rechte, ArbeitnehmerInnenrechte und kulturelle Rechte), die in der internationalen Gesetzgebung und auch in vielen nationalen Verfassungen festgeschrieben sowie in der Auffassung von Menschenwürde in den Köpfen vieler Menschen fest verankert sind, dar. Wir haben genug von dieser unmenschlichen Politik! Wir lehnen das Konkurrenzprinzip als Lösungsansatz für die Probleme der Menschheit ab, denn es führt nur zur Zerstörung kleiner Produktionsbetriebe und lokaler Ökonomien - Neoliberalismus ist der wahre Feind wirtschaftlicher Freiheit!

Teil II

Der Kapitalismus hat sich bereits von den fragilen " Zügeln ", die durch Jahrhunderte von Kämpfen auf nationalstaatlicher Ebene errungen wurden, losgerissen. Der Nationalstaat wird nur noch zur Kontrolle der Menschen und zu Repressionen gegen sie aufrechterhalten, während ein neues transnationales Regelungssystem geschaffen wird, um die weltweiten Operationen des Kapitalismus zu erleichtern. Wir können gegen den transnationalen Kapitalismus nicht mit unseren traditionellen Instrumenten aus dem nationalen Kontext vorgehen. In dieser neuen globalisierten Welt müssen wir neue Formen des Kampfes und der Solidarität erfinden sowie uns auf neue Ziele und Strategien unserer politischen Arbeit einigen. Wir müssen uns zusammenschließen, um verschiedene menschliche Räume für Kooperation, Gleichberechtigung, Würde, Gerechtigkeit und Freiheit zu schaffen, während wir das nationale und das transnationale Kapital sowie diejenigen Abkommen und Institutionen angreifen, die zum Erhalt seiner Macht ins Leben gerufen werden.

Es gibt viele unterschiedliche Formen des Widerstands gegen die Globalisierung des Kapitals und ihre Folgen. Auf individueller Ebene müssen wir unser Alltagsleben so verändern, daß wir uns von den Gesetzen des Marktes und dem Streben nach privatem Profit lossagen. Auf

der Kollektivebene müssen wir vielfältige Organisationsformen auf unterschiedlichen Ebenen schaffen, denn wir sind uns im klaren darüber, daß es kein Allheilmittel zur Lösung unserer Probleme gibt. Solche Organisationen müssen unabhängig von Regierungsstrukturen oder Wirtschaftsmächten sein und unmittelbare Demokratie zur Grundlage haben. Diese neuen autonomen Organisationsformen sollten einerseits aus lokalen Gemeinschaften hervorgehen und in ihnen verwurzelt sein, andererseits sollten sie aber auch internationale Solidarität praktizieren, indem sie Brücken bauen zwischen verschiedenen Gesellschaftsschichten, Völkern und Organisationen, die bereits heute über die ganze Welt zerstreut die Globalisierung bekämpfen.

Diese Instrumente zur Koordinierung und Ermächtigung bieten Raum für die Umsetzung einer Reihe von lokalen, schrittweisen Strategien, die in den letzten Jahrzehnten von Menschen in aller Welt entwickelt worden sind und auf die Abnabelung ihrer Gemeinschaften, Nachbarschaften und kleinen Kollektive vom Weltmarkt abzielen. Der direkte Kontakt zwischen ErzeugerInnen und VerbraucherInnen sowohl auf dem Land als auch in den Städten, lokale Währungen, die Vergabe von zinslosen Krediten und ähnliche Maßnahmen sind die Bausteine für die Schaffung lokaler, nachhaltiger und autarker Ökonomien, die auf Kooperation und Solidarität, nicht auf Konkurrenz und Profit, basieren. Während das globale Finanzkasino mit steigender Geschwindigkeit auf den sozialen und ökologischen Zerfall sowie auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch zusteuert, werden wir - die Menschen in aller Welt - uns wieder eine nachhaltige Existenzgrundlage aufbauen. Unsere Mittel dazu und unsere Inspiration dafür werden von dem Wissen und der Technologie der Menschen, von besetzten Häusern und Feldern, von einer starken und lebendigen kulturellen Vielfalt sowie von unserer festen Entschlossenheit kommen, uns aktiv den Verträgen und Institutionen, die die Wurzel allen Übels sind, zu widersetzen und sie nicht einmal ansatzweise zu respektieren.

Da Regierungen überall auf der Welt als Marionetten und Instrumente kapitalistischer Macht handeln und eine neoliberale Politik umsetzen, ohne mit ihrer eigenen Bevölkerung oder den gewählten VertreterInnen in Dialog zu treten, bleibt den Menschen nur die Zerstörung dieser Handelsabkommen und die Wiederherstellung eines Lebens mit unmittelbarer Demokratie übrig - frei von Zwängen, Herrschaft und Ausbeutung. Direkte demokratische Aktion, die in sich gewaltlosen zivilen Ungehorsam gegenüber dem ungerechten System trägt, ist folglich die einzige Möglichkeit, dem Unfug der im Dienste der Konzerne handelnden Staatsgewalt ein Ende zu setzen. Dazu gehört auch das notwendige Element von Spontaneität. Wir erlauben uns jedoch kein Urteil über den Einsatz von anderen Aktionsformen, der unter bestimmten Umständen denkbar wäre.

Es ist höchste Zeit für eine konzertierte Aktion zur Abschaffung des unrechtmäßigen Weltregierungssystems, das transnationales Kapital, Nationalstaaten, internationale Finanzinstitutionen und Handelsabkommen miteinander verknüpft. Nur eine weltweite Allianz von Bewegungen von Menschen, die ihre Autonomie respektieren und aktionsorientierten Widerstand erlauben, kann dieses emporsteigende globalisierte Monster besiegen. Wenn Verarmung der Bevölkerung auf der Tagesordnung des Neoliberalismus steht, so ist die direkte Ermächtigung der Menschen durch konstruktive, direkte Aktion und zivilen Ungehorsam ein wichtiger Programmpunkt von Peoples' Global Action against "Free" Trade and the WTO.

Wir betonen hiermit unsere Absicht, gegen alle Formen der Unterdrückung kämpfen zu wollen. Aber wir wollen nicht nur die uns auferlegten Mißstände bekämpfen, sondern wir sind auch fest entschlossen, eine neue Welt zu erschaffen. Wir halten zusammen, als Menschen

und als Gemeinschaften, und unsere Einheit ist fest in unserer Vielfalt verwurzelt. Zusammen wollen wir eine Vision von einer gerechten Welt entwickeln und arbeiten auf wahren Wohlstand hin, der aus der Ermächtigung der Menschen, aus natürlichem Reichtum, aus Vielfalt, Würde und Freiheit erwächst.

Genf, Februar / März 1998

(Übersetzung aus dem Englischen von Christina Klenner)

Vom fzs Ende der 90er als Broschüre aufgelegt und vertrieben.

Homepage von Peoples' Global Action:

www.agp.org

Der fzs vor fünf Jahren –

„Die nächste Station des weltweiten Widerstands wird Prag!“

Auf zu den Protesten anlässlich des Jahrestreffens von IWF und Weltbank im September!

In den letzten Jahren haben Widerstandsbewegungen weltweit an neuer Dynamik gewonnen, insbesondere bei den Gegenaktivitäten zur Konferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Seattle. Das Scheitern der dritten WTO-Ministerkonferenz, welche die neue Verhandlungsrunde für weitere Liberalisierung einläuten sollte, ist zum Symbol für die neue Dynamik des globalen Widerstands geworden.

Doch Seattle war nur ein Ereignis in einer Reihe von Widerstandsaktionen in den vergangenen Jahren, beginnend mit dem Aufstand der Zapatistas in Chiapas, Mexiko. Seitdem kam es immer wieder zu Massenprotesten und zu Koordinierungen zwischen Basisbewegungen in ihren Protesten. Schon während der zweiten WTO-Konferenz in Genf 1998

- marschierten in Brasilien 40.000 Land-, Erwerbs- sowie Obdachlose eine Woche lang auf die Hauptstadt zu und besetzten das Regierungsviertel,
- demonstrierten 100.000 Menschen in Indien,
- blockierte in Kanada die Bewegung Sal´AMI ein paralleles Wirtschaftstreffen,
- tanzten Menschen anlässlich der ersten Global Street Party auf den Straßen von 37 Städten in allen fünf Kontinenten

Am Global Action Day vom 18. Juni 1999 (vor dem G7-Gipfel in Köln) gingen 10.000 Menschen in Nigeria auf die Straße, "zusammen" mit Menschen zum Beispiel in Australien, Weißrußland, Pakistan und Uruguay sowie in Genf. Dort wurde kurz vor Seattle das WTO-Gebäude besetzt.

Die nächste Station des weltweiten Widerstands wird Prag!

Anlass ist das Jahrestreffen von IWF (Internationalem Währungsfond) und Weltbank im September. Die Welthandelsorganisation, die Weltbank und der Internationale Währungsfond fördern und erzwingen immer weitere Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung. Dies wiederum erlaubt den westlichen Blöcken und den westlichen Konzernen größere Kontrolle über ihre eigene Bevölkerung sowie über Entwicklungsländer und die Staaten des ehemaligen Ostblocks. In den als Demokratie gefeierten USA besitzt ein einzelner Mensch mehr Vermögen als die Hälfte der Bevölkerung, während rund 36 Millionen unter der Armutsgrenze leben.

Weltweit lag das Einkommen des oberen Fünftels der Weltbevölkerung 1960 noch bei dem 30fachen gegenüber dem unteren; 1995 war dies auf das 82fache angestiegen. Der soziale Anstrich, wie z.B. die sogenannte Schuldenstreichung der G 7 für hochverschuldete Länder - d.h. für Länder, deren Schulden u.a. mehr als das 2 1/2-fache der Haushaltseinnahmen betragen - reduziert deren Schulden lediglich auf ein Ausmaß, welches ihnen weitere Zahlungen ermöglicht.

Dazu ist dies verbunden mit Maßnahmen, welchen den Druck auf diese Länder, immer mehr zu exportieren, erhöht. Dies ist nicht "sozial", sondern Maximierung der Ausbeutung. Durch

den IWF eingeführte sogenannte "Kostenbeteiligungen" bedeuten dabei für Arme unbezahlbare Gebühren zum Beispiel für Bildung - vor allem Mädchen werden aus der Schule genommen - oder Gesundheit. 17 Millionen Kinder sterben jährlich an leicht heilbaren Krankheiten. In diesem System gilt dies als Kollateralschaden.

Die weltweite Vernetzung von Basisbewegungen zeigt deutlich, dass wir protektionistische, rassistische oder nationalistische Lösungen aufs Schärfste ablehnen. "Todo para todos", - alles für alle, diese Aussage der Zapatistas steht hinter unserem Protest.

Für eine Welt, in der viele Welten Platz haben! - Lasst uns die Zukunft erobern und die Welt neu gestalten!

Beteiligt euch an der Mobilisierung nach Prag und den inhaltlichen Diskussionen im Vorfeld. Organisiert Busse und Informationsabende. Unterstützt die Gruppen in Prag mit Geld, Material oder Mitarbeit.

Infos dazu (Adressen, ReferentInnenvermittlung, Spendenkonto, Mailingliste usw.) können beim fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften) erfragt werden.

Kontaktadresse: fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften) Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel. 0228/26 21 19, Fax. 0228/242 03 88, e-Mail: fzs@studis.de

virtuelle Vernetzung: Mailingliste: prag2000-de@egroups.com (Eintragen: leere Mail an prag2000-de-subscribe@egroups.com schicken) Webseite: <http://go.to/prag-2000> (deutschsprachige Vernetzungsseite)

Termine:

ab 10.09. Karawane "Geld oder Leben" von Hannover nach Prag

22.-28.09. Aktionswoche in Prag:

22.-28.09. Festival "art and resistance"

22.-24.09. Gegengipfel

24.09. Demonstration gegen IWF/ Weltbank-Gipfel

26.09. GLOBAL ACTION DAY

26.-28.09. offizieller IWF/ Weltbank-Gipfel

-

Prag selbst organisieren!

"Fern der reformistischen und bürokratischen Praxis, bei der es um das Streben nach Macht geht, entsteht ein Kampf, dessen Stärke aus der Vielfalt kommt. Die Unzufriedenen richten ihr Augenmerk auf die Wege der Selbstorganisation, der Selbstverwaltung, der direkten Demokratie und der Autonomie als roter Faden, der sie zur Befreiung von den kapitalistischen Zwängen führt. Sie lassen hinter sich die alten klassischen, vertikalen und autoritären Strukturen, deren Zweck nur die Herrschaft von Menschen über andere Menschen und Naturzerstörung sind. Ziel ist der Aufbau einer Bewegung ohne Chefs, Avantgarde und Hegemonie, und die Idee einer Einheit in der Vielfalt und einer Stärke im Pluralismus."

(aus einem brasilianischen Aufruf zum S26, globaler Aktionstag gegen Kapitalismus)

Die Proteste gegen IWF und Weltbank in Prag werden aus den Zusammenhängen einer weltweiten Basisbewegung organisiert. Basisbewegung bedeutet eine Bewegung, in der es keine autoritären Strukturen von Chefs, Kadern und Hierarchien gibt. Wir denken, dass dieser Gedanke der Bewegung von unten, der horizontalen hierarchiefreien Vernetzung, für die deutsche Mobilisierung nach Prag der Anspruch sein sollte. Darum lehnen wir die Bildung eines bundesweiten "Bündnisses" ab, sondern setzen auf die horizontale Vernetzung von Menschen und Basisgruppen, die sich untereinander koordinieren. Wir sehen Prag als einen weiteren Schritt im Prozess des Aufbaues einer horizontal vernetzten Bewegung von unten in der BRD und international.

Basisbewegung heißt, als erstes sich selbst mit dem Thema inhaltlich auseinander zu setzen und die eigenen lokalen Zusammenhänge anzusprechen. Der Prozess fängt an der Graswurzel an und nicht in Prag. Dazu bieten sich Infoveranstaltungen, Teach-Ins und Formen von inhaltlicher Vermittlung, bei der Menschen sich selbst Wissen aneignen, an.

Bildet gemeinsame Infopools, macht Informationen anderen zugänglich und stellt eure Konzepte, Materialien, mögliche ReferentInnen etc. auf die deutschsprachige Vernetzungsw Webseite für Prag (Beiträge an: neolib@angelfire.com). Dort können sie dann von allen Menschen mit Internet-Zugang abgerufen werden (<http://go.to/prag-2000>). (<http://inpeg.ecn.cz>)

Ideen für weitere nicht-virtuelle Medien sind:

- Videos
- Radiobeiträge
- Comics
- Infopakete für Teach Ins
- Zeitungen
- Plakate

(wir produzieren gerade eine Zeitung und ein Plakat zur IWF/Weltbank-Kampagne, die beim fzs bestellt oder im Internet abgerufen werden können)

Falls ihr Material erstellt / ausfindig macht, das interessant sein könnte, stellt es auf die Webseite!

Ein Instrument der bundesweiten Koordination der lokalen und regionalen Vernetzung von Basisgruppen kann die Mailingliste prag2000-de@egroups.com sein (zum Eintragen eine leere Mail an prag2000-de-subscribe@egroups.com schicken). Menschen mit Internet-Zugang sollten die Informationen ausdrucken und in ihren lokalen und regionalen Zusammenhängen verbreiten.

Für eine Welt, in der viele Welten Platz haben!

Bestelladresse für unsere Zeitung / Plakat (auch für ReferentInnen): fzs (freier Zusammenschluß von studentInnenschaften), Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel: 0228-262119, Fax: 0228-242 03 88, E-Mail: fzs@studis.de

Internationale Kontaktliste: http://pages.hotbot.com/edu/stop.wto/S26_contacts.html

Von den Auswirkungen internationaler "Bildungspolitik"

Zum Begriff der „Globalisierung“ mag mensch stehen, wie mensch will - in jedem Fall werden internationale Aspekte in der Hochschulpolitik immer bedeutsamer. Von studentischer Seite in Deutschland ist dies bislang kaum realisiert worden - aber studentische Politik bedeutet mitnichten nur die klassische Beschäftigung mit traditionellen hochschulpolitischen Themen wie Studiengebühren, Qualitätssicherung etc., sondern bedarf auch einer stärkeren Auseinandersetzung mit den bildungspolitischen Konzepten, die auf europäischer und internationaler Ebene von verschiedenen Akteuren vertreten werden. Von erheblichem Einfluss sind z.B. die bildungspolitischen Papiere der Weltbank - in denen eine klare ideologische Stossrichtung vertreten wird. Darin wird (universitärer) Bildung der Charakter des Allgemeinguts abgesprochen, da sie, begrenzt verfügbar, nicht von allen gefordert sei, und mit Ausschlussmechanismen arbeite. Als Reformkonsequenz für Finanzierung und Management höherer Bildung schlägt die Weltbank sodann vor: Einführung oder Erhöhung von Studiengebühren zur Umwälzung der Kosten von den Steuerzahlerinnen auf Eltern und Studentinnen, Einführungen von Kreditsystemen zum gleichen Zweck, Förderungen von Privatinvestitionen im Bildungsbereich zur Steigerung des Wettbewerbs um Mittel und Menschen, Forschungsvereinbarungen mit der Wirtschaft und Effektivitätssteigerung des Mitteleinsatzes.

Man könnte nun denken, das sei nichts sonderlich Neues, und Papier ohnehin geduldig. Doch handelt es sich mitnichten um bloßes Papier. Die Weltbank verfügt, in Zusammenarbeit mit ihrem Zwilling, dem Internationalen Währungsfond (IWF), durch die so genannten „Strukturanpassungsprogramme“ (SAP) über die politische Macht, hochverschuldete Länder zu derartigen Schritten zu zwingen - kein SAP, keine neuen Kredite oder Umschuldungen. Die Auswirkungen auf den Bildungsbereich erwiesen sich als verheerend, vor allem in den Ländern der so genannten Dritten Welt, in denen Bildung immer mehr zum Privileg der herrschenden Klasse verkommt. Das fängt mit der Grundschulbildung an und wird mit jeder Stufe extremer.

So ist das 1990 von der Weltbank und der UNESCO auserufene Ziel, den Analphabetismus bis zum Jahr 2000 besiegt zu haben, auch durch die massive Privatisierungswelle verfehlt worden, allen Beteuerungen zum Trotz, die Weltbank sei die primäre Sponsorin für Bildung in den Entwicklungsländern. Diese „Sponsor“tätigkeit bedeutet konkret, dass in immer mehr Ländern tertiäre Bildungseinrichtungen privatisiert wurden und profitorientiert (höhere) Bildung anbieten. Auf den Philippinen führte das zum Beispiel zu einem drastischen Anstieg der Studiengebühren. Das wiederum hat zur Folge, dass sich ein großer Teil der philippinischen Studentinnen regelmäßig prostituiert, um die Gebühren bezahlen zu können. Philippinische Jugend- und Studentinnenorganisationen haben mittlerweile den Kampf gegen diese "Prostitution", der Begriff zusammengesetzt aus "Prostitution" und "tuition" (fees), aufgenommen. Ein Punkt an dem internationale Solidarität gut täte zumal die Bundesrepublik und die anderen Industriestaaten durch ihr Abstimmungsverhalten zum Großteil für die Politik dieser Institutionen verantwortlich sind. Als weiteres Beispiel sei Zimbabwe genannt, das bis vor gut zehn Jahren eines der besten Gesundheits- und Bildungssysteme im subsaharischen Afrika hatte. Nach der Aufnahme eines Weltbank- Kredits mit Strukturanpassungsprogramm Anfang der 90er Jahre wurden die Ausgaben in beiden Bereichen massiv beschnitten. Mittlerweile geht ein Drittel der Kinder nicht mehr zur Schule, das Gesundheitssystem ist vollkommen zusammengebrochen - und das in einem Land, in dem ca. 30 der Bevölkerung HIV-positiv sind.

Intensiverer Widmung bedarf es auch der Ausweitung des Diensthandelsabkommens "GATS" (General Agreement on Trade in Services) im Rahmen der Welthandelsorganisation "WTO" auf den Bildungsbereich. Die Auswirkungen sind zwar noch nicht absehbar, da das GATS eigentlich nur auf "nicht-öffentliche Dienstleistungen" angewandt werden kann und der Status der Bildungssysteme mit sowohl staatlichen wie privaten (Hoch)Schulen nicht klar definiert wird. Bezöge man den Bildungsbereich ein, besteht Anlass zu der Vermutung, dass dieser vor der größten Umwälzung seiner Geschichte stünde. WTO heißt Freihandel, heißt Abbau von Subventionen, heißt Abbau von Handelshemmnissen, heißt Gleichbehandlung ausländischer und inländischer Konzerne in allen Bereichen, heißt Deregulierung, Privatisierung um Kommerzialisierung. Was das konkret für die Bildungssysteme bedeutet, überlassen wir der Phantasie der Leserinnen. Hochschulpolitische Arbeit auf der supranationalen Ebene beinhaltet auch die Auseinandersetzung mit UNESCO, der für Bildung zuständigen UN-Institution, die allerdings weniger Mitarbeiterinnen im Bildungsbereich hat als die Weltbank. Da UNESCO zum Großteil von Geldern der Geberländer und -institutionen abhängt, mag es nicht verwundern, dass auch dort neoliberale Konzepte in den vergangenen Jahren an Einfluss gewonnen haben, vor allem durch die massive Rolle der Weltbank.

Für die internationale Studentinnenbewegung heißt dies, dass Vernetzung und Zusammenarbeit zunehmend wichtig werden, um diesen Trends entgegen zu steuern. Entsprechende Zusammenarbeit gab es in den vergangenen zwei Jahren nicht in ausreichendem Maß. Um so bedeutsamer war, dass sich Mitte Oktober 2000 in Genf Vertreterinnen der regionalen Organisationen aus Asien/Pazifik/Ozeanien, Afrika, Lateinamerika, Europa, Kanada und die International Union of Students (IUS) trafen, um über eine weitere Zusammenarbeit zu beraten und zu diskutieren. Als erster Schritt wurde beschlossen, zu den oben genannten Themen einen Reader zu produzieren, der in diese thematischen Zusammenhänge einführt.

Wichtig erscheint es angesichts der Blindheit vieler deutscher Studentinnenvertretungen und -verbände im internationalen Bereich, dass sich mehr Menschen mit diesen Konzepten auseinandersetzen und eine kritische Analyse mit der Entwicklung konkreter Handlungsschritte verbinden, denn, um einen alten Slogan des internationalen Studentinnenverbandes aus den 80er Jahren zu zitieren: „Education is a right - not a privilege.“ (Bildung ist ein Recht - kein Privileg).

Stefan

Veröffentlicht in:

*Zeitung des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (2001) und
„Aktionen in Genua – unabhängige Mobilisierungszeitung gegen den g-8 Gipfel in Genua vom 19.-22. Juli“*

EEF inhaltlich begleiten!

AntragstellerInnen: Vorstand

Die Aktiven und MandatsträgerInnen des fzs werden beauftragt, auf dem European Educational Forum im September in Berlin möglichst viele Workshops, Foren, etc. im Namen des fzs anzubieten und weitere WorkshopleiterInnen zu verschiedenen Themen zu mobilisieren. Sie stehen den EEF-OrganisatorInnen bei der inhaltlichen Ausgestaltung beratend zur Seite. Hier sind insbesondere die Aktiven des AK EuroHoPo und AK Antifa gefordert. Der fzs unterstützt den offiziellen Aufruf zum EEF nicht. Er gibt keinen finanziellen Zuschuss, der über die Kosten hinausgeht, welche für Fahrt und Unterkunft der WorkshopleiterInnen anfallen, die im Namen des fzs Workshops anbieten.

Begründung:

Auf dem European Social Forum vereinbarten TeilnehmerInnen des Bildungsforums, anlässlich der Bologna-Nachfolge-Konferenz der BildungsministerInnen aktiv zu werden. Education-is-not-for-sale als aktivste teilnehmende Organisation im Bildungsbereich übernahm anschließend die Initiative, eine studentisch geprägte Parallel-Veranstaltung zu organisieren.

Aus dem ursprünglich geplanten Gegengipfel ist mittlerweile ein neutraleres „Educational Forum“ geworden, welches sich nicht ausschließlich auf den Bologna-Prozess bezieht, sondern vier inhaltliche Themenkomplexe (Zugang, Internationalisierung, Partizipation, Kommerzialisierung???) umfasst. An zwei Tagen sollen in verschiedenen Veranstaltungsformen „eigene“ Vorstellungen diskutiert werden. Inhaltliche Vorgaben außer einer Orientierung an den vier Themenkomplexen bestehen nicht. Jede interessierte Organisation und Einzelperson ist aufgerufen, unabhängig von der politischen Orientierung Veranstaltungen (Workshops, Seminare usw.) anzubieten. Ob und in welcher Form Plena zu bestimmten Themen stattfinden, ist noch nicht geklärt. Am dritten Tag soll eine zentrale Demonstration stattfinden. Voraussichtlich werden parallel zum Gipfel „Spontandemonstrationen“ geplant/durchgeführt.

Der zentrale Aufruf zur Veranstaltung ist auf www.eef2003.org zu finden. Nach Erstveröffentlichung wurde er vor wenigen Wochen auf dem zweiten größeren Vorbereitungstreffen modifiziert.

Das Organisationsteam besteht trotz Bemühungen um eine internationale Beteiligung nur aus Leuten aus Deutschland, insbesondere Berlin und NRW. Bislang haben auch (fast?) ausschließlich deutsche Organisationen eine Unterstützung des Aufrufs beschlossen.

ESIB hat eine Unterstützung der Veranstaltung auf dem Board Meeting im Mai in Sofia diskutiert. Dabei standen verschiedene Anträge zur Abstimmung:

Der erste grundlegende Antrag zielte auf eine Teilnahme an Organisation und Durchführung der Veranstaltung; Ergänzungsanträge sahen u.a. einen Aufruf an die ESIB-Mitglieder zur Mobilisierung und Teilnahme vor sowie das Anbieten eines Workshops zur Analyse von Stärken, Schwächen, Chancen und Gefahren des Bologna-Prozesses. Keiner dieser Anträge bekam die erforderliche Mehrheit; unterstützt wurden die Anträge vor allem von mit dem fzs eng befreundeten Verbänden aus Italien, Österreich, Schweiz, Niederlande und Belgien;

Nordeuropa stimmte geschlossen dagegen; aus Osteuropa gab es ganz überwiegend Enthaltungen. Zur Entscheidungsfindung lag u.a. der Aufruf vor, welcher allerdings am gleichen Wochenende noch einmal geändert wurde. Keiner der anwesenden Verbände erklärte, in größerem Stil nach Berlin mobilisieren zu können; aus ost- und südeuropäischer Perspektive sind neben den Reisekosten v.a. die Semesterferien ein deutliches Hindernis. UDU/Italien als stark interessierter Verband schätzte, dass bei hohem Aufwand eine maximale Zahl von 10 TeilnehmerInnen mobilisiert werden könne. Einwände aus Nordeuropa waren v.a. die inhaltliche Beliebigkeit und ggf. Unvereinbarkeit der Workshops/Ergebnisse mit ESIB-Positionen, die fehlende klare Zielrichtung der Veranstaltung sowie eine generelle Kritik an „Präsenzdemokratie“.

Die Veranstaltung wird daher dem Vernehmen nach nicht in größerem Maße einen europäischen Charakter haben, sondern eine ganz überwiegend deutsch geprägte Veranstaltung sein. Ein deutlicher bildungspolitischer Impuls durch die Veranstaltung ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erwarten. Eine starke Präsenz von nicht-studentischen TeilnehmerInnen aus dem Ausland ist nicht zu erwarten; in welcher Größenordnung die BundesSchülerInnenVertretung mobilisieren wird, ist derzeit nicht absehbar.

Um mit aufrufen zu können und insbesondere die europäischen Partnerverbände und ESIB mit ins Boot holen zu können, hätte der fzs von Anfang an an den Planungen beteiligt sein müssen. Dafür besaßen die Gremien aber weder ein Mandat, noch wurde frühzeitig von Seiten der OrganisatorInnen Kontakt gesucht.

Der Vorstand und der AK EuroHoPo konzentrieren sich bei der Arbeit in Bezug auf Berlin auf den vom fzs mitgetragenen Kongress und dessen inhaltliche Vorbereitung. Hierzu hat der AK EuroHoPo von seiner Seite auch bereits eine Vorbereitungsgruppe in die Pflicht genommen, die sich spezifisch um die inhaltliche Ausgestaltung von AK-Seite bemühen soll.

Eine inhaltliche Beteiligung am EEF scheint dennoch sinnvoll, um die fzs-Positionen und diskurse auch in einer erweiterten Öffentlichkeit zur Disposition zu stellen und die inhaltliche Vorarbeit zu vielen europäischen und internationalen Themen nicht im engen Verbandsrahmen zu halten und sich vor der Öffentlichkeit zu verstecken.

Eine finanzielle Beteiligung ist allein aus haushaltstechnischen Gründen schon nicht sinnvoll; der fzs hat für die eigene Arbeit/eigene Veranstaltungen nicht ausreichen Finanzmittel zur Verfügung. Darüber hinaus erscheint es nicht ratsam, eine Veranstaltung mit unvorhersehbarem Ausgang, einer fehlenden Zielrichtung auf bildungspolitische Außenwirkung und einem überwiegend deutschen Charakter ohne eine deutliche Beteiligung des Dachverbandes finanziell zu unterstützen.

Streik – aber dann?

Historische Besonderheit und politische Perspektiven der aktuellen Proteste

Die jüngste Streik- und Protestwelle kam unerwartet. Die heutigen Protestgenerationen denken gesellschaftsbezogener als von früheren Streikaktiven prognostiziert. Um die Breite und Durchsetzungskraft ihrer Forderungen zu steigern, beginnen Studierende Vernetzungen mit den Gewerkschaften weiter auszubauen. Auch gibt es Ansätze zu europaweiter Koordination der studentischen und sozialen Bewegungen.

Kaum jemand hätte die Intensität, Breite und Dauer der Proteste in den Wochen um den Jahreswechsel vorausgesagt. Im November begann an mehreren Hochschulen die größte Streik- und Protestwelle seit sechs Jahren.[1] Der Aufruhr überdauerte sogar den Jahreswechsel und breitete sich stellenweise im Januar sogar noch aus. Dass sich aus den vornehmlich auf landesspezifische Reformentwürfe reagierenden Protesten eine annähernd bundesweite [2] Streikbewegung bilden konnte, ist auf erfolgreiche Vernetzungsarbeit zurückzuführen. Inhaltlich arbeitet man sich sowieso an kompatiblen Sparprogrammen ab, mit denen Landesregierungen in Ost und West daran gehen, Hochschulbildung haushaltsverträglich umzustrukturieren.

Da entsprechende Pläne vielerorts gleichzeitig bekannt wurden, beschlossen Studierende in mehreren Bundesländern zunächst unabhängig voneinander den Protest. Sie nagelten wie in früheren Jahren den Sarg für ihre Bildung oder gingen gleich ins Wasser, produzierten Aktkalender, überraschten sogar durch kreative Aktionen wie etwa in Berlin die Besetzung schwedischer Möbelhäuser, roter Rathäuser und offener Fernsehsender. Dabei gelang es, die Sympathie beachtlicher Teile der Bevölkerung zu gewinnen. Bildungspolitik wurde zum nationalen Mainstream-Thema: Diskussionen auf Bundesebene, wie der Ruf nach Elitenförderung, die Abschaffung der ZVS und die Einführung von generellen Studiengebühren sorgten neben den andauernden Protesten dafür, dass die Misere an deutschen Hochschulen in den überregionalen Medien zur Prime-Time und auf den vorderen Seiten debattiert wurde [3].

So konnten am 13.12. mühelos Großdemonstrationen in Berlin, Frankfurt am Main und Leipzig durchgeführt werden, während ebenfalls im Dezember auch in anderen europäischen Ländern gegen Bildungs- und Sozialabbau demonstriert wurde. Der studentische Dachverband fzs bemühte sich verstärkt, Vernetzung zu fördern [4], die lokal erhobenen Forderungen zentral zu sammeln und gebündelt durch Pressearbeit auf überregionaler Ebene zu vertreten.

Unerwartet weitgehende Forderungen

Die immer gleichen Schlagworte bestimmen zur Zeit die bildungspolitischen Diskussionen in egal-welchem Bundesland: Haushaltskürzungen, nachfrageorientierte Hochschulfinanzierung, und damit verbunden die wachsende Abwälzung der Studienfinanzierung auf „eigenverantwortliche“ Studierende ebenso wie die Einführung „schlanker“ Managementstrukturen und der Ruf nach mehr Wettbewerb und Effizienz umreißen die durchgängig propagierte Einheitsrezeptur bildungspolitischer (Pseudo-)Perspektiven.

Das Menschenbild hinter den „eigenverantwortlich“ in ihr eigenes Humankapital investierenden Studierenden ist identisch mit dem, was sich hinter den Ich-AGen der Hartz-Reformen verbirgt – was zeigt, dass Studierende von der Ökonomisierung aller Lebensbereiche ebenso wenig ausgenommen werden wie Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen, ArbeitnehmerInnen und RentnerInnen. „Konkurrenz statt Kooperation“ lautet der leuchtende Pfad in die Zukunft. Politische Alternativen werden mit Hinweis auf den Sachzwang leerer Kassen ausgeblendet.

Der übliche Vorwurf, dem sich Streikaktive seit Ende der 70er ausgesetzt sahen, hat mit der Beschränkung auf „studentische“ Anliegen zu tun: Politische Forderungen bezogen sich oft lediglich auf die unmittelbare Hochschulsphäre und blendeten weitgehend den gesamtgesellschaftlichen Kontext aus. Kritische TeilnehmerInnen des bundesweiten „Lucky Streik“ 1997 beklagten dann auch die „unpolitischen“ Protestzüge mit „Eventcharakter“: In einer erlebnisorientierten Konsumgesellschaft gehörte es für die meisten TeilnehmerInnen offenbar lediglich dazu, mal bei einem Streik dabei gewesen zu sein. Brav vermieden sie „allgemeinpolitische“ Äußerungen. Was gehen Studierende schon die Probleme der sozial Schwachen oder Angestellten an? Mit wenigen Ausnahmen wurden die Gewerkschaften dann auch links liegen gelassen.

Doch heute stellt sich oft ein anderes Bild dar: Was sich bereits bei den Hochschulstreiks in NRW 2002 abzeichnete, die sich gegen Verwaltungsgebühren und Gebühren für Langzeitstudierende richteten, prägt nun das Gesicht studentischer Proteste in entscheidendem Maße: Ein auffallender Gesellschaftsbezug der Forderungen ist zu verzeichnen. Der Anspruch „Gegen Bildungs- und Sozialabbau!“ ist keinesfalls nur ein plakatives Lippenbekenntnis, sondern war auf vielen Vollversammlungen mehrheitsfähig. Auch die gemeinsam mit Gewerkschaften organisierten Großdemos hatten eine klare sozialpolitische Ausrichtung. Insgesamt scheint für den gesamtgesellschaftlichen Bezug studentischer Forderungen eine höhere Akzeptanz in der heutigen Streikgeneration zu bestehen. Woran liegt das?

Zum einen fällt es sicherlich in einer Zeit, in der tagtäglich in den Medien mit einer anhaltend großen Arbeitslosigkeit, Firmenschließungen und Abbau von Sozialleistungen berichtet wird, schwer, die gesamtgesellschaftliche Perspektive auszublenden. Wenn PolitikerInnen davon reden, alle müssten die Gürtel enger schnallen, und so auch Reformen an den Hochschulen mit leeren Kassen begründet werden, wird klar, dass man sich ohne einen kritischen Bezug auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen schnell ins Abseits befördert.

Zum anderen wird – als konsequente Reaktion auf diese globalen Entwicklungen - überhaupt mehr demonstriert als je zuvor. Die weltweite Sozial- und Antikriegsbewegung bringt mehr Leute als je zuvor für einen Politikwechsel auf die Straßen. Beim Europäischen Sozialforum in Florenz gingen im November 2002 über 500.000 Menschen auf die Abschlussdemo, am 15. Februar dann mehrere Millionen in ganz Europa gegen den Irakkrieg, davon allein 1.000.000 in London – die größten Demonstrationen in der jüngeren Geschichte.

Einige sehen einen Zusammenhang zwischen dem Anwachsen der globalisierungskritischen Bewegung und einer engagierteren Jugend, und damit auch einer stärker politisierten Studierendenschaft. Diese Beobachtung erklärt nicht nur die Dynamik der aktuellen Proteste an den Hochschulen, sondern bietet auch einen Erklärungsansatz für die Schwachstellen der heutigen sozialen Bewegungen. Denn obwohl sich die Befürchtungen einiger Aktive von 1997, es werde wohl der letzte große Streik gewesen sein, ebenso wie das Gerede einer zunehmend politikfernen und aufs eigene Weiterkommen fixierten Jugend als falsch erwiesen haben, sind die tatsächlichen Schwachstellen heute inhaltlicher Art.

Anstatt sich nur für ihr eigenes Studium zu interessieren, ist die gesamtgesellschaftliche Sichtweise in Zeiten von Hartz-Reformen „common sense“ geworden. An Stelle des politischen Desinteresses und der Pfründesicherung tritt so oft eine politische Beliebigkeit, die gerne gegen Bildungs-, Sozialabbau und Krieg auf die Straße zieht, ohne allerdings in der globalen Ausrichtung der Proteste Konkretes und Ausgearbeitetes in Bezug auf Einzelaspekte z.B. der Hochschulbildung zu sagen.

Nie gingen mehr Menschen gegen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche auf die Straßen. Dadurch werden politische Analyse und Forderungen leider nicht präziser. So wurde z.B. der Bundesregierung im berechtigten Zorn auf die Agenda 2010 gerne auch gleich der Schwarze Peter für die verfehlte Hochschulpolitik zugeschoben, obwohl Bildungspolitik vor allem Sache der Länder ist.

Wie lassen sich Ungenauigkeiten in der Argumentation vermeiden? Inhaltliche Arbeit findet bei Hochschulstreiks meist in Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen statt. Institutionalisierte Vernetzung in Form von Landesvertretungen und des studentischen Dachverbands entstanden nicht zuletzt aus dem Bedürfnis, dauerhafte Arbeitsstrukturen zu schaffen, damit nicht jedes Mal ganz von vorne angefangen werden muss. Streikaktive sind gut beraten, sich der vorhandenen Strukturen zu bedienen um sich auszutauschen und auf diesem Wege Erfahrungen zu teilen. Deshalb führte der fzs im Januar eine inhaltliche Tagung für Streikaktive durch, um Protestperspektiven für das kommende Sommersemester zu diskutieren und politische Forderungen zu formulieren – sicher nicht die letzte.

Europäische Prozesse und studentische Vernetzung

Zeitgleich mit dem studentischen Aufstand an deutschen Hochschulen gab es Proteste auch in anderen europäischen Ländern, darunter Frankreich, Großbritannien, Irland, Belgien, Dänemark, Italien und Tschechien [5]. Dass sich an so vielen Orten gleichzeitig Unmut regt, kann als Reaktion auf Globalisierungsprozesse im Bildungsbereich bzw. deren Implementierung in nationale Bildungssysteme gewertet werden.[6] Da viele dieser Strukturreformen mit einer Ökonomisierung der Hochschulbildung einhergehen oder solche Entwicklungen befördern, wollen Demos, Aktionstage und Kampagnen europaweit geplant und koordiniert werden. Zudem wird Mitsprache auf internationalen Entscheidungsebenen eingefordert – Studierende drängen auf ihr Recht, ihre Stimme bei der Gestaltung des europäischen Hochschulraumes einzubringen. Die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes stellt somit studentische Interessenvertretung vor neue Aufgaben.

Es stellt sich also die Frage, wie eine wirksame internationale studentische Politik aussehen kann. Momentan gibt es unterschiedliche, zum Teil auch gegenläufige Ansätze. Studierendenvertretungen bzw. deren nationale Dachorganisationen – wie in Deutschland der fzs - sind im europäischen Dachverband ESIB zusammengeschlossen. Hier nutzen gewählte VertreterInnen Gestaltungsspielräume bei europäischen Prozessen, einigen sich auf gemeinsame Kampagnen und Aktionstage und leisten gegenseitige Unterstützung. Basisnäher und zahlreich besucht ist das demnächst in London stattfindende Europäische Sozialforum, der kontinentale Ableger des Weltsozialforums. Dort gibt es auch Panels und Plena zu bildungspolitischen Themen. Zahlreiche studentische Organisationen und Gruppen mobilisieren dorthin.

Eine Teilnahme an der Sozialforen-Bewegung könnte studentischen Protesten eine gute Ausgangslage zum Bilden von europäischen Bündnissen mit anderen Strömungen,

Netzwerken und Organisationen ermöglichen. Auch ESIB-Mitglieder waren auf den letzten Sozialforen zugegen. Allerdings sind die möglichen Perspektiven der globalisierungskritischen Versammlungen sehr unklar. Zwar wurde bereits auf dem ESF 2002 in Florenz eine Bildungscharta verabschiedet [7], doch ist diese inhaltlich sehr vage und kaum repräsentativ. Auch war von „Forderungen der Studierenden“ auf dem ESF 2003 in Paris zu hören – beim näheren Hinsehen ging es dabei ausschließlich um studentische Attac-Mitglieder. Immerhin einigt man sich dort auf europaweite Aktionstage – eine nicht zu unterschätzende Vernetzungsleistung. Es erscheint hingegen unwahrscheinlich, dass sich stringent arbeitende inhaltliche Arbeitskreise auf einem ESF zusammenfinden, die in der Lage wären, elaborierte Positionen zu internationalen bildungspolitischen Prozessen zu entwickeln. Hierfür bietet sich nach wie vor ESIB aufgrund seines ungleich höheren Organisationsgrades an. In inhaltlichen Komitees ist dort verbindliche und qualitativ hochwertige Arbeit möglich.

Sozialforen und ähnliche Großveranstaltungen sind allerdings für alle offen und wirken ob ihres Festival-ähnlichen Charakters für EinsteigerInnen attraktiv. Außerdem agieren hier Studierende nicht für sich alleine, sondern können die Nähe zu anderen gesellschaftlichen Gruppen für Bündnisarbeit und koordinierte Aktionen sowie – in Ansätzen - gemeinsamer inhaltlicher Arbeit nutzen. In ihrer harmonischen Offenheit liegen allerdings auch die spezifischen Probleme der Sozialforen-Bewegung. Zum Zweck einer geeinten Bewegung gibt man sich häufig mit einer Einigung auf den kleinsten Nenner zufrieden. Auf den Foren selbst spielt eine vertiefende inhaltliche Befassung mit politischen Themen zwecks Präzisierung von Analyse und Forderungen daher praktisch keine Rolle [8].

Ausblick

Der Ruf nach engerer Kooperation mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen ist bei den momentanen Streikaktiven deutlich vernehmbar. Leider fällt im Rückblick auf vorangegangene Hochschulproteste auf, dass mit solchen Vorhaben nach jeder Streikwelle wortwörtlich "bei 0" angefangen werden musste – bis heute hat sich daran nichts grundlegend geändert. Trotz wachsender Medienpräsenz ist etwa der studentische Dachverband einigen GewerkschafterInnen immer noch gänzlich unbekannt.

Inhaltliche Zusammenarbeit findet - von gemeinsamen Demoaufrufen und sonstiger gelegentlich gepflegter Bündnisarbeit abgesehen – nur punktuell und zu Einzelthemen statt. Dabei sollten sowohl der Bildungsbereich als auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen im Visier gemeinsamer Anstrengungen stehen - Konzepte zum Abbau von Sozialleistungen wie die Agenda 2010 oder das "Innovationsoffensive"-Papier der SPD machen eine lautstärkere, anhaltende und koordiniertere Reaktion aus dem gewerkschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Lager notwendig. Nur so lässt sich tatsächlich politischer Druck erzeugen. Es stellt sich also die Frage, wie eine bessere, inhaltliche und dauerhafte Zusammenarbeit zu bildungspolitischen und gesamtgesellschaftlichen Themen aussehen kann.

In Bezug auf das Hochschulstudium hat es solche Kooperationsinitiativen schon gegeben. Bereits 1998 legte der fzs gemeinsam mit dem BdWi und Gewerkschaften die "Eckpunkte einer qualitativen Studienreform" vor [9]. DGB, fzs, BdWi, IG Metall und GEW und andere wollten mit diesem Positionspapier Anstöße für die Erneuerung einer Studienreformdiskussion in Hochschule, Öffentlichkeit und Politik geben. Sie gingen in ihrer gemeinsamen Initiative davon aus, dass Ausgangspunkt einer wirklich Perspektiven schaffenden Studienreform nur eine kritische Bestimmung des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft sein kann. Das Studium sollte kritisch-praxisbezogen sein,

immer die Gesellschaft sowie die Möglichkeit, diese zu verändern im Auge. Das Studium dient demnach nicht allein der Berufsausbildung, sondern darüber hinaus dem Erwerb von Fähigkeiten und Kenntnissen zur selbstverantwortlichen Lebensgestaltung inklusive gesellschaftlicher und politischer Mitwirkung.

So ergaben sich grundlegende Forderungen. Notwendig ist die gleichberechtigte Beteiligung von Studierenden mit ihren individuellen Voraussetzungen, Interessen und Fähigkeiten an der Gestaltung von Studiengängen. Zentrale Forderungen waren ebenso die Öffnung der Hochschulen durch die Gleichstellung beruflicher und wissenschaftlicher Bildung sowie die Stärkung solcher Hochschulfunktionen wie berufsbegleitender Studienangebote und berufsunabhängiger wissenschaftlicher Weiterbildung. Eine erfolgreiche Studienreform ist unmittelbar verknüpft mit der Gleichstellung von Frauen und Männern in Lehre, Forschung und Studium, mit der Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden, einer Reform der Personalstruktur und -ausstattung sowie der Stärkung demokratischer Selbstverwaltung der Hochschulen im Rahmen öffentlicher Verantwortung für ihre Finanzierung.

Die als inhaltliche Ausarbeitung und Erweiterung der Forderungen der Streiks von 1997 geplante Initiative blieb nur eine punktuelle Anstrengung. Es ist bis heute nicht gelungen, die UnterzeichnerInnen erneut an einen Tisch zu bringen, geschweige denn, kontinuierlich inhaltlich arbeitende Strukturen ins Leben zu rufen. Dabei ist es notwendig, die Forderungen auf den neuesten Stand zu bringen und sich auch zum Abbau des Sozialstaates gemeinsam zu äußern. Auf dem bereits erwähnten fzs-Streikaktiven-Kongress wurde in Arbeitskreisen nicht nur über Hochschulzugang und -finanzierung sowie die aktuelle Elitendebatte diskutiert, sondern auch über die Reformen der Agenda 2010. Als ReferentInnen waren auch GewerkschafterInnen und in zivilgesellschaftlichen Strömungen wie z.B. Attac Aktive eingebunden.

Gewerkschaftliche Positionen ergänzen und erweitern studentische Forderungen – und umgekehrt. In der Verantwortung studentischer Beteiligung muss hier der Kampf um freien Zugang zu Bildung für alle Menschen liegen, wobei Bildung einem emanzipatorischen und gesellschaftskritischen Ideal verpflichtet ist. Auch Weiterbildung und berufliche Bildung fallen darunter. Andererseits verbringen Studierende ihre Zeit nicht nur mit ihrem Studium, sondern üben auch noch andere gesellschaftliche Rollen, etwa als ArbeitnehmerInnen aus, was gewerkschaftliche Organisation erstrebenswert macht.

Im Hinblick auf eine Fortsetzung sozialer Proteste führen der fzs und Gewerkschaften momentan Gespräche untereinander und mit anderen Verbänden und Bündnissen, um die Vernetzung zu marktradikalen Reformen im Bildungs- und Sozialbereich zu fördern. Einen Ausgangspunkt für engere Zusammenarbeit kann der im Mai stattfindende Perspektivenkongress bieten, der von Gewerkschaften, fzs, BdWi und weiteren sozial-orientierten Verbänden, Bündnissen und Gruppen organisiert wird.

Wenn Streiks und Proteste gegen Bildungs- und Sozialabbau auf inhaltliche Vorarbeit und existente Kooperationsstrukturen zugreifen können, ist man dem Ziel einer geeinten und schlagkräftigen sozialen Bewegung in der BRD schon ein gutes Stück näher gekommen. Eine öffentliche Debatte über die marktradikale Ideologie, die sich hinter den Kürzungen im Sozialbereich ebenso wie hinter der Verschlinkung der Hochschulbildung verbirgt, kann nur von denen eingefordert werden, die in der Lage sind, gemeinsam gesellschaftliche Alternativkonzepte entwickeln. Ein wichtiger Schritt dorthin ist die Einrichtung geeigneter inhaltlicher Arbeitsstrukturen.

Fußnoten

- [1] Eine Übersicht der Proteste in den Bundesländern mit Hintergründen sowie der einzelnen Streikhochschulen befindet sich unter <http://www.fzs-online.org/files/518/>.
- [2] Protestiert wurde in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Berlin, Brandenburg, Thüringen, Hessen und Bayern.
- [3] Der Playboy titelte unlängst „Uni-Elite – Der große Hochschul-Report: Nackte Tatsachen aus deutschen Fakultäten“
- [4] Vom bundesweiten Mailverteiler streiks@fzs-online.org wurde und wird reger Gebrauch gemacht
- [5] Auch in Rumänien, Lettland und Bosnien-Herzegowina gab es im Herbst Demonstrationen. Eine Übersicht über die Forderungen der Proteste in den einzelnen Ländern steht auf <http://www.esib.org/news/studentdemosdec03.php>.
- [6] Siehe hierzu die Beiträge von Stefan Bienefeld und Lars Schewe in diesem Heft
- [7] In deutscher Übersetzung unter <http://oeh.ac.at/oeh/politik/notprofit/101526229244/103792485430>
- [8] Was auch die oft kritisierte fehlende Abgrenzung dieser Bewegung von nationalistischen und verschwörungstheoretischen Positionen erklärt
- [9] Im Netz unter <http://www.fzs-online.org/article/21/de/>

Aus: Bund demokratische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi)/freier Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs): Studienheft 2: Studiengebühren, Elitekonzeptionen & Agenda 2010. Marburg, April 2004

Zu beziehen für 7 € über www.fzs-online.org.

Es geht auch anders! Perspektiven für eine andere Politik

500.000 Menschen demonstrierten am 3. April. Sie protestierten nicht nur gegen die Kürzungen der Agenda 2010, sondern auch gegen die zunehmende Polarisierung unserer Gesellschaft. Die Zahl der Menschen wächst, die ihre ökonomische und soziale Sicherheit - die Basis von individueller Freiheit und persönlicher Entfaltung - nicht länger der Logik von Standortkonkurrenz und Markt unterwerfen wollen.

Mehr Freiheit, mehr Wohlstand, Sicherheit und Arbeitsplätze sind versprochen worden, wenn Güter und Kapital weltweit frei zirkulieren, die Wirtschaft nur hinreichend dereguliert, die Sozialausgaben tief genug entlastet werden. doch diese Konzepte haben weder die Arbeitslosigkeit noch die Staatsschulden abgebaut, sie haben keine befriedigende Wirtschaftsentwicklung und keine global gerechte Entwicklung bewirkt. Die drängenden ökologischen Probleme lösen sie nicht.

Es geht auch anders- das ist die Überzeugung der 70 Trägerorganisationen, die den Perspektivenkongress gemeinsam veranstalten. Wie es anders gehen kann und wer es ändern soll, das ist das Thema des Kongresses.

Der Kongress setzt an zentralen Punkten der gegenwärtigen Auseinandersetzungen und Erklärungsmuster an: Wege zur Beschäftigung, Finanzierung des Sozialstaats, existenzsichernde Arbeit, Demokratie, Bildung und Wissen, Innovationen, Umwelt, Medien und Kultur, öffentliche Güter, Krieg und Frieden und weitere. Globalisierung und Gender-Aspekte (Geschlechtergerechtigkeit) tauchen als Querschnittsthemen in vielen Veranstaltungen auf.

Wir haben eine Arbeitsform übernommen, die das Weltsozialforum in Porto Alegre entwickelt hat und die beim Europäischen Sozialforum und auf Attac-Kongressen erfolgreich war.

Dabei bringen viele gesellschaftlichen Gruppen ihre Beiträge in selbst verantworteten Veranstaltungen ein. Der Vorbereitungskreis der Trägerorganisationen hat den Eröffnungsabend, den Abschluss sowie Podien zu vierzehn Themenachsen geplant. Am Ende des Kongresses werden Absprachen über die Zusammenarbeit in der näheren Zukunft getroffen.

Wir behaupten; Es ist genug für alle da, Solidarität und sozial Gerechtigkeit sind möglich!
Bieten wir der angeblichen Alternativlosigkeit die Stirn!

Wir wünschen Ihnen drei anregende Tage, von denen Sie viele Impulse für die Weiterarbeit nach dem Kongress mitnehmen!

*Niko Stumpfögger
Für den Vorbereitungskreis*

*Homepage des Perspektivenkongress:
www.perspektivenkongress.de.*

III.

Widersprüche, Konfliktlinien und Kritik –
Zu den Problemen im Umgang mit globalisierungskritischen
Positionen und den zugehörigen Milieus

Europäisierung von Bildungspolitik

Stop the GATS-Attack!“ ruft es von allen Seiten. Das Allgemeine Handelsabkommen GATS und die Welthandelsorganisation WTO sind zu Buhmännern für diejenigen geworden, die sich dem neoliberalen Umbau der Hochschulen widersetzen. Auch andere internationale Entwicklungen werden häufig damit per se verdammt. Dass diese keineswegs so widerspruchsfrei sind, wie manche glauben, und dass spezifische Prozesse auch Raum für potenzielle positive Veränderungen zu schaffen vermögen, führt Stefan Bienefeld aus. Der Artikel ist dem BDWi-Studienheft „Bildungsfinanzierung“, herausgegeben vom Bund Demokratischer WissenschaftlerInnen (BDWi) und dem studentischen Dachverband fzs, entnommen.

Unter „Globalisierung“ wird heutzutage fast alles gepackt, was international ist und mit der Regulierung von bestimmten Aspekten menschlichen Lebens zu tun hat. Das allermeiste davon, zumal wenn es von Institutionen wie der WTO oder EU kommt, wird von vielen als „schlecht“ gebrandmarkt und damit von vornherein in eine ideologisch klar abzulehnende Ecke geschoben. Globalisierung ist allerdings kein neues Phänomen. Schon am Vorabend des ersten Weltkrieges waren die Märkte weltweit weitgehend globalisiert.

Schlagwort als Analyseersatz

Die ablehnende Haltung gilt für den Bildungsbereich meist noch stärker als für andere Sektoren, die auf internationaler Ebene diskutiert werden. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass Bildung als Menschenrecht gesehen wird und der Zugang zu Bildungseinrichtungen in Menschenrechtsabkommen geregelt ist, während das etwa für Finanzdienstleistungen nicht unbedingt gilt. Die Bildung betreffenden internationalen Prozesse sind aber keineswegs eindeutig als in eine Richtung laufend und irreversibel charakterisierbar, von Widerspruchsfreiheit kann erst recht keine Rede sein. Nicht alles, was als „Globalisierung“ etikettiert wird, ist schlecht und nicht alles befördert neoliberale Reformen, wie häufig verschwörungstheoretisch betont wird.

Die internationalen Entwicklungen lassen sich in zwei große Bereiche aufgliedern: die Verhandlungen der WTO zum GATS-Abkommen und das Phänomen transnationaler Bildung (Transnational Education = TNE) auf der einen, sowie den europäischen Bologna-Prozess der Angleichung der Studienstrukturen in Europa nebst verschiedener EU-Initiativen im Bildungsbereich auf der anderen Seite.

Spaghetti Bolognese im Globalisierungsmenü?

Der Bologna-Prozess wurde 1998 mit einer Erklärung der BildungsministerInnen von (damals) Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien begonnen und 1999 mit der Erklärung von 29 Ländern in Bologna fortgesetzt. Er umfasst mittlerweile 31 Staaten aus ganz Europa, die Mehrheit davon zum heutigen Zeitpunkt Nicht-EU-Mitglieder bzw. Beitrittskandidaten. Das Ziel des Prozesses war und ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Bildungssysteme in Gänze auf dem globalen Bildungsmarkt zu erhöhen: Integration und Bezug auf außereuropäische Globalisierungsprozesse stehen dabei also in einer spezifischen Balance. Dazu wird ein ganzer Katalog von Maßnahmen vorgeschlagen: Einführung von vergleichbaren Studienstrukturen (Stichwort Bachelor/Master), Zusammenarbeit bei der Qualitätssicherung, erleichterte Vergleichbarkeit („Kompatibilität“)

von Studienabschnitten und -abschlüssen, die Förderung der Mobilität von BildungsteilnehmerInnen und schließlich die Stärkung des europäischen Gedankens in Studieninhalten der beteiligten Länder .

Öffentliche Bildung

Im Verlauf der Debatte um die schleppende Umsetzung des Bologna-Prozesses wurden diese Themenbereiche, nicht zuletzt durch die Arbeit des europäischen Studierendenverbandes ESIB (the National Unions of Students in Europe) erweitert und der Diskurs verschoben. So bekannten sich die MinisterInnen auf ihrem Treffen in Prag (Mai 2001) zur studentischen Mitbestimmung im Prozess und zur stärkeren Berücksichtigung sozialer Ungleichheit in Europa, vor allem mit Bezug auf die Mobilität der Studierenden. Der viel kritisierte Begriff „Wettbewerbsfähigkeit“ wurde durch „Attraktivität“ ersetzt. Der stärkste Schwenk erfolgte bezüglich der Frage des Bildungsbegriffs und der Verantwortlichkeit für den Bildungssektor. So formulierte man in Prag ein Bekenntnis zum Begriff der Bildung als öffentliches Gut und zur staatlichen Verantwortung für das Bildungssystem: „They (the ministers) supported the idea that higher education should be considered a public good and is and will remain a public responsibility.“ [1]

Die Implementierung der oben angesprochenen Ziele des Bologna-Prozesses divergiert dagegen in unterschiedlichen Ländern. Während in Deutschland vor allem die Debatte über die Bachelor- und Master-Abschlüsse hohe Wellen schlug, waren in anderen Ländern vor allem die Bestimmungen zur Qualitätssicherung Steine des Anstoßes. So sind demnach sowohl Tempo als auch Maßnahmen der Reformen höchst unterschiedlich und münden keineswegs in einen geradlinigen Prozess. Was sich offenbar europaweit herausbildet, ist ein Trend zu einem Master- oder einem vergleichbaren Abschluss nach fünf Jahren. Ob der Bachelor verallgemeinerungsfähig wird, ist hingegen nicht klar ersichtlich. Im Rahmen des Bologna-Prozesses werden derzeit vor allem Qualitätsmerkmale diskutiert. Das European Network for Quality Assurance ist dazu ein wichtiges Plenum. Darüber hinaus werden zur Vorbereitung des ministeriellen Bologna-Folgetreffens in Berlin im September 2003 noch Seminare zu den sozialen Aspekten des Bologna-Prozesses (in Griechenland) und zu studentischer Mitbestimmung (in Norwegen) stattfinden. Bei diesem sind die Studierenden in die Organisation und die Berichterstattung vom norwegischen Bildungsministerium mit einbezogen worden. ESIB wird einen eigenen Bericht über die Aktivitäten seit dem letzten Treffen in Prag 2001 veröffentlichen und auch die Hochschulen werden ihre Aktivitäten, im Wesentlichen im Rahmen der europäischen Rektorenkonferenz EUA (European University Association), darstellen und weitere Forderungen an die MinisterInnen erheben.

Flankiert wird der Bologna-Prozess von den Initiativen der EU zum Ausbau der Mobilität, so wurde im Rahmen des Mobilitätsförderprogrammes Sokrates II die Zahl der davon begünstigten StudentInnen nochmals deutlich erhöht. Die EU beschäftigt sich in ihrer ansonsten teils zu Recht, teils übertrieben kritisierten Bildungspolitik vor allem mit den Fragestellungen des lebenslangen Lernens und des Einsatzes von Informationstechnologien in der Bildung. Im Bereich des lebenslangen Lernens hat eine Differenzierung der EU-Politik stattgefunden. Auch wenn nach wie vor Begriffe wie „Beschäftigbarkeit“ (employability) und „Wettbewerb“ eine große Rolle spielen, geht es mittlerweile auch um die lebenslange Verwirklichung des Grundrechtes auf Bildung, um demokratische Werte, die ein lebenslanger Bildungsprozess vermitteln soll, und um Finanzierungsmodelle, die nicht alle Kosten auf die einzelnen Individuen abladen. Im Bereich des „e-learning“ ist die EU weit hinter den vergleichbaren Entwicklungen in Nordamerika zurück, was vermutlich auch der massiven

Ungleichheit der EU-Länder im Bereich des Zugangs zu Informationstechnologie im Bildungsbereich geschuldet ist.

Dynamischer Prozess statt statischem Scheiß?

Die Entwicklung der bildungspolitischen Debatte auf der EU-Ebene zeigt zum einen den vielfach kritisierten und nach wie vor bestehenden Einfluss der Unternehmerlobby (z.B. des European Round Table of Industrialists, ERT, oder des European Services Forum, ESF); jedoch zugleich auch einen wachsenden Input durch zivilgesellschaftliche Gruppen. Dazu passt, dass das Mitspracherecht und die Konsultation der StudentInnen, aber auch der Gewerkschaften der LehrerInnen und der europäischen Rektorenkonferenz EUA in den vergangenen Jahren massiv zugenommen haben. Dies drückt sich nicht zuletzt darin aus, dass zwischen den EU-Papieren um das Jahr 2000 und denen zu Anfang der neunziger Jahre des letzten Jahrhunderts erhebliche Unterschiede bestehen, die sich als politische Differenzierung einer ursprünglich recht eindimensionalen Marktgläubigkeit beschreiben lassen. Sicher ist nach wie vor eine Menge Kritik an den Initiativen der EU berechtigt, aber es sollten auch die erwähnten Verschiebungen der letzten zehn Jahre nicht ignoriert und EU-Bildungspolitik als politischer Handlungsraum begriffen werden, in dem die Ergebnisse nicht von vornherein fest stehen.

TNE, GATS und sonstige Kuhhandel

Seit der gescheiterten Konferenz in Seattle ist die Welthandelsorganisation WTO bekannt und seit etwas mehr als zwei Jahren wird sie auch wegen eines neuen Themas zur Kritik gestellt: dem Handel mit Dienstleistungen im Rahmen des Allgemeinen Dienstleistungsabkommens GATS (General Agreement on Trades in Services). Es umfasst 16 Dienstleistungsbereiche von Finanzdienstleistungen über Bildung und Krankenversorgung bis hin zu Wasser- und Energieversorgung und trägt den Charakter eines Rahmenwerkes, das verbindliche Grundregeln aufstellt und dann wie ein Gesetz von der Gerichtsbarkeit der WTO durchgesetzt werden kann. Dabei steht es höher als nationales Recht und erfordert folglich eine Anpassung binnenstaatlicher Richtlinien. Die wichtigsten Bestandteile sind die Regeln des Prinzips der meistbegünstigten Nation, sowie des freien Marktzugangs und der „Inländergleichbehandlung“. Letztere gelten nur für die Bereiche, die im Rahmen sogenannter „specific commitments“ besonders strengen Regeln unterworfen werden. GATS umfasst darüber hinaus verschiedene „modes of supply“, welche im Bildungsbereich alles in der Spannweite zwischen der Eröffnung von (Hochschul-) Zweigstellen und dem Auslandsstudium (sei es im Rahmen strukturierter Austauschprogramme, eigenverantwortlich oder virtuell) betreffen. Das GATS ist prinzipiell nicht anwendbar auf alle sog. Dienstleistungen, die einem Regierungsmonopol unterliegen bzw. nicht auf kommerzieller Basis oder nicht im Wettbewerb mit anderen Anbietern angeboten werden. Die Anwendbarkeit dieser Ausnahmeregel auf den Bildungsbereich ist aber strittig, da es in den allermeisten Ländern eine Konkurrenz privater und öffentlicher Anbieter gibt.

Die wesentlichen Gefahren des GATS bestehen in den Bereichen Bildungsfinanzierung, Qualitätssicherung und Zulassung. Im Bereich der Bildungsfinanzierung könnten unter Umständen staatliche Zuschüsse für traditionelle Bildungseinrichtungen des „eigenen“ Landes als Handelsverzerrung ausgelegt werden, die auch allen privaten Anbietern gewährt werden oder andernfalls gestrichen werden müssen, was eine Privatisierungswelle nach sich ziehen würde.

Nationalstaaten als Akteure der WTO

Wegen der angesprochenen Probleme erwächst hier weltweiter Widerstand. LehrerInnen, SchülerInnen, StudentInnen vernetzen sich und fordern einen sofortigen Stopp der Verhandlungen, die seit Mitte 2000 hinter verschlossenen Türen am Sitz der WTO in Genf weiter laufen. Von Australien, den USA, Neuseeland und Japan sind mittlerweile weitergehende Liberalisierungsforderungen für den Bildungsbereich eingetroffen, die EU fordert auf Initiative u.a. der Niederlande und Deutschlands eine Öffnung der US-Märkte in dem Ausmaß, wie ihre Märkte für Bildung bereits umgekehrt offen sind. Auch wenn die EU 1995 in weiser Voraussicht vorsichtshalber den gesamten öffentlichen Bildungsbereich unter eine Ausnahmeklausel stellte, ist diese nun Verhandlungsmasse und kann im Prinzip fallen, was oben genannte Auswirkungen haben könnte. Die EU führt die Verhandlungen für ihre Mitgliedsländer und stimmt sich mit diesen im sogenannten 133er-Ausschuss ab. Dabei hat die Außenhandelskommission der EU mehrfach betont, dass GATS „first and foremost an instrument for the benefit of business“ sei. Und der Widerstand wächst: Auch die europäische Rektorenkonferenz hat sich klar gegen GATS positioniert.

Bleibt die Frage, warum überhaupt ein Freihandelsabkommen auf den Bildungsbereich angewendet werden soll? Dies hängt vor allem mit dem Phänomen der Transnational Education (TNE) zusammen. TNE ist ein Sammelbegriff für alle Arten von Bildung, in denen diese aus einem anderen Land kommt als dem, in dem sie in Anspruch genommen („konsumiert“) wird. Dies kann über das Internet erfolgen oder über Niederlassungen bzw. Neugründungen ausländischer Anbieter. Dadurch wird ein Handel mit der Dienstleistung „Bildung“ ermöglicht, mit dem mittlerweile weit mehr als 30 Milliarden US-Dollar im Jahr umgesetzt werden. Es besteht also zweifelsfrei ein objektiver Regulierungsbedarf. Die Probleme, die sich durch TNE ergeben, erstrecken sich über Fragen der Qualitätssicherung, solche des Zugangs zu den jeweiligen Angeboten und der Anerkennung von Studienleistungen bis hin zur Frage der Anwendbarkeit des Gelernten in den lokalen Lebenskontexten.

Chancen und Risiken der TNE

Dennoch kann auch TNE mit anderen politischen Optionen verbunden werden; etwa damit, dass sich das Angebot an Bildung, die Wahlfreiheit der StudentInnen, sowie die nationalen Studienbedingungen verbessern. Für viele Länder der dritten Welt können Übergangslösungen zur Entlastung des unterfinanzierten staatlichen Systems ermöglicht werden – immer vorausgesetzt, der Zugang zu Bildungsangeboten hängt nicht vom Geldbeutel ab. Zudem können so kostenintensive Studiengänge auch dort angeboten werden, wo es sich das nationale Bildungssystem nicht leisten könnte (man denke an Biotechnologie o.ä. und deren Angebot in Ländern wie Nigeria).

Die Initiativen der Weltbank und des IWF haben etwa in Form von Kreditrichtlinien (auch für Bildungsinvestitionen) zumindest in der Dritten Welt meist zu massiven Privatisierungswellen geführt, auch wenn in den letzten Jahren verstärkt eine Umsteuerung stattgefunden hat und nicht mehr allein auf die „unsichtbare Hand“ des Marktes im Bildungsbereich gesetzt wird. Die große Frage ist: Wird TNE in den kommenden Jahren vor allem eine große Geldmacherei auf einem expandierenden internationalen Bildungsmarkt, der mittlerweile auf über 200 weltweiten Bildungsmessen operiert, wo Hochglanzwerbung für das Studium in „attraktiven“ Ländern betrieben wird? Oder wird TNE dazu beitragen, dass bestehende Unterkapazitäten in ärmeren Ländern kompensiert, dass der Zugang zu Wissen weltweit demokratisiert und auf diese Weise mehr globale Chancengleichheit ermöglicht wird? Interessen, die in die

letztenannte Richtung zielen, sind im internationalen Spiel zweifelsfrei noch politisch unterrepräsentiert. Das muss jedoch nicht so bleiben!

Globalisierung und kein(e) (W)Ende? Widersprüche aufzeigen und nutzen!

In großen Teilen der globalisierungskritischen Öffentlichkeit besteht der Hang zum Lamentieren über den „bösen Neoliberalismus“, der das öffentliche Bildungssystem zerstöre und den „Fängen des Marktes“ unterwerfe. Diese Position gipfelt meist in der Annahme, vor allem die WTO und das GATS seien an allem bildungspolitischen Übel schuld, einschließlich der Einführung von Studiengebühren, der Deregulierung von bildungspolitischen Steuerungsmechanismen sowie dem Kostendruck auf Schulen und Hochschulen. Damit hat man das Problem auf eine Ebene geschoben, die für die allermeisten nicht mehr nachvollziehbar ist und die zugleich die nationalen PolitikerInnen und Interessengruppen aus der Verantwortung entlässt.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Der GATS-Prozess birgt gefährliche Möglichkeiten, die auf Dauer das Bildungssystem in einer Art und Weise verändern könnten, welche den geäußerten Vorstellungen recht nahe kommen.

GATS ist nicht die Wurzel allen Übels

Aber das GATS ist nicht die Ursache der Privatisierungswelle, einschließlich der Studiengebührenfrage, sondern lediglich ein Symbol, ein Rahmen, der diese Politik befördern hilft. Vielmehr haben diese verschiedenen Entwicklungen einen gemeinsamen Nenner, der mit dem schillernden Begriff „Neoliberalismus“ umschrieben werden kann.

Genauso wenig wie das GATS die Wurzel allen Übels ist, ist die „Globalisierung“ ein kohärenter, eindimensionaler und politisch irreversibler Vorgang. Der Bologna-Prozess mit all seinen differenten Zielen und verschiedenen Schwerpunktverschiebungen, die nicht zuletzt auch durch studentisches Engagement beeinflusst worden sind, zeigt, dass internationale Entwicklungen nicht immer nur auf den „totalen Markt“ hinauslaufen. Vielmehr bieten der Bologna-Prozess und auch einige andere Vorgänge in der UNO, die als Antworten auf Probleme und somit Teil der Globalisierung gesehen werden können, den Raum, klare Positionen zu Themen wie öffentliche Verantwortung für das Bildungswesen und demokratische Mitbestimmung zu verankern. Diese Widersprüche in der Globalisierung, ihre ideologischen Brüche und die dadurch entstehenden Spannungen eröffnen Politikfelder, die genutzt werden sollten und müssen, um emanzipatorische Interessen einzubringen. Der europäische StudentInnenverband ESIB ist gerade erst auf dem Weg, auch wenn schon einiges erreicht wurde. Und die Zeichen stehen gut: LehrerInnen, Hochschulen, RektorInnen und SchülerInnen teilen an vielen Punkten die Positionen der StudentInnen. Eine organisierte Vernetzung mit anderen NGOs und sozialen Bewegungen kann daraus eine Gegenmacht erwachsen lassen, die Politik verändert und gestaltet. Diese sollte auch Schluss machen mit der leidigen, einander ausschließenden und abstrakten Gegenüberstellung von institutionell-orientierter Lobbypolitik hier und sozialem Protest dort. Es geht um eine intelligente Verknüpfung von beidem.

Schluss mit Jammern und Verschwörungstheorien

Primäres Ziel dieser Gegenmacht sollte es sein, Bildung nicht zur Ware werden zu lassen, sondern als Grundrecht abzusichern. Die Möglichkeiten hierfür stehen besser als vermutet. Viele europäische Regierungen stehen dem GATS ablehnend gegenüber, von

Entwicklungsländern gar nicht zu reden. Der Bologna-Prozess hingegen wird von allen beteiligten Staaten unterstützt, mit Ausnahme Italiens (das aber wohl kaum als Vorbild dienen kann). Die deutsche Regierung vertritt hier unklare Positionen. Während das Wirtschaftsministerium den Prozess der Liberalisierung unterstützt und sich die Bundesregierung der Forderung nach Marktöffnung in den USA angeschlossen hat, vertreten einzelne, namhafte VertreterInnen entgegengesetzte Positionen. Edelgard Bulmahn schrieb z.B. in der Frankfurter Rundschau zum Thema „Wir dürfen Bildung nicht als Ware dem Handel überlassen.“ Die Bundestags-Enquetekommission Globalisierung der Weltwirtschaft empfiehlt schließlich in ihrem am 25.6.2002 publizierten Abschlussbericht, „die Bereiche der 'hoheitlich erstellten Dienstleistungen' wie Bildung und die sogenannte Öffentliche Daseinsvorsorge von den Verhandlungen zum GATS auszunehmen.“ Im Übrigen hat die UNO-Menschenrechtskommission gerade einen Bericht veröffentlicht, der auf die Gefahren des GATS hinweist und schlussfolgert, dass die GATS-Verhandlungen, vor allem für die Bereiche Bildung und Gesundheit, zu Ergebnissen führen könnten, die internationale Menschenrechtsabkommen brechen oder deren Intentionen diametral zuwiderlaufen.

Aus diesen Überlegungen heraus ist es notwendig, endlich Schluss zu machen mit dem Sich-Beklagen und sich statt dessen aktiv mit den Entwicklungen auseinander zu setzen, Position zu beziehen, und sich einzumischen. Zudem erscheint eine Abkehr von den Verschwörungstheorien dringend geboten, da diese kaum eine Perspektive bilden, aktiv Politik zu betreiben, denn wer möchte schon gegen die Privatisierung der Bildung und für eine öffentliche und ausreichende Bildungsfinanzierung eintreten, wenn er oder sie ständig das Gefühl hat, gegen einen übermächtigen Feind anzukämpfen?

Die Herausforderung, der sich bisher viel zu wenige stellen und die im übrigen schon gar keine politische Partei in Deutschland derzeit bewältigt, besteht in der differenzierten Analyse positiver und negativer Möglichkeiten der „Globalisierung“. Dies kann eine Grundlage eigenen politischen Handelns in Kombination mit verschiedenen Ansätzen sein, welche die Spannweite zwischen Streik, Kampagnen und institutioneller Intervention reflektiert ausloten.

Stefan Bienefeld (Vorsitzender von ESIB – the National Unions of Students in Europe)

Anmerkungen:

[1] vgl.: Towards the European Higher Education Area. Communiqué of the meeting of European Ministers in charge of Higher Education in Prague, May 19th, 2001

Siehe hierzu auch die Polemik „Ist das GATS an allem Schuld?“:

Teil1: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz/592/artikel.html#1b>

Teil2: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz/593/artikel.html#1b>

Forward

Mit dem Aufstand der Zapatistas in Mexiko 1994, den militanten Kämpfen von ArbeiterInnen, Kleinbauern und MigrantInnen in Südkorea, der Landlosen-Bewegung in Brasilien, dem Widerstand von Bauern in Indien gegen die Patentierung ihrer Pflanzen durch das Gentechnik-Kapital, den Protesten und Streiks in Europa gegen Sozialabbau, in Frankreich und Italien getragen von unabhängigen linken Basisgewerkschaften, sowie den Kämpfen von illegalisierten MigrantInnen scheint weltweit eine neue, große, sozial und politisch heterogene Bewegung gegen die verschärfte kapitalistische Ausbeutung zu entstehen. In den bürgerlichen Medien Europas wird vor allem der Protest gegen die Zusammenkünfte der Vertreter der kapitalistischen Metropolen und ihrer Institutionen, WTO, NATO, EU, das Wirtschaftsforum in Davos oder die NATO-Sicherheitskonferenz in München, die Auseinandersetzung in Seattle, Göteborg und Genua sowie die großen Welt- und Europäischen Sozialforen wahrgenommen. In Deutschland besteht die Bewegung bislang aus Attac und einigen lokalen Sozialforen, erreicht aber durch schiere Masse, die teilweise Militanz der Proteste und die offensichtliche Massenkompatibilität ihrer Forderungen eine hohe Medienpräsenz und Anziehungskraft. Hunderttausende strömen für „eine andere Welt“ auf die Straßen und die Bewegung entwickelt sich zu everybody's darling, da alle an dem geheimnisvollen Mitglieder- und Bedeutungszuwachs teilhaben wollen.

Für systemoppositionelle Kräfte wird die Antiglobalisierungsbewegung besonders durch ihre Kritik am Weltwirtschaftssystem interessant, da sie sich im Unterschied zur Ökologie- oder Friedensbewegung nicht nur einen Teilaspekt, sondern mit der Ökonomie das „Betriebssystem“ der Gesellschaft zum Thema macht. Die Kritik gilt in erster Linie der Zirkulationssphäre des Kapitalismus, den Aktien- und Finanzmärkten. Umstritten bleibt aber, ob sich dies zu einer grundsätzlichen Kritik am kapitalistischen System radikalieren lässt, oder ob die Bewegung nur als außerparlamentarische Sozialdemokratie die Ineffizienz des Kapitalismus bei der Verteilung der Güter kritisiert und durch die Differenzierung zwischen raffendem und schaffendem Kapital antisemitischen Vorstellungen Vorschub leistet.

Inzwischen hat eine „Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen“ (Attac) eine nahezu hegemoniale Rolle innerhalb der Bewegung eingenommen. Bei den regelmäßigen Sozialforen und Demonstrationen der globalisierungskritischen Bewegung trifft jedoch eine verwirrend große Anzahl an Organisationen aufeinander, deren inhaltliche Gemeinsamkeit sich meist in der permanenten Selbstbeschwörung „Wir sind viele und wir kommen wieder!“ erschöpft. Prominente Vertreter der Bewegung, insbesondere auch Attac, beschwören Pluralismus und Ideologielosigkeit der Bewegung. Ihren politischen Erklärungen zufolge streben sie jedoch eine Reform kapitalistischer Verhältnisse an, eine soziale, demokratische und ökologische Zählung. In Europa unterstützen Teile der Bewegung zudem das Projekt einer EU als scheinbar friedlicher und ziviler Gegenmacht zu den USA. Der Pluralismus verkommt zur Beliebigkeit oder zur leeren Floskel, wenn trotz heftiger Proteste im Vorfeld auf dem Europäischen Sozialforum in Paris der Antisemit Tariq Ramadan als Redner auftreten kann. In Paris wurden auch Vertreter der „Aktion 3. Welt Saar“ mehrmals gewaltsam daran gehindert, ein Flugblattes zu verteilen, welches das Existenzrecht Israels bejaht.

Für viele Linke ist die Antiglobalisierungsbewegung trotz dieser Kritikpunkte ein Silberstreifen am Horizont bei ihrer Suche nach dem abhanden gekommenen revolutionären Subjekt. Eine Arbeiterklasse, die die menschliche Emanzipation zum Ziel hat, ist wohl kaum zu entdecken. Daher suchen viele nach neuen systemverändernden Akteuren: Nach der 68er StudentInnenbewegung, den nationalen Befreiungsbewegungen von Vietnam über Kurdistan bis in den lakandonischen Urwald und der Anti-Atom-Bewegung der 80er Jahre landet die

Linke im Laufe ihrer Suche nun bei der Intifada, SchülerInnen-Friedensdemos oder eben bei Attac.

Seit der Konstituierung der Antiglobalisierungsbewegung wurden immer wieder einzelne Aussagen und Erscheinungsformen kritisch von links hinterfragt und kontrovers diskutiert. Diese Diskussionen sind an den ProtagonistInnen der Bewegung nicht ganz vorübergegangen, so wurde z.B. auch bei Attac vereinzelt eine Art Antisemitismusstreit light geführt. Weite Teile der Linken, insbesondere die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) verbreiten in der Hoffnung auf politische Radikalisierung weiterhin Optimismus und versuchen das Ziel der Emanzipation und fundierte Kapitalismuskritik in die besagte Bewegung hineinzutragen. Andere hoffen durch die Anbiederung an die Bewegung ihre politische Bedeutungslosigkeit überwinden zu können. Doch auch die gesamte Stoßrichtung der Bewegung unterliegt zunehmender Kritik. Stimmen werden laut, das „Experiment Globalisierungskritik“ von linker Seite her ganz abzubrechen. So schreibt z.B. Heiner Langer „Globalisierungskritik ist nicht zu Kapitalismuskritik zu radikalieren, sie ist vielmehr perspektivlos im Effekt und rückschrittlich dem Grunde nach.“ Die Einschätzungen der Bewegung gehen in der Linken so weit auseinander, dass anscheinend keine Verständigung möglich ist. Grund genug, sich genauer mit der Kritik an der Antiglobalisierungsbewegung zu beschäftigen.

Vorwort des Kongressbandes „Spiel ohne Grenzen“.

Weitere Textausschnitte unter <http://www.spiel-ohne-grenzen.org/leseproben.html>

Der Reader zum Kongress befindet sich unter <http://www.spiel-ohne-grenzen.org/reader.html>

Der Tagungsband ist für 15€ im Buchhandel erhältlich.

Astrid Kraus

„Antisemitismus gibt's nicht nur bei Attac“

Bei Attac tobt ein Antisemitismusstreit, und das nicht erst, seit die AG »Globalisierung und Krieg« des Bündnisses vergangene Woche einen Boykott der Waren aus den von Israel besetzten Gebieten in Palästina forderte...

Peter Bierl im Gespräch mit Astrid Kraus

Der Koordinierungskreis von Attac veröffentlichte bereits im Dezember 2002 ein Papier mit dem Titel „Grenzen der Offenheit“. Darin wurde wegen mehrerer Vorfälle gefordert, dass der Pluralismus Attacs dort enden müsse, „wo Rassismus, Antisemitismus und Nationalismus ins Spiel kommen“. (Jungle World, 3/03)

Über den Streit bei Attac sprach Peter Bierl mit Astrid Kraus. Die Kölnerin ist Mitglied des Koordinierungskreises von Attac Deutschland.

Was ist aus der Erklärung des Koordinierungskreises vom Dezember vergangenen Jahres geworden?

Es hat Debatten gegeben, vor allem eine Auseinandersetzung um Begriffe wie Antisemitismus und Nationalismus, dazu heftige Schlachten in den Mailinglisten; dort traten Mitglieder auf, die Israel als Unterdrücker- und Besatzerstaat sehen. Auslöser war aber nicht das Papier, sondern eher das Verhalten Einzelner oder von Gruppen, die sich selber nicht als Antisemiten sehen, deren Äußerungen aber von einigen als antisemitisch kritisiert wurden. Über das Papier selber ist nicht breit diskutiert worden, was ich außerordentlich bedauerlich finde.

Über was wurde dann gestritten?

Es ging um die Forderung nach einem freien Selbstbestimmungsrecht der Völker, insbesondere der Palästinenser, um die Kritik von Attac an den Finanzmärkten, die als strukturell antisemitisch fehlinterpretiert werden kann, sowie um eine Kritik an Israel mit antisemitischen Zügen. Es gab kürzlich einen Aufruf zum Boykott israelischer Waren und einen Aufruf zu einem Tag zum Gedenken an die Besetzung im Irak und in Palästina, die, weil sie auf der Attac-Homepage standen, heftige Gegenreaktionen auslösten.

Wer bei Attac vertritt solche Positionen?

Da gibt es verschiedene Gruppen, vor allem aber ist es das Spektrum um Linksruck. Mangelndes Bewusstsein für Forderungen, die Antisemitismus befördern, ist aber bei vielen Attac-SympathisantInnen verbreitet.

Warum ist aus dem Diskussionspapier »Grenzen der Offenheit« keine Attac-Erklärung geworden?

Sehr viele Mitglieder des Koordinierungskreises stehen inhaltlich hinter dem Papier. Aber in einem pluralistischen Bündnis ist es schwierig, das als Erklärung von Attac herauszugeben. Der Koordinierungskreis kann keine Attac-Positionen festschreiben. Ich halte es auch nicht für möglich, in dieser Frage zu einem Konsens zu kommen. Durch viel Aufklärung und

Diskussion können hoffentlich Menschen zum Nachdenken gebracht werden, antisemitische Denkstrukturen werden aber wohl nicht auszurotten sein.

Was hat der Koordinierungskreis bisher unternommen, um die Debatte zu fördern?

Relativ wenig. Es ist eher das Anliegen Einzelner, die Diskussion um Antisemitismus und Nationalismus öffentlich zu führen und antisemitische und nationalistische Denkstrukturen immer wieder anzuprangern.

Attac hat im Januar eine Friedentour quer durch die Republik veranstaltet. (Jungle World, 7/03) Die Referenten stellten Israel als Schurkenstaat dar und die Massaker von Sabra und Shatila wurden mit den NS-Verbrechen im Warschauer Ghetto gleichgesetzt. Warum hat der Koordinierungskreis dazu geschwiegen?

Die Friedentour wurde von einer Arbeitsgruppe initiiert. Solche Arbeitsgruppen agieren im Rahmen von Attac selbstständig. Bei Attac gibt es keinen Konsens, dass diese Kritik antisemitisch ist, strukturelle Maßnahmen waren also nicht möglich. Es gab aber durchaus Widerspruch aus dem Koordinierungskreis, aber keine geschlossene Stellungnahme. In Köln selbst, wo dieser Vergleich mit dem Warschauer Ghetto gefallen ist, wurde die Veranstaltung fast abgebrochen.

Es gab Protest von einigen Besuchern, aber die Mehrheit von Attac Köln wollte sich nicht von den Äußerungen distanzieren.

Es ist abgelehnt worden, die Aussagen zumindest als Verharmlosung des Holocaust zu verurteilen, was ich sehr bedauere. Wir haben hinterher eine Arbeitsgruppe zu Antisemitismus eingerichtet, um das Thema umfassend aufzuarbeiten. Aber die Leute, die gegen eine Distanzierung waren, sind nicht dabei. Da fehlt der Wille zur Erkenntnis.

In Frankfurt/Main hat Attac gemeinsam mit einer rechten Gruppe gegen die Übergabe der U-Bahn an eine US-Firma agitiert.

Das Problem ist, dass wir ein Netzwerk sind und einzelne Gruppen selbstständig agieren; der Koordinierungskreis kann organisatorisch nicht eingreifen. Die Zusammenarbeit in Frankfurt mit dem rechten Bürgerbündnis für Frankfurt (BFF) ist nur von zwei Leuten von Attac und ein paar Mitläufern aktiv betrieben worden. Die konkrete Haltung zu schädlichen Projekten darf aber nicht dazu führen, dass man den Teufel mit dem Beelzebub austreibt.

Erschreckend ist auch, dass manche Attac-Leute die nationalistischen Positionen des BFF noch beschönigten. Attac Frankfurt hat Ende August den Beschluss gefasst, dass diese rechte Gruppierung aus dem Bündnis ausgeschlossen werden sollte. Das BFF ist dem zuvorgekommen und selber ausgetreten.

Einige Leute aus der Kölner Minderheit haben nach dem Streit um die Friedentour geschrieben, dass „antisemitisch kompatible Klischees bei erschreckend vielen Mitgliedern und Sympathisanten von Attac unwidersprochen bleiben und verharmlost werden“.

Ja, das sehe ich auch so. Es sind strukturelle Denkmuster, die im Konkreten zu Antisemitismus führen. Es gibt eine Dämonisierung von Juden, die zu der Vorstellung der jüdischen Weltverschwörung führt. Im Kontext mit Israel und Palästina heißt es, Juden seien

nicht bloß Opfer, sondern auch Täter, und es gibt das Gerede vom vagabundierenden Finanzkapital. Das sind chiffrierte Antisemitismen, die auf unbewusster Ebene existieren, nicht bloß bei Attac-Leuten, sondern überall. Aber die Leute sehen sich selber nicht als Antisemiten, und man sollte sie auch nicht von vornherein als solche abstempeln, nur weil sie solche Chiffren im Kopf haben.

Die Gruppe Linksruck feiert die antisemitische Terrortruppe Hamas als Befreiungsorganisation, andere Gruppen bei Attac vertreten die Lehren des Sozialdarwinisten Silvio Gesell, wonach der Zins die Wurzel allen Übels sei. Wo sind die Grenzen der Offenheit? Müsste man nicht manche Gruppen ausschließen?

Momentan ist das nicht möglich. Die Diskussion ist noch nicht so weit fortgeschritten, als dass man sich im Attac-Spektrum einig wäre. Es besteht kein ausgereifter Begriff vom Antisemitismus als Maßstab für organisatorische Konsequenzen. Ich bezweifle auch, dass hier eine Einigung überhaupt möglich sein wird.

Ich würde es begrüßen, wenn das heiße Eisen angegangen wird, auch wenn es unschöne Reaktionen geben wird.

Das bedeutet auch den Ausschluss bestimmter Gruppen?

Ja, aber das ist schwer, wenn nicht unmöglich, weil man dafür eine Mehrheit braucht. Bei bestimmten Themen, wie etwa dem Krieg, sind Mehrheiten leicht herzustellen, aber nicht bei einem emotional so hoch belasteten Thema, wo Leute schon Angst haben, sich zu äußern, weil sie nicht als Antisemiten hingestellt werden wollen. Antisemitismus ist ein Thema, mit dem sich besonders die Deutschen nur ungern beschäftigen, egal aus welchem Spektrum sie kommen.

<http://jungle-world.com/seiten/2003/38/1647.php>

Debattenseite von ATTAC Deutschland zu Antisemitismus und zum Israel-Palästina-Konflikt:

<http://www.attac.de/debatte/israpal.php>

Stellungnahme des AK Antifaschismus des fzs zum Problemkreis EEF etc.

Mit der globalisierungskritischen Bewegung kam auch die Protestform des Forums auf. Beispiele sind das European Social Forum und das World Social Forum. In diesen Zusammenhang stellt sich das von verschiedenen Gruppen, darunter education is not for sale (EINFS), vorgeschlagene und getragene European Education Forum (EEF) in Berlin, das sich mit den aktuellen Entwicklungen in der europäischen Bildungspolitik beschäftigen soll. Zielvorgaben, z.B. in Form einer zu verabschiedenden Resolution, gibt es nicht und soll es nicht geben. Das Forum soll offen für verschiedenste die aktuelle Bildungspolitik kritisch beobachtende Gruppen und Einzelpersonen sein.

Auf den fzs wird gerade aufgrund seiner Einbindung in europäische Vertretungsstrukturen, die als Partner gewünscht sind, zugegangen. Hieraus ergeben sich für den Verband verschiedene Probleme, die einerseits knapp mit dem Begriff „Verbandsschädigung“ umrissen sind:

1. Geht der fzs mit seinen Positionen in dieser Struktur unter, wird er nicht mehr wahrnehmbar angesichts der schier Masse der in diesem Forum vertretenen und oft genug an den fzs-Positionen völlig vorbeigehenden und falschen Positionen (und ist damit zum nützlichen Idioten für eine erweiterte europäische Einbindung des EEF geworden)?
2. Reibt sich der fzs, der eine eigene Tagung zum Thema anbietet, bei einer inhaltlichen Beteiligung in Form des Angebots von Workshops etc. personell auf (insbesondere vor dem Hintergrund des unter 1. genannten Problem)?

Diese durchaus bedenkenswerten Fragen sind aber nur Randthema dieser Stellungnahme. Dem AK Antifaschismus des fzs geht es um das Thema „Anschlussfähigkeit nach rechts“, das allerdings, wie zu zeigen sein wird, untrennbar verbunden ist auch mit den im fzs verschiedenerseits als falsch erachteten bildungspolitischen Positionen von EEF-tragenden Gruppen, beispielhaft (auch wegen seiner zweifelsfrei hervorragenden Stellung) sei hier EINFS genannt.

Exkurs: Das leidige Beispiel Safet Babic

Im Herbst 2001 beginnt Safet Babic sein Jurastudium an der Universität Trier. Im Mai 2002 gründet er mit (...) die Aktionsgruppe „Bildung ist keine Ware“, obwohl sich Babic dem Trotzlisten als Nichtmarxist und Linksnationaler offenbarte. Im Rahmen des Warnstreiks gegen die Einführung von Studienkonten an der Universität Trier vom 3. bis zum 5. Juni 2002 wurde ein von Babic und (...) gemeinsam verfaßtes Flugblatt nahezu komplett vom AStA übernommen. Während des Streiks engagierte sich der agile Nordbosnier in der Arbeitsgemeinschaft „Kreative Ideen“. Schon nach dem Streik war Safet Babic für den AStA als freier Mitarbeiter (...) im Referat für politische Bildung tätig. Babic vertrat dieses Referat auch am Tag der offenen Tür am 29 Juni 2002. Im Sommer wird der „Deutsche Stimme“ - Autor Babic von (...) gefragt, ob er in der Juso-Hochschulgruppe mitarbeiten möchte. Safet Babic lehnt das Angebot aus politischen Gründen ab. Die Mitarbeit bei den Jusos wird ihm angeboten, obwohl er am 5 Juli 2002 bei einer Uni-Veranstaltung mit dem ehemaligen Präsidenten der EU-Kommission, Jacques Santer, vor über 150 Zuhörern, darunter die im AStA vertretenen Jusos, die EU als Europas Unglück bezeichnet. Weiter führte der bekannte NPD-Redner auf dieser Veranstaltung aus, daß die EU nur den Banken und Konzernen nütze. Die Beseitigung der organisationsimmanenten Korruption, der Mißwirtschaft,

Bürgerfeindlichkeit und des Bürokratismus sei nicht in Aussicht. Während Santer über diese Kritik sehr erbost war, wurde Safet Babic von (...) für seine bissigen Anmerkungen gelobt. Danach erklärte Babic vor (...), daß er für die Auflösung der EU sei. Die anderen Jusos bemängelten zwar die rhetorische Form der Kritik, gaben aber Babic inhaltlich recht. Gemeinsam mit (...) überarbeitete der NHB-Aktivist den „Grünschnabel“, eine Einstiegshilfe für Erstsemester im Buchformat mit einer Auflage von 2500 Stück. (...). (...) überläßt Safet Babic zwei Farbsprühdosen aus dem Streikbestand für eine Aktion gegen den Auftritt von Edmund Stoiber am 2. September 2002 in Trier. Anfang Oktober bieten unabhängig voneinander (...) Safet Babic einen Listenplatz bei den Jusos für die kommenden Studentenparlamentswahlen an. Beide sichern ihm bei einem günstigen Wahlausgang einen Referatsposten im AStA zu. Entweder im Referat für Soziales oder im Referat für Politische Bildung. Beide AStA-Mitglieder erbitten die Hilfe des NPD-Aktivisten, um einen möglichen Wahlsieg des RCDS zu verhindern. Da für eine Kandidatur eine Juso-Mitgliedschaft nicht nötig ist, die Kritik an der EU von den Juso-Referenten akzeptiert wurde und Safet Babic aus der Arbeit gegen Studiengebühren politisch, als auch menschlich gute Erfahrungen mit linken Jusos sammelte, nahm er das Angebot an.

1. Der Vorwurf der „Anschlussfähigkeit nach rechts“ und seine Erwiderung

Der Vorwurf, bestimmte Gruppen böten mit ihrer Politik sozusagen eine Andockfläche für Rechte und Rechtsextreme wird meistens und auch von EINFS gekontert mit der schlichten Feststellung, man sei doch schließlich selbst links und schließlich habe man auch noch zusätzlich einen Unvereinbarkeitsbeschluss in Bezug auf Rechte formuliert. Beides sei unbenommen. Niemandem wird hier unterstellt, er oder sie sei rechts oder wolle rechtes Gedankengut befördern. Unvereinbarkeitsbeschlüsse können tatsächlich ein recht wirksames Mittel sein, um das Schlimmste zu verhindern. Es muss jedoch die Frage gestellt werden, warum überhaupt solche Beschlüsse (oder Grundsatzformulierungen) notwendig werden. Die Antwort darauf läuft in diesem Zusammenhang meist darauf hinaus, dass die Rechte lediglich aus machttaktischen Überlegungen die gerade so erfolgreich von der Globalisierungskritik bearbeiteten Themenfelder übernimmt, um so personell und ideell Nutzen aus ihnen zu ziehen. Platt gesagt: Die Nazis klauten uns einfach unsere Themen...

Ausgegangen wird in diesem Erklärungsmuster von einer im Grunde ideologiefreien Rechten, deren ideologisches Gehäuse quasi beliebig gefüllt werden könne. Diese Argumentation erinnert fatal verharmlosende Faschismustheorien, die den Faschisten lediglich einen Platz als ideologiefreies, willfähiges Instrument des Kapitals zur Spaltung der Arbeiterbewegung zuwiesen, und die sich leicht modifiziert selbst noch weit nach der Entstehung der Neuen Linken (sogar in der aktuellen antifaschistischen Bewegung) finden lassen.

Diese Herangehensweise ist wesentlich zu einfach. Wer die sogenannten „Querfront“-Debatten (Debatten um Zusammenarbeit zwischen linken und rechten Personen und Gruppen) in der Rechten verfolgt, dem oder der fällt auf, dass neben den zweifelsohne wirklich vorhandenen Äußerungen über die Instrumentalisierung von Bewegungen wesentlich eher von ideologischen Überschneidungen zwischen Linken und Rechten ausgegangen wird. Dies fällt auch auf, wenn man den obigen Text zu Safet Babic liest, der übrigens von der NPD selbst stammt. Neben der widerwärtigen Häme, die aus diesem Text spricht, wird doch recht viel Wert darauf gelegt, dass die Äußerungen Babics während der hektischen Streikzeit offenbar weitgehend als kompatibel zu den vom AStA vertretenen Positionen erachtet wurden. Die Argumentation der rechten „Querfront“-IdeologInnen läuft darauf hinaus, dass angesichts der momentanen Weltlage die ideologischen Unterschiede zwischen den verschiedenen „systemkritischen“ (als solches begreifen sich zumindest extreme Rechte)

Gruppen in den Hintergrund zu treten hätten. Dahinter steht die Vorstellung, dass angesichts der Globalisierung ein gemeinsamer Feind aufgetreten sei: „die Globalisierung“, „die multinationalen Konzerne“, „das schrankenlose Finanzkapital“. Anhand dieses Problems wollen wir skizzieren, warum wir denken, dass bei EINFS eine „Anschlussfähigkeit nach rechts“ gegeben ist. Noch einmal: Zwar glauben wir, dass das Problem der Anschlussfähigkeit in den Analysen von EINFS angelegt ist, wissen aber auch, dass EINFS weder rechts ist, noch rechte Politik betreibt.

2. Die Analyse von EINFS

In den Analysen von EINFS nimmt das GATS eine Stellung ein, die in einer vorherigen Stellungnahme zwar polemisch aber nicht zu unrecht als „das Böse schlechthin“ bezeichnet wurde. Diese Stellung würden wir mit dem Stichwort „entortete Konkretheit“ umschreiben. Einerseits findet sich mit dem GATS das klar festzumachende Feindbild. Alles Schlechte, das sich in der momentanen Bildungspolitik finden lässt, lässt sich irgendwie am ungunstigen Einfluss des GATS festmachen. Selbst die in Deutschland eingeführten Studiengebühren sind dann lediglich noch Reaktionen auf die Anforderungen dieses Vertrags: „Die Einführung von Studiengebühren ist nicht zuletzt auf das GATS zurückzuführen.“ Wer hier sonst noch und aus welchen Beweggründen handelt, bleibt völlig unberücksichtigt. Es wird der Eindruck erweckt, dass GATS sei der wesentliche Motor der Studiengebühreneinführung in Deutschland.

Im Gegensatz zu dem konkreten Feindbild GATS, können die Akteure, die ‚hinter dem GATS stehen‘ für EINFS nie konkret festgemacht werden: Einen Ort der Akteure gibt es nicht. Bedeutendster Akteur ist mal die WTO, dann wieder abstrakt die EU, dann sind es auch mal die „Konzerne“.

Dies ist aber nicht das Ergebnis der richtigen Erkenntnis, dass es nicht das eine, singuläre Interesse des Kapitals gibt und auch nicht den einen handelnden Akteur, ‚das‘ Kapital, sondern es ist Schwäche der Analyse. Komplizierte politische Vorgänge, wie das GATS, lassen sich in hinreichender Form eben nicht in ansehnliche, leicht vermittelbare und somit massenwirksame Konkretheit packen. Weil das GATS von EINFS als von außen kommend betrachtet wird, die ‚multinationalen Konzerne‘ oder übernationale Organisationen (EU, WTO) treibende Kräfte hinter dem GATS sind, erscheinen die nationalstaatlichen Akteure in der Analyse als zu vernachlässigende Größen. Das führt dazu, dass behauptet wird, bundesdeutschen Akteure, wie Bundesregierung und KMK, hätten die Entwicklungen schlicht verschlafen. Selbstverständlich gibt es auch aus EINFS-Kreisen tiefergehende Analysen. Es sind aber genau die kurzgefassten Stellungnahmen, mit denen EINFS agiert und die auch die von EINFS gewünschte Massenwirksamkeit zeigen. Wem zur ‚Analyse‘ von EINFS nichts Kritisierenswertes einfällt, der/die sei auf Lars Schewe verwiesen, der eine fundierte Kritik des GATS, des Bildungsexport und EINFS‘ formuliert hat. Nur kurz angemerkt sei, dass das von ATTAC forcierte und gefeierte ‚kritische Nachfragen‘ der Bundesregierung bei den GATS-Verhandlungen, auch als Aufschubinstrument zu werten ist, damit die Bundesregierung etwas länger den Bildungsexport aus Deutschland subventionieren kann und die BRD damit eine wesentlich bessere Ausgangsstellung nach dem endgültigen Inkrafttreten des GATS hat. Die Akteure in den Nationalstaaten erscheinen in der Sicht von EINFS als zum Teil willfährig, zum Teil hilflos dem GATS gegenüber. Sie bilden dennoch die Ansprechpartner. Dies erscheint uns Ausdruck eines ‚Antikapitalismus‘ zu sein, der einerseits die Politik zum Beispiel des fzs als Lobbyismus abqualifiziert (Bologna-Prozess), andererseits aber in den Nationalstaaten an diese appelliert und dort sogar offen Lobbypolitik betreibt

(siehe ATTAC). Dies könnte man böse als Scheinradikalität und Schein-Antikapitalismus bezeichnen.

3. Die Rechte und warum sie sich auf die EINFS-Analyse beziehen kann

An genau diesen Punkten liegen die Möglichkeiten zur Überschneidung nach rechts. Der Bezug auf das von außen kommende Böse, das in Deutschland einfällt und zu Lasten des „deutschen Volkes“ Strukturen zerstört, ist kein neuer Topos der extremen Rechten. Er spielt in seinen vielfältigen Ausdrucksformen seit dem Ende des 19. Jahrhunderts eine wesentliche, wenn nicht die wesentlichste Rolle in der völkischen Ideologie. So ist der Bezug der extremen Rechten auf die Globalisierungskritik auch keineswegs ein neues Phänomen. Höchstens, dass er so offen als Anbiederung an die Linke ausgesprochen wird, ist neu. Dem fremden und ‚zersetzenden‘ Bösen setzen die Rechten „das Volk“ und damit den Nationalstaat entgegen. Der fast ausschließliche Bezug der Kritik solcher Gruppen wie ATTAC auf das ‚zu bändigende Finanzkapital‘ wird von den Nazis bereitwillig aufgenommen. Er passt zu ihrer Ideologie, die im angeblich ‚zügellosten Finanzkapital‘ die Juden vermutet. Die Juden sind es der Ideologie der Rechten nach damit auch, die den ‚Einfall des Bösen‘ zu verantworten hätten. Der Ex-NPD-Anwalt Horst Mahler spricht in diesem Zusammenhang von der ‚jüdischen Ostküste‘. Auch die antisemitischen Thesen von der ‚jüdischen Weltverschwörung‘ bedienen sich einer ‚entorteten Konkretheit‘. Einerseits ist das Böse konkret festzumachen, in den Juden. Andererseits ist es aber eben auch überall, wie die JüdInnen, und damit wiederum nicht konkret fassbar (außer im Pogrom). Dies drückt sich dann in den verschiedenen Bebilderungen aus, die mal eine Krake, ein Netz, eine Hand etc. um die Welt gelegt zeigen. Immer sind dies Bilder einer Übermacht, gegen die im Grunde kein Kraut gewachsen ist.

4. Die Bildproduktion von EINFS

Ähnliche Bilder lassen sich ebenso in der Linken finden. Es gibt sogar eine alte antisemitische Tradition der Bilder in der Linken. Der erste größere Streit zwischen dem AK Antifaschismus und EINFS bezog sich auf ein Bild, das eine riesige rote Hand zeigt, die eine Kralle daran hindert, nach Fabrikgebäuden zu greifen. Die Bildunterschrift (sinngemäß etwas in der Richtung „Hands off public education“, d. Red.) suggerierte, dass es sich bei diesen Gebäuden um Bildungseinrichtungen handelt.

Die Intervention des AK wurde von Seiten EINFS‘ mit Erstaunen aufgenommen und schließlich auch als nichtig beschieden. Die Begründung hierbei war ausgerechnet, dass das Bild aus der SU stamme und damit aus einem eher linken Kontext. Die Tatsache, dass das Bild auch von südkoreanischen Studierenden benutzt wurde, wurde schließlich als Beweis der Abwegigkeit der AK-Einlassungen gewertet, da in Asien ja schließlich kein Antisemitismus existieren könne. Diese gedankenlose Argumentation zeugt von dem verbreiteten Unwillen sich mit Kritik auseinanderzusetzen. Der erstarkende Antisemitismus in der postfaschistischen Gesellschaft in Japan ist ein Faktum, ebenso wie die Tatsache, dass in Indonesien ChinesInnen mit der selben Argumentation wie in Europa JüdInnen verfolgt werden, hinter den ChinesInnen aber immer noch ‚der Jude‘ vermutet wird. Die Vorwürfe können auch nicht mit dem Hinweis, man sei doch links und deshalb dem Rechten gegenüber immun, aus der Welt geschafft werden. Der Antisemitismus der KPD ist keine neue Entdeckung, ebensowenig der des Stalinismus, man erinnere sich an die antisemitischen Hetzprozesse in der SU in den 1940er Jahren.

Tatsächlich lässt sich der Antisemitismus der Linken aus ihrer weitverbreiteten falschen Kapitalismusanalyse erklären, die der Rechten ihre Andockmöglichkeiten bietet und die zu den antisemitischen Bildproduktionen auch in der Linken führt. In der Bildproduktion liegt aber spätestens ein Problem bei EINFS, denn diese Bilder sind es die evoziert werden sollen, und die EINFS zur Mobilisierung nutzt. Aus dieser Fixierung auf Massenwirksamkeit folgt für das EEF, dass nach außen, selbst bei einer evtl. Beteiligung des fzs, die wahrscheinlichste Wirkungsweise die ist, dass mal wieder das GATS an allem Schuld ist und sich dagegen einige Dutzend/Hundert/Tausend Studis und SchülerInnen getroffen haben, und dass sich außerdem ATTAC daran beteiligt hat. Zu kontrollieren, ob sich mal wieder irgendwo ein Nazis zwischen die RednerInnen am offenen Mikro gequetscht hat, wird schlichtweg unmöglich sein.

5. Und was will der doofe AK jetzt?

Als Erstes findet er, dass die verkürzte Analyse der Linken ersetzt werden sollte durch eine tatsächlich radikale Kritik des Kapitalismus, die nicht an Teilbereichen, dem Finanzsektor etwa, herumkrittelt, sondern den Kapitalismus in Gänze mit Produktionssektor, Lohnarbeitsdiktat, Kulturindustrie etc. angreift. Da dies aber wohl hoffnungslos, sowie nicht vorrangiges Interesse des fzs ist und auch nicht Thema dieser Stellungnahme sein kann, formulieren wir stichpunktartig, was wir denken:

- Wir wissen um die Problematik, sich beim EEF einfach herauszuhalten. Die MV möge aber hinsichtlich der hier vorgetragenen Bedenken gut prüfen, ob eine Beteiligung am EEF sinnvoll ist, oder nicht. Der AK kann hier keinen Vorschlag unterbreiten, wie verfahren werden sollte, sondern lediglich kritische Anmerkungen machen.

- Diejenigen, die mit den VertreterInnen des EEF-Vorbereitungskreises sich in Gesprächen befinden, mögen die Bedenken des AK vortragen. Dabei sollte auf die falsche bildungspolitische Analyse hingewiesen werden und es muss klargemacht werden, dass mit dem Hinweis auf das eigene Links-Sein das Problem nicht aus der Welt geschafft ist. Formalistische Abgrenzungen sind nicht hilfreich. Ebenso wenig übrigens ein Verweis auf die Forderung nach „Internatio-nalisierung des Studiums“, dem keine weitere Erläuterung folgt.

- Der AK will keine Zensur-Behörde sein. Plakate und Aufrufe werden vom AK nicht auf evtl. Bedenklichkeit hin geprüft, ebenso wenig wie sich der AK dazu bereit findet, Gruppen und Treffen nach evtl. Nazis abzuscannen. Diese Arbeitsteilung/Fachidiotie kann nicht im Interesse des fzs liegen, genausowenig wie evtl. problematische Plakate und falsche Aufrufe. Bestimmte Entwicklungen sollten deshalb von vorneherein als Grenzen markiert werden.

AK Antifaschismus im April 2003

Anmerkungen

[1] Beispielhaft sei hier auf eine Debatte in der alternativen Linken Anfang der Neunziger verwiesen. Die Jungen National-demokraten, Jugendorganisation der NPD, hatten gerade ihr Konzept der „national befreiten Zonen“ verkündet. Dieses Konzept lief darauf hinaus, bestimmte Gebiete frei von ‚nichtnationalen‘ Einflüssen zu machen und dabei eine Situation zu schaffen, in der selbst den Ordnungsbehörden keine Interventionsmöglichkeit mehr gelassen wird. Anstatt zu begreifen, was dies für diejenigen bedeutet, die in diesen „Zonen“

leben und nicht in das Bild der Nazis passen (nämlich Nichtdeutsche, MigrantInnen, Schwarze, JüdInnen, Behinderte und nichtrechte Jugendliche), beschäftigte man sich in der „Szene“ damit, dass die Rechten ein angeblich genuin linkes Konzept, das des Freiraums, geklaut hätten und es nun für sich nutzbar machten.

[2] Von einer EINFs-Internetseite: www.education.is-not-for-sale.org

[3] Vgl. Ebd.

[4] Siehe Gruppe MAGMA 2001: „...denn Angriff ist die beste Verteidigung“. Die KPD zwischen Revolution und Faschismus, Bonn: Pahl-Rugenstein (18,50 €)

Offener Brief an die Hochschulgruppe Demokratische Linke anlässlich der Wahl zum Studierendenparlament der Humboldt Universität 2004

Nach der Veröffentlichung der Wahllisten zur diesjährigen Wahl zum Studierendenparlament der Humboldt- Universität haben wir mit Bestürzung die Aufstellung einer gemeinsamen Liste der Hochschulgruppe Demokratische Linke (DL) und der Attac-Hochschulgruppe der Humboldt-Universität zur Kenntnis genommen.

Im Folgenden möchten wir dies begründen.

Seit der Gründung der Attac-Hochschulgruppe hat sie wiederholt gezeigt, wessen Geistes Kind sie ist. Neben der allgemeinen Kritik, die es an Attac von verschiedenen Seiten gibt, scheint besonders die Hochschulgruppe der HU keinerlei Berührungängste bezüglich einer Zusammenarbeit mit offen rechten Strukturen und Personen zu haben.

So wurde auf dem letztjährigen EEF, dass maßgeblich von der Attacgruppe der HU mitorganisiert wurde ein Stand der Initiative "www.geldreform.de" (Silvio Gesell) geduldet. Diese Initiative gehört seit Jahren zu einem Netzwerk von QuerfrontaktivistInnen, die ihre politische Arbeit auch ohne Probleme bei Veranstaltungen der radikalen Rechten präsentieren. Politisches Ziel ist es „Zins“ und „den Profit“ zu bekämpfen, was angeblich das Mittel der Mächtigen wäre um die Welt zu kontrollieren. Die Zusammenarbeit mit Rechtsextremen verwundert wenig, da die Texte der Initiative mit antisemitischen Stereotypen überhäuft sind.

Auch in den Wochen des Streiks fielen AktivistInnen der Attac HU durch eine offene Zusammenarbeit mit Teilen des rechten Spektrums auf. So hatten sie keine Probleme eine von Stefan Priebnow, einem der Protagonisten der Querfrontszene, organisierte Podiumsdiskussion zur Berliner Bildungspolitik zu unterstützen. Auch nach Hinweisen anwesender Personen, um wen es sich beim Moderator dieser Veranstaltung handelt, sahen die VeranstalterInnen keinen Anlaß die Veranstaltung abzubrechen. Die gleiche „Ignoranz“ wiederholte sich nur wenige Tage später, bei einer maßgeblich von einem führenden AktivistIn der Attac HU organisierten Veranstaltung mit Prof. Dr. Bernd Senf (FH für Wirtschaft Berlin). Bernd Senfs Texte werden u.a. vom rechtsextremen „Deutschen Kolleg“ (Horst Mahler) veröffentlicht. Auch Senf ist Anhänger der antisemitischen Lehren Silvio Gesells und glaubt dass „der Zins“ das Übel aller wirtschaftlichen Probleme ist.

Trotz zahlreicher Proteste drängte auch diesmal der Verantwortliche auf die Durchführung der Veranstaltung.

Wir fordern eine inhaltliche Auseinandersetzung der Demokratischen Linke mit der Attac HU und der mit ihnen verbundenen Vorfällen, die nur zu einer Schlussfolgerung führen kann:

Distanzierung und Aufkündigung der Zusammenarbeit

Text: Offener Brief an die Hochschulgruppe Demokratische Linke | AutorInnen:
HUmmeL-Antifa - antifaschistische Hochschulgruppe der Humboldt-Universität
zu Berlin und andere | Kontakt: afa.hummel@gmx.net

<http://audim-keller.rz.hu-berlin.de/~hummel/alt/texte/040204.htm>

„Brechung der Zinsknechtschaft“ mit ATTAC?

Das globalisierungskritische Netzwerk ATTAC macht sich Gedanken über die „Fehlentwicklungen“ des kapitalistischen Marktes. In der Düsseldorfer Regionalgruppe werden hierzu die kruden Theorien der „Freiwirtschaft“ von Silvio Gesell zu Rate gezogen.

Die in Frankreich gegründete Organisation ATTAC (dt.: „Vereinigung zur Besteuerung der Finanztransaktionen zur Unterstützung der BürgerInnen“) entstand 1997 auf Initiative der Zeitschrift „le monde diplomatique“ und verbreitete den Vorschlag des Ökonomen James Tobin zur Besteuerung von Finanzspekulationen und Währungstransaktionen. Mit ... Forderungen an Staat und Politik nach mehr „Gerechtigkeit“ innerhalb kapitalistischer Wirtschaftsorganisation hat sich das europaweite ATTAC-Netzwerk zu einem öffentlichkeitswirksamen Bezugspunkt für Kritik am neoliberalen Kapitalismus gemausert. Nicht das kapitalistische Wertprinzip an sich, sondern dessen „ungerechtes“ Verteilungsprinzip stehen im Zentrum der Kritik dieses reformistisch gesinnten Netzwerkes, das den „sozialstaatlichen“ gegen den „neoliberalen“ Kapitalismus verteidigt. Das unterscheidet ATTAC von linken globalisierungskritischen Bewegungen, die in der aktuell vorherrschenden neoliberalen Doktrin lediglich eine zeitgemäße Regulationsform kapitalistischer Verwertung erkennen. Die Schaffung abstrakten Reichtums ist Zweck kapitalistischer Produktion. Der Gebrauchswert ist lediglich die stoffliche Seite der Mehrwertproduktion.

Nun muss nicht jede/r die theoretische Schule des Marxismus durchlaufen haben, um sich berechtigt gegen die vorherrschenden sozialen Verwerfungen zur Wehr setzen zu dürfen, denn Grund für Widerstand gegen den aktuell sich vollziehenden Klassenkampf von oben gibt es auch ohne linke Theoriebildung mehr als genug. Allerdings läuft eine begrifflich undifferenzierte Kritik am vorherrschenden Kapitalismus Gefahr, in ihrem Bestreben nach Gerechtigkeit falsche Geister zu rufen.

Völkische Gesellen? Ein historischer Rückblick

In Düsseldorf suchen die ATTAC-AktivistInnen aktuell den Rat von sog. Freiwirtschaftlern und riefen einen Vertreter des Vereins „Initiative für eine natürliche Wirtschaftsordnung“ (INWO) zum Vortrag. Mit jenen „Freiwirtschaftlern“ teilt ATTAC die Vorstellung, dass Finanzspekulation eine ziemlich üble und nicht gerade dem Gemeinschaftswohl dienliche Sache ist. Diese an sich nicht von der Hand zu weisende Einschätzung hat jedoch in ihrer Verabsolutierung schon in der aufkommenden völkischen Bewegung des letzten Jahrhunderts ziemlich unappetitliche Blüten getrieben.

Die Vorstellung von einem „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus prägte schon die Diskussionen in der völkischen Bewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Deutschland.

In jener Umbruchszeit entstanden abstruse Erlösungsvereine in Form von EsoterikerInnen und OkkultistInnen, antisemitische Sekten und religiösen Erweckungsbewegungen, die mit ökonomischen Patentrezepten, Weltverschwörungstheorien und messianischen Welterneuerungsthesen Lösungsangebote für die sozialen Verwerfungen der kapitalistischen Moderne unters Volk zu bringen versuchten. In jenem geistigen Milieu veröffentlichte auch der Gründer der Freiwirtschaftslehre, der in Belgien geborene Großkaufmann Silvio Gesell, seine Schriften einer verklärten und spießbürgerlichen Geldutopie. In dem Bestreben nach Erschaffung eines „ehrlichen“ Kapitalismus zur Abschaffung von „unverdientem Mehrwert“

wurde die kapitalistische Zirkulationssphäre als vermeintlicher Gegensatz zum ehrlich „schaffenden Kapital“ zur Ursache von Übel und Ausbeutung gedeutet. Die Forderung Gesells nach einer „freien“ Geldwirtschaft reihte sich ein in Bestrebungen der völkischen Bewegung nach einer Land- und Bodenreform, die durch das Werk von Adolf Damaschke populär gewordenen waren.

Der Historiker George L. Mosse wies in seinem Grundlagenwerk über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus darauf hin, dass die Theorie der „freien Geldwirtschaft“ von Gesell die antisemitischen Zuschreibungen der Nazis vorwegnahm: „In diesem Punkt griff Gesell natürlich auf den in Europa seit Jahrhunderten bestehenden Widerstand gegen den Wucher zurück, der sich schon in katholischen Enzykliken widergespiegelt hatte und Ursache vieler antisemitischer Unruhen gewesen war. Aber auch er fand seine Nachfolger. Die „Brechung der Zinsknechtschaft“ war somit durchaus kein zum ersten Mal von den Nationalsozialisten erhobener Programmpunkt, denn sie war schon lange Teil der völkischen Forderung nach einer Nationalwirtschaft gewesen, die jenseits von Kapitalismus wie auch Marxismus lag.“ [1] Gesell leitete von 1921 bis zu seinem Tode 1930 die Landkommune „Oranienburg-Eden“, wo durch Tauschhandel unter Beibehaltung des Privateigentums das Prinzip eines „ehrliehen“ Kapitalismus verwirklicht werden sollte. Laut George L. Mosse entwickelten die Freiwirtschaftler in dem Projekt „in zunehmendem Maße eine völkische Lebensweise. 1916 wurde anlässlich der ersten Feier des „Freiland-Tages“ in Eden verkündet: „Zu solchem Siedeln ist die deutsch-völkische Gesinnung Voraussetzung. Und dazu befähigt nur deutsches Ariertum.““ [2]

Mit der Unterstützung des völkischen Nationalbolschewisten Ernst Niekisch war Gesell für sieben Tage „Volksbeauftragter für Finanzen der Bayrischen Räteregierung“, bevor er verhaftet wurde und gemeinsam mit Niekisch in München ins Gefängnis kam. Gesell teilte mit Niekisch die Vorstellung von einem völkischen „Dritten Weg“, die er z.B. in seiner Verteidigungsrede vom Mai 1919 darlegte: „Völkisches Empfinden duldet keine Zinsknechtung anderer oder gar die Beteiligung daran. Wer noch etwas wie rassisches, völkisches Empfinden verspürt, der gehe in sich, tue Buße; der gestehe, dass er und seine Ahnen Verrat begingen am eigenen Volk, am eigenen Blut.“ [3]

Gesell sieht Deutschland als Opfer der „Zinsknechtschaft“ und stimmt hierbei durchaus überein mit der zeitgleich erhobenen Nazi-Parole von der „Brechung der Zinsknechtschaft“. Gesell meint, dass der „wahrhaft völkisch gesinnte Mensch (...) den Klassengeist haßt und ein schönes Volksleben sehen möchte“. [4]

Gesells Wirtschaftsprogramm stellt eine krude Mischung aus Rassismus, Biologismus und Sozialdarwinismus dar: „Der Wettstreit ist der einzigste Weg zur göttlichen Hochzucht des Menschen - Wettstreit von früh bis spät, von der Wiege bis zum Grabe. Aber dieser Wettstreit soll auf vollkommener Ebene ohne Vorrechte ausgefochten werden, der Sieg darum nur angeborenen, vererbungs-fähigen Eigenschaften zuzuschreiben sein (...) Auf diesem Wege (...) gelangen wir dahin, daß das Wertvolle gefördert, die Söhne des Lasterhaften, der Schutzzöllner und Verbrecher aber immer weniger Nachkommenschaft hinterlassen.“ [5] Adolf Hitler selbst beschreibt in „Mein Kampf“ die Eingebung, welche die Parole von der „Brechung der Zinsknechtschaft“ auf ihn gehabt habe: „Als ich den ersten Vortrag Gottfried Feders über die „Brechung der Zinsknechtschaft“ anhörte, wußte ich sofort, daß es sich hier um eine theoretische Wahrheit handelt, die von immenser Bedeutung für die Zukunft des deutschen Volkes werden müßte. Die scharfe Scheidung des Börsenkapitals von der nationalen Wirtschaft bot die Möglichkeit, der Verinternationalisierung der deutschen

Wirtschaft entgegenzutreten, ohne zugleich mit dem Kampf gegen das Kapital überhaupt die Grundlage einer unabhängigen völkischen Selbsterhaltung zu bedrohen.“ [6]

Zins als Übel der Globalisierung?

Das Wirken freiwirtschaftlicher Sekten im organisierten Rechtsextremismus der Nachkriegszeit ist schon ausführlich erfasst worden. Dies gilt sowohl für die heute bedeutungslose „Freisoziale Union“ (FSU) [7] wie auch für einzelne extrem rechte Vertreter freiwirtschaftlicher Theorien. [8] Die Kritik an den freiwirtschaftlichen Gesellianern sollte jedoch nicht an deren personellen und organisatorischen Verstrickungen in das rechtsextreme Netzwerk stehen bleiben. Denn obwohl derartige Verbindungen mehr als bloß problematisch sind, ist nicht jeder Verehrer Gesells automatisch ein erklärter Antisemit oder Nazi. Wesentlich bedeutsamer ist die offensichtliche Kompatibilität verkürzter Ökonomiekritik von gesellianischen Endzeitpropheten und reformistischen Globalisierungskritikern. Die „natürliche“ Wirtschaftsordnung der Freiwirtschaftler ist die auf die Zirkulationssphäre verkürzte Kritik an der Ausbeutung, in der die besondere Macht des Geldes gegenüber Arbeit und Waren quasi-physikalisch begründet wird. Laut Gesell könne Geld nämlich, im Unterschied zu den Waren, nicht verderben und nicht wie die Arbeitskraft Unterhaltskosten verschlingen. Daher verursache es keine Lager- oder „Durchhaltekosten“. [9] Diese krude Haltbarkeitsthese liest sich übersetzt in eine aktuelle freiwirtschaftliche Beweisführung wie folgt: „Man stelle sich vor, dass die Türen eines Panzerschranks mit 10.000 Mark für 14 Tage geschlossen werden, ferner die Türen einer Markthalle mit Waren im Wert von 10.000 Mark und die Türen eines Zimmers, in dem sich fünf Menschen aufhalten, die in 14 Tagen normalerweise 10.000 Mark verdienen. Öffnet man die Türen nach 14 Tagen, dann sind die fünf Insassen des Zimmers wahrscheinlich tot, die Waren in der Markthalle zum größten Teil verdorben, die Geldscheine im Tresor aber so frisch wie eh und je.“ [10] Gegen die als unnatürlich verstandene Form der Geldvermehrung setzen die Freiwirtschaftler das Mühsal der „ehrlichen“ und „natürlichen“ Marktwirtschaft. Das Banken-Geld soll laut Gesell als „rostendes Geld“ in der Größenordnung von ca. fünf Prozent jährlich automatisch einer Entwertung unterliegen und verwandele sich dadurch zu „Schwundgeld“. Hiermit, so die esoterische Umwandlung einer raffenden in eine natürliche Marktwirtschaft, wäre das Übel des zinstragenden Kapitals verschwunden, da das Geld seinen Vorteil gegenüber den anderen Waren verlöre und trotzdem seine notwendigen Funktionen erfüllen könne. Gesellianische Forderungen nach Zinsstilllegungen und globalisierungskritische Forderungen nach Zinsbesteuerungen verweisen gleichermaßen auf die Verklärungen der Geldform: Während die Gesellianer ihr Heil im Marktradikalismus ohne den Fluch des Zinses suchen, ersehnen die ATTAC-Anhänger den eingreifenden nationalen Wohlfahrtsstaat zur Steuerung eines „ungebremsten Rentier-Kapitalismus“. Geld, Kredit und Zins erscheinen beiden als „Wucher“, als für sich stehende Verwerfungen, die entkoppelt vom „natürlichen“ Wirtschaften ihr Unwesen treiben. Genau diese Entkoppelung von Produktions- und Zirkulationsphäre des Kapitals jedoch überführten die Nazis in die Parole vom „raffenden“ versus dem völkisch verklärten „schaffenden Kapital“. Ein Blick in die Schulungstexte der INWO zeigt die verschwörungstheoretischen Affinitäten zu antisemitischen Feindbildern: „Das Geheimnis des Geldsystems ist eins der wichtigsten überhaupt, denn damit ist die Frage nach der wahren Macht auf diesem Planeten verbunden. Der erste Rothschild soll mal gesagt haben, wenn er die Kontrolle über die Währung eines Landes hätte, wäre ihm egal, wer die Gesetze mache...“ [11]

Aus diesem Grund kritisiert Robert Kurz die freiwirtschaftliche Lehre als „politische Ökonomie des Antisemitismus“. [12]

In einer kapitalistischen Warengesellschaft ist das Geld notwendige Erscheinungsform, um die Waren konsumerabel zu machen: „Allgemein ausgedrückt: die Warenförmigkeit lässt eine Welt von Subjekten und eine Welt von Objekten entstehen. Mit der Entwicklung der Geldform schreibt sich diese soziokulturelle Entwicklung fort.“ [13] Daher fasst der Marxismus Kapital als einen sich selbst vermehrenden Wert, der abwechselnd die Form von Ware und von Geld annimmt. Für die Freiwirtschaftler hingegen ist es das "raffende" Zinskapital, gegen welches schon der spirituelle Meister dieser Lehre den Segen des Sozialdarwinismus und Manchesterkapitalismus pries: „Die Manchesterschule war auf dem richtigen Wege, und auch das, was man von Darwin her später in diese Lehre hineinrug, war richtig.“ [14] Auf neo-geuellianisch übersetzt heißt das: „Eine Wirtschaftsordnung, die dieses eigennützige Streben der Menschen nutzt und die tüchtigen Produzenten belohnt und nicht die unproduktiven Geldverleiher, Grundeigentümer und andere Parasiten bereichert, ist ... eine natürliche Wirtschaftsordnung.“ [15]

Ist es eine solche Wirtschaftsordnung, die sich die Düsseldorfer Regionalgruppe von ATTAC herbeisehnt?

Verfolgt und denunziert von der Antifa?

Kritik an den ideologischen Affinitäten freiwirtschaftlicher Verschwörungstheorien zu antisemitischen und faschistischen Feindbildern weisen die INWO-Vertreter wie die Freiwirtschaftler insgesamt regelmäßig mit Verweisen auf die Böswilligkeit linker, antifaschistischer Gruppen zurück. Man fühlt sich von links verfolgt und denunziert, obwohl man doch eigentlich weder links noch rechts sei. [16] Auch an der Basis bei ATTAC regt sich in ähnlicher Form Widerstand gegen Kritik; sogar, wenn er aus den eigenen Reihen kommt.

Laut Bericht der taz [17] stieß eine selbstkritische Veranstaltung von ATTAC in Köln zum Thema Antisemitismus auf wenig Interesse und Verständnis bei der Basis. Thomas Seibert vom Bundeskoordinierungskreis ATTAC erklärte dort: „ATTAC ist selber strukturell offen für rechte Gedanken“ und verwies in diesem Zusammenhang auch auf die Aktivitäten der INWO im eigenen Netzwerk. Dass diese Selbstkritik bei der Basis nicht auf ungeteilte Zustimmung stieß, verwundert nicht, denn Leute aus dem INWO-Bundesvorstand sind schließlich Teil der Kölner Regionalgruppe von ATTAC. Alles linke Verschwörungen gegen die wahre Lehre vom Zins-Übel?

Vielleicht bringt da die Erklärung des Arbeitskreises „Volksgeld in der NPD“ etwas Licht ins Dunkel. Dort heißt es unter der Rubrik „Volkseigenes Geld und Silvio Gesell - warum Reformer miteinander sprechen sollten“: „Wir NPD-Mitglieder wissen, daß ... ,leistungsloses Einkommen“ (= Zins) zutiefst unsozial ist. (böartige Zungen nennen dies Schmarotzereinkommen) Albert Lämmel, der Vorsitzende der INWO fragte mich aufgrund meiner vielfältigen Gesprächsbemühungen ... :

„Warum wollen Sie eigentlich mit uns ins Gespräch kommen?“. Dabei ist die Sache einfach: ... Nur wenn die Geldreformer alle zusammen arbeiten, kann man die Denkblockaden aus den Gehirnen der Menschen lösen. Wahrheit ist groß. Großes ist immer einfach... Deutschland kann gerettet werden. ... Packen wir's an!“ [18]

„Die Sphäre der Zirkulation oder des Warenaustausches, innerhalb deren Schranken Kauf und Verkauf der Arbeitskraft sich bewegt, war in der Tat ein wahres Eden der angeborenen Menschenrechte. Was allein hier herrscht, ist Freiheit, Gleichheit, Eigentum und Bentham (s. Fußnote). Freiheit! Denn Käufer und Verkäufer einer Ware, zum Beispiel der Arbeitskraft, sind nur durch ihren freien Willen bestimmt. Sie kontrahieren als freie, rechtlich ebenbürtige Personen... Gleichheit! Denn sie beziehen sich nur als Warenbesitzer aufeinander und tauschen Äquivalent für Äquivalent. Eigentum! Denn jeder verfügt nur über das Seine. Bentham! Denn jedem von den beiden ist es nur um sich selbst zu tun. Die einzige Macht, die sie zusammen und in ein Verhältnis bringt, ist die ihrer ... Privatinteressen. Und eben weil so jeder nur für sich und keiner für den andren kehrt, vollbringen alle, infolge einer prästabilierten Harmonie der Dinge, oder unter den Auspizien (Aussichten) einer allpffiffigen Vorsehung, nur das Werk des... Gemeinnutzes.“ [19]

„Der Begriff des produktiven Arbeiters schließt daher keineswegs bloß ein Verhältnis zwischen Tätigkeit und Nutzeffekt ... ein, sondern auch ein spezifisch gesellschaftliches ... Produktionsverhältnis, welches den Arbeiter zum unmittelbaren Verwertungsmittel des Kapitals stempelt. Produktiver Arbeiter zu sein, ist daher kein Glück, sondern ein Pech.“ [20]

[1] George L. Mosse, Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. 1991, S. 122

[2] ebd., S. 123

[3] Silvio Gesell. Verteidigungsrede, in: Rolf Engert (Hg.), Silvio Gesell in München 1919. Erinnerungen und Dokumente aus der Zeit vor, während und nach der ersten bayrischen Räterepublik, Hannoverisch-Münden 1986, S. 96

[4] ebd., S. 96 u. S. 104

[5] ebd. S.106 f.

[6] Adolf Hitler, Mein Kampf, München 1933, S. 233

[7] Siehe Oliver Geden, Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin 1996; Volkmar Woelk, Natur und Mythos. Ökologiekonzeptionen der "Neuen" Rechten im Spannungsfeld zwischen Blut und Boden und New Age, Duisburg 1992; Freisoziale Union, in: Jens Mecklenburg (Hg.): Handbuch Deutscher Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 261 f.

[8] So z. B. der nationalrevolutionär orientierte Strasserist Günther Bartsch. S. hierzu Jens Mecklenburg a.a.O., S. 442 f.

[9] Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, 6. Auflage, Berlin u. Bern 1924, S. 317 ff.

[10] Helmut Creutz, Das Geld-Syndrom, Frankfurt/Main-Berlin 1994, S. 32

[11] Hans Tolzin, Das Geheimnis des Geldsystems, in: <http://www.das-gibts-doch-nicht.de/seite164.php>

[12] Robert Kurz, Politische Ökonomie des Antisemitismus, in: Krisis Nr. 16/17, Bad Honnef 1995

[13] Moishe Postone, Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx, Freiburg 2003, S. 399

[14] Silvio Gesell; hier zit. nach: Robert Kurz, a.a.O., S.191

[15] Klaus Schmitt, Geldanarchie und Anarchofeminismus, in: Silvio Gesell, "Marx", der Anarchist?, Berlin 1989, S. 219

[16] Dies war in Düsseldorf schon 1999 der Fall, als die TERZ sich kritisch mit einer Veranstaltung der INWO auseinandersetzte. (s. Ausgabe 1/1999 im TERZ-Archiv unter www.terz.org)

[17] s. taz Köln v.15.12.03

[18] Das Geld, unser Geld, muß dem Volk allein gehören und nur dem Volk, in:
[http://www.npd-hessen.de/POLITIK/Das Geld unser Geld muss dem/das geld unser geld muss dem.html](http://www.npd-hessen.de/POLITIK/Das_Geld_unser_Geld_muss_dem/das_geld_unser_geld_muss_dem.html)

[19] Karl Marx, Das Kapital Bd. 1, S. 189 f. Der von Marx hier verspottete Jeremy Bentham (1748-1832) war Soziologe und Anhänger des ethischen Individualismus (Utilitarismus), einer Sozialethik, die auf das "größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl" zielte und besonders in England einflußreich war. Bentham war bekennender Liberaler und Verfechter des Freihandels, laut Marx "ein Genie in der bürgerlichen Dummheit".

[20] Ebd., S. 532

www.terz.org - 25.12.2003

Mehr zur Freiwirtschaftslehre und Silvio Gesell beim Informationsdienst gegen Rechtsextremismus:

http://lexikon.idgr.de/ff_r/freiwirtschaftslehre/freiwirtschaftslehre.php

Anhang

Glosse: Konsumterror - Sozialforum extrem

Wem herkömmliche Urlaubsreisen zu eintönig sind, der begeben sich doch mal zur Abwechslung auf eine der seltsamen Zusammenkünfte von Attacis [1], Trotzkis [2], sonstigen GlobalisierungskritikerInnen und Gewerkschaften, allgemein Sozialforen genannt.

Kurzweil ist hierbei garantiert, wenn auch nennenswerte Begleiterscheinungen nicht verschwiegen werden sollen. Was gibt's alles auf solchen Foren, wie z.B. kürzlich in Florenz zu erleben? Da wäre als erstes die Anreise, denn Sozialforen gehören zu den seltenen Urlaubsorten, bei denen niemand vorher weiß, ob er oder sie auch ankommt. Schließlich ist es genauso gut möglich, dass die Polizei des Herkunftslandes eine und einen als TerroristIn ansieht und nicht ausreisen lässt. Oder die des Ziellandes nicht einreisen. Oder ein Drittland nicht durchreisen. Einmal eingetroffen, bietet sich das von Demonstrationen in Deutschland altbekannte Gesellschaftsspiel „Schlag-dem-Trotzki-die-Zeitung-aus-der-Hand“ an, welches aber oftmals wegen zahlenmäßiger Ungleichheit zu kurz kommen kann. Die Trotzkis sind nämlich in der Überzahl. Natürlich sind aber auch Begegnungen mit den Größen der internationalen Schickeria wie José Bové, Hans-Peter Ströbele oder dem AStA-Vorsitzenden der Uni Bielefeld eine Bereicherung für jeden Urlaub.

Es gibt zwei Arten von Urlaubern, die mit und die ohne Palitücher, und erstere haben auch noch schwarz-rot-grün-weiße Fahnen dabei, offenbar die Farben des Reiseunternehmens. Auch die philosophische Sinnsuche kommt im Kulturprogramm nicht zu kurz: Die Entwicklung der Weltformel, beliebter Ferienspaß, macht beachtliche Fortschritte (Kapitalismus=Imperialismus=dieanderen=Böse=Krieg=Bush=Sharon=[Judenstern]=[Hakenkreuz]) und wird bereits mit Erfolg angewendet. Wie bei jedem netten Politurlaub darf natürlich auch demonstriert werden, und da die italienische Polizei wegen gewalttätiger Ausschreitungen ins Zwielficht geraten war, wird die Aufgabe der gewalttätigen Maßregelung von DemonstrantInnen nun von Ordnern der Organisationsleitung übernommen. Endlich mal ein Urlaub, bei dem das im Alltag entfremdete Subjekt zu den entscheidenden Fragen des Lebens findet: Wer ist hier eigentlich links? Und warum tut plötzlich alles so weh?

Bleibe noch das vielfältige Essensangebot zu erwähnen, welches alt und jung gleichermaßen erfreut: Dicke Bohnensuppe mit Wurst (Gewerkschaften), Gegrilltes Schwein (Autonome) und beinahe vegetarische Pasta mit Tuhnfischspuren (Attacis/Trotzkis) lassen keinen Zweifel daran aufkommen, dass vegane, linke Süppchen im europäischen Urlaubskonsens ausgekocht haben. Unterm Strich bleibt ein zwiespältiger Eindruck: Einerseits ist es begrüßenswert, daß sich im paradiesisch schönen Florenz eine neue, starke, europäische Bewegung gegen das Unrecht (Bush, s.o.) dieser Welt bildet, andererseits sind Antiimps [3] doch irgendwie doof. Und so ist diese Art von Extremurlaub letztlich nur hartgesottenen Politreisenden auf der Suche nach dem dauerndem Kick zu empfehlen, die anderen wären eher bereit, einen Aufpreis für Ferienaufenthalte ohne ständige „Intifada bis zum Sieg“- oder „Yankee go home!“-Bekundungen zu zahlen.

[1] Attacis wollen eine Tobin-Steuer. Das ist uns egal. Hier gibt niemand Geld für Tobin aus.

[2] Trotzkis sind lästige Teenager die ihre Vereinszeitung oder Broschüren oder Busreisen verkaufen wollen. Stellen die Jugendabteilung von Attac.

[3] AntiimperialistInnen finden „unterdrückte Völker“ (Palästinenser, Kurdinnen, Osama bin Laden) gut und die USA und Israel schlecht. Zum Glück im Aussterben begriffen. Stellen die Leichen im Keller von Attac.